

Kritisches Handbuch

d e s

in den österreichisch-deutschen Staaten

geltenden

Wechselrechtes;

v o n

D. Vincenz August Wagner,

k. k. o. ö. Professor des Lehen- Handels- und Wechselrechtes, des gerichtlichen Verfahrens und des Geschäftsstyles an der Universität zu Wien, Mitgließe der k. k. steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft und mährisch-schlesischem Landesadvocaten.

Neue Ausgabe.

Erster Band.

(Grundlagen der Wechselrechte.)

Wien, 1841.

Im Verlage bey Braumüller und Seidel.

66.D.

Kritisches Handbuch

Wissenschaften

Gedruckt bey Franz Edlen von Schmid.

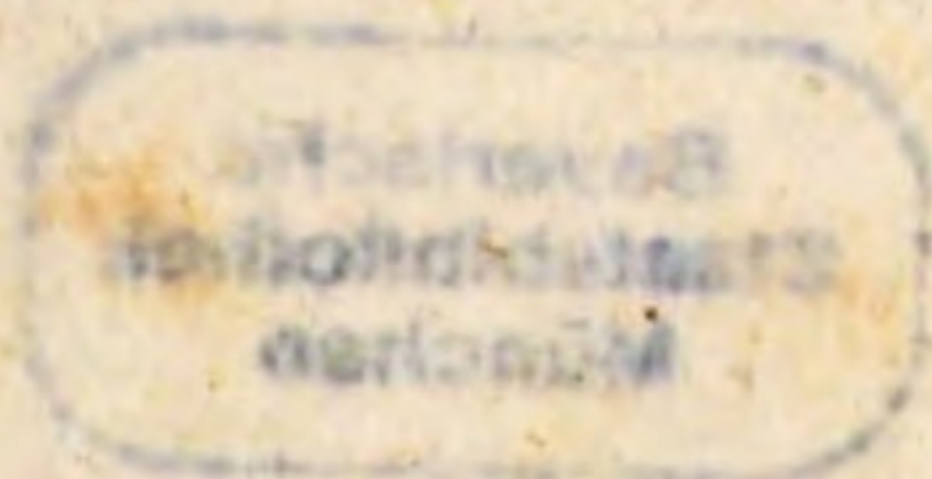
Dem wohlgebornen

H e r r n

Johann Gottfried Ritter von Rössler,

Doctor der Rechte, k. k. n. öst. Regierungsrathe, Hof- und
n. ö. Kammerprocurator, Director der juristisch-politischen
Studien, Präses der juristischen Facultät, in den Jahren 1809,
1810 und 1811 gewesenen Decane, im Jahre 1812 gewesenen
Rector Magnificus etc. etc. etc.

hochachtungsvoll gewidmet.



Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r r e d e.

Es mangelte uns bisher ein, im ganzen Systeme bearbeitetes, polemisches Werk über das österreichische Wechselrecht und doch ist es die Polemik, woraus alle Wissenschaft den grössten Gewinn zieht. Auch mangelt es, da W e g e l i n nur die alte Wechselordnung vom Jahre 1717 commentirte, an einem Commentare über die, vom Jahre 1763 gänzlich. Dieses Handbuch soll sonach Polemik und Commentar, wo es nöthig ist, in sich aufnehmen und nur in den wenigen zweifellosen Parthieen dieses Rechtszweiges dogmatisch seyn.

Da der Zweck desselben, den schon der Titel ausspricht, vorzüglich nur die Darstellung des Wechselrechtes, wie es in den

deutschen Staaten unserer Monarchie besteht, ist; so wird man es natürlich finden, dass ich ausländische Gesetze nur in so fern anführte, als sie interessanten Stoff zu Vergleichen anboten und daher die Wissenschaft an und für sich dadurch gewinnen konnte. Aus diesem Grunde wird man es auch billigen, dass ich nur jene Streitfragen behandelt habe, welche es nach österreichischen Gesetzen sind und dass ich bey der Anführung von Literatur nur dasjenige vorzüglich berücksichtigte, was für Oesterreich insbesondere von Interesse war. Der Code de commerce wurde aber deswegen so häufig von mir angeführt, um dieses Werk doch auch für unser Italien und Südtirol, wo er noch gilt, einiger Massen nützlich und brauchbar zu machen.

In dem Systeme des Buches bin ich einen andern, als den bisher gewöhnlichen Weg gegangen. Von den meisten Schriftstellern über das Wechselrecht wurde nämlich, ich möchte sagen, ein historisches System in der Behandlung dieses Gegenstandes eingeschlagen; d. i., sie fangen mit der Ausstellung des Wechselbriefes an

und begleiten ihn [auf seinem] Wege, den er im Wechselgeschäfte nimmt, von Schritt zu Schritt bis zu seiner Bezahlung. Dadurch scheinen mir aber viele Vor- und Nachholungen, welche die Klarheit stören und das Auffassen des Gegenstandes erschweren, veranlasst zu werden; ich habe daher geglaubt, dass die Sache durch ein eigentlich *j u r i s t i s c h e s* System mehr gewinnen würde, welches 1.) den Begriff und die Erfordernisse der *W e c h s e l b r i e f e*, 2.) die *R e c h t s t i t e l* der Wechselrechte nämlich die *C o n t r a c t e* und 3.) die *S u b j e c t e* derselben, als Grundlagen, vorausschickt; hiernach 4.) die aus dem Wechselgeschäfte entspringenden *R e c h t e* und *P f l i c h t e n* entwickelt; 5.) die *B e w a h r u n g* der Wechselrechte (durch den Protest) lehrt und 6.) mit ihrer *E r l ö s c h u n g* schliesst. Sonach zerfällt dieses Handbuch, ausser der Einleitung, nur in *s e c h s* Hauptstücke, von denen jedes eine von den eben angeführten Materien behandelt.

Vor mir hat schon v. *W e i s s e n e c k* (in seiner trefflichen „Theorie eines allgemeinen Wechselrechtes“) einen ähnlichen

Ideengang verfolgt; bey einer nähern Vergleichung wird man aber finden, dass unsere Systeme doch bedeutend differiren. Auch können meine Schüler aus frühern Jahren bezeugen, dass ich nicht erst durch sein Werk auf diese mir zweckmässiger scheinende Anordnung des Stoffes aufmerksam gemacht worden sey.

Die Lehre von den Wechselgerichten und dem Wechselprocesse habe ich nicht weiter mitgenommen, als in so fern sich die Abweichungen der Wechselgesetze von den Bestimmungen über das gemeine Verfahren als besondere Begünstigungen der Wechselforderungen darstellen, nach welcher Ansicht ich sie unter die Rechte des Wechselgläubigers einreihete. Denn diese Lehre lässt sich ohne den Vortrag des ganzen gemeinen Processes durchaus nicht verstehen, wovon aber hier nicht die Rede seyn kann; zudem studieren Juristen, nach dem bey uns bestehenden Studienplane, das gerichtliche Verfahren überhaupt und mit ihm auch die Abweichungen des Wechselprocesses in einem andern Rechtszweige; Nichtjuristen bedürfen aber bey gerichtlichen Rechtsfüh-

rungen obnehin des Beystandes eines Rechtsfreundes.

In einem Werke, das beynabe durchaus polemisch ist, wie das vorliegende, war es nach der Natur der Sache nicht anders möglich, als dass ich die Meinungen vieler mir sehr schätzbarer, besonders österreichischer Schriftsteller über das Wechselrecht anfocht; gewiss war es aber nicht Mangel an Hochachtung ihrer Gelehrsamkeit und ihrer Verdienste, sondern reines Interesse an dem Gedeihen der Wissenschaft, wodurch ich mich aufgefordert fühlte, mehrere ihrer Lehrsätze zu bestreiten. Habe ich dabey auch in vielen Puncten geirrt; so habe ich doch wenigstens auf die Schwierigkeiten, die den bisherigen Ansichten entgegen stehen, aufmerksam gemacht und, werde ich widerlegt, dadurch zur indirecten Befestigung der Wahrheit hingeleitet.

Sonach übergebe ich denn in diesem Buche die Früchte eines zehnjährigen Nachdenkens, das freylich vielfältig mit den Arbeiten in meinen übrigen Berufsfächern die Zeit theilen musste, dem öffent-

lichen Urtheile, das ich ehre, aber nicht scheue; denn mich beruhigen die erhebenden Worte aus Göthe's Tasso:

„Was ich gewollt, ist löblich, wenn das Ziel

„Auch meinen Kräften unerreichbar blieb.

„An Fleiss und Mühe hat es nicht gefehlt.“

Wien im Juli 1822.

Wagner.

Inhalt des ersten Bandes.

E i n l e i t u n g.

- §. 1. Verschiedene Bedeutungen und wesentliches Merkmal der Wechsel.
- §. 2. Erklärung dieser verschiedenen Bedeutungen.
- §. 3. Allgemeine Umriss des Wechselgeschäftes.
- §. 4. Begriff des Wechselrechtes.
- §. 5. Geschichte des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes.
- §. 6. Der Ursprung des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes ist an die Messen, die Messprivilegien und die Campsoren geknüpft.
- §. 7. Messen und Messprivilegien.
- §. 8. Campsoren.
- §. 9. Aus den Anweisungen der Campsoren entstanden die auf dritte Personen trassirten Wechsel.
- §. 10. Aus den Messschuldscheinen entstanden die von dem Aussteller selbst zu bezahlenden Wechsel.
- §. 11. Ursprünglich wurde das Wechselgeschäft bloss auf Messen getrieben; ausser denselben aber erst später nachgeahmt.
- §. 12. Alter der Wechsel.
- §. 13. Alter des Wechselrechtes.
- §. 14. Besondere Rücksicht auf die Geschichte des Wechselrechtes in Oesterreich.
- §. 15. Quellen des österreichischen Wechselrechtes.
- §. 16. Geschriebene Hauptquellen desselben.
- §. 17. Ungeschriebene Hauptquellen desselben.
- §. 18. Hülfquellen desselben: a.) die Analogie;
- §. 19. b.) das allgemeine bürgerl. Gesetzbuch;
- §. 20. c.) die natürlichen Rechtsgrundsätze.
- §. 21. Nothwendigkeit eines obersten Grundsatzes des Wechselrechtes zur Ableitung derselben.

- §. 22. Die Quelle desselben ist der Zweck des Wechselinstitutes.
 §. 23. Zweck des Wechselinstitutes.
 §. 24. Folgen daraus.
 §. 25. Oberster Grundsatz.
 §. 26. Unmittelbare Folgesätze aus diesem Principe.
 §§. 27 und 28. Prüfung der von andern Wechselrechtslehrern aufgestellten Principien des Wechselrechtes.
 §. 29. Grund der Wechselstrenge.
 §§. 30 — 33. Verschiedene Meinungen der Schriftsteller hierüber.
 §. 34. Hilfsmittel
 §. 35. Inländische Literatur
 §. 36. Ausländische Literatur
- } des Wechselrechtes.

E r s t e s H a u p t s t ü c k .

V o n d e n W e c h s e l b r i e f e n .

- §. 37. Begriff eines Wechsels überhaupt.
 §. 38. Gegenstand desselben.
 §. 39. Eintheilung der Wechselbriefe in förmliche und unförmliche, eigene und fremde.
 §. 40. Fernere Eintheilung der Wechsel.
 §. 41. Mess- und Aussermesswechsel.
 §. 42. Nach Sicht und ohne Sicht verfallende Wechsel.
 §. 43. Unterabtheilung der nach Sicht verfallenden Wechsel in a Vista-Piacere- a Usowechsel u. s. w.
 §. 44. Unterabtheilung der ohne Sicht verfallenden Wechsel in a Dato-U t i m o M e s e M e d i o M e s e- und Präcisewechsel.
 §. 45. Sola-Prima- Secunda- und Tertiawechsel.
 §. 46. Wechsel auf und ohne Ordre.
 §. 47. Haupt- Retour- und Rückwechsel.
 §. 48. Erfordernisse der Wechselbriefe.
 §. 49. A.) Erfordernisse förmlicher Wechsel.
 §. 50. Welche von diesen Erfordernissen wesentlich seyen?
 §. 51. Specielle Erörterung dieser Erfordernisse: I.) der Ort und die Zeit der Ausstellung.
 §. 52. II.) die Verfallszeit.
 §. 53. III.) der Name des Empfängers des Wechsels.
 §. 54. IV.) die Summe und Geldsorten.

- §. 55. V.) die Unterschrift des Ausstellers.
 §. 56. VI.) die Aufschrift.
 §. 57. VII.) der Ort der Auszahlung.
 §. 58. VIII.) Benennung des Wechsels als solchen und als Prima, Secunda, Tertia u. s. w.
 §. 59. IX.) Bestätigung des Empfanges der Valuta.
 §. 60. X.) Für wessen Rechnung der Wechsel gezogen sey.
 §. 61. B.) Erfordernisse unförmlicher Wechsel.
 §. 62. Formulare.
-

Z w e y t e s H a u p t s t ü c k .

V o n d e n C o n t r a c t e n d e s W e c h s e l g e s c h ä f t e s .

- §. 63. Eintheilung derselben in Haupt- und Nebencontracte.
 §. 64. Abtheilung dieses Hauptstückes.

E r s t e r A b s c h n i t t .

V o n d e n H a u p t c o n t r a c t e n d e s W e c h s e l g e s c h ä f t e s .

- §. 65. Unterschied zwischen dem *Pacto de cambiando* und dem ursprünglichen Wechselcontracte.
 §§. 66 und 67. *Pactum de cambiando*.
 §. 68. Ursprünglicher Wechselcontract. Er ist ein Literalcontract.
 §§. 69 — 74. Beweis dafür.
 §§. 75 — 79. Einwürfe dagegen und Widerlegung derselben.
 §. 80. Erfordernisse zur Gültigkeit des ursprünglichen Wechselcontractes.
 §. 81. Untersuchung der Frage, ob der ursprüngliche Wechselcontract ein eigenthümlicher Contract, oder einer des gemeinen Rechtes sey.
 §. 82. Verschiedene Meinungen der Schriftsteller, welche ihn zu einer Art der Contracte des gemeinen Rechtes zählen.
 §. 83. Meinungen der Schriftsteller, welche eine eigenthümliche Natur des ursprünglichen Wechselcontractes behaupten.
 §. 84. Abweichende Meinung dieses Handbuches.
 §§. 85 — 92. Prüfung aller dieser Meinungen.
 §. 93. Uebergang zum Acceptationscontracte.
 §. 94. Auch dieser ist ein Literalcontract.

XIV

- §. 95. Einfache und Acceptation *per onore di lettera*.
- §. 96. Gemeinschaftliche Eigenschaften derselben.
- §. 97. Besondere Eigenschaften der Acceptation *par honneur*.
- §. 98. Welche Wechsel zur Acceptation überhaupt und
- §. 99. welche zur Honoration insbesondere geeignet seyen?
- §. 100. Die Acceptation ist ein wesentlicher Contract bey fremden Wechseln.
- §. 101. Einwürfe dagegen.
- §. 102. Widerlegung derselben.
- §. 103. Ob der Acceptationscontract ein eigenthümlicher Vertrag, oder eine Art der gemeinrechtlichen Verträge sey.
- §§. 104 — 106. Prüfung der Meinungen der Schriftsteller, welche ihn für eine Art der Verträge des gemeinen Rechtes ansehen.
- §. 107. Er ist ein eigenthümlicher Contract.
- §. 108. Vertrag zwischen Trassanten und Acceptanten.
- §. 109. Er ist nicht wesentlich.
- §. 110. Er gehört auch nicht in das Wechselrecht.

Zweyter Abschnitt.

Von den Nebencontracten des Wechselgeschäfts.

- §. 111. Angabe der bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden Nebencontracte.

A.) Vom Giro und Indossamente.

- §. 112. Begriff vom Indossamente und Giro.
- §. 113. Die Indossirung ist bey uns erlaubt.
- §. 114. Eigentliches Indossament (*Indossamento per Cessione*) und Indossament *per Procura*.
- §. 115. Erfordernisse des eigentlichen Indossamentes.
- §. 116. Bey dem Mangel eines dieser Erfordernisse ist nur ein Indossament *per Procura* vorhanden.
- §. 117. Eine Gattung des Indossamentes *per Procura* ist auch jenes *in Bianco*.
- §§. 118 — 123. Bedingungen zum eigentlichen Indossamente.
- §. 124. Bedingungen zum Indossamente *per Procura*.
- §. 125. Der Giro ist ein Chirographarcontract.
- §§. 126 und 127. Ob und wie ein Wechsel auch gemeinhin cedirt werden könne.

§. 128. Girirung der Wechselcopieen.

§. 129. *Alonges*.

B. Von der Wechselbürgschaft.

§. 130. Begriff der Wechselbürgschaft.

§. 131. Verschiedene Arten derselben.

§. 132. Die Wechselbürgschaft ist bey uns kein wechselrechtlicher Contract.

§. 133. Gegenstand der Wechselbürgschaft.

§. 134. Form derselben.

C. Von den gemeinen bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden Vollmachten.

§. 135. Unterschied zwischen dem Indossamente *per Procura* und den gemeinen Vollmachten.

§. 136. Gegenstand der gemeinen Vollmachten im Wechselgeschäfte.

§. 137. Form derselben.

§. 138. Besondere Vorschriften für die Vollmachten der Kaufleute.

Drittes Hauptstück.

Von den bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden Personen.

§. 139. Begriff der Haupt- und Nebenpersonen des Wechselgeschäftes.

§. 140. Die Hauptpersonen sind wesentliche und ausserwesentliche.

§. 141. Wesentliche Hauptpersonen.

§§. 142 und 143. Meinungen der Schriftsteller über die Zahl der wesentlichen Hauptpersonen des Wechselgeschäftes.

§. 144. Ausserwesentliche Hauptpersonen des Wechselgeschäftes.

§. 145. Nebenpersonen des Wechselgeschäftes.

§. 146. Nebenpersonen mit eigenem Interesse.

§. 147. Nebenpersonen ohne eigenes Interesse.

§. 148. Wechselfähigkeit der Hauptpersonen des Wechselgeschäftes und der dabey mit eigenem Interesse intervenirenden Nebenpersonen.

§. 149. Wechselunfähige Personen überhaupt, welche schon nach gemeinem Rechte unfähig sind, sich zu verbinden.

§§. 150 und 151. Wechselunfähige Personen überhaupt nach den besondern Bestimmungen der Wechselgesetze.

§. 152. Wechselfähigkeit zu förmlichen Wechseln.

§. 153. Fähigkeit zu unförmlichen Wechseln.

§. 154. Ob die Unfähigkeit zur Ausstellung von Wechseln auch die Unfähigkeit zum Giro und zur Acceptation derselben einschliesse?

§. 155. Fähigkeit der ohne eigenes Interesse intervenirenden Personen.

Einleitung.

§. 1.

Verschiedene Bedeutungen und wesentliches Merk- mahl der Wechsel.

Das Wechselinstitut ist ein positives Institut; wir müssen daher bey der Bestimmung der Begriffe vom Wechsel jene zum Grunde legen, welche sich darin bereits hievon vorfinden und, in so fern hier österreichisches Wechselrecht gelehrt werden soll, jene, welche die österreichische Gesetzgebung enthält.

In unsern Wechselgesetzen kommt das Wort Wechsel in dreyfacher Bedeutung vor: 1) als Contract, 2) als Urkunde und 3) als Beschäftigungszweig (a).

In jeder dieser Bedeutungen klebt dem Begriffe desselben ein wesentliches, denselben von allen andern Verträgen, Urkunden und Geschäften unterscheidendes, Merkmal an, nämlich: dass der Verpflichtete für die pünctliche Erfüllung der dadurch übernommenen Verbindlichkeit dergestalt hafte, dass bey der Nichterfüllung derselben dem Berechtigten gegen ihn die schleunigste Rechtshülfe, durch möglichst schnelle Ausmittlung seiner Forderung und strenge Execution derselben, von einem eigens hiezu privilegirten Ge-

a) Vergleiche die Anmerkungen a, b und c zum folgenden §.

richte (dem Wechselgerichte) geleistet wird (*b*) und darin besteht der Begriff einer Haftung nach Wechselrecht, der sogenannten Wechselstrenge (*c*).

Diese Haftung nach Wechselrecht macht also das charakteristische Merkmal eines Wechsels in jeder der oben angegebenen Bedeutungen dieses Wortes aus.

§. 2.

Erklärung der verschiedenen Bedeutungen des Wechsels.

Sonach ist der Wechsel, als Contract genommen, jener Vertrag, wodurch man sich verbindet, unter wechselrechtlicher Haftung eine Zahlung zu leisten oder zu verschaffen (*a*).

(*b*) Dieses wird ausdrücklich durch unsere Wechselordnung vom 1. October 1763, im 6. Artikel anerkannt; indem es dort heisst: „dass in Entstehung (Ermanglung) richtiger Zahlung „nach Strenge des Wechselrechts durch das angestellte Wechselgericht ... ohne allen Respect und Nachsehen verfahren „werden soll.“

(*c*) J. G. Heineccii *elementa juris cambialis*, cap. 1. §. 9; I. D. H. Musäus, Anfangsgründe des Handlungs- und Wechselrechtes, §. 114; G. Hufeland, *Primæ lineæ de protestatione cambiali*, §. 5; I. M. Leuchs, vollständiges Handelsrecht, §. 16; G. F. v. Martens, Grundriss des Handelsrechtes, insbesondere des Wechsel- und Seerechtes, §. 53; I. v. Boset, der Wechselcontract nach seiner historischen, teleologischen und philosophischen Ansicht, S. 159 — 163; Ph. C. Scherer, Handbuch des Wechselrechts, 3. Thl. S. 330 und 441 — 484; I. L. Weissegger v. Weisseneck, Theorie eines allgemeinen Wechselrechtes, §. 35; M. v. Zimmerl, Anleitung zur Kenntniss des Wechselrechtes, §. 13; Ferd. Neupauer, das österreichische Wechselrecht, §. 3. (Ort und Jahr des Verlags dieser Werke findet man in der Angabe der Literatur. §. 35 und 36 angeführt. — Ueberhaupt bemerke ich meinen Lesern, dass ich nur bey den Citaten jener Werke diese Daten gleich in den Anmerkungen angegeben habe, welche nicht ohnediess in der Anführung der wechselrechtlichen Literatur in den gedachten §§. dieses Buches aufgezählt sind.)

(*a*) In dieser Bedeutung wird der Wechsel im 2. Art. d. W. O. v. 1. Octob. 1763 „als ein Verbindniss“ definirt. (S. diese Stelle des 2. Art. bey §. 39, Anm. b.)

Als Urkunde ist derselbe das schriftliche, diese Verbindlichkeit enthaltende Instrument (b). In dieser Bedeutung wird das Wort „Wechsel“ am häufigsten gebraucht; indess bedient man sich dafür auch oft der näher bezeichnenden Benennung „Wechselbrief.“

Als Beschäftigungszweig (c) endlich ist er ein gewerbsmässiger Verkehr des Geldes, oder Geldwerthes, mittelst der Wechselbriefe unter wechselseitlicher Haftung für die Einbringlichkeit derselben.

In den ersten beyden Bedeutungen muss die nähere Erörterung der Wechsel besonders juristischen Untersuchungen vorbehalten bleiben, weil ihre Natur, Erfordernisse und Rechtswirkungen nur aus Rechtsgrundsätzen entnommen werden können; daher ihrer Behandlung in diesen beyden Bedeutungen eigene Hauptstücke gewidmet sind.

In der dritten Bedeutung, nämlich als Geschäft betrachtet, gehört die Erörterung davon der Handelswissenschaft an, da das Wechselgeschäft eines der wichtigsten Beförderungsmittel des Handels ist. Allein die Kenntniss desselben in dieser Bedeutung, wenigstens nach den allgemeinsten Umrissen, ist dem Juristen als nothwendige Vorbereitung unentbehrlich; da er unmöglich Rechte und Pflichten beurtheilen kann, ohne vorerst das Geschäft, aus welchem sie fliessen, zu kennen.

Wir wollen daher zuerst die nothwendigsten Vorbegriffe über das Wechselgeschäft vorausschicken.

(b) In diesem Sinne wird diess Wort in mehreren Artikeln der angeführten W. O., z. B. Art. 22, 39 und 44 genommen; noch viel häufiger findet man aber darin dafür das Wort „Wechselbrief.“

(c) So wird der Wechsel im 1. Art. der angef. W. O. verstanden; wo es heisst: „der Wechsel ist ein Handel, oder „eine Verkehrung des Geldes oder Geldwerthes.“ Eben so wird dieses Wort im 7. Art. dieser W. O. gebraucht, wo die Rede von „Wechsel treiben“ ist. (Vergl. diesen Artikel bey §. 150, Anm. a.)

§. 3.

Allgemeine Umriss des Wechselgeschäftes.

Das Wechselgeschäft beginnt mit der Ausstellung des Wechsels, wodurch der Aussteller desselben unter wechselrechtlicher Haftung verspricht, eine bestimmte Geldsumme entweder an dem Orte der Ausstellung, oder an einem andern Orte, entweder selbst zu bezahlen, oder durch einen Andern bezahlen zu lassen. In der Kunstsprache nennt man die Ausstellung eines Wechsels das Trassiren desselben; daher sagt man: man trassire auf sich selbst, wenn man den Wechsel selbst zu bezahlen verspricht; oder man trassire auf einen Andern, wenn man verspricht, die Bezahlung des Wechsels durch einen Dritten zu verschaffen. Zu Folge dieser Terminologie heisst dann der Aussteller *T r a s s a n t* und der Dritte, auf den der Wechsel trassirt ist, *T r a s s a t*. Derjenige, zu dessen Gunsten der Wechsel ausgestellt ist, also der erste Wechselgläubiger, wird *Remitent* genannt. Wird der Wechsel von dem Aussteller auf sich selbst trassirt, so ist das sogenannte *eigene*, im entgegengesetzten Falle aber das *fremde Wechselgeschäft* vorhanden.

Dem Trassaten ist es begreiflich freygestellt, ob er den ihm vom Trassanten im Wechsel ertheilten Auftrag, denselben zu bezahlen, annehmen wolle, oder nicht; der Wechsel muss daher von dem Inhaber dem Trassaten zur Einsicht (in der Kunstsprache *Sicht*) mit der Anfrage vorgelegt (präsentirt) werden, ob er ihn auch zu Folge des Auftrages des Trassanten zur bedungenen Zeit bezahlen wolle. Dieser Act des Wechselinhabers heisst *P r ä s e n t a t i o n* und er selbst in dieser Beziehung *Präsentant*. Erklärt sich nun der Trassat zu Folge des Auftrages des Trassanten, die Zahlung leisten zu wollen, so schreibt er diese Er-

klärung unter Beyrückung seiner Unterschrift auf den Wechsel durch das Wörtchen acceptirt; daher diese Erklärung die Acceptation und zwar die gemeine, der Trassat aber hiernach Acceptant genannt wird. Ist die Zahlungszeit herangekommen, so präsentirt der Inhaber des Wechsels denselben, bey dem fremden Wechselgeschäfte dem Acceptanten, bey dem eigenen aber dem Aussteller, mit der Forderung der Bezahlung, welches die Präsentation zur Zahlung heisst. Es gibt daher zwey Arten der Präsentation, nämlich die Präsentation zur Acceptation und jene zur Zahlung. Beahlt der Schuldner den Wechsel; so gibt der Präsentant ihm den Wechsel zurück, nachdem er vorläufig die geschehene Zahlung darauf quittirt hat.

Dieses ist nun die Darstellung des Wechselgeschäftes in seiner möglich einfachsten Form. Allein selten wird es so ganz einfach angetroffen; da es gewöhnlich durch den Beytritt mehrerer anderer Personen, auch oft durch die Verweigerung der Acceptation oder Zahlung viel complicirter wird.

Die gewöhnlichste Vermehrung der Personen im Wechselgeschäfte entsteht dadurch, dass der Wechsel, abermahls unter wechselrechtlicher Haftung, von dem ersten Inhaber desselben an einen Andern und oft von diesem wieder weiter und so fort abgetreten wird. Diese Abtretung geschieht durch eine kurze auf den Rücken des Wechsels geschriebene Erklärung und wird Indossament oder Giro genannt, wornach der Abtreter Indossant oder Girant, der Übernehmer aber Indossatar oder Giratar heisst. Durch diese Manipulation kommt eigentlich erst Leben und Ausbreitung in das Wechselgeschäfte, da hiedurch mittelst eines einzigen Wechsels die verschiedensten Interessen so vieler Theilnehmer befriedigt und die verschiedensten Rechtsverhältnisse derselben ausgeglichen werden können.

Eben so kann das Wechselgeschäft durch den Beytritt von Bürgen, welche für die eine oder andere im Wechselgeschäfte verpflichtete Person gutstehen, complicirter werden. Diese Bürgschaft heisst Wechselbürgschaft und die disaffälligen Bürgen Wechselbürgen; wird die Wechselbürgschaft auf den Wechsel selbst aufgeschrieben; so erhält sie insbesondere den Nahmen Aval.

Ausserdem wird das Wechselgeschäft auch oft durch die Beyziehung von Bevollmächtigten und Mäklern (Sensalen), welche ohne eigenes Interesse für einen der Wechselinteressenten zu Folge eines von diesem erhaltenen Auftrages im Wechselgeschäfte einschreiten, noch verwickelter.

Am complicirtesten wird aber das Wechselgeschäft dadurch, wenn die Acceptation oder die Zahlung eines Wechsels ganz oder zum Theile, oder doch unter den im Wechsel bestimmten Modalitäten verweigert wird.

Hier tritt dann der Weg der Sicherstellung oder Entschädigung, der Regress des Wechselinhabers gegen seine Vormänner, d. i. jene Personen, von welchen der Wechsel mittelbar oder unmittelbar an ihn gediehen ist, ein. Weil er jedoch, um einen Regress an seine Vormänner ansprechen zu können, vorerst beweisen muss, dass ihm die Acceptation oder Zahlung seines Wechsels verweigert wurde; so muss er sich von einer zu diesem Zwecke vom Staate authorisirten Person, von einem Notare, eine ämtliche Urkunde verschaffen, worin bezeugt wird, dass und aus welchem Grunde die Acceptation oder Zahlung des Wechsels verweigert wurde, welche Wechselprotest oder schlechtweg Protest und die Verschaffung und Ausfertigung dieser Urkunde die Levirung oder Erhebung des Protestes, oder das Protestiren des Wechsels genannt wird. Mit diesem Proteste werden dann die Vormänner von dem Umstande der Verweigerung der Acceptation oder Zahlung benachrichtigt und

wenn sie nicht freywillig die vorgeschriebene Sicherstellung oder Entschädigung leisten, damit die Klage des Wechselgläubigers gegen seine Vormänner im Wechselprocesse belegt.

Weil aber dem Handelsmanne die Nichtacceptation oder Nichtzahlung jener Wechsel, welche er entweder ausgestellt, girirt, oder verbürgt hat, an seinem Credite sehr schädlich ist; so findet sich auch häufig am Zahlungsorte ein Freund desselben, welcher zur Rettung seines Credites (der Ehre des Kaufmanns) die Acceptation oder Zahlung des protestirten Wechsels an der Stelle des Trassaten leistet, oder es bequemt sich wohl auch manchemahl dieser selbst — wenn er sich gleich weigert, die Acceptation zu Folge des im Wechsel an ihn ergangenen Auftrages zu leisten — nach erhobenem Proteste, ausser des im Wechsel an ihn gerichteten Auftrages, zur Rettung des Credites entweder des Ausstellers, oder einer andern durch den Wechsel verbundenen Person, hiezu. Die in diesem Falle geschehene Acceptation oder Zahlung heisst Acceptation oder Zahlung *par honneur*, oder *per onore di lettera*, auch *Honoration*; zu Folge welcher Terminologie derjenige, welcher den Wechsel honorirt (d. i. entweder *par honneur* acceptirt oder zahlt), der Honorant, Acceptant oder Zahler *par honneur*, oder *per onore di lettera* und jener, zu dessen Ehre die *Honation* geschieht, Honorat genannt wird.

Der Honorant lässt sich dann von dem Inhaber des Wechsels, nachdem er ihm die Zahlung geleistet hat, den Wechsel quittirt ausfolgen, und nimmt damit für die von ihm geleistete Zahlung seinen Regress gegen den Honoraten und dessen Vormänner, wornach dann, wenn dieser von ihnen geleistet wurde, das Wechselgeschäft auch rücksichtlich seiner beendigt ist.

Diese Umrissse des Wechselgeschäftes, wenn sie gleich bey weitem dasselbe nicht erschöpfen, mögen als die unerlässlichsten Vorbegriffe zum

Verstehen des Wechselrechtes selbst einstweilen genügen (a).

§. 4.

Begriff des Wechselrechtes.

Aus dem Wechselgeschäfte entstehen verschiedene Rechtsverhältnisse zwischen den Theilnehmern desselben, welche entweder aus den zur Rechtskraft erwachsenen Gewohnheiten (Herkommen oder Gerichtsgebrauch), geschriebenen Gesetzen, oder natürlichen Rechtsgrundsätzen beurtheilt und entschieden werden müssen.

Der Inbegriff aller dieser Entscheidungsquellen der aus dem Wechselgeschäfte entspringenden Rechtsverhältnisse macht das Wechselrecht im objectiven und die Wissenschaft, welche uns dieselben kennen und anwenden lehrt, das Wechselrecht im subjectiven Sinne überhaupt aus.

In so fern diese Entscheidungsquellen aus der österreichischen Legislation entnommen werden, stellt sich uns das österreichische Wech-

(a) In so fern meine Leser noch Schüler sind, welche aus diesem Buche erst das Wechselrecht erlernen wollen, bitte ich sie, nicht eher weiter zu gehen, bis sie sich nicht die Terminologie, die in diesem §. vorkommt, ganz eigen und geläufig gemacht haben. In so fern dieselben aber selbst Andere das Wechselrecht lehren sollen; so werden sie gewiss mit mir anerkennen, dass es durchaus unerlässlich sey, seine Schüler vorerst hinlänglich mit dem Wechselgeschäfte und der demselben eigenthümlichen Terminologie vertraut zu machen, als man auf das Wechselrecht selbst übergeht, weil sie unmöglich das letztere verstehen können, so lange ihnen die Kunstwörter desselben nicht geläufig sind, und ihnen die vorläufige Uebersicht über das Wechselgeschäft gleichsam einen Faden in die Hand gibt, an welchen sie jede einzelne Lehre des Wechselrechtes reihen können. — Ausserdem kommen sie, wie mich eine häufige Erfahrung überzeugt hat, erst dann dazu, mühsam den Anfang des Wechselrechtes zu begreifen, wenn der Lehrer mit seinem Vortrage desselben am Ende ist. Ich halte es daher für einen der grössten Mängel unserer meisten Lehrbücher dieses Faches, dass sie gleich mit dem Wechselrechte anfangen, ohne eine Uebersicht des Wechselgeschäftes vorausgeschickt zu haben.

selrecht im objectiven und in der Wissenschaft, welche uns diese vaterländischen Entscheidungsquellen und ihre Anwendung lehrt, dasselbe im subjectiven Sinne dar.

Jede Gesetzgebung des Wechselrechtes characterisirt die demselben eigenthümliche Schnelligkeit und Strenge in der Ausmittlung und Durchsetzung der Rechte des Wechselgläubigers und dadurch unterscheidet sich das Wechselrecht wesentlich von dem gemeinen Rechte.

§. 5.

Geschichte des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes.

Wie, wann und wo dieses strenge Recht, welches wir Wechselrecht nennen, zuerst entstanden sey, wie sich dasselbe nach und nach fast auf alle gebildete Gesetzgebungen ausgedehnt habe, so wie wir es heut zu Tage sehen, darüber wurde ehemals viel gestritten, bis der gelehrte G. F. v. Martens (a) durch seine eben so scharfsinnige als gründliche Untersuchung dieses Gegenstandes allen Zweifel gehoben und die bis dahin aufgestellten entgegengesetzten Meinungen anderer Wechselrechtsgelehrter siegreich widerlegt hat.

Diesem Schriftsteller wollen wir daher in der Entwicklung einer kurzen Geschichte des Wechselinstitutes und Wechselrechtes folgen.

§. 6.

Der Ursprung des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes ist an die Messen, die Messprivilegien und die Campsoren geknüpft.

Die Entstehung des Wechselgeschäftes und der demselben eigenen Strenge knüpft sich einerseits an

(a) Versuch einer historischen Entwicklung des wahren Ursprunges des Wechselrechtes.

die Privilegien der zu den Zeiten der Kreuzzüge häufig gewordenen Messen und andererseits an die Institution der Campsoren. Sonach werden wir einige Vorbegriffe über die Messprivilegien und die Campsoren als Grundlage der Geschichte des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes voraus schicken und dann zeigen, wie diese aus jenen beyden Quellen hervor gingen.

§. 7.

Messen und Messprivilegien.

Die Messen waren das wichtigste Vehikel des Handels, der durch die Kreuzzüge, besonders in Italien, Frankreich und Spanien einen hohen Grad von Ausbreitung erhielt, worauf die wichtigsten kaufmännischen Geschäfte der damahligen Zeit getrieben wurden; da zu denselben von allen bedeutenderen Handelsplätzen Käufer und Verkäufer zuströmten.

Dieser grosse Zusammenfluss fremder Kaufleute auf den Messen, so vortheilhaft er einerseits dem Verkehre war, machte aber auch andererseits eine grosse Vorsicht in der Sicherstellung der gegenseitigen Forderungen nothwendig. Denn wie die Messe zu Ende war; so reiste jeder wieder in seine Heimath und man wusste nicht, ob man sich auf der nächsten Messe wieder sehen werde; man musste also wohl, wenn man sich anders nicht der Gefahr aussetzen wollte, seine Forderung in der oft entfernten Heimath des Schuldners, die sogar in häufigen Fällen dem Gläubiger unbekannt war, mit langer Hand auf unsicherem Wege suchen zu müssen, mit aller Aufmerksamkeit darauf bedacht seyn, zu seiner Bezahlung noch auf dieser Messe zu gelangen. Die Gefahr für die auf der Messe contrahirten Zahlungen war auf allen Messen gleichförmig vorhanden. Diese überall gleiche Gefahr für Messforderungen enthält auch die Ver-

anlassung zu den durchgängig gleichförmigen Messprivilegien, deren wesentlichste, hierher gehörige Punkte darin bestanden, dass

1) ein eigenes Gericht oder ein eigener Richter für die auf der Messe entstandenen Rechtshändel unter dem Nahmen *conservator nundinarum*, *maitre de foires*, *conservateur de foires* angeordnet und

2) bestimmt wurde, dass in Rechtshändeln, die aus Messcontracten entstanden, mit Übergehung aller Förmlichkeiten die schleunigste Rechtshülfe Statt finden sollte (a).

Diese schleunige Rechtshülfe wurde insbesondere auch in Ansehung der Schuldscheine ertheilt, die entweder auf die Messe zahlbar gestellt waren, oder, bey der zu Ende der Messe gehaltenen Abrechnung, die Verpflichtung zur Zahlung einer Summe auf der nächsten Messe, oder eine Anweisung zur Zahlung an einem dritten Orte enthielten (b).

§. 8.

Campsoren.

Nicht minder als an den Privilegien der Messen hängt der Ursprung des Wechselrechtes auch an der Institution der *Campsoren*.

Sie waren vom Staate zu dem Zwecke authorisirte Personen, dass sie die Auswechslung einer Gattung Münze gegen eine andere (das *Cambium minutum*, den Kleinwechsel) besorgten. Diese Auswechslung war bey den häufigen Verfälschungen und dadurch veranlassten Veränderungen der Münzen im Mittelalter ein wichtiger Gegenstand der Staatspolizey; daher in vielen Ländern dieses Geschäft nicht als freyes Gewerbe angesehen, sondern durch lange Zeit nur eigens dazu befugten verlässlichen Leuten anvertraut wurde. Diese genossen für

(a) Vergl. v. Martens ang. VV. über den Ursprung des Wechselrechtes, §§. 2 u. 3.

(b) v. Martens's Grundriss, §. 54.

ihre Bemühung bey der Auswechselung ein mässiges Aufgeld. Sie mussten auf die Gesetze schwören, Sicherheit leisten und ihre Wechselbücher ordentlich führen. Dafür hatten aber ihre Bücher und die von ihnen ausgestellten Bescheinigungen, als *instrumenta publica*, vollen Glauben bey Gericht.

Dieser Kleinwechsel einer Münzsorte gegen die andere war aber bey weitem nicht ihr einziges Geschäft, sondern es bestand dabey auch in grossen Geldumsätzen, indem sie bald dem Staate sowohl zu Geldrimessen an den Pabst und Andere als auch zu Staatsanleihen dienten, bald mit Privatpersonen, als Darleiher oder Entlehner, Geschäfte machten.

Zu diesem Behufe schlossen sie auch häufig grosse Gesellschaften, die an vielen Handelsplätzen zugleich ihre Comtoire errichteten (a). Indess war Anfangs der Hauptsitz ihrer Geschäfte doch immer auf den Messen, sie mochten nun am Orte der Messe wohnhaft seyn, oder dieselben entweder selbst oder durch ihre Factoren bereisen. Hier entstanden für sie beym Handel die mannigfachsten Veranlassungen zu kaufmännischen Zahlungen und Anweisungen.

Brachte ein fremder Kaufmann auf die Messe Geldsorten mit, die er der Umstände wegen hier nicht vortheilhaft benützen konnte; so sah er sich veranlasst, sie bey einem Campsor gegen eine solche Geldsorte umzusetzen, die ihm hier mehr convenirte. Hiebey geschah es gewiss nicht immer, dass er das eingewechselte Geldquantum sogleich mit sich in seine Wohnung nahm, zumahl da es bey dem Campsor sicherer lag, als in seinem Messlogis. Er liess sich also entweder einen Schein darüber geben, der, wenn darin die verwechselten Münzsorten benannt waren, schon ein *instrumentum super cambium* war; oder wenn er den Büchern und der Ehrlichkeit des Campsors traute; so war es der kürzeste Weg, dass er seine Messgläubiger an seinen Campsor für jene

(a) v. Martens, Ursprung des Wechselrechtes, §§. 4 — 7 und dessen Grundriss, §. 55.

Summe anwies, die er bey diesem stehen hatte, wor- nach dann am Zahltag zu Ende der Messe abgerech- net wurde.

Hatte ein Fremder auf der Messe grosse Sum- men erhoben; so war es ihm auf jeden Fall sehr beschwerlich, das Geld baar mit sich fortzuschlep- pen; meistens, bey der Unsicherheit der Wege, sogar bedenklich und gefährlich; oft konnte er die dort eingehobene Münzsorte auch zu Hause oder auf der nächsten Messe, die er beziehen wollte, nicht einmahl brauchen. Er trug also seine Baar- schaft zum Campsor und liess sich von diesem in der Münzsorte, die er benöthigte, oder für den Ort, für die nächste Messe, wo er sie brauchte, An- weisungen geben. Anweisungen dieser Art konn- ten auch die Campsoren am leichtesten geben, da sie gewöhnlich an mehreren Orten Wechselbanken oder Gesellschaften hatten und sonach diese Anweisungen an eines ihrer auswärtigen Comtoire, oder an einen ihrer Gesellschafter richten konnten (a).

§. 9.

Aus den Anweisungen der Campsoren entstanden die auf dritte Personen trassirten Wechsel.

Eine solche Anweisung enthielt nun in den mei- sten Fällen ein doppeltes *Cambium*, eine doppelte Verwechslung in sich, nämlich eine Ver- wechslung des Ortes, da das an einem Orte gegebene Geld auf einen andern angewiesen wurde und eine Verwechslung der gegebenen Geld- sorten gegen die angewiesenen. Dieses doppelte *Cambium* ist der Grund, warum eine solche Anwei- sung *Lettera di Cambio*, Wechselbrief, ge- nannt wurde.

Die Veranlassungen, diesen *Lettere di Cambio* gegen ihren Aussteller strenge und schleunige Execution beyzulegen, waren mehrere und wich-

(a) v. Martens Ursprung des Wechselrechtes, §§. 8 u. 9.

tige. Denn 1.) rührte die Schuld aus einem *Messcontracte* her, es gebührte also den darüber ausgestellten Instrumenten schon zu Folge der *Messprivilegien* diese Strenge der *Execution*; 2.) wurde eine von einem *Campsor* ausgestellte Urkunde als ein öffentliches, vollen Glauben verdienendes Instrument angesehen, das die Schuld vollständig bewies; endlich 3.) deutete schon das Wort „*di cambio*“ an, dass die Schuld durch die Verwechslung einer Münzsorte, welche schon dem *Campsor* eingehändigt war, gegen eine andere, von ihm erst durch den Wechselbrief angewiesene, entstanden und er daher bereits im Voraus vollständig befriedigt sey, wornach er also damals keinen erdenklichen Grund haben konnte, die Vergütung zu verweigern, wenn sein Wechselbrief von dem Dritten, an den die Anweisung lautete, nicht eingelöst wurde.

Aber auch wider den, der auf dem dritten Orte als *Trassat* den an ihn gerichteten Wechselbrief auszuzahlen versprochen hatte, aber das Versprechen zu erfüllen unterliess, musste aus der Natur der Sache die schleunigste *Execution* Statt finden. Denn solche Wechselbriefe wurden gewöhnlich von einer Messe auf eine zweyte gezogen; wenn nun auf dieser der *Trassat* die Zahlung derselben versprochen hatte; so war auch von seiner Seite ein *Messcontract* geschlossen, aus dem gegen ihn die strenge *Execution* folgen musste, zumahl, wenn er, was sich gewöhnlich fand, ein *Campsor* war.

Auf diese Art entstand nun aus den Anweisungen der *Campsoren* diejenige Gattung von Wechseln, welche von einem *Dritten* zu bezahlen sind und das ihnen zukommende strenge Wechselrecht (a).

(a) v. Martens, Ursprung des Wechselrechtes, §§. 9 — 11 und Grundriss, §§. 56 und 57.

§. 10.

Aus den Messschuldscheinen entstanden die von dem Aussteller selbst zu bezahlenden Wechsel.

So wie aus den Anweisungen der Campsoren von Messe zu Messe die auf dritte Personen lautenden Wechsel entstanden; so gingen aus den über eine Messschuld ausgestellten Schuldscheinen der Kaufleute und anderer Personen jene Wechsel, welche der Aussteller selbst zu bezahlen verspricht, hervor. Denn, wenn gleich aus den einfachen Schuldscheinen, die über eine Messschuld errichtet waren, schon, Kraft der Messprivilegien, auf schnelle Execution (auf ein *mandement de foire*) geklagt werden konnte; so wollte man doch gerne diesen einfachen Schuldscheinen die Gestalt und die Benennung eines Wechselbriefes und den dem Schuldinstrumente zum Grunde liegenden Contract, wenn er auch ein blosses Mutuum war, als ein Cambium darstellen, weil bey dem (im canonischen Rechte gegründeten) Verbothe, von einem Darlehen Zinsen zu nehmen, diese Messschuldscheine oft des Zinsenvuchers verdächtig waren und die daraus entspringende Einrede (*exceptio usurariae pravitatis*) zulässig war; während hingegen für die Verwechselung ein Aufgeld und für die Entbehrung des Geldes von einer Messe bis zur andern einen Nutzen (*gain de foire*) zu nehmen erlaubt war. Diese Verbergung eines Mutuums unter ein Cambium war aber auch der Grund, warum diese Gattung der Wechsel so verrufen und daher ehemahls häufig verbothen gewesen ist (a).

(a) v. Martens Grundriss, §. 58 und Ursprung des Wechselrechtes, §. 13.

§. 11.

Ursprünglich wurde das Wechselgeschäft bloss auf Messen getrieben; ausser denselben aber erst später nachgeahmt.

Auf diese Art wurden alle Wechselgeschäfte ursprünglich bloss auf Messen getrieben. Allein, wenn gleich ihr Ursprung auf Messen zu suchen ist; so musste doch bald auch an jenen Handelsorten, die keine Messen hatten, oder auch für die Zeit ausser den Messen für andere, nicht auf Messen gestellte Wechsel, wegen des Bedürfnisses des Handels, häufig und in Nachahmung der Messen, besonders an solchen Orten, wo nicht nur Campsoren waren, sondern auch die Kaufmannschaft eine feste Verfassung und ein eigenes Handelsgericht erhielt, ein ähnliches strenges Wechselrecht wie auf Messen eingeführt werden. Dieses war natürlich dort früher der Fall, wo sich der Handel früher hob und festere Stützen erlangt hatte, als an jenen Orten, wo er erst später zu einer höheren Ausbildung und Blüthe gelangte (a).

§. 12.

Alter der Wechsel.

Das Alter des Ursprungs der Wechsel lässt sich wohl nicht ganz genau angeben, doch scheinen, wenigstens auf den italienischen und französischen Messen, die Wechsel auf Messen schon im zwölften Jahrhunderte bekannt gewesen zu seyn und bereits im dreyzehnten, besonders durch die am frühesten im Wechselwesen thätigen Florentiner und Lombarden, nachdem diese in viele Länder Europas sich zerstreuten, einen beträchtlichen Grad der Ausbreitung gewonnen zu haben; da vom Anfange des

(a) von Martens Grundriss, §. 59, b., und Ursprung des Wechselrechtes, §§. 14 — 17.

vierzehnten Jahrhunderts unverwerfliche Spuren ihrer weiten Ausdehnung auf sehr viele Handelsplätze in und ausser Italien und Frankreich vorhanden sind (a).

§. 13.

Alter der Wechselgesetze.

So wie wir kein Rechtsinstitut, zumahl in der frühern Zeit, wo die Gesetzgebung noch einen geringen Grad von Ausbildung gewonnen hatte, gleich bey dessen Entstehung durch geschriebene positive Gesetze normirt finden, sondern das Herkommen die Stelle derselben vertritt; so war es auch mit dem Wechselinstitute. Natürlich bildete sich an jenen Orten, wo der Handel früher sich ausbreitete und daher das Bedürfniss einer genauern Gesetzgebung fühlbarer machte, ein geschriebenes Wechselrecht zuerst aus. Gewiss aber waren diese Wechselgesetze anfangs kein abgeschlossenes Ganzes, sondern sie waren Entscheidungen über einzelne streitig gewordene Rechtsfragen. Beweise hievon liefert uns v. Martens in den Verordnungen von Barcelona (1394) von Bologna (1454) und von Bergamo (1457) (a). Aus diesen Angaben erhellet zugleich, dass der Ursprung der ersten Wechselgesetze in das 14. Jahrhundert zu setzen sey. Beträchtlich mehrere Wechselgesetze erschienen im 16. Jahrhunderte für die Niederlande, für Spanien, Mayland, Venedig, Bergamo, Neapel, Bologna und Genua, welche v. Martens im Anhange seines Werkes über den Ursprung des Wechselrechtes geliefert hat. Im Anfange des 17. Jahrhunderts treffen wir auch schon in Deutschland Wechselgesetze, worunter das Hamburger v. J.

(a) von Martens Grundriss, §. 59, a., und Ursprung des Wechselrechtes, §. 12.

(a) Vergl. diese Gesetze im Anhange zu v. Martens Ursprung des W. R.

1603, das Bremer v. J. 1612 und das Nürnberger v. J. 1621 (b) die ältesten zu seyn scheinen.

§. 14.

Besondere Rücksicht auf die Geschichte des Wechselrechtes in Oesterreich.

Bey der Entwicklung einer Geschichte des österreichischen Wechselrechtes können wir dieselbe sehr weit zurückführen, wenn wir Oesterreich in jenem Zeitraume betrachten, in welchem noch die Niederlande damit verbunden waren und noch weiter, wenn wir darauf Rücksicht nehmen wollen, dass auf kurze Zeit, unter Carl V., auch Spanien mit den damahls dazu gehörigen Nebenlanden in Italien durch dasselbe Scepter beherrscht wurde, wie Oesterreich. Denn dann gehört auch derselben die Geschichte der Wechselrechtsgesetzgebung dieser beyden letzteren Staaten an.

Dass in den Niederlanden bereits im Anfange des 15. Jahrhunderts Wechsel und Wechselrecht eingeführt war, erhellet deutlich aus einem Schreiben des Magistrates zu Brügge an den Magistrat zu Barcelona v. J. 1404, welches uns *Antonio de Capmany de Monpalau* in seinen „*memorias historicas sobre la marina comercio y artes de la antigua ciudad de Barcelona*“ aufbewahrt hat, worin sich der Magistrat von Brügge bey jenem von Barcelona anfrägt, was dort Wechselgebrauch sey, wenn der Präsentant, nachdem der Trassat die Zahlung nicht geleistet hat, auf ungewöhnliche Weise Geld aufgenommen und dadurch die Kosten dergestalt vermehrt hätte, dass der Wechselschuldner sie nicht ganz bezahlen wollte. Diesem Briefe sind die beyden Wechsel (einer v. 28. Aprill 1404 und der andere vom 18. May 1404), welche diese Anfrage veranlassten, eingeschaltet. Sie haben

(b) Vergl. v. Martens Ursprung des W. R., §. 19.

schon die heutige kurze Form (a). Hiedurch wird ganz sicher ein bereits vieljähriger Gebrauch der Wechsel beurkundet; allein ein früheres Gesetz, als v. J. 1537 kann man diessfals nicht nachweisen. Erst von diesem Jahre an lassen sich hieher gehörige Gesetze an den kaiserlichen Ordonanzen v. 7. März und 25. May 1537, dann v. 7. Aprill 1539 und 16. November 1541 auffinden. Das vollständigste ältere niederländische Gesetz über Wechsel ist aber in den im Jahre 1578 erneuerten und 1597 gedruckten „*Rechten en Costumen van Antwerpen*“ enthalten, worin das dort, S. 282, befindliche Capitel in 11 §§. von Wechseln (*van Wis-selen*) handelt. (b).

Betrachten wir Spanien, als einstmahls auf kurze Zeit mit Österreich vereinigten Staat; so gehört zur Geschichte des vaterländischen Wechselrechtes sogar das älteste eigentliche Wechselgesetz, welches sich nachweisen lässt, nämlich die Verordnung des Magistrates zu Barcelona v. 18. März 1394, deren Überlieferung wir ebenfalls *Capmany de Monpalau* verdanken, worin Bestimmungen über die Zeit und Form der Acceptation der Wechselbriefe enthalten sind (c).

Indess liegen Notizen über die Entstehung der Wechselgesetze in diesen Staaten gegenwärtig wohl schon zu sehr ausser dem Interesse der Geschichte des vaterländischen Rechtes, um denselben hier einen grösseren Raum als jenen, zu einer kurzen Andeutung davon widmen zu dürfen.

Mehr Interesse sollten gegenwärtig für uns, bey dem Umstande, dass das lombardisch-venetianische Königreich wieder Österreich angehört, die älteren

(a) Vergl. v. Martens Ursprung des Wechselrechtes. S. 49, not. o., und von Zimmerl's vollständige Sammlung der Wechselgesetze, I. Bd., I. Abth., S. 129.

(b) Vergl. v. Martens, a. a. O. und Anhang, S. 94 — 105; v. Zimmerl, a. a. O. und Siegel's *corpus juris cambialis*, p. 408.

(c) Vergl. v. Martens angeführtes Werk, Anhang, S. 107—109.

italienischen Wechselgesetze haben, worunter vorzüglich die auf Befehl Carls V. gesammelten und 1541 von ihm bestätigten *Constitutiones dominii Mediolanensis*, worin im 5. Buche (unter der Aufschrift: „*de officio abbatum, et consulis mercatorum Mediolani*“) Anordnungen über Wechsel vorkommen; die venetianischen von Wechselbriefen handelnden Verordnungen vom 23. April 1594 und 12. Februar 1596 und die im J. 1591 bestätigte und 1621 erneuerte Wechselordnung für Bergamo, ihres Alters wegen, eine Erwähnung verdienen (d). Allein auch diese ältern Wechselgesetze sind für uns nicht mehr von grosser Bedeutung, weil sie auf die Abfassung des heutigen, im lombardisch-venetianischen Königreiche bestehenden Wechselrechtes, des dort unter Frankreichs Herrschaft eingeführten und noch immer geltenden *Codice di Commercio*, der eine blosse Übersetzung des ursprünglich nur für Frankreich erlassenen *Code de commerce* ist, keinen Einfluss gehabt zu haben scheinen.

In den deutschen Ländern der österreichischen Monarchie reicht die Geschichte des Wechselrechtes nun wohl freylich nicht weit zurück; da wir, bey dem spätern Aufblühen des Handels in unserer Monarchie, vor dem Anfange des 18. Jahrhunderts keine allgemeine Wechselordnung, ja sogar vor der Mitte des 17. Jahrhunderts nicht einmahl ein einzelnes geschriebenes Wechselgesetz aufzuweisen haben. Dieses zeigt sich klar, wenn wir unsern *Codex austriacus* und die ältesten Schriftsteller (e) durch-

(d) Man sehe diese Gesetze im Anhang zu v. Martens ang. Werke, S. 16, 17, 22, 23 und 27 — 39.

(e) In dieser Beziehung habe ich fleissig folgende Schriftsteller durchgegangen: „*Verneuerte observationes practicae*“ u. s. w., von Joh. Bapt. Suttinger. Nürnberg, 1678. Von demselben: „*Consuetudines austriacae ad Stylum excelsi regiminis infra Anasum accomodatae. Accessit aureus juris austriaci tractatus, continens observationes selectas*“ Auct. Bern. „Walter.“ Norimbergae, 1716. Weingartner: „*Con — et Discordantia juris consuetudinarii aust. sup. Anasum.*“ Vin-dobonae, 1674. Benedicti Finsterwalter: „*quatuor libri observationum practicarum ad consuetudines Archiduca-*

suchen, welche das österreichische Recht behandelt haben. Wir finden zwar in den Gesetzen auch früher schon das Wort „Wechsel“ (z. B. in der Wienerischen Niederlagsordnung vom 19. Januar 1515); allein dort ist nicht die Rede von den Wechseln in unserm heutigen Sinne, sondern eigentlich nur von dem Kleinwechsel (*cambio minuto*).

Das älteste Wechselgesetz (aber noch keine förmliche Wechselordnung), welches sich in Oesterreich auffinden lässt, ist in der „Ordnung und Regel, „so von dem Magistrat und gesammten „der Bozner Markts-Matricul einverleib- „ten Kaufleuten vergriffen, von jedwe- „den gehalten und denen nachgelebet wer- „den solle,“ welche die verwitwete Erzherzoginn Claudia am 15. Sept. 1635 erliess, enthalten, worin die Artikel 3 — 11 von der Wechselprocura, Acceptation, Girirung, Protestation, Honoration und Bezahlung der Wechselbriefe handeln (f.)

An dieses erste deutsche österreichische Wechselgesetz reiht sich, der Zeitfolge nach, die für die Stadt Breslau von dem Magistrate derselben erlassene Wechselordnung v. 28. Nov. 1672, welcher allerdings in der Geschichte des österreichischen Wechselrechtes ein Platz gebührt, weil ganz Schlesien bis zum Jahre 1742, wo der grössere Theil desselben und damit auch Breslau an Preussen kam, zu Österreich gehörte und weil zugleich, wie uns eine geringe Vergleichung überzeugen kann, daraus gröss-

„*tus Austriae super. accommodatarum.*“ Salish., 1687. Nicolai de Beckmann: „*Idea juris statutarü et consuetudinariü Styriaci et Austriaci.*“ Graecii, 1688. Johannis Francisci Thasser: „*Progymnasmata actionum forensium.*“ Vindobonae, 1707.

Merkwürdig ist hiebey, dass von allen diesen Schriftstellern der einzige Beckmann von Wechseln handelt, die übrigen aber gar keine Erwähnung davon machen.

(f) Auf diese Daten habe ich schon in meiner in der Wiener allg. Lit. Zeit. v. Jahre 1814, 1. St., abgedruckten Recension über Boset's Wechselcontract, als zur Geschichte des vaterländischen Wechselrechtes gehörig, aufmerksam gemacht.

tentheils unsere später erlassenen allgemeinen Wechselordnungen entnommen worden sind. Am 30. April 1712 wurde sie vom dortigen Magistrate erneuert und von Sr. k. k. Majestät am 30. Januar 1716 bestätigt (g). Allein sie war keineswegs ein allgemeines, ja nicht einmahl damahls schon für ganz Schlesien gültiges Gesetz, sondern ausschliessend für die Stadt Breslau wirksam.

Die erste allgemeine Wechselordnung für Österreich ist jene, vom 10. Sept. 1717, welche, da die eben angeführte alte Botzner Marktordnung nur für Botzen und die Breslauer Wechselordnung nur für Breslau galt, für die übrigen deutschen Länder der Monarchie auch das erste geschriebene Wechselgesetz war.

Indessen lässt es sich recht gut nachweisen, dass das Wechselinstitut und eigentliches Wechselrecht schon lange vor der Erscheinung dieser ersten allgemeinen vaterländischen Wechselordnung im Allgemeinen bey uns im Gange und auf den Gerichtsgebrauch gegründet war, was sich ganz klar aus einigen Stellen in Nicolaus v. Beckmann (h) zeigt,

(g) Vergl. v. Zimmerl's Sammlung, 1. Thl., 2. Abtheilung, S. 188 — 206, und G. W. F. Grattenauer, über die ältern und neuern Wechselgesetze (Breslau, 1806.)

(h) *Idea juris statutarü et consuetudinarii styriaci et austriaci*, S. 46 — 47 und 555. Ich kann hier nicht unterlassen, aus diesem Werke zwey Stellen wörtlich anzuführen, weil sie den klärsten Beweis in sich enthalten, dass auch in Oesterreich auf die nähmliche Art, wie v. Martens den Ursprung der Wechsel und des Wechselrechtes in andern Staaten angibt, dieses Institut entstanden sey. Es heisst dort S. 555: „Wechselbrief und Messen-sive Jahrmarkts-Contracten müssen unter Handelsleuten, *ob comercia in Republica, pro omnium et singulorum civium utilitate conservanda*, aufs genaueste gehalten, und conservirt werden, sonst „wäre es unmöglich, dass die *societas humana* und *comercia*, „in allen Ländern unter den Menschen könnten bestehen, „oder gebührend befördert werden. Zu dem Ende die Reichs- „abschiede *de anno 1654*, §. 107 von allen Reichs-Ständen „nach aller Rechtsgelehrten Meinung *unanimitèr et solennitèr* „beschlossen haben, dass die Wechselbriefe oder Wechsel- „sachen, ohne irgend einer Appellation so sehr privilegiert „sollen gehalten werden, *ad facilitanda commercia*, dass sie „wider denjenigen so ein Wechsel gemacht und selbigen nicht

der zwey Präjudicate v. d. J. 1670 und 1684 anführt, aus denen es unwidersprechlich hervor geht, dass es damahls schon eine seit langer Zeit ausgemachte Sache war, dass den Wechsell in der Execution sowohl als in Cridafällen ein grosser Vorzug vor den gemeinen Forderungen zu Statten komme. Eben so klar wird diese Behauptung aus dem Eingange der Wechselordnung vom 10. Sept. 1717 (i) erwiesen, wo ausdrücklich erwähnt wird, dass bis dahin die Entscheidungen in Wechselsachen nach dem alten Gebrauche geschöpft wurden.

Es erhellet aber auch andererseits sowohl aus Beckmanns Werke, als aus dem erwähnten Eingange der angeführten österreichischen Wechselordnung v. J. 1717, dass diese (ausser den oberwähnten, bloss für Botzen und Breslau geltenden Gesetzen) wirklich das erste Wechselgesetz in den deutschen Ländern Österreichs war. Denn gewiss hätte, wenn früher schon allgemein gültige ein-

„gebührender Massen bezahlen lässt, *paratam executionem*
 „innerhalb 24 Stunden oder aufs längste innerhalb we-
 „nigen Tagen *post cominissam moram* zu *satisfaction* der cre-
 „ditorn verstaten.“ Weiter heisst es S. 556: „*Hi camp-*
 „*sores, qui ex pecuniae permutatione et trans-*
 „*latione pecuniae de loco ad locum remotum*
 „*lucrum faciunt, transmittendo alibi litteras cambiales*
 „*solvendas alii: e. g. quando ego Campsori (einem Wechsel-*
 „*Herrn) mille florenos hic Graecii sub certo lucro (vulgo lage)*
 „*praevio cambiali contractu, bona fide solvo, ut is tantundem*
 „*meo nomine Norimbergae, Hamburgi, Parisiis vel Venetiis,*
 „*intra certum determinatum tempus iterum solvat, transmis-*
 „*sis litteris cambialibus, tunc Campsor sub fide et famae suae*
 „*laesione cogitur promissum suum adimplere, quoniam tales*
 „*cambii contractus sunt valde privilegiati et stricti juris; in*
 „*quorum firmamento consistit saepe mercatoris cujusdam salus*
 „*et conservatio.*“

(i) Die daraus hieher gehörige Stelle ist folgende: „über die-
 „ses auch viele Zwistigkeiten unter den Wechselverständigen
 „und Cambisten sich hervorgethan, und die Entscheidung der-
 „sel en um so schwerer gefallen, als allhier keine be-
 „sondere Wechselordnung eingeführt und man
 „demnach veranlasst worden, entweder nach
 „dem alten Gebrauche oder nach den Ordnun-
 „gen fremder Wechselplätze, welche doch auch
 „an sich different sind, die Erkenntniss zu
 „schöpfen.“

zelne Entscheidungen der Gesetzgebung in Wechselsachen erflossen gewesen wären, Beckmann, der so fleissig sammelte, sie angeführt und uns überliefert, statt sich bloss auf das Herkommen und die dahin einschlagenden Reichsabschiede zu berufen und gewiss hätte der Eingang der Wechselordnung v. 10. September 1717 sonst nicht gesagt: dass für die Entscheidungen der Wechselstreitigkeiten keine andere Quelle bis dahin vorhanden gewesen sey, als der Gebrauch und die Ordnungen fremder Wechselplätze.

Dieser ersten allgemeinen österreichischen Wechselordnung folgten am 4. und 17. September 1720, 25. Sept. 1721, 20. März 1725, 10. und 16. Julius 1725 (vom letztern Datum zwey) und 30. Januar 1727 einige Erläuterungen derselben. Besonders merkwürdig für die Geschichte unseres Wechselrechtes ist die Fallitenordnung vom 18. August 1734, welche, obschon sie sonst gar keine auf das Wechselrecht sich beziehende Anordnung enthält, in dem 20. Absatze der 1. Abtheilung das den Wechseln durch den 47. Artikel der W. O. v. J. 1717 eingeräumte Privilegium der 3. Classe in Concursfällen ausdrücklich aufgehoben hat. (k.)

Im Jahre 1738 (12. August) erschien die Schlesische Wechselordnung unter dem Titel: „Erneuerte General-Wechselordnung im Herzogthume Schlesien“, welche eigentlich nur eine neue Kundmachung der Breslauer Wechselordnung vom 30. Januar 1716, wodurch diese, auf ein Gesuch der gesamten schlesischen Kaufmannschaft, für ganz Schlesien eingeführt wurde, mit wenigen Veränderungen und Ergänzungen ist (l).

Hierauf findet sich ein Stillstand in der österreichischen Wechselrechtsgesetzgebung bis zum Jahre 1763, in welchem am 1. October die erneuerte Wech-

(k) Durch die erneuerte Wechselordnung v. J. 1763 wurde dieses Privilegium aber wieder, im 46. Art., eingeführt.

(l) Vergl. v. Zimmerl, a. a. O., S. 207.

selordnung der grossen Kaiserinn Maria Theresia erlassen wurde.

Hievon wurde eine italienische Übersetzung veranstaltet, welche, mit Ausnahme des 54. Artikels, am 2. April 1765 für Triest und das Litorale unter dem Titel: „*Editto di cambio, rinovato da sua Maestà imperiale, Regina di Germania, Ungheria*“ etc., als Gesetz kundgemacht wurde (m).

Nachdem Ostgalizien (1772) an Österreich gefallen war, wurde auch dort eine Wechselordnung durch das Patent vom 22. Julius 1775 eingeführt, die nur wenig von der unsrigen abweicht (n).

Die Wechselordnung von J. 1763 zerfällt, wie die ältere, in zwey Abtheilungen, deren erste in 54 Artikeln von den aus dem Wechselgeschäfte entspringenden Rechten und Pflichten; die zweyte in drey Titeln von den Mercantil- und Wechselgerichten erster, zweyter und dritter Instanz handelt (o). Über diese Wechselordnung erschienen seit ihrer Kundmachung bis auf unsere Tage mehrere nachträgliche Verordnungen, welche sich aber fast alle auf die Erläuterung derselben beschränken und an dem ursprünglichen Gesetze selten etwas geändert haben.

Ausserdem erschien auch noch eine besondere Wechselordnung für Westgalizien vom 10. October 1797, welche sich jedoch von jener vom

(m) Die neueste Ausgabe dieser italienischen Uebersetzung erschien zu Triest bey Gasparo Weis im J. 1816, auf Anordnung des küstenländischen Guberniums.

(n) Vergl. Koschak's österr. Wechselrecht, 2. Aufl., S. 12.

(o) In Rücksicht der ersten Abtheilung dieser beyden Wechselordnungen muss zur leichtern Orientirung in derselben bemerkt werden, dass die Ordnung in den ersten 19 Artikeln in beyden, mit grösstentheils gleichem Inhalte, beybehalten wurde. Der 20. Art. der ältern, wurde aber in der erneuerten zum 54 gemacht, woher es auch kommt, dass der nämliche Gegenstand vom 21. Art. angefangen immer in der ältern um einen Artikel später (der Zahl nach) vorkommt, als in der erneuerten. Diese Bemerkung werden wir in der Folge, besonders bey der Erklärung des 20. und 24. Artikels der letztern W. O. (21. und 25. der ältern), von vorzüglicher Wichtigkeit finden.

J. 1763 nur darin unterscheidet, dass darin manche zweckmässige Abänderungen der ältern dunklern Textirung vorkommen und die zweyte Abtheilung ganz, aus der ersten Abtheilung der ältern aber die Artikel, 46, 48, 49, 50, 51 und 52 weggelassen wurden (p).

Für den Handelsplatz **B o t z e n** folgten der oben angeführten alten Marktordnung v. J. 1635 die Privilegien vom 16. October 1648, 19. July 1663, 31. August 1666, 3. September 1674, 6. August 1718, 1. April 1744, endlich die neuen Botzner Marktordnungen und Statuten v. 13. Januar 1787 und 23. März 1792 (q).

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wurde unter Frankreichs Herrschaft der *Code de commerce*, worin der 8. Titel des 1. Buches das Wechselrecht enthält, durch das Decret vom 17. July 1808 und in Südtirol durch das Decret v. 15. Juny 1810 unter dem Titel: „*Codice di commercio di terra e di mare pel Regno d'Italia*“ eingeführt und, nachdem diese Länder wieder mit unserer Monarchie vereinigt wurden, derselbe für sie einstweilen beybehalten (r).

Gegenwärtig wird an einem neuen Gesetze über das Wechselrecht, das einen integrirenden Theil des Handelscodexes ausmachen soll, gearbeitet (s).

(p) Von diesen weggelassenen Artikeln handelt der 46., von dem Vorzuge der Wechsel im Concourse der Gläubiger; der 48., vom Compromisse in Wechselsachen; der 49., von dem Reciprocitätsrechte in Beziehung auf die Priorität in Concurssfällen; der 50., von Moratorien; der 51., von den Falliten; der 52. endlich, von den *votis majoribus* in Concurssachen

(q) Die ältern von diesen Gesetzen findet man in Siegel's *corpus juris cambialis* und nebst diesen auch die Statuten v. 13. Januar 1787 und 23. März 1792 in v. Zimmerl's Sammlung der Wechselgesetze, unter dem Schlagworte „Botzen.“

(r) Vergl. v. Zimmerl's Handbuch zur Kenntniss der Handels- und Wechselgeschäfte, 3. Thl., S. 219 und 229; dann Neupauer's österr. Wechselrecht, §. 27.

(s) Vergl. Materialien für Gesetzkunde und Rechtspflege in den österreichischen Staaten. Herausgegeben von D. Carl Joseph Pratobevera, Vicepräsidenten des k. k. N. Oe. Appellations- und Criminal-Obergerichtes und wirklichem Mitgliede der Hofcommission in Justiz-Gesetzachen. (Wien bey Geistinger) 1814 — 1822; 1. Th., S. 240.

§. 15.

Quellen des österreichischen Wechselrechtes.

Von der Geschichte wenden wir uns zur Angabe der gesetzlichen Quellen des österreichischen Wechselrechtes. Sie sind Haupt- und Hülfsquellen und beyde entweder geschriebene, oder ungeschriebene.

§. 16.

Geschriebene Hauptquellen desselben.

Die geschriebenen Hauptquellen haben wir bereits (§. 14) im Allgemeinen kennen gelernt; indess bedürfen sie hier noch einer genaueren Sichtung und nähern Bestimmung.

Vorerst müssen wir hier zwischen der westgalizischen und den beyden ältern Wechselordnungen unterscheiden.

Die westgalizische galt immer nur in demjenigen Theile der Monarchie, den ihr Titel bezeichnet. Dort wurde sie (mit Aufhebung aller früheren Wechselgesetze und Gewohnheiten) als die einzige Quelle der Entscheidung vorgeschrieben.

Im Allgemeinen gelten aber für die österreichisch deutschen Staaten die Wechselordnungen vom 10. Sept. 1717 und 1. Octob. 1763 mit den darüber erflossenen Nachträgen. Für Triest und das Litorale wirkt die dort am 2. Aprill 1765 kundgemachte italienische Übersetzung der W. O. v. J. 1763 (a) und für Ostgalizien das Patent v. 22. July 1775 (b). Für Botzen gibt es in den für diesen Handelsplatz bestehenden Marktprivilegien und Statuten (c) einige Abweichungen, welche an den zukömmlichen Orten werden eingeschaltet werden (d).

(a) Hofdecret v. 4. May 1816.

(b) Hofdecret v. 27. Juny 1817.

(c) Hofdecret v. 5. März 1816.

(d) Im lombardisch-venetianischen Königreiche und im südlichen Tyrol gilt noch der *codice di commercio*,

In Rücksicht auf die beyden Wechselordnungen v. J. 1717 und 1763 muss vor Allem bemerkt werden, dass der ältern sammt den darüber erschienenen Nachtragsverordnungen keineswegs durch die spätere, weiter derogirt geworden sey, als in so fern diese jener widerspricht. Im Übrigen bestehen beyde mit ihren Nachträgen zusammen in gesetzlicher Kraft (e) und es kann daher dort, wo die neuere nicht eine deutliche Bestimmung ent-

insofern seine Bestimmungen nicht durch die dort publicirten österreichischen Gesetze und Verordnungen abgeändert oder aufgehoben wurden (Hofdecret v- 28. Dec. 1816 und 4. März 1817). Hievon im ganzen Umfange zu handeln liegt ausser der von mir gewählten und durch den Titel dieses Handbuches angezeigten Grenze. Um demselben jedoch auch einige Brauchbarkeit für jene Länder zu geben, wofür der *Codice di commercio* gilt; so werden seine wichtigsten Entscheidungen, besonders dort, wo sie von dem in den übrigen Theilen der Monarchie geltenden Wechselrechte abweichen, in Anmerkungen angeführt werden.

(e) Dieses erhellet sowohl aus dem Eingange der Wechselordnung v. J. 1763 als aus dem Schlusse derselben. Der Eingang sagt: „Es ist noch von Unsers hochgeehrtesten Herrn Vaters, „weiland Carls des Sechsten kais. Majestät und Liebden seligsten Andenkens zu nicht geringer Aufnahme des hiesigen „Handelstandes eine Wechsel-Ordnung eingeführt und das Patent hierüber vom 10. September 1717 kundgemacht worden; „nachdem aber in selbem theils Vorfällenheiten unentschieden „sind, so zu Rechts-Führungen Anlass gegeben haben, auch im „mittelst die Commerciën überhaupt und besonders die Fabri- „quen in Unsern Erblanden in noch mehrere Aufnahme und „Flor gekommen; Als sind wir hierdurch bewogen worden, „den theils schon bestellten, theils zu bestellenden Wechsel- „gerichten, auch die Besorgung der Mercantil-Recht-Anliegenheiten zuzutheilen, somit ob angeführtes Wechsel- „sel-Patent in etwas zu vermehren und zu erneuern.“ Der Beschluss dieser Wechselordnung spricht noch deutlicher: „Nach obstehender Wechsel- und Mercan- „til-Ordnung, und was weiters bey dem Wechsel- und Mercantil-Gericht, erst- andert- und letzter Instanz von Uns mit „wohlbedachtem Muth, dem *Comercio* zum Besten geordnet „worden, hat sich mäniglich in diesem Erzherzogthume Oesterreich unter und ob der Enns zu richten, ein und anderem in „begebenden Fällen wirklich, und unverbrüchlich zu geleben, „und darwider keineswegs zu handeln. Doch halten wir Uns „bevor, diese Wechsel-Ordnung, auch Bestellung des Gerichts „ins künftig aus selbst fürfallenden oder Uns von dem Handelsstand, oder Gerichts-Stellen gehorsamst fürbringenden Ur- „sachen zu ändern, zu mindern, oder zu vermehren; wo übrigens Wir die resolvirte Ordnung wider die Falliten und decoc- „toren ddo 18ten Augusti 1734 und übrige verschiedent-

hält, ohne weiters die ältere zur Anwendung gebracht werden. Freylich ist dieses selten der Fall, da die neuere Wechselordnung in den meisten Stellen deutlicher und vollständiger ist, als die ältere; indess dient an mehreren derselben die verschiedene Textirung beyder in der nähmlichen Anordnung sehr dazu, den wahren Sinn des Gesetzes authentisch fest zu stellen, der ohne dieses Mittel oft zweydeutig und dunkel bliebe.

Diese Wechselordnungen sind in Beziehung auf die aus dem Wechselgeschäfte entstehenden Rechtsverhältnisse allerdings noch fortan in ihrer vollen Wirksamkeit und wurden selbst in jenen Stellen, die Abweichungen von den Anordnungen des bürgerl. Gesetzbuches v. 1. Junius 1811 enthalten, in dem Kundmachungspatente (f) desselben ausdrücklich bestätigt.

Allein in so fern darin von dem Verfahren in Wechselsachen gesprochen wird, ist der Inhalt derselben durch die allgemeine Gerichtsordnung vom 1. May 1781 und das Patent v. 9. April 1782 aufgehoben worden (g).

Dieses trifft vorzüglich die zweyte Abtheilung der Wechselordnungen v. d. J. 1717 und 1763, welche nun, mit Ausnahme jener Stellen (I. Titel, §§. 1 und 8), welche bloss von der Bestimmung der Jurisdiction handeln, auf die sich auch die Jurisdictionsnorm v. 27. September 1783 (h) beruft und die-

„lich in Wechsel- und Mercantil-Anliegenheiten ergangene Patente und Ordnungen, in wie weit solche durch gegenwärtige erneuerte Wechsel- und Mercantil-Ordnung nicht abgeändert worden, auf das feyerlichste bestätigen.“

(f) „Handels und Wechselgeschäfte werden nach den besondern Handels- und Wechselgesetzen, in so fern sie von den Vorschriften dieses Gesetzbuches abweichen, beurtheilet.“

(g) Patent v. 9. April 1782: „Auch bey den Mercantilbehörden solle die allgemeine Gerichtsordnung vom 1. May 1782 anzufangen — — — beobachtet werden.“

(h) J. N. v. 27. Sept. 1783 §. 4. „Betrifft der Streit ein Geschäft, welches nach dem Wechsellpatente v. 1. Oct. 1763 ausdrücklich dem Mercantil- und Wechselgerichte zugewiesen ist; so tritt die Gerichtsbarkeit des N. Oe. Wechsel- und Mercantilgerichtes ein.“

selben dadurch insbesondere bestätigt, ihre Wirksamkeit verloren hat.

Übrigens ist es wohl kaum nöthig, darauf aufmerksam zu machen, dass in dem Falle, als eine Nachtragsverordnung dem früheren Hauptgesetze widerspricht, was sehr selten geschieht, dieses, nach dem Satze: *lex posterior derogat priori*, in so fern dieser Widerspruch wirklich vorhanden ist, jener weichen müsse.

§. 17.

Ungeschriebene Hauptquellen desselben.

Die ungeschriebene Hauptquelle des Wechselrechtes ist das kaufmännische Gewohnheitsrecht, der sogenannte Kaufmannsstyl.

Es könnte zwar scheinen, dass diese Quelle durch den 10. §. des bürgerl. G. B. (a) ihre Wirksamkeit verloren habe; allein dieser §. erklärt die Gewohnheiten nur in so fern für kraftlos, als sich kein Gesetz darauf beruft. Auf das kaufmännische Gewohnheitsrecht wird sich aber in mehreren Stellen der Wechselordnungen, z. B. im 43. und 54. Artikel der W. O. v. 1. October 1763, ausdrücklich berufen und somit ist dasselbe allerdings noch immer eine Quelle des österreichischen Wechselrechtes. Nur muss in allen Fällen, wo aus dem Kaufmannsstyle ein Recht, oder eine Verpflichtung abgeleitet werden soll, der Beweis von der wirklichen Existenz dieser Gewohnheit streng gelieft und hiebey dargethan werden, dass alle jene Erfordernisse vorhanden seyen, welche die Gesetze vorschreiben, um eine Gewohnheit als Begründung von Rechtswirkungen darzustellen (b).

(a) A. b. G. B. §. 10. „Auf Gewohnheiten kann nur in den Fällen, in welchen sich ein Gesetz darauf beruft, Rücksicht genommen werden.“

(b) S. hierüber mein Quellenverhältniss des bürgerl. Gesetzbuches zu den besondern Privatrechtszweigen. (Wien, bey Geistinger, 1818); S. 126 — 134.

Endlich muss in Rücksicht dieser Quelle bemerkt werden, dass eine Gewohnheit, die mit dem geschriebenen Gesetze collidirt, niemahls als rechtskräftig angesehen, im Gegentheile für gänzlich rechtswidrig gehalten werden müsse, und sonach niemahls diesem derogiren könne; da überhaupt jede Gewohnheit nur in so fern als rechtskräftig angenommen werden darf, als ihr diese Rechtskraft durch die Berufung eines ausdrücklich erklärten Gesetzes beygelegt wird (c).

§. 18.

Hilfsquellen desselben:

a.) die Analogie;

Unter den Hilfsquellen des österreichischen Wechselrechtes nimmt die Analogie (a), welche aus der ausdrücklichen Entscheidung der Wechselgesetze über einen Fall für alle diesem ähnliche, von dem Gesetze nicht ausdrücklich entschiedene, Fälle entnommen werden muss, den ersten Platz ein; da sie nach dem ausdrücklichen Gesetze, das einen besondern Rechtszweig normirt, die speciellste Entscheidungsquelle dafür ist und bey der Anwendung der gesetzlichen Normen zur Entscheidung der Rechtsverhältnisse der Grundsatz gilt, dass die speciellen vor den allgemeinen den Vorzug haben.

§. 19.

b.) das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch;

Die zweyte Subsidiarquelle ist das allg. b. G. B., welches nun die Stelle des römischen Rechtes, welches bis dahin zur Supplirung des

(c) Vergl. §. 10 des b. G. B. und mein Quellenverhältniss, §. 6.
(a) B. G. B., §. 7.

Wechselrechtes angewendet werden; musste, vertritt und dieses davon ausschliesst (b).

§. 20.

c.) die natürlichen Rechtsgrundsätze.

Die letzte Hilfsquelle, als die allgemeinste, sind die natürlichen Rechtsgrundsätze (a), deren Inbegriff, in so fern sie auf das Wechselinstitut angewendet werden, das natürliche Wechselrecht ausmacht.

§. 21.

Nothwendigkeit eines obersten Grundsatzes des Wechselrechtes zur Ableitung derselben.

Ein ganzes Lehrgebäude des natürlichen Wechselrechtes zu entwerfen, ist die Aufgabe für dieses Handbuch nicht; allein, sollen wir in jenen Fällen, wo uns das positive Gesetz sammt dessen Analogie verlässt, nicht auf ganz unsicherem Wege die Entscheidung derselben suchen; so ist es wohl unerlässlich, wenigstens den obersten Grundsatz des Wechselrechtes kennen zu lernen.

Die Kenntniss dieses obersten Grundsatzes wird aber auch ausserdem noch durch zwey andere bedeutende Rücksichten empfohlen; nähmlich einmahl ist sie die unerlässliche Bedingung zur Abfassung jedes Gesetzbuches über das Wechselrecht, folglich jedem, dessen Beruf es ist, im Gebiete der Legislation mitzuarbeiten, unentbehrlich; dann aber ist sie auch dem practischen Wechselrechtsgelehrten sehr wichtig, da sie ihn, indem er dadurch die höchsten Gründe kennen lernt, welche die Gesetzgebung bey der Erlassung der Wechselgesetze leiten mussten, in den Geist der letztern einweihet, ohne dessen Erfassung ein richtiges Verstehen jedes positiven Gesetzes unmöglich ist.

(b) Den Beweis dieses Satzes findet man ausführlich in meinem Quellenverhältnisse, S. 89 — 107. entwickelt.

(a) A. b. G. B., §. 7.

§. 22.

Die Quelle desselben ist der Zweck des Wechselinstitutes.

Soll der oberste Grundsatz des Wechselrechtes die nothwendigen Eigenschaften jedes Principes einer Wissenschaft haben, nämlich wahr, eigenthümlich und allgemein seyn; so muss er aus dem Zwecke des Wechselinstitutes abgeleitet werden. Wir müssen also zuerst diesen kennen lernen.

§. 23.

Zweck des Wechselinstitutes.

Der Zweck des Wechselinstitutes besteht darin, dass durch die Wechsel im Handelsverkehre ein an die Stelle des Geldes tretendes Zahlungsmittel begründet werde, wo bare Zahlungen zu beschwerlich, oder wegen des Mangels eines sogleich disponibeln Vorrathes desselben sogar unmöglich sind. Hiedurch werden die grössten Zahlungen mit Leichtigkeit und Schnelligkeit geleistet, kostspielige und gefahrvolle Versendungen barer Summen auf dem einfachsten und wohlfeilsten Wege mittelst weniger Zeilen erspart und dem Handelsmanne, dem eine Speculation oft, wegen Mangels sogleich disponibler barer Summen, die er hiezu benöthiget, unmöglich wäre, dieselbe möglich gemacht, indem sein Wechsel diesen Mangel ersetzt. Davon überzeugt uns schon die kurz vorher entwickelte Geschichte des Wechselinstitutes (§§. 6 — 10).

§. 24.

Folgen daraus.

Soll mittelst der Wechsel im Handelsverkehre mit Wirksamkeit ein die Stelle des baren Geldes vertretendes Zahlungsmittel begründet werden; so müssen

von Seite der Wechselrechtsgesetzgebung darüber jene Bestimmungen getroffen werden, welche die nothwendigen Bedingungen herbey führen, um den Wechseln einen leichten, festen und ausgebreiteten Umlauf zu verschaffen. Die erste Bedingung hiezu ist der Credit des Wechsels selbst, welcher, in so fern die Gesetzgebung darauf einzuwirken vermag, dadurch begründet wird, dass die pünctliche Zahlung desselben durch die schleunigste und strengste Execution und ein derselben nothwendig vorhergehendes möglichst schnelles Erkenntnissverfahren bewirkt werde. Die zweyte nicht minder wichtige Bedingung ist aber die Sicherung aller durch das Wechselgeschäft verbindlich werdenden Personen dagegen, dass sie nicht ohne ihr Verschulden durch dasselbe ein möglicher Weise zu verhindernder Schade treffe. Ohne die erste dieser Bedingungen würde schwerlich jemand als Gläubiger und ohne die zweyte, noch weniger jemand als Schuldner sich dem Wechselgeschäfte unterziehen, weil es im ersten Falle für jenen, im zweyten aber für diesen ein zu gefährliches Geschäft wäre. Es würde sonach bey dem Mangel einer dieser Bedingungen den Wechseln weder ein leichter, noch ein fester, noch ein ausgebreiteter Umlauf im Verkehre zu verschaffen möglich und daher auch der Zweck des Wechselinstitutes nicht zu realisiren seyn.

§. 25.

Oberster Grundsatz.

Hiernach dürfte sich die Formel für den obersten Grundsatz des Wechselrechtes nicht mehr schwer auffinden lassen. Sie lautet dahin:

das Wechselrecht muss alle jene Massregeln enthalten, welche als nothwendige Bedingungen erforderlich sind, dass, mit Sicherung aller Wechselverpflichteten gegen unverschuldeten und vermeid-

lichen Schaden, die Zahlung jeder Wechselforderung möglichst schnell und pünctlich erfolge.

§. 26.

Unmittelbare Folgesätze aus diesem Principe.

Aus diesem obersten Grundsätze lassen sich nachstehende Hauptsätze zur besseren Beleuchtung einzelner Materien des Wechselrechtes ableiten.

1.) Jeder Unterlassung der pünctlichen Zahlung einer Wechselschuld muss das schnellste Erkenntnisverfahren und die schleunigste und strengste Execution von Seite des Gerichtes gegen den Schuldner folgen. Denn nur hiedurch ist es möglich, die schnelle und pünctliche Zahlung der Wechselforderung dem Gläubiger zu sichern.

2.) Der Wechselgläubiger ist unter Verlust seines wechselrechtlichen Regresses verpflichtet, bey der Einbringung der Wechselforderung und in Rücksicht aller hiezu nöthigen Mittel jedes Versäumniss zu vermeiden und bey Verweigerung der gehörigen Acceptation und Zahlung des Wechsels die dafür haftenden Wechselinteressenten sogleich mittelst Protestes hievon in Kenntniss zu setzen. Denn ohne diese Massregel würde kein für die Zahlung des Wechsels haftender Interessent hinlänglich vor unverschuldeten, vermeidlichen Schaden gesichert seyn; da ihn bey einem Versäumnisse des Gläubigers in der Einbringung der Forderung, wenn er dessen ungeachtet wechselrechtlichen Ersatz leisten müsste, ein vermeidlicher Schade bloss aus des Gläubigers Verschulden träfe; bey der Unterlassung der sogleichen Verständigung der vom Hauptschuldner nicht gehörig geleisteten Acceptation oder Zahlung aber die Caventen ausser Stande wären, ih-

rer Seits gegen ihre Gewährsmänner die nöthigen Sicherstellungsmittel sogleich einzuleiten, wodurch sie sich vor Schaden bewahren können; es würde sie daher ohne diese Massregel auch in dieser Beziehung ein vermeidlicher und von ihnen unverschuldeter Schade treffen.

3.) Die Gesetzgebung muss bey sonstiger Verweigerung des Wechselrechtes die Beobachtung einer genau von ihr zu bestimmenden Form und eines eben solchen Inhaltes des Wechselbriefes vorschreiben, wodurch er sich als eine Urkunde darstellt, welche durch ihre Form einen schnellen gerichtlichen Beweis zu wirken vermag, und, rücksichtlich ihres Inhaltes, Alles deutlich und bündig enthält, was auf die Bestimmung des Rechtsverhältnisses der Interessenten von Einfluss ist. Denn ohne diese Vorschrift ist ein schnelles Erkenntnisverfahren, das von einem sogleich herzustellenden Beweise abhängt, nicht gedenkbar und ohne dieses eine schleunige Execution von keiner Bedeutung. Diese Vorschrift ist also zur Sicherung des Wechselgläubigers unerlässlich. Aber eben so nothwendig ist sie auch zur Sicherung der Wechselverbundenen; da diese durch eine zweydeutige Auslegung, die der Inhalt des Wechsels begünstigte, oder durch eine unsichere Form desselben leicht zu Schaden kommen könnten.

§. 27.

Prüfung der von andern Wechselrechtslehrern aufgestellten Principien des Wechselrechtes.

Nachdem wir einen obersten Grundsatz des Wechselrechtes zu entwickeln versucht haben; so sey es erlaubt, hier einige Bemerkungen zur Prüfung der Principien, welche andere Wechselrechtslehrer an die Spitze ihrer Wissenschaft stellen, niederzulegen.

Einer unserer vorzüglichsten und neuesten Wechselrechtsgelehrten Deutschlands (a) stellt als obersten Grundsatz des Wechselrechtes den Satz auf:

„Jeder, welcher sich einer Wechselverbindlichkeit unterzieht, ist gehalten, die ihm obliegenden Verpflichtungen mit der grösst möglichen Genauigkeit und Pünctlichkeit zu erfüllen, widrigenfalls muss gegen ihn die schleunigste Execution eintreten“.

Dieser Satz ist wohl durchaus richtig; allein er ist für das Wechselrecht nicht allgemein genug und daher auch nicht der oberste Grundsatz der Wissenschaft, sondern nur ein Grundsatz für die Pflichten des Wechselschuldners. Denn viele der wichtigsten Bestimmungen des Wechselrechtes lassen sich daraus nicht erklären, was sich mit dem Begriffe eines obersten Grundsatzes durchaus nicht verträgt. Dahin gehört einmahl die nothwendige Schnelligkeit des Erkenntnisverfahrens. Sie ist in dem Begriffe der schleunigen Execution nicht enthalten; denn diese kann immerhin eintreten, wenn nur einmahl durch jenes die Richtigkeit der Forderung hergestellt ist, gleichviel, ob dazu vier und zwanzig Stunden, oder zwey Jahre nöthig waren; folglich ist sie durch dieses Princip auch nicht gefordert. Diese Schnelligkeit des Erkenntnisverfahrens ist aber ebenso ein unerlässliches Erforderniss des Wechselrechtes, als die schleunige Execution selbst. Dahin gehören ferner die Erfordernisse der Form und des Inhaltes des Wechsels. Diese sind nur die Bedingungen eines schnellen Erkenntnisverfahrens, keineswegs aber der schleunigen Execution; sie sind also ebenfalls durch dieses Princip nicht begründet. Noch weniger lässt sich daraus erklären, warum über die pünctliche Erfüllung der Pflichten des Wechselgläubigers in Rücksicht der Präsentation des Wechsels

(a) v. Weissenek, §. 35.

zur Acceptation und Zahlung, ferner über die Levirung des Protestes und Notification der Vormänner hievon so strenge Massregeln im Wechselrechte enthalten sind, dass der Gläubiger bey Unterlassung dieser Pflichten sogar seinen Wechselregress verliert. Denn die schleunige Execution der Forderung desselben lässt sich recht gut denken, ohne dass man diese Vorschriften über genaue Präsentation und Protestirung des Wechsels in das Wechselrecht aufzunehmen brauchte. Sie müssen also wohl einen andern Erkenntnissgrund haben.

§. 28.

Fortsetzung.

Näher scheint ein anderer und zwar einer unserer vaterländischen Schriftsteller (a), der jedoch seinen Satz nicht als obersten Grundsatz des Wechselrechtes ankündet, dem Ziele gekommen zu seyn, indem er sagt: der Zweck des Wechselrechtes gehe dahin, „dass rechtsgültige Wechselforderungen auf dem kürzesten Wege durch gerichtliche Hülfe ihrer vollständigen Tilgung zugeführt werden sollen.“ Dieser Satz schliesst wenigstens zugleich, nebst dem Erfordernisse einer schleunigen Execution, jenes, eines eben so schleunigen Erkenntnissverfahrens sammt den hiezu von Seite der Form und des Inhaltes der Wechselbriefe nothwendigen Bedingungen in sich. Allein auch aus ihm lassen sich die Vorschriften des Wechselrechtes über Präsentation, Protestation u. s. w. nicht erklären.

§. 29.

Grund der Wechselstrenge.

Aus der Art, wie wir unsern obersten Grundsatz des Wechselrechtes deducirt haben, scheint sich

(a) v. Boset, §. 26, S. 160.

auch ohne Schwierigkeit der Grund der Strenge des Wechselrechtes, worüber sich die vorzüglichsten Schriftsteller noch immer nicht vereinigt haben, richtig angeben zu lassen. Wir haben den obersten Grundsatz aus dem Zwecke des Wechselinstitutes, welcher darin besteht, dass durch die Wechsel im Handelsverkehre ein die Stelle des baren Geldes vertretendes Zahlungsmittel begründet werde, abgeleitet. Dieser oberste Grundsatz fordert in seinen Folgesätzen die Strenge des Wechselrechtes, weil ohne sie den Wechseln kein Credit, ohne diesen denselben kein leichter, fester und ausgebreiteter Umlauf verschafft und ohne diesen endlich der Zweck des Wechselinstitutes selbst nicht realisirt werden könnte.

Sonach liegt der nächste Grund der Wechselstrenge in der Nothwendigkeit derselben zur Begründung des Credits des Wechsels selbst; der entferntere, in der Nothwendigkeit derselben zur Erzielung eines leichten, festen und ausgebreiteten Umlaufs der Wechsel; der letzte endlich, in der Nothwendigkeit derselben zur Hervorbringung eines die Stelle des baren Geldes vertretenden Zahlungsmittels im Handelsverkehre durch Wechsel.

§. 30.

Verschiedene Meinungen der Schriftsteller hierüber.

In Beziehung auf den Grund der Wechselstrenge ist es sehr interessant, die Meinungen der vorzüglichsten Wechselrechtsgelahrten darüber kennen zu lernen und zwar um so mehr, da dieselben sehr von einander abweichen.

Einige davon bemühen sich, ihn geschichtlich, Andere aus dem Wechselgeschäfte selbst und noch Andere auf beyden dieser Wege zu entwickeln. Wir wollen ihre Hypothesen nach diesen drey Classen besonders durchgehen.

§. 31.

Fortsetzung.

Zur ersten Classe gehört vorzüglich die Meinung jener (a), welche den Grund der Wechselstrenge in der Geschichte des Wechselrechtes und Wechselinstitutes suchen und sonach behaupten, er liege in den Privilegien der Messen des Mittelalters (vergl. §. 7). Allein hiebey scheinen sie das historische *Wie* mit dem philosophischen *Warum* verwechselt zu haben. Die Geschichte biethet wohl die Veranlassungen dar und führt zu den philosophischen Gründen hin, aber sie selbst enthält noch die letztern nicht. Denn, gesetzt auch, ein heutiger Gesetzgeber besäße gar keine Kenntniss von den historischen Veranlassungen zur ursprünglichen Einführung der Strenge des Wechselrechtes, sollte derselbe nicht bloss aus dem Zwecke des Wechselinstitutes Gründe auffinden können, strenges Wechselrecht einzuführen?

Ein anderer dieser Classe angehöriger Gelehrter (b) unternahm, diesen Grund auf eine von jener der vorigen Schriftsteller ganz verschiedene Weise aus der Geschichte zu entwickeln, indem er sagt: dass derselbe in der Meinung unserer Vorältern, dass die Verpfändung der Freyheit das zweckmässigste Mittel zur Sicherung der Vertragsverbindlichkeiten sey, liege. Allein abgesehen davon, dass dieses ebenfalls nur eine historische Veranlassung zur Einführung der Wechselstrenge wäre; so ist dabey einmahl nicht erklärbar, warum sich denn diese Strenge bloss bey Wechsel-

(a) v. Martens (über den wahren Ursprung des Wechselrechtes, §. 3, S. 20) und v. Boset, §. 3, S. 12, dann §. 13, S. 42.

(b) N. K. Petzold (*Dissertatio de fundamento rigoris cambialis*; Göttingae, 1795). Auf ähnliche Resultate führt auch die Abhandlung über den Ursprung des Wechsels von E. F. Leisewiz (im 5. Theile von Selchow's juristischer Bibliothek, S. 730; Göttingen, 1782).

contracten und nicht auch bey allen übrigen Verträgen erhalten haben sollte, die doch auch einer Sicherung bedürfen; dann aber setzt diese Meinung ganz irrig den Satz als gewiss voraus, dass das Wesen der Wechselstrenge in der persönlichen Arrestirung des Schuldners läge, was doch, wie uns der Inhalt vieler Wechselordnungen, die wir später kennen lernen werden, überzeugt, ganz sicher nicht der Fall ist.

§. 32.

Fortsetzung.

Zur zweyten Classe ist die Hypothese eines besonders im Gebiete der Handelswissenschaft verdienten Mannes (a) zu rechnen, wornach dieser Grund in der baren Bezahlung der Valuta für den Wechsel bestehen soll. Hiebey wird voraus gesetzt, dass dem Wechselgeschäfte ein Kaufcontract zum Grunde liege und die Valuta der Preis für die gekaufte Wechselschuld sey; erfolge nun die Zahlung der gekauften Schuld nicht; so sey kein Grund vorhanden, den Kaufpreis noch einen Augenblick zurück zu halten; es müsse daher gegen den Aussteller die schleunigste Rechtshülfe eintreten.

Gegen diesen Grund fällt zuerst auf, dass, wenn er auch an sich richtig wäre, sich daraus doch nur die Strenge des Wechselrechtes gegen den Trassanten und höchstens noch gegen die Indossanten, keineswegs aber auch gegen den Acceptanten und die Wechselbürgen erklären lasse, folglich derselbe nicht umfassend genug für das ganze Wechselrecht sey; ferner, dass oft für den Empfang des Wechsels keine bare Valuta erlegt werde, ja oft gar

(a) J. G. Büsch. Vergl. dessen Abhandlung: vom wahren Grunde des Wechselrechtes, in seiner und Ebelings Handlungsbibliothek (3 Bde.; Hamburg 1785 — 1792); I. B., S. 377 u. f., §§. 11 — 14; dann dessen theoretisch-practische Darstellung der Handlung (nach der dritten Auflage mit den Einschaltungen und Nachträgen von Normann, in der zu Wien bey Bauer 1813 — 1816 erschienenen Ausgabe von Büsch's sämtlichen Schriften); 1. Buch, 6. Cap., §§. 5 und 6, mit den Zusätzen 15 — 17 hiezu.

keine gelaufen sey, wo dieser Grund gänzlich nicht passt (*b*).

Dann liesse sich, wenn dieser Grund richtig wäre, auch nicht erklären, warum denn gerade nur bey Wechseln und nicht auch gegen jeden Verkäufer der Waare, der sie, ungeachtet er dafür den Kaufpreis bar erhielt, nicht abgeliefert und auch diesen nicht zurück stellt, diese Strenge eintritt, welches letztere nirgends geschieht; wäre das aber auch der Fall; so wäre dieser Grund dann nicht mehr dem Wechselrechte eigenthümlich (*c*). Endlich fehlt es auch der ganzen Grundlage dieser Hypothese an Richtigkeit; denn sie beruht auf dem Satze, dass dem Wechselcontracte ein Kauf und Verkauf zum Grunde liege, eine Behauptung, deren Unrichtigkeit in der Folge (§. 86) zur Genüge erhellen wird.

Zu dieser nähmlichen Classe gehört auch die besonders scharfsinnige Hypothese eines andern Gelehr-

(*b*) Gegen diese schon von R u n d e (in dessen Grundsätzen des gemeinen deutschen Privatrechts; 3. Aufl.; Frankfurt und Leipzig, 1803) gemachten Einwürfe sucht sich B ü s c h (15. Zusatz zu seiner Darstellung der Handlungswissenschaft) zwar zu vertheidigen und wirft jenem Pedanterie vor, da es einerley sey, ob die Valuta bar zugezählt werde, oder sie der Geber des Wechsels für Waaren schuldig war. Allein wie dann, wenn auch diess letztere nicht der Fall ist; sondern dieser wirklich gar keine Valuta erhielt, weil sie ihm der Empfänger des Wechsels schuldig blieb?

(*c*) Die Art, wie sich B ü s c h gegen diesen, ihm bereits von P e t z o l d (a. a. O.) entgegengesetzten Einwurf vertheidigt, scheint mir in der That etwas sonderbar; da er (im oben angef. 15. Zusätze zu seiner Darstellung der Handlungswissenschaft) sagt: der Mangel der Eigenthümlichkeit dieses Grundes für die Strenge des Wechselrechtes schwäche denselben nicht, er gelte für einen wie für den andern Fall; es sey daher nicht seine Schuld, wenn die positiven Gesetze gegen den säumigen Verkäufer einer Waare nicht mit gleicher Strenge vorgehen, und die Anführung dieses positiven Unterschiedes zwischen der Behandlung des Verkäufers einer Waare und des Wechselschuldners heisse eine Thatsache (das positive Gesetz) einem Raisonement entgegen setzen. — Allein hierin scheint mir gerade die Schwäche dieses Grundes zu liegen, denn bey der Erklärung der Rechte aus einem positiven Institute (und das ist doch wohl das Wechselinstitut) ist es eben die Aufgabe für den Rechtsgelehrten, die Gründe des hierüber bestehenden positiven (geschriebe-

ten (*d*), welcher diesen Grund in die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung des kaufmännischen Credits setzt. Näher, als alle übrigen, kommt diese Meinung offenbar der Wahrheit; allein es steht ihr die Bemerkung, welche ihr schon ein anderer Wechselrechtslehrer (*e*) entgegengesetzt hat, im Wege, dass dieser Grund dem Wechselrechte nicht eigenthümlich sey, sondern eben so gut dem ganzen Handelsrechte angehöre.

§. 33.

Fortsetzung.

Zur dritten Classe endlich gehören zwey Schriftsteller (*a*), welche einen historischen, juristischen und politischen Grund der Wechselstrenge unterscheiden. Zu Folge dieses Unterschiedes glauben sie zuvörderst die historischen Veranlassungen, wie einer der früher schon erwähnten Gelehrten (*b*), in dem Gebrauche unserer Vorältern, die Freyheit zur Sicherung der Verträge zu verpfänden, zu finden. Die Bedenken dagegen wurden bereits oben (§. 31) entwickelt.

Bey dem juristischen Grunde unterscheiden sie wieder zwischen dem positiv- und philoso-

nen oder Gewohnheits-) Rechtes aufzufinden und dieses dadurch zu rechtfertigen. Daher ist es gerade im Wechselrechte besonders nothwendig, einen eigenthümlichen Grund der Strenge desselben, die in andern Fällen, wo gleiche Strenge möglich wäre, von den Gesetzen nicht zugelassen ist, aufzufinden; sonst erschiene die Gesetzgebung inconsequent oder lückenhaft, — eine Beschuldigung, die Büsch (a. a. O.) den positiven Gesetzen wirklich zu machen genöthigt war, um seine Hypothese gegen Petzold durchzufechten.

(*d*) Runde's (in dessen angeführtem Werke, §. 231.)

(*e*) v. Boset, a. a. O., S. 12.

(*a*) F. X. v. Moshamm (in dessen Wechselrechte, §. 7) und Lammers (vergl. staatswissenschaftliche und juristische Literatur, 1795, S. 244 u. f.) dessen Meinung ich nur aus v. Weissenek's Theorie (§. 29) kenne und daher auch im Citate davon jenem, des letztern gefolgt bin.

(*b*) Petzold (in dessen oben, §. 31, Anm. b., angeführter Dissertation).

phisch-rechtlichen und meinen, dass der erstere in positiven Gesetzen, Gewohnheiten, oder den Folgerungen aus beyden; der letztere aber in den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechtes liege, weil die Wechselstrenge ein zweckmässiges und durch die hinzu kommende Einwilligung des Schuldners auch ein vollkommen erlaubtes Mittel zur Sicherung der Verträge, diese ein Mittel zur Sicherung des Rechtes überhaupt, diese aber der Staatszweck, folglich auch die Strenge des Wechselrechtes Mittel zum Staatszwecke sey. — An der Richtigkeit des positiv-rechtlichen Grundes wird wohl Niemand zweifeln; doch ist er für die Theorie des Wechselrechtes ganz unfruchtbar, da er nur den nächsten Anhaltspunct für die Anwendung dieser Strenge dem Practiker liefert. Der philosophisch-rechtliche Grund ist aber allen im Staate gesetzlich eingeführten vernünftigen Zwangsmitteln eigen, folglich viel zu weit, um sich daraus die besondere Strenge des Wechselrechtes erklären zu können und sonach für eine eigene Theorie des letztern ebenfalls unfruchtbar.

Als politischer Grund wird die Erhaltung und Beförderung des Credits angegeben, wovon ohnediess kurz zuvor (§. 32) bey der Würdigung der gleichen Meinung eines andern Gelehrten (c) die Rede war.

§. 34.

Hülfsmittel des Wechselrechtes.

Von den früher (§§. 18 — 20) behandelten Hülfsmitteln müssen die Hülfsmittel des österreichischen Wechselrechtes wohl unterschieden werden, welche uns nicht wie die erstern als Entscheidungsnormen, sondern bloss zur Erleichterung und Vervollkommnung des Studiums desselben dienen.

(c) Runde's (a. a. O.).

Dabey müssen wir auch noch die Hilfsmittel des Wechselrechtes selbst von jenen des Wechselgeschäftes ausscheiden.

Hienach sind die Hilfsmittel des Wechselrechtes:

a) die Geschichte des Wechselgeschäftes und Wechselrechtes, theils um aus der stufenweisen Entwicklung desselben leichter die Gründe unserer gegenwärtigen Gesetzgebung einsehen, theils aber um manches Eigenthümliche dieses Institutes erklären zu können;

b) jene des Handels, ohne welche die erstere nicht gründlich studiert werden kann;

c) das Studium des Wechselgeschäftes, weil ohne die genaue Kenntniss von diesem das Verstehen des Wechselrechtes nicht gedenkbar ist;

d) das Studium der Teleologie (Philosophie der Zwecke) in besonderer Anwendung auf das Wechselgeschäft, wodurch wir mehr als durch irgend ein anderes Hilfsmittel auf die Gründe der Gesetze aufmerksam gemacht werden;

e) das Studium auswärtiger Wechselgesetze, theils, weil uns die Vergleichung derselben mit den unsrigen zu einer gründlichen Kritik der letztern führt; theils aber, weil der österreichische Jurist leicht in den Fall kommen kann, nach denselben zu urtheilen, wenn im Auslande geschlossene Wechselgeschäfte hier anhängig werden, ja selbst dann, wenn hierlandes zwischen beyderseits Ausländern Wechselgeschäfte abgeschlossen werden und bewiesen werden kann, dass sie dabey ein fremdes Recht zum Grunde legten (a); endlich

f) die Literatur des Wechselrechtes, besonders (ohne des übrigen Nutzens derselben zu erwäh-

(a) §§. 36 und 37 des allg. b. G. B. — In dieser letztern Rücksicht erscheinen auswärtige Wechselgesetze sogar als Hilfsquellen des österreichischen Wechselrechtes. Vgl. Franz Edlen v. Hillebrandt's Abhandlung über die Frage: in wie fern ein österreichischer Staatsbürger bey Unternehmung von Rechtsgeschäften im Auslande an die Privatrechtsgesetze seines Staates gebunden sey (Wien: 1821).

nen) um dem *jurare in verba magistri* zu entgehen.

Aus diesen Hilfsmitteln haben wir bereits die Geschichte des Wechselrechtes kurz mitgenommen und hiebey, in so fern sie ohne manche Daten aus jener des Handels nicht entwickelt werden konnte, auch diese berührt (§. 6 — 14); eben so haben wir die allgemeinsten Umrisse des Wechselgeschäftes (§. 3) und die Grundzüge der Teleologie desselben (§. 23 und 24) kennen gelernt; auswärtige Wechselgesetze werden im Verlaufe dieses Werkes an den zukömmlichen Orten berücksichtigt werden; sonach erübrigt uns hier nur noch von der Literatur zu handeln, wozu die beyden nächstfolgenden §§. bestimmt sind.

Die ausserdem noch von mehreren Schriftstellern angeführten Hilfsmittel, nähmlich die Kenntniss von Banken, dem innern und auswärtigen Handel, den vorzüglichsten Messen und Wechselplätzen, vom Gelde, Wechselcourse u. dgl. scheinen nicht dem Wechselrechte, sondern nur dem Wechselgeschäfte anzugehören.

§. 35.

Literatur des österreichischen Wechselrechtes.

Die Literatur des österreichischen Wechselrechtes ist nicht sehr gross, hat aber manch gediegenes Werk aufzuweisen.

Sie lässt sich am bequemsten unter vier Rubriken: *A. Gesetzsammlungen*; *B. Commentare*; *C. Hand- und Lehrbücher* und *D. Abhandlungen über einzelne Gegenstände des Wechselrechtes*, anführen.

A. Gesetzsammlungen.

1. Alphabetisches Handbuch zur Kenntniss der Handlungs- und Wechselgeschäfte. Von Johann Michael Ed-

len v. Zimmerl, wirklichen k. k. Rathe
 (jetzt k. k. Appellationsrathe, Referen-
 ten bey dem N. Ö. Mercantil- und Wech-
 selgerichte und Mitglieder der k. k. Hof-
 commission in Justizgesetzsachen. Er-
 ste Auflage 1798; nur ein Band; zweyte
 Auflage 1805, 2 Theile mit einem Regi-
 sterbande, 1806. Nachträglich auch ein
 3. Theil, 1817. Wien, bey v. Ghelen'schen
 Erben. 8.

Diese äusserst nützliche Sammlung enthält im 2.
 und 3. Bande unter dem Schlagworte: Wechsel-
 execution, Wechselgericht, Wechselge-
 richtsorganisirung, Wechselordnung,
 Wechselrecht und Wechsel, die beyden
 Wechselfatente vom 10. September 1717 und 1. Oc-
 tober 1763 (aus der 2. Abtheilung des letztern, zweck-
 mässig nur jene §§., welche nicht durch die G. O.
 v. 1. May 1781 und das Patent v. 9. April 1782 auf-
 gehoben wurden), sammt allen bis zum Jahre 1816
 erschienenen Nachtragsverordnungen im getreuen
 wörtlichen Abdrucke.

Hiedurch ist wirklich einem dringenden Bedürf-
 nisse des Studiums des Wechselrechtes sowohl, als
 der Praxis abgeholfen; da die beyden Wechselord-
 nungen in der gesetzlichen Originalausgabe gar nicht
 mehr im Buchhandel zu haben sind und auch die
 Nachtragsverordnungen ohne diese Arbeit für die
 Studierenden, die nicht vermögen, sich die allgemei-
 nen grossen Gesetzsammlungen anzuschaffen, gröss-
 tentheils unzugänglich geblieben wären.

Der 3. Band dieses Werkes enthält als Anhang
 auch einige sehr schätzbare Abhandlungen zur Be-
 richtigung mancher Lehre des Wechselrechtes, wo-
 von (unter der Rubrique D) später die Rede seyn
 wird.

2.(Vollständige Sammlung der Wech-
 selgesetze aller Länder und Handels-
 plätze in Europa. Nach alphabetischer

Ordnung, von Johann Michael Edlen v. Zimmerl u. s. w. 3 Bände (wovon der 1. und 2. zwey Abtheilungen enthält). Wien, bey v. Ghelen'schen Erben, 1809 — 1813. 4.

Diese interessante Sammlung liefert die Wechselgesetze von Europa in jener Ordnung und jenem Umfange, als es der Titel verspricht und somit auch unter dem Schlagworte „Österreich“ die österreichischen Wechselgesetze. Wahrscheinlich veranlasste den Verfasser der Umstand hiezu, dass er, als Referent des neuen Commerciodexes, die Gesetze des Auslandes mit den vaterländischen verglich. Dem Juristen gewährt dieses Werk, wenn er auch nicht als Geschäftsführer für das Ausland davon einen Gebrauch machen könnte, Stoff zu den interessantesten und belehrendsten Vergleichen fremder Gesetze mit unsern einheimischen und erfüllt ihn dadurch mit Verehrung für die letztern; dem Kaufmanne aber ist es sogar ein unentbehrliches Bedürfniss, sobald derselbe, was im Handelsverkehre unvermeidlich ist, mit dem Auslande in Berührung kommt, wo er dann nothwendig die Gesetze desselben kennen muss, um nicht zu Schaden zu kommen.

Bey jenen Gesetzen, welche in einer fremden Sprache abgefasst sind, wurde entweder eine blosse Übersetzung mit Hinweglassung des Urtextes geliefert, oder, wo der fremde Urtext abgedruckt ist, auf der zweyten Spalte jeder Seite die deutsche Übersetzung beygerückt (a).

3. D. Johann Gottlieb Siegel's, *Juris feud. Prof. publ. ordin.* der Universität Leipzig u. s. w., *Corpus Juris cambialis*; das ist, Vollständige Sammlung derer auf den vornehmsten Handelsplätzen, auch andern Orten in Europa üblichen allerneuesten Wechselordnungen. Leipzig, verlegt Joh. Sam. Heinsius, 1742; 2 Thle. Fol.

(a) Eine ausführlichere Anzeige davon findet man in meiner Recension in der allg. Wiener Lit. Zeitung.

Man findet in dem ersten Theile dieser Sammlung (S. 148 — 178) die alte österreichische W. O. v. J. 1717 und fünf dazu gehörige Nachtragsverordnungen wörtlich angeführt.

4. Johann Ludwig Uhl's, D., Brandenburg - Onolzbachischen Raths, des Staats-Rechts ord. Lehrers zu Frankfurt an der Oder u. s. w. Fortsetzung des *Corporis juris cambialis*, oder der vollständigen Sammlung der allerneuesten Wechsel- und Handels - Gerichtsordnungen, welche der weiland hochberühmte Herr Professor Siegel zu Leipzig ehemals in zwey Theilen in öffentlichen Druck gegeben. Leipzig, bey Heinsius sel. Erben. 1. Fortsetzung, 1758; 2. Fortsetzung, 1764; 3. Fortsetzung, 1771; 4. Fortsetzung, 1786. Fol.

Diese Fortsetzung des Siegel'schen Werkes enthält im ersten Bande (S. 92 — 120) die Botzner Marktordnung v. 1. April 1744, in welcher in mehreren Capiteln auch vom Wechselrechte gehandelt wird und im zweyten Bande (S. 1 — 37) die W. O. v. J. 1763 im getreuen Abdrucke.

Beyde dieser Sammlungen sind als Vorläufer der v. Zimmerl'schen anzusehen, welche letztere jedoch sowohl wegen der darin enthaltenen neuern Gesetze, als auch in Rücksicht der das Auffinden sehr erleichternden alphabetischen Ordnung den Vorzug verdient.

B.) C o m m e n t a r e.

Unter dieser Rubrique haben wir ein einziges Werk und dieses nicht über die erneuerte Wechselordnung, sondern nur über die ältere v. J. 1717 aufzuweisen. Es erschien unter folgendem Titel:

Österreichisches Wechsel - Recht, oder Wienerische Wechselordnung, allenthalben mit dienlichen und nöthigen

Anmerkungen, wie auch vollständigen Registern versehen, durch J. R. Wegelin, J. U. L. Zweyte *Edition*; Lindau, druckts und verlegts Johann Christoph Egg; MDCCXXIX. 4.

Man würde sehr unrecht thun, dieses Werk, dessen erste Auflange schon 1719 erschien, wegen seines Alters unter die unbrauchbaren zu zählen. Im Gegentheile ist dasselbe für uns, gerade wegen seines Alters, von der äussersten Wichtigkeit. Einmahl ist, wie früher (§. 16) bemerkt wurde, die alte W. O. v. J. 1717 nicht aufgehoben, folglich ein Commentar darüber schon in dieser Beziehung von entschiedener Brauchbarkeit auch für das heutige Wechselrecht. Dann aber steht dieser Commentator der Gesetzesprache, in der diese W. O. abgefasst ist, um so viel näher, als wir; er versteht also die uns mehr oder weniger fremd gewordene veraltete Sprache derselben sehr leicht und richtig; ihn beirrt keine Tautologie, die uns Kummer bey der Auslegung aller älteren Gesetze macht; denn ihm ist dieser tautologe Curialstyl des vorigen Jahrhunderts eben so geläufig, als dem Gesetze selbst, bey dessen angehäuften Synonymen er kein Bestreben fühlt, sie alle als besondere, verschiedene Anordnungen auszulegen; sondern sie sind ihm nichts mehr und nichts weniger, als eine Kanzelleyschönheit der damahligen Zeit, die er fleissig anzubringen ebenfalls nicht gesäumt hat. Kurz, er erfasst den Sinn des von ihm commentirten Gesetzes nach dem Sprachgebrauche seiner Zeit, als Zeitgenosse des Gesetzgebers, mit Natürlichkeit und Einfachheit, wornach sein Werk für uns ein trefflicher Leiter zur richtigen Auslegung der Wechselordnung ist.

Die Form desselben besteht darin, dass der Text des Gesetzes wörtlich abgedruckt ist und den bey jedem Artikel zu erklärenden Stellen Buchstaben beygesetzt sind, unter denen dieselben dann in Anmerkungen erklärt werden. Diese Methode zu com-

mentiren ist offenbar die zweckmässigste; da nur durch sie das unnütze und langweilige Wiederkaufen des Gesetzes vermieden werden kann. Den Beschluss machen zwey Sach- und ein Nahmenregister.

C.) Handbücher.

1.) Manuale vom Gebrauch und Recht der Wechselbriefe, besonders nach der Wienerischen Wechselordnung; von Philipp Carl Mayer, *Jur. Pract.* und kais. Notario. Wien, gedruckt und zu finden bey Georg Ludwig Schulz, Universitäts-Buchdrucker. 8.

Das einzige Exemplar, welches ich von diesem Werke noch aufzufinden vermochte (es befindet sich in der k. k. Hofbibliothek), ist ohne Verlagsjahr und auch die Vorrede ohne Datum; allein es muss vor dem Jahre 1763 erschienen seyn, weil darin nur die W. O. v. J. 1717 und die Erläuterungen derselben angeführt sind. In den Schriftstellern, welche dieses Buch in ihrer Literatur anführen, werden zwey Auflagen desselben, v. J. 1762 und 1770, angegeben (b).

Dem Vorberichte zu Folge bestimmte der Autor seine Arbeit für die zweyte und dritte Classe des Wiener Handelsstandes, die Handelsdiener und jene Studenten, welche sich dem Studio *juris* widmen; dieser letztern wegen sagt er: „ist bey ein „und andern in Wechselsachen vorkommenden Hauptcasibus eine *regula juris* angefügt worden, und werden sie „sich hingegen bey unnöthigen *subtilitatibus juris* nicht aufhalten.“ — Diese Erklärung gibt so ziemlich den Standpunct zur Beurtheilung des Ganzen an, das kaum einen Handelsdiener dürftig belehren, den Juristen aber gewiss nicht befriedigen wird und sonach ist eben nicht zu bedauern,

(b) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, S. 355 und Neupauer, S. 14.

dass das Buch schon lange ganz ausser Umlauf gekommen ist.

2.) Systematische Abhandlung der in den k. k. Erbstaaten im Jahre 1763 erneuerten Wechselordnung, von Joseph Tobenz, der Rechte Doctor und Actuar des k. k. niederösterreichischen Mercantil- und Wechselgerichtes. Wien, bey Kurzbeck, 1779. 8.

Dieses Werk zerfällt in 14 Artikel, in welchen von den Rechten und Verbindlichkeiten der Haupt- und Nebenpersonen, welche bey dem Wechselgeschäfte vorkommen; von den Beobachtungen, worauf die Personalstellen bey dem Ausbruche eines Concurres in Ansehung der Wechsel Bedacht zu nehmen haben; von Beobachtungen für jene, welche sich einem Wechselgeschäfte unterziehen; endlich von der Jurisdiction des Wechselgerichtes und dem Verfahren bey demselben gehandelt wird. Hieraus zeigt sich, dass des Verfassers Bestreben auf Darstellung der Wechselordnung in einem bessern Systeme, als das Gesetz selbst abgefasst ist, gerichtet war. Er fügte seiner Arbeit zugleich die von ihm während seiner Dienstzeit als Actuar bey dem N. Ö. Mercantil- und Wechselgerichte gemachten Erfahrungen bey, woraus man vorzüglich den Vortheil zieht, dass man dadurch die Ansichten kennen lernt, nach welchen das Wechselfatent kurze Zeit nach seiner Erscheinung verstanden wurde, was die Auslegung des Gesetzes nicht wenig erleichtert (c).

3.) Einleitung in das Wechselrecht in Bezug auf alle Staaten und Österreich insbesondere, von Joseph Nowak. Wien, bey Rötzel, 1799. 8.

Für den Juristen ist diese Schrift von keiner Bedeutung; doch mag sie dem angehenden Han-

(c) Vergl. Handbuch der Literatur des österreichischen Privatrechtes, von Dr. Joseph Kreuzer, Justitiär und Verwalter der Herrschaft Iedlersee (Wien, bey v. Möhle, 1808); S. 76.

delsmanne einiges Interesse gewähren; da er daraus in einer klaren und populären Darstellung die nöthigsten Anfangsgründe des Wechselrechtes lernen kann.

4.) Das österreichische Wechselrecht in einer theoretischen und practischen Abhandlung. Von Aldobrand Koschak, beyder Rechte Doctor, Hof- und Gerichtsadvocaten zu Gratz. Erste Auflage, Gratz, bey Ferstel, 1792; zweyte, verbesserte und vermehrte Auflage, ebenda, 1805. 8.

Der Verfasser behandelt seinen Stoff in einer Einleitung und zwey Abtheilungen. Die Einleitung enthält eine gründliche Darstellung der Quellen des Wechselrechtes, welche aber durch das neue bürgerl. Gesetzbuch, in Rücksicht der Subsidiarquellen, einige Änderung erhalten haben.

Die erste Abtheilung, welche den bey weitem grössten Theil des Werkes einnimmt, handelt in 13 Hauptstücken: 1.) von förmlichen Wechseln; 2.) von den Personen, welche Wechselgeschäfte treiben können; 3.) von den Erfordernissen zur Aufnahme eines öffentlichen Wechslers oder Handelsmannes, von den Pflichten eines wirklichen Handelsmannes, den Handelsgesellschaften nebst den Verbindlichkeiten und Rechten der Handelsmitglieder (*d*); 4.) von den Rechten und Verbindlichkeiten des Remittenten; 5.) von jenen des Trassanten; 6.) des Präsentanten; 7.) des Trassaten; 8.) vom Giro; 9.) vom Proteste; 10.) von den Nebenpersonen des Wechselgeschäftes (*e*); 11.) von den

(*d*) Da es bey uns keine öffentlichen Wechsler gibt, welche nicht auch zugleich Handelsleute wären, so fällt die Aufnahme eines Wechslers mit jener eines Handelsmannes überhaupt zusammen. Hiernach gehört diese Materie nicht in das Wechsel- sondern in das Handelsrecht. Noch viel weniger gehören aber die übrigen in diesem Capitel behandelten Gegenstände hieher.

(*e*) Da Giranten und Giratare auch Nebenpersonen sind und der Verfasser schon im 8. Capitel von dem Giro insbesondere handelte; so wurden hier theils Wiederholungen unvermeidlich, theils aber musste auch die Deutlichkeit dadurch leiden, dass einmahl vom Giro, den Giranten und Girataren ins-

besonderen Vorrechten der förmlichen Wechsel; 12.) von den trockenen Wechseln (*f*); endlich 13.) von der Erlöschung der Wechselschulden. Bey jedem Capitel sind mehrere Rechtsfälle angeführt und grösstentheils richtig entschieden; wodurch, besonders für den Anfänger, die vorgetragenen Lehrsätze an Anschaulichkeit und practischem Interesse gewinnen.

Die zweyte Abtheilung handelt in zwey Hauptstücken von den Wechselgerichten, von den denselben unterstehenden Personen und Gegenständen und von dem gerichtlichen Verfahren in Mercantil- und Wechselangelegenheiten.

5.) Leitfaden über das österreichische Handels- und Wechselrecht, von Ignaz Sonnleithner, k. k. Rathe, der Rechte Doctor, Hof- und Gerichtsadvocaten, kais. öffentlichem geschwornem Notare, ausserordentlichem Professor des Handels- und Wechselrechtes an der Wiener Universität und ordentlichem Professor der Handelswissenschaft, des Handels- und Wechselrechtes an der k. k. Realacademie (jetzt an dem politechnischen Institute) in Wien. Erste Auflage, Wien, bey Gassler, 1801; zweyte, verbesserte und vermehrte Auflage, ebenda, 1808; dritte, verbesserte Auflage, Wien und Triest, bey Geistinger, 1815. 8.

Von diesem schätzbaren Werke (dessen erste Auflage (*g*) unter dem Titel: „Versuch eines

besondere die Rede ist und dann wieder an einem andern Orte die Giranten und Giratare unter den Nebenpersonen mit behandelt werden.

(*f*) Ausser den trockenen Wechseln gibt es bey uns auch andere unförmliche (sogenannte Platztratten), welche auf eine dritte Person gestellt sind. Von diesen ist aber hier keine Rede.

(*g*) Eine schon die erste Auflage dieses Werkes mit gebührendem Lobe auszeichnende Anzeige ist in Kreuzers angeführtem Handbuche enthalten.

„Leitfadens über das österreichische „Handlungs- und Wechselrecht,“ erschien) gehört nur die zweyte Abtheilung, welche das Wechselrecht erörtert, hieher. Diese handelt nach einer vorausgeschickten kurzen Einleitung in 11 Hauptstücken von förmlichen Wechseln und den Personen, welche damit Geschäfte treiben können; von den Rechten und Verbindlichkeiten des Remittenten, Trassanten, Präsentanten und Acceptanten; vom Giro, vom Proteste, von den Notaren, von trockenen Wechseln, von dem Vorrechte der Wechselforderungen und der Erlöschungsart derselben.

Man sieht, dass im Wesentlichen das System dieses Werkes mit jenem Koschak's übereinstimmt; nur ist darin zweckmässig jenes ausgelassen, was aus dem Handelsrechte sich in das Koschak'sche System verirrt hat, wohin es, wie bereits oben bemerkt wurde, nicht gehört. Die Materien selbst sind mit besonderer Kürze, Bündigkeit und Klarheit dargestellt, wodurch sich das Werk vorzüglich zu einem Leitfaden für academische Vorträge eignet. (h).

6.) Lehrbuch des Handels- und Wechselrechtes für die Schüler der Realacademie, von Ignaz Sonnleithner u. s. w. Wien, in der Realschulbuchhandlung bey St. Anna, 1813. 8.

Diesem Lehrbuche sind nur in der ersten Abtheilung einige, für die nicht juristisch vorgebildeten Schüler der Realacademie nothwendige, Vorbegriffe aus dem allgemeinen bürgerlichen Rechte beygefügt worden, wodurch es sich von dem eben zuvor angezeigten Leitfaden unterscheidet; in der zweyten, das Wechselrecht behandelnden, Abtheilung aber ist fast gar kein Unterschied zwischen diesen

(h) Man findet dieses Werk näher angezeigt in meiner Recension darüber in der Wiener Literaturzeitung. v. J. 1816, Nr. 14

beyden Werken (i). Von diesem Lehrbuche ist im J. 1820 bey Gerold eine umgearbeitete vollständigere Ausgabe unter dem nähmlichen Titel (nur der Beysatz: „für die Schüler der Realacademie“ ist weggelassen) erschienen, in welcher das Wechselrecht als ein integrireder Theil des Handelsrechtes angesehen und daher nur als ein Hauptstück (als das 13.) des letztern behandelt wird.

7. *Tractatus de jure cambiali juxta praestabilita apud plerasque gentes principia elaboratus per Stephanum Rosenman, agentem hungarico-aulicum. Vindobonae, typis J. C. Schuender, 1802. 8.*

Dieses ist das einzige in lateinischer Sprache in Österreich erschienene Werk über das Wechselrecht, daher an den ungarischen Lehranstalten, wo der Lehrvortrag durchgängig lateinisch ist, diese Wissenschaft nach demselben vorgetragen wird. Zu diesem Behufe scheint es der Verfasser auch bestimmt zu haben; da er in der Einleitung besondere Rücksicht auf die das Wechselrecht berührenden ungarischen Diätalartikel v. d. J. 1791 und 1792 genommen hat. Im Systeme ist er in den ersten acht Capiteln ganz jenem, des Leitfadens Sonnleithners gefolgt, nur mit dem Unterschiede, dass er das erste Capitel dieses Leitfadens in zwey theilte, sonach in einem *de cambiis formalibus* und im anderen, *de personis ad negotia cambialia rite tractanda requisitis* handelt; das siebente und achte aber in eines zusammen zog. Im 9. Cap. wird *de sensalibus*; im 10. *de factoribus et fidejussoribus*; im 11. *de cambiis siccis*; im 12. *de nonnullis creditorum cambialium praerogativis*; im 13. *de modis quibus obligationes*

(i) Man s. meine ausführliche Recension über dieses Werk in der VV. A. L. Z. vom J. 1814, Nr. 62, worin ich die Puncte, in denen ich von den Meinungen des Verfassers abweiche, umständlich auseinander gesetzt habe.

cambiales cessant; im 14. *de requisitis camporum, publicorumque mercatorum, societatibus item mercantilibus, juribusque sociorum*; im 15. *de libris mercatorum*; endlich im 16. *de objectis ad forum cambiale spectantibus* gesprochen. Als Anhang ist eine Übersetzung der Wechselordnung v. 1. October 1763 und des Börsepatentes v. 1. August 1771 beygefügt. Die wunderliche Ordnung des Buches vom 9. Capitel angefangen wird wohl von selbst jedermann auffallen. Für die Wissenschaft hat es gar keinen Werth; da es beynahe durchgängig theils Auszug, theils wörtliche Übersetzung Sonnleithners, hie und da auch Koschak's ist.

8.) Anleitung zur Kenntniss des Wechselrechtes. Mit besonderer Rücksicht auf Österreich und den Abweichungen der fremden Länder und Handelsplätze. Von J. M. Edlen von Zimmerl u. s. w. Wien, bey v. Ghelen'schen Erben, 1821. 8.

Dass dieses Werk, welches nicht bloss die österreichischen, sondern auch die Wechselgesetze des Auslandes berücksichtigt, für den Juristen sowohl, als für den Handelsmann von grossem Interesse seyn müsse, ist bey der anerkannten Belesenheit und practischen Einsicht des Verfassers im Gebiete des Wechselrechtes nicht anders zu erwarten. Dieses Interesse wird dadurch noch erhöht, dass er, nebst der Behandlung der allgemeinen Grundsätze, sich auch in die Entscheidung specieller schwieriger Rechtsfragen einlässt, welche er als gewandter Practiker mit Leichtigkeit entscheidet. Die Punkte, in welchen seinen Meinungen Bedenklichkeiten entgegen zu stehen scheinen, werden im Verlaufe dieses Buches an den zukömmlichen Orten berührt werden und sonach genüge es hier, bloss den Inhalt des Werkes anzuzeigen. Es handelt dasselbe ausser der Einleitung 1.) von dem Wechselvertrage und den Wechseln überhaupt; 2.) von den zum Wechselvertrage fähigen Personen; 3.) von der Verbindlichkeit

des Ausstellers und Empfängers des Wechsels; 4.) vom Giro; 5.) von der Präsentation; 6.) von der Acceptation; 7.) von der Honoration; 8.) von der Verfallszeit; 9.) von der Zahlung; 10.) von der Zahlung durch Intervention; 11.) vom Proteste; 12.) vom Wechselregresse und Rückwechsel; 13.) von falschen und verfälschten Wechseln; 14.) von verlornen Wechseln; 15.) von trockenen Wechseln; 16.) von der Prolongation; 17.) von dem Pfand- und Retentionsrechte; 18.) von den in fremden Staaten ausgestellten oder dort zahlbaren Wechseln und 19.) von der Verjährung des Wechselrechtes. Zwey Anhänge liefern ein Verzeichniss des Uso und der Respecttage und eines, über die Literatur des Wechselrechtes und die Hülfswissenschaften desselben.

9. Das österreichische Wechselrecht mit Rücksicht auf den für das lombardisch-venetianische Königreich und das südliche Tyrol bestätigten *codice di commercio di terra e di mare pel regno d'Italia*, nebst einem Anhang von den österreichischen Wechselgerichten und dem Verfahren bey denselben, systematisch dargestellt von Ferdinand Neupauer, Doctor der Rechte und öffentlichem ordentlichem Professor des Lehen-, Handlungs-, und Wechselrechtes, wie auch des gerichtlichen Verfahrens am k. k. Lyceum zu Innsbruck. Wien, bey Geistlinger, 1822. 8.

Der Verfasser behandelt in 13 Hauptstücken, 1.) die Einleitung, 2.) die Wechselcontracte und wechselfähigen Personen, 3.) die Gattungen und Bestandtheile der Wechsel, 4.) die Pflichten des Trassanten und Remittenten, 5.) den Giro, 6.) die Präsentation, 7.) die Acceptation, 8.) die Zahlung des Wechsels, 9.) den Protest, 10.) den Regress, 11.) die Sicherstellung, 12.) die Vorzüge und 13.) die Erlöschungsarten der Wechselforderungen. Den Inhalt des Anhan-

ges bezeichnet schon der Titel. Der Vortrag darin ist höchstdeutlich, bündig und kurz, zugleich vereinigt sich damit, was von einem Buche von so kleinem Umfange (ohne Anhang, Vorrede und Inhaltsregister beträgt es nur 127 Seiten) kaum zu erwarten ist, eine seltene Vollständigkeit. Natürlich ist der Context bey- nahe durchgängig bloss dogmatisch; aber in Anmerkungen sind auch interessante Streitfragen kurz erwogen. Seine Kürze und Präcision macht das Werk, gleich dem *Sonnleithnerischen* Leitfaden, zum academischen Gebrauche besonders empfehlenswerth. Ausserdem hat es auch den Vorzug vor allen bisher in Österreich erschienenen Hand- und Lehrbüchern des Wechselrechtes, dass überall an den zukommlichen Orten der *Codice di commercio* in Anmerkungen mit seinen Entscheidungen angeführt ist, was rücksichtlich Südtirols und des österreichischen Italien eine bisher sehr fühlbare Lücke ausfüllt.

Vorzügliches Lob verdient auch die besonders schöne und correcte Auflage des Buches (es ist zu Innsbruck bey Wagner gedruckt.)

D. Abhandlungen.

1.) *Beyträge zur Erläuterung des Wechselrechtes.* Herausgegeben von Joh. Mich. Edlen von Zimmerl u. s. w. Wien bey v. Ghelen. 1806. 8.

Wir finden in diesem Werke zwölf interessante Abhandlungen über zweifelhafte Gegenstände des Wechselrechtes, wovon die erste (Beantwortung zweyer Rechtsfragen: 1.) ob der gemeine Acceptant seinen Regress an den Trassanten nach Wechselrecht nehmen und 2.) ob der Trassant gegen den gemeinen Acceptanten, der zugleich sein Schuldner ist, eine Klage nach Wechselrecht anstellen könne, wenn dieser den acceptirten Wechsel nicht bezahlte); die zehnte (Beantwortung der Rechtsfrage: ob die *ultimo mese* zahlbaren Wechselbriefe nach öst. W. R. drey Respecttage geniessen) und die eilfte (Bemer-

kungen über den 34. Art. der öst. W. O.) von dem Herausgeber selbst verfasst sind und das österreichische Wechselrecht unmittelbar betreffen; die übrigen aber theils aus dem Französischen und Lateinischen übersetzt, theils aus deutschen Schriften anderer berühmter Wechselrechtsgelehrter des Auslandes gezogen sind, welche auch das vaterländische Wechselrecht in so fern angehen, als in diesem oft die nämlichen positiven Anordnungen über jene Materien enthalten sind, über welche sich diese Schriftsteller aussprechen und von denselben an mehreren Stellen sogar insbesondere auf die öst. W. O. Rücksicht genommen wird (*k*).

2). Eben so lehrreich, als die unter der vorigen Rubrique berührten Abhandlungen, sind auch jene, welche der nämliche Verfasser dem 3. Theile seines alphabetischen Handbuches zur Kenntniss der Handlungs- und Wechselgeschäfte (*l*) unter der Überschrift: „Beyträge zur Kenntniss der „Handlungs- und Wechselgeschäfte““ angehängt hat. Es sind deren neun, wovon jedoch nur sieben (*m*) dem Wechselrechte und Wechselgeschäfte angehören, theils vom Herausgeber selbst verfasst, theils aus andern Werken entlehnt (*n*). Sie handeln 1.) vom Ursprunge der Wechsel (grösstentheils nach Martens); 2.) vom Nutzen und Vortheile der Wechsel; 3.) vom Wechselgelde und dessen Pari; 4.) vom Wechselcourse; 5.) von der Wechselreiterey; 6.) von dem Indossamente *per procura*; 7.) von der Verfallszeit, dem Uso und den Respecttagen der Wechsel (vorzüglich für den Kaufmann,

(*k*) Eine Anzeige von diesem Werke hat Dr. Kreuzer in seinem angeführten Handbuche der Literatur (S. 81 — 83) geliefert.

(*l*) S. oben unter den Gesetzsammlungen Nr. 1.

(*m*) Die 8. und 9. dieser Abhandlungen gehört in das Handelsrecht.

(*n*) Dieses Letztere ist z. B. der Fall bey der Nr. IV, V und VIII, welche aus der zu Leipzig 1806 erschienenen kleinen Schrift: „über Wechsel, Wechselreiterey und über Handelsrevolutionen“ entnommen sind.

der für fremde Handelsplätze Geschäfte schliesst, wichtig; da man darin eine vollständige und genaue Angabe der an den vorzüglichsten Handelsplätzen von Europa eingeführten Uso- und Respectzeit nach alphabetischer Ordnung findet).

Als eine sehr werthe Zugabe findet man am Ende des Buches die classische Abhandlung Hufeland's: „*Primae lineae doctrinae de protestatione cambiali*,“ in einer deutschen Übersetzung beygefügt.

3.) Über das Vorrecht der Wechselbriefe in Concursfällen der Handelsleute. Wien, bey v. Ghelen'schen Erben, 1804. 8.

Eine interessante Monographie, deren ungenannter Verfasser v. Zimmerl ist. Sie hat den doppelten Zweck, 1.) zu zeigen, in wie fern nach unsern positiven Gesetzen den Wechselforderungen wirklich das Vorrecht der 3. Classe in Concursfällen gebühre und 2.) darzuthun, dass die Aufhebung dieses Vorrechtes erwünschlich sey.

4.) Von dem Vorrechte der Wechselbriefe in der österreichischen Monarchie. Wien, bey Gassler, 1791. 8.

5.) Unterricht über die Acceptations-Verfalls- und Protestationszeit der Wechselbriefe, wie auch die Notirung derselben. Von Ignaz Sonnleithner u. s. w. Wien, bey von Mösele (ohne Verlagsjahr; wahrscheinlich 1809). 8.

Diese zwey Abhandlungen sind für jene, welche das Wechselrecht nicht im ganzen Umfange studieren wollen, ganz zweckmässig zum Unterrichte über die darin behandelten Gegenstände; indess kann sie jener, welcher eines der früher empfohlenen Handbücher Koschak's, Sonnleithner's, v. Zimmerl's, oder Neupauer's gelesen hat, ganz füglich entbehren.

6.) Der Wechselcontract nach seiner historischen, teleologischen und philosophischen Ansicht. Von Joseph Edlen

v. Boset, Rathe bey dem allgemeinen k. k. böhm. Appellationsgerichte. Prag, bey Enders, 1812. 8.

Wer gediegene philosophische Bearbeitung des positiven Rechtes liebt, wird gewiss dem, nun bereits verstorbenen, Verfasser eine dankbare Erinnerung für diese herrliche Gabe, welche von eben so vieler Gelehrsamkeit als practischer Einsicht desselben zeugt, weihen. Die erste Abtheilung ist nach Martens gearbeitet, was der Verfasser auch nicht verhehlt; da er gleich im Eingange erklärt, dass er diesem Classiker in der Geschichte des Wechselrechtes gefolgt sey und auch im Verlaufe dieser Abtheilung immer gewissenhaft auf seinen Gewährsmann zurück weist. Die zweyte und dritte Abtheilung ist aber ganz des Verfassers Eigenthum und gerade diese beyden Abtheilungen sind es, die die fruchtbarste Aussaat für die Wechselgesetzgebung, die Quellen und Gründe des Positiven, in sich schliessen.

Ausser den hier angeführten speciellen Schriften über das öster. Wechselrecht findet man auch schätzbare Erörterungen desselben in Werken, welche das ganze österreichische Recht, oder doch das ganze österreichische Privatrecht behandeln. Unter diesen sind besonders folgende zwey, wenn sie gleich in andern Rücksichten durch neuere Gesetze ihre Brauchbarkeit verloren haben, nämlich das Werk von Johann Uldarich Donner: „Einleitung zur Kenntniss des österreichischen Rechtes (4 Bde. Wien 1778 — 1782), worin der 3. Band vom Wechselrechte handelt und eben so die nach den Vorträgen des ehrwürdigen Veterans der hiesigen Universität, Georg v. Scheidlein herausgegebenen „Erklärungen des österreichischen Privatrechtes“ (3 Thle., Wien 1805), worin ebenfalls im 3. Theile das Wechselrecht erklärt wird, empfehlenswerth.

§. 36.

Ausländische Literatur des Wechselrechtes.

Es liegt zwar ausser den strengen Gränzen dieses Buches, welches nur dazu bestimmt ist, das österreichische Wechselrecht zu behandeln, die Literatur des Auslandes in diesem Rechtszweige zu berühren. Indessen dürfte es — bey dem Umstande, dass einerseits die allgemeinen Grundsätze des Wechselrechtes fast in allen Gesetzgebungen dieselben sind und überdiess viele der auewärtigen Schriftsteller nebenher insbesondere auch auf die österreichische Wechselordnung Rücksicht genommen haben; andererseits aber unsere inländische Literatur dieses Faches noch nicht so reich ist, dass wir zum wissenschaftlichen Studium desselben der Werke fremder Gelehrter entbehren könnten — keine unwillkommene Zugabe seyn, wenn hier einige Schriften ausländischer Wechselrechtsgelehrter angeführt werden; wobey wir uns aber bloss auf jene, welche sich über das Wechselrecht im Allgemeinen verbreiten und unter diesen, auch bloss auf die vorzüglichsten beschränken und jene, welche nur eine einzelne Gesetzgebung des Auslandes behandeln, übergehen wollen.

Schriftsteller, welche *Gesetzsammlungen* unternommen haben, wurden ohnediess bereits oben genannt, nähmlich: Siegel, Uhl und v. Zimmerl. *Commentare* haben immer nur Wechselordnungen einzelner Staaten zum Objecte, wonach sie als bloss specielle Werke hier übergangen werden. Wir haben also aus der ausländischen Literatur bloss *Handbücher* über das Wechselrecht überhaupt und *Abhandlungen* über einzelne Zweige desselben anzuzeigen.

A.) *Handbücher.*

Joh. Ad. Beck's vollständiges Wechselrech.
(Nürnberg, 1751). 4.

J. Ch. Franckii *Institutiones juris cambialis, ex legibus cambialibus diversarum gentium, indole negotiationis, moribus camporum etc. collectae* (Edit. noviss. c. praefat. H. Brokes, Jenae, 1751). 8.

J. G. Siegel's Einleitung zum Wechsel-Recht (3. von A. F. Schott vermehrte Aufl.; Leipzig 1773). 8.

M. Poitiér, *Traité du Contrat de change* (Paris, 1773). 8.

J. H. Chr. v. Selchow's Grundsätze des Wechselrechtes (2. Aufl.; Göttingen, 1777). 8.

Ch. G. Riccii *Exercitat. de jure cambiali in genere ex legib. camb. collect.* (Göttingae 1779). 4.

J. G. Heineccii *Elementa juris cambialis* (Edit. 8. cum animadvers. D. Ch. Gmelin; Norimb., 1779). 8. Von diesem Werke erschien unter dem Titel: „Anfangsgründe des Wechselrechtes“, eine deutsche Übersetzung von G. H. Müller (Halle, 1781). 8.

J. Dupuis, *L'art de Lettres de change* (Basle, 1782). 12.

C. F. Behrens, Anleitung zur Kenntniss der Wechsel und Wechselgeschäfte (Magdeburg, 1794). 8.

P. Baldasneroni, *Leggi e Costumi del cambio, ossia Trattato sulle lettere di cambio* (Firenze, 1796). Fol.

Joh. Dan. Hein. Musäus, Anfangsgründe des Handlungs- und Wechselrechtes (2. Aufl.; Hamburg, 1799). 8.

Ph. C. Scherer's Handbuch des Wechselrechts (Frankfurt a. M., 1800, 3 Thle.). 8.

M. Euler, allgemeine Wechsel-Encyclopädie, oder theoretische und practische Einleitung in die Wechselwissenschaften (3. Aufl.; Frankfurt, 1800). 8.

G. H. Sieveking's Materialien zu einem vollständigen und systematischen Wechselrecht (mit

einer Vorrede und Anmerkungen v. C. U. D. v. Eggers: Kopenhagen, 1802). 8.

Fr. X. v. Moshamm, das Wechselrecht (zweyte, neu bearbeitete und verbesserte Aufl.; Regensburg, 1803). 8.

G. F. v. Martens, Grundriss des Handelsrechts, insbesondere des Wechsel- und Seerechts (2. Aufl.; Göttingen, 1805). 8.

J. L. E. Püttmann's Grundsätze des Wechselrechts; 3. Aufl. (Leipzig, 1805). 8.

P. Petzold, das Recht des Wechselcontractes (Leipzig, 1810). 8.

F. L. Weisseger von Weissenek's Theorie eines allgemeinen Wechselrechtes (a) (Freiburg im Breisgau, bey Herder, 1818 — 1819, 2 Thle.). 8.

J. M. Leuchs, vollständiges Handelsrecht (Nürnberg 1822), 8.; worin das zweyte Capitel vom Wechselrechte handelt.

B. Abhandlungen über einzelne Zweige des Wechselrechtes.

Von den gewähltesten, in lateinischer Sprache geschriebenen, Abhandlungen haben wir eine Sammlung an folgendem Werke:

J. M. G. Besenke, *Thesaurus juris cambialis* (II. Tom., Berolini, 1783). 4.

Man findet darin Dissertationen aus allen Zweigen des Wechselrechtes überhaupt: von Sieber, I.) *de argentariis*; II.) *de argentariis eorumque officiis*. Ayres, *de camb. instit. vestigiis apud Romanos*; Hedler, I.) *de origine cambiorum*; II.) *de natura et indole cambiorum*; III.) *de personis quae cambia dare possunt*; Estor, *de permissio et vetito collybo*; Carpzov, *de cambiis*; Zipfel, *de tesseris collibi-*

(a) Bey dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, meine Leser auf die treffliche Recension über dieses vorzügliche Werk in der Jenaer Lit. Zeit. (v. J. 1821, Octoberheft) aufmerksam zu machen.

sticis; Pottey, de cambiis; Dicelius, de cambiis trassatis; Uhl, I.) singularia quaedam legum camb. capita; II.) de jure camb. Judaeorum; Stenger, de assignat. mercatorum; Rivin, I.) de clausula cambiali; II.) de clerico cambiante; III.) de praerogat. creditorum camb.; Reinhart, de differentia et convenientia inter oblig. ad carceres et lit. camb.; Knorre, I.) de vera natura ac indole contract. camb. in camb. trassato; II.) de filiofamilias cambiante; Ritter, assignationis et cambii trassati idea prima et genuina; Stryk, de camb. lit. accept.; Hökner, de lit. camb. indossamento; Grollmann, de cessione lit. camb.; Königken, de praesentatione lit. camb.; Frank, I.) de jure adimplementi lit. camb. honoris causa; II.) de induciis ad literas camb. solvend.; Uffenbach, de protestationibus in cambiis; Willenberg, I.) de incommodo trassantis ob non acceptas lit. camb.; II.) de except. doli in cambiis cessante; Becker, de lit. camb. earumque prolong.; Breuning, I.) de protestat. contra accept. condit. lit. camb.; II.) an cambii invalidi indossatio cambium reddat validum; III.) an except. Scti Maced. locum habeat in camb. filiofamilias; Ludovici, de muliere cambiante; Menken, de personis cambialiter contrahere prohibitis; Jöcher, de personis rigori camb. subjectis; Streker, de iis, qui a nexu cambiorum vel juris camb. rigore sunt exempti; Hofmann, I.) de opifice et rustico cambiante; II.) de effectu indossationis cambii proprii; Berger, de except. non numer pec. adversus cambium; Dondorf, de termino peremptorio solut. et protest. cambiorum; Küstner, de menstrua et annali praescriptione literarum camb.; Bastineller, de jure creditoris lit. camb. cum vel sine clausula hypothecae in concursu; Schubart, decas quaestionum ex jure cambiali; Gräven, de except. praescripti cambii; Gerken, de juribus fidejussoris cambialis; Baumann, de oblig. haeredis ex cambio defuncti debitoris; Zoller, utrum ex cambio probata versione in rem contra debitorem, qui nondum supera-

vit annum vicesimum quintum aetatis cum effectu agi possit; Kopf, de locatione camb. prop. in concursu creditorum; Koch, quatenus indossatorio exceptiones ex persona indossantis opponi queant; Siegel, de indoss. reconveniendo; Göbel, de depositione pecuniae judiciali in processu cambiali obveniente cum solutione conjuncta; Bauer, an et quando assignatio processui executivo locum det; Feltz, excerpta controversiarum illustrium de cambiis, Hommel, cambium ad quam conventionum speciem sit referendum; Struven, de spinosissima difficillimaque cambiorum materia; Silberrad, de sensalibus und Coccejus, de assignationibus.

Eine zwar viel kleinere, aber desswegen nicht minder interessante Sammlung von Abhandlungen auswärtiger Schriftsteller findet man in v. Zimmerl's bereits oben (§. 35) angeführten Beyträgen, an den trefflichen Dissertationen von Geiger und Glück (ob der Trassat wenn ihm der Secunda- vor dem Prima-Wechsel präsentirt, jener auch von ihm acceptirt wurde, dennoch mit der Auszahlung bis nach Ablauf der Respecttage zurückzuhalten verbunden sey); Knorre I.) ob der Trassat, wenn er den auf ihn trassirten Wechsel nur zur Ehre des Ausstellers acceptiren will, zur Erhaltung des Regresses, denselben protestiren lassen müsse; II.) ob das Wort Wechsel, Wechselbrief als ein wesentliches Stück eines Wechselbriefes anzusehen sey); Quistorp (ob derjenige, welcher den von ihm bezahlten Wechsel in den Händen seines Gläubigers liess, einem Dritten die Einwendung der bereits geschehenen Zahlung machen könne); Gündertode (ob der Indossat gegen den Indossanten eines mit Protest zurückgekommenen Wechsels nach Wechselrecht klagen könne); Gmelin (Grundzüge einer Theorie vom Wechselproteste im Allgemeinen); Büsch (über die Missbräuche, welche sich in Frankreich bey den Wechselgeschäften eingeschlichen haben) und Gries (über die Acceptation der Wechselbriefe).

Ausser diesen in den eben angeführten beyden Sammlungen enthaltenen, sind noch vorzüglich folgende Abhandlungen zu empfehlen.

G. F. v. Martens Versuch einer historischen Entwicklung des wahren Ursprunges des Wechselrechts (Göttingen, 1797). 8.

G. Hufeland, *Primae lineae doctrinae de protestatione cambiali*. (Jenae, 1799). 8.

C. Grattenauer, über die Wechselprocura (Berlin, 1800). 8.

Von demselben, Beyträge zur Erläuterung des Wechselrechts; 2 Thle. (Berlin, 1802 — 1803.) 8.

Ph. C. Scherer's Wechselprocess mit Rücksicht auf die meisten bekannten Wechselgesetze (Erlangen, 1802). 8.

J. H. Bender, über die Zulässigkeit der Einrede des nicht gezahlten Wechselbetrages (*Exceptio non numeratae valutae*) im deutschen Wechselprocesse (Giesen, 1821) (b).

(b) Eine mit Ausnahme weniger Werke sehr vollständige Literatur des Wechselrechtes des In- und Auslandes findet man im Anhang zu v. Zimmerl's Anleitung zur Kenntniss des Wechselrechtes (S. 343 — 364) alphabetisch geordnet; ein ebenfalls alphabetisch geordnetes Verzeichniss der bis zum J. 1783 erschienenen Schriftsteller über das Wechselrecht, worin auch jene aufgeführt werden, welche über wechselrechtliche Gegenstände in andern Werken nur nebenher handeln, ist in Beseke's *thesauro juris camb.* (P. II., pag. 1305. — 1332.) enthalten.

Erstes Hauptstück. Von den Wechselbriefen.

§. 37.

Begriff eines Wechselbriefes überhaupt.

Ein Wechselbrief ist eine Urkunde, worin sich der Aussteller derselben unter wechselrechtlicher Haftung verbindet, eine Summe Geldes zu einer gewissen Zeit zu bezahlen, oder zu verschaffen (a).

Hiernach ist es ganz gleichgültig zum Begriffe eines Wechselbriefes überhaupt, ob der Aussteller die Zahlung selbst leistet, oder durch einen Andern leisten lässt und ob dieses an dem Orte der Ausstellung, oder an einem andern Platze geschieht.

§. 38.

Gegenstand desselben.

Diese Definition des Wechselbriefes zeigt, dass der Gegenstand desselben durchaus kein anderer, als eine Summe Geldes seyn könne.

Dieses ergibt sich theils daraus, dass sowohl der erste Absatz des 2., als auch jener, des 53. Artikels der W. O. v. J. 1763 (a) ausdrücklich die

(a) Vergl. den 1. Absatz des 2. Art. d. W. O. v. 1. October 1763 in der Anmerkung b.) und den 1. Absatz des 53. Art. derselben in der Anmerkung c.) des §. 39. Vergl. auch den 2. und 47. Art. d. westgal. W. O. v. 10. October 1797.

(a) Vergl. die Anmerkung zum vorhergehenden §.

Verbindlichkeit des Wechselausstellers in die Leistung oder Verschaffung einer Geldzahlung setzt; theils daraus, dass der 2. Absatz des 2. Artikels (*b*) dieser W. O. bey der Festsetzung der wesentlichen Erfordernisse der Wechselbriefe die Bestimmung der Summe und Geldsorten fordert (*c*).

Dieser Behauptung steht nicht entgegen, dass der 1. Artikel der W. O. (*d*) den Wechsel (als Geschäft) eine Verkehrung des Geldes oder Geldeswerthes nennt. Denn dieses bezieht sich nur auf die Valuta, welche der Aussteller für die Ausstellung des Wechsels von dem Empfänger desselben erhält. Der Aussteller aber verbindet sich auf jeden Fall in dem Wechselbriefe nur zur Auszahlung oder Verschaffung einer Summe Geldes; sonst stünde dieser 1. Artikel mit der so eben angeführten Bestimmung des 2. Art. der W. O. im offenbaren Widerspruche:

Es ist auch sehr natürlich, dass die Gesetzgebungen die Wechsel auf blossе Geldforderungen beschränken; denn bey keiner Forderung eines andern Gegenstandes lässt sich, aus der Natur der Sache, eine so schnelle Verhandlung des Processes selbst denken; da die oft streitige Qualität der Waare erst weit aussehende Beweise durch Zeugen oder Kunstverständige erfordert, die sich nicht sogleich (*in instanti*) herstellen lassen. Zudem ist es aber auch, bey andern Gegenständen als Geld, im Wege der Execution oft nicht möglich, die Gattung der schuldigen Sache, wenn sie bey dem Schuldner nicht angetroffen wird, sogleich anderswo in eben jener Qualität aufzutreiben, wie sie der Execut schuldig ist und, wenn sie dann wirklich aufgetrieben werden könnte; so muss der Exequent, der sie nun mit Bewilligung des Gerichtes gekauft hat, den Preis derselben erst neuerdings

(*b*) Vergl. diese Stelle bey §. 49, num. a.)

(*c*) Damit stimmt auch der 1:o. Art. des *Cod. d. Com.* überein.

(*d*) Vergl. bey §. 2, die Anm. c.)

einklagen, wodurch abermahls eine grosse Verzögerung entstehen muss; während hingegen bares Geld sich aus allen Effecten des Schuldners mittelst der executiven Feilbiethung sogleich lösen lässt.

§. 39.

Eintheilung der Wechselbriefe.

Förmliche und unförmliche, eigene und fremde.

Die Wechselbriefe werden verschieden eingetheilt.

Die obersten und wichtigsten Eintheilungen derselben sind jene: 1.) in förmliche und unförmliche (*a*) und 2.) in eigene und fremde (*trassirte*).

Förmliche sind jene, welche an einem andern, als dem Ausstellungsorte zahlbar sind (*b*).

Unförmliche sind jene, welche an dem nämlichen Orte, an dem sie ausgestellt wurden, zahlbar sind (*c*).

(*a*) Der Sache nach sind diese beyden Hauptgattungen von Wechseln auch dem *Codice di commercio* bekannt; allein in der Terminologie ist er verschieden, da er die förmlichen Wechsel geradezu mit den Nahmen „*Lettere di cambio*“, die unförmlichen aber mit der Benennung „*Biglietti a ordine*“ bezeichnet; welche letztere jedoch, ungeachtet ihr Name diess nicht ausspricht, allerdings als wirkliche Wechsel anzusehen sind (*Codice di commercio*, Art. 110, 111, 187 und 188; dann Hofdecret v. 12. Nov. 1816. Vergl. Neupauer, §. 62, Anm. b.

(*b*) 2. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. (1. Absatz.) Von Beschreibung eines förmlichen Wechselbriefes und dessen Requisitis. „Der Wechselbrief ist eine „schriftliche, kurzgefasste Verbindniss, vermöge welcher der „Ausgeber des Wechselbriefes das auf einem Platze empfangene Geld dem Inhaber des Wechselbriefes auf einem „andern Platze in dem Werthe nach bedungenem Wechsel Laufe wieder zu verschaffen und bezahlen zu lassen schuldig ist.“

(*c*) 53. Art. der W. O. v. J. 1763. „Von den unförmlichen Wechselbriefen (Erster Absatz). „Bishero ist von den förmlichen Wechseln gehandelt worden. „Belangend nun die unförmliche, nämlich diejenige, „welchen Eingangs erwähnte Haupt-Requisita abgehen, in „specie die sogenannte *Cambia a Deposito*, *Cambia sicca*

Eigene sind jene, welche der Aussteller in eigener Person, oder durch eine mit ihm juristisch identische Person (z. B. durch seinen Factor) auszusahlen sich verpflichtet hat (*d*).

Fremde (trassirte) endlich sind jene, welche von einer dritten, vom Aussteller juristisch verschiedenen, Person bezahlt werden sollen (*e*). Man heisst sie auch **Tratten**.

Wenn förmliche Wechsel auf sich selbst ausgestellt werden; so heissen sie förmliche eigene; wenn sie aber auf (juristisch verschiedene) Dritte gezogen sind; so heisst man sie förmlich fremde, oder trassirte Wechsel (*f*).

„oder trocken Wechsel, welche *veram causam debendi* von Waaren und andern Effetti desumiren, jedoch gleichwohl auch im Geldgeben beruhen, nicht auf einen anderen Ort zahlbar gestellet, sondern an eben dem Ort, wo die Waaren, andere Effetti, oder das Geld gegeben worden, in dem pactirten Quanto zu bezalen sind, so wider die Natur eines eigentlichen förmlichen Wechsels laufet, und in der That nichts anders ist, als ein gemeiner Schuldschein oder Waaren-Conto, um das Capital sammt dem heimlichen bedungenen Interesse oder Zuschlag in einer gewissen Zeit *in ipso loco contractus* abzuführen.“ — Diesen Begriff von unförmlichen Wechseln stellt auch die Schlesische W. O. v. 12. August 1738, Art. 54, §. 1, auf.

(*d*) 3. Art. d. W. O. v. J. 1763. „Der Ausgeber des Wechselbriefs, kann den Brief auf sich selbst, oder auf einen andern zahlbar ausstellen; der erstere wird der eigene Wechselbrief genennet, der andere ein fremder oder trassirter Wechselbrief.“

Dass unsere Wechselordnung auch eigene Wechsel anerkenne, welche von einer dritten jedoch mit dem Aussteller juristisch identischen Person zu bezahlen sind, beweiset folgende, im Verlaufe dieses nämlichen 3. Art. der Wechselordnung vorkommende Stelle: „Da etwa der eigene Wechselbrief — entweder an sich selbst oder an seinen Factor, oder *vice versa* von dem Factor an den Principalen gestellt“ u. s. w.

Hieraus ergibt sich der Irrthum der Behauptung, dass ein von dem Principal an seinen Factor gezogener Wechsel ein fremder sey (vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 17), welchen bereits Neupauer (§. 63, Anm. a.) gerügt hat, von selbst.

(*e*) Die Beweisstellen dieser Definition liegen in dem 3. Art. der W. O., welcher, in so fern er hierher gehört, in der vorigen Anmerkung angeführt wurde.

(*f*) Diese Terminologie geht ebenfalls aus dem in der Anmerkung d.) angeführten 3. Art. der W. O. hervor.

Wenn unförmliche Wechsel auf den Aussteller selbst lauten; so nennt man sie trockene (g); wenn sie hingegen auf eine dritte (im Orte der Ausstellung selbst befindliche) Person gestellt sind; so werden sie unförmlich fremde Wechsel genannt (h), welche in der Kaufmannssprache auch

(g) Dass diese Benennung nur den unförmlich eigenen Wechselbriefen zukomme, erhellet aus dem Anfange des 47. Art. der westgalizischen W. O. v. 10. October 1797: „U n- „eigentliche oder trockene Wechselbriefe, nämlich „solche, worin der Aussteller des Wechsels die Zahlung, „ohne auf einen andern Ort sich zu beziehen, selbst zu lei- „sten sich verbindet“ u. s. w. Am deutlichsten ergibt sich diese Terminologie aber aus dem Anfange des Hofdecrets v. 23. April 1802, wo es ausdrücklich heisst: „Da jeder „trockene Wechsel ein eigener Wechselbrief „ist“ (vergl. auch die schlesische W. O., Art. 54, §. 1).

Hier muss ich meine Leser nothwendig darauf aufmerksam machen, dass diese Definition von trockenen Wechseln nicht überall gilt, indem nach den meisten ausländischen Wechselgesetzen und Schriftstellern jeder eigene, ein trockener Wechsel heisst. Vergl. z. B. das allg. preussische L. R., II. Thl., 8. Titl., §. 714; die churpfälzische W. O. v. 14. Feb. 1726, Art. 2; die jülich-bergische, vom nämlichen Datum, ebenfalls Art. 2 u. d. m. Siegel's Einleitung zum Wechselrecht, S. 8 — 10; Musäus Anfangsgründe des Handlungs- und Wechselrechtes, §. 184; v. Martens, Grundriss, §. 70; v. Weissenek, §. 52; Scherer, 3. Thl., S. 51 — 53 und 56 — 57.

(h) Dass unsere Wechselgesetze allerdings solche unförmlich fremde Wechselbriefe anerkennen, beweisen folgende Stellen:

Art. 53 d. W. O. v. 1. Oct. 1763 (3. Absatz). „Weil jedoch „diese unförmliche Art zu wechseln in mehrern Theil „Deutschlands im Gebrauch ist, auch hier im Land im „Schwung geht; als sollen, um keine Zerrüttung im Handel „und Wandel zu machen, sothane Wechsel noch dermahlen, „jedoch nur *cum privilegio fori cambialis*, und *paratæ executionis* gelten, wenn sie zwischen Kauf- und Handelsleuten, „oder von einem Kaufmann an jemand, der kein Kaufmann „ist, mit oder ohne Ordre ausgestellt, oder auch nur „von einem Kaufmann zum *Favor* eines Kauf- „oder Handelsmanns acceptirt worden, obgleich „der Aussteller kein Kauf- oder Handelsmann wäre.“

Hofdecret v. 9. July 1808. „Ueber die an den „höchsten Ort vorgelegten zwey Anfragen:“ — ? „Die zweyte des hiesigen k. k. n. öst. Mercantil- und „Wechselgerichtes: ob die auf dritte Personen gezogenen, „im Orte der Ausstellung selbst zahlbaren Wechselbriefe „bloss für gemeine Anweisungen zu halten seyen?“ — — — „In Betreff der zweyten Anfrage aber sey dem Mercantil-

häufig unter dem Nahmen *Platztratten* vorkommen.

Übrigens kann zur Vermeidung von Missverständnissen, die aus der Textirung unserer ältern Wechselgesetze, selbst jene der Wechselordnung v. J. 1763 nicht ausgenommen, entstehen könnten, nicht unbenutzt gelassen werden, dass darin oft der Ausdruck „*trockene*“ Wechsel als gleichbedeutend mit „*unförmlichen*“ überhaupt genommen sey und daher in denselben auch die unförmlich fremden bezeichne; was sich sehr klar aus der Zusammenstellung des 1. (*i*) mit dem 2. Absatze (*k*) des 53. Art. d. W. O. v. J. 1763 und eben so des Endes des 3. Absatzes dieses Artikels (*l*) mit dem Anfange des 4. Absatzes desselben (*m*), wo überall früher von unförmlichen Wechseln überhaupt gesprochen und dann im Verlaufe der spätern Stellen für diesen Ausdruck jener: *trockene* Wechsel gebraucht wird, ergibt. Die strenge zwischen *trockenen* (als unförmlich eigenen) und unförmlichen Wechseln überhaupt unterscheidende Terminologie ist daher erst neuern Ursprunges, nämlich erst aus dem 47. Artikel der westgaliz. W. O., dem Hofdecrete v. 23. April 1802 (*n*) und jenem v. 9. July 1808 (*o*) zu entnehmen (*p*).

„und Wechselgerichte zu bedeuten, dass diejenigen Wechselbriefe, welche nicht an einem andern Orte zahlbar gestellt sind, als unförmliche Wechsel nach dem 53. Art. der Wechselordnung (welche sogar wörtlich auch von dem Falle rede, wo ein derley unförmlicher Wechsel von einem Kaufmanne acceptirt worden) zu betrachten seyen.“

In Westgalizien wurden aber keine unförmlich fremden Wechselbriefe zugelassen, was ganz klar aus dem 47. Art. der dortigen Wechselordnung erhellet.

(*i*) S. diese Stelle bey der Anmerkung c.) dieses §.

(*k*) Angeführt bey §. 181, Anm. b.)

(*l*) Angeführt bey der Anm. h.) dieses §.

(*m*) Angeführt bey §. 153. Anm. a.)

(*n*) S. diese Gesetze bey der Anm. g.) dieses §.

(*o*) S. dasselbe bey der Anm. h.) dieses §.

(*p*) Indess hat diese Terminologie in unserer Gesetzessprache bey weitem noch nicht festen Fuss gefasst; da das neueste, von unförmlichen Wechseln sprechende Gesetz, näm-

Diese Begriffe sind das Fundament des ganzen Wechselrechtes und alle unsere Wechselgesetze sind auf dieselben gebaut; wer sonach diese Grundbegriffe nicht richtig aufgefasst hat, schwankt durch das ganze Gebäude dieser Rechtswissenschaft in immerwährendem Dunkel und weiss gar keine Anwendung richtig zu verstehen, weil sich alle auf den Unterschied zwischen den hier angegebenen Arten der Wechsel beziehen und sowohl die Fähigkeit der Personen, als die verschiedenen bey dem Wechselgeschäfte eintretenden Rechte und Pflichten darnach bemessen.

§. 40.

Fernere Eintheilung der Wechsel.

Nebst diesen wesentlichen Eintheilungen der Wechsel gibt es noch mehrere andere, welche ebenfalls gekannt werden müssen, um das Wechselrecht vollständig zu verstehen.

Sie fliessen aus verschiedenen Eintheilungsgründen und zwar: 1.) daraus, ob sie auf, oder ausser einer Messe zahlbar sind, in welcher Beziehung sie in Mess- oder Aussermesswechsel (*cambia regularia, feriarum* und *cambia irregularia, platearum*) getheilt werden; 2.) aus ihrer Verfallszeit und derselben Berechnung, rücksichtlich welcher sie nach Sicht oder ohne Sicht verfallende Wechsel sind (a); 3.) aus der Zahl der ausgestellten Exemplare des Wechselbriefes, wornach es Sola- Prima- Secunda- Tertia-

lich das Hofdecret v. 21. Sept. 1821 (s. den 2. Absatz dieses Hofdecretes bey §. 154, Anm. b.) wieder anfängt, durch den Ausdruck „trockene“ Wechsel auch unförmlich fremde zu bezeichnen, indem es von den Wirkungen der Acceptation trockener Wechsel spricht.

(a) Die Benennung Sichtwechsel habe ich hier absichtlich vermieden, um der hiebey sehr leicht möglichen Verwechselung mit den a Vistawechseln (Vergl. §. 43), die doch nicht anders, als mit dem Worte „Sichtwechsel“ übersetzt werden können, vorzubeugen.

wechsel u. s. w. gibt; 4.) aus dem Befugnisse des Wechselinhabers denselben an Andere nach Wechselrecht zu überlassen, woraus ihre Eintheilung in Wechsel auf und ohne Ordre entsteht; endlich 5.) aus dem Zwecke, zu welchem sie ausgestellt werden, sind sie Haupt-Rück- und Retourwechsel (b).

§. 41.

Mess- und Aussermesswechsel.

Messwechsel sind jene, welche auf einer Messe zahlbar sind (a); Aussermesswechsel, alle übrigen.

Bey den ersten finden rücksichtlich der Ausstellungs-Präsentations- und Zahlungszeit mancherley Abweichungen von allen übrigen Gattungen der Wechsel Statt, welche wir am zukömmlichen Orte kennen lernen werden.

Man nennt sie auch reguläre Wechsel (*cambia regularia*) und die übrigen unregelmässige (*cambia irregularia*), weil ursprünglich (vergl. §. 11) in der Regel das Wechselgeschäft nur auf Messen getrieben wurde.

§. 42.

Nach Sicht und ohne Sicht verfallende Wechsel.

Nach Sicht verfallende Wechsel sind jene, deren Verfallszeit vom Tage ihrer Präsentation zur Acceptation (vergl. §. 3) zu laufen anfängt. Ohne Sicht verfallende Wechsel hingegen diejeni-

(b) Noch mehrere Eintheilungen von Wechseln findet man im 3. Thl. von Scherer's Handbuche, S. 224 — 236 und in v. Weissenek's Theorie, §§. 52 — 60. — Ich halte viele Eintheilungen, wenn sie zum Verstehen des Gegenstandes nicht unumgänglich nothwendig sind, überhaupt für keinen Gewinn der Wissenschaft, weil sie den Geist ermüden, ehe er sich noch durch sie zum Wesen der Sache durchgearbeitet hat; ich habe mich daher hier auf die zum Verstehen des Wechselrechtes unerlässlichen Eintheilungen beschränkt.

(a) VV. O. vom 1. October 1763. Art. 36 und 37. Vergl. auch *cod. di com.*, Art. 129 und 133.

gen, deren Verfallszeit ohne Rücksicht auf ihre Präsentation zu berechnen ist (a).

Der Unterschied zwischen beyden ist besonders wichtig in Beziehung auf die Verbindlichkeit, den Wechsel sogleich oder erst später zur Präsentation zu befördern.

§. 43.

Unterabtheilung der nach Sicht verfallenden Wechsel in a Vista-Piacere-Usowechsel u. s. w.

Die nach Sicht verfallenden Wechsel sind wieder entweder a Vista- a Piacere- a Uso- oder solche Wechsel, die mehrere Tage, Wochen, oder Monathe nach ihrer Vorweisung (nach Sicht) zahlbar sind (a).

Wechsel a Vista und a Piacere sind jene, welche binnen 24 Stunden nach ihrer Vorweisung zu zahlen sind; jedoch ist zwischen beyden der Unterschied, dass die ersten sogleich und a Drittura zur Präsentation eingesendet werden müssen, bey den letzten es aber in des Inhabers Willkür steht, sie wann immer zu präsentiren (b).

Usowechsel werden jene genannt, welche mit der Formel a Uso anfangen.

Uso ist die durch die (von den Gesetzen ausdrücklich bestätigte, oder doch wenigstens geduldete) Gewohnheit eingeführte Frist, binnen welcher die Wechsel verfallen.

Derselbe ist entweder von dem Tage der Ausstellung (a Dato), oder von jenem der Präsentation zu berechnen. Bey uns in Österreich ist das letzte der Fall, wesswegen die Usowechsel bey uns zu den nach Sicht verfallenden Wechseln gehö-

(a) Art. 35 der W. O. v. 1. Oct. 1763. Vergl. *cod. di com.* Art. 129, 130 und 131.

(a) Art. 15, 16 und 35 d. W. O. v. 1. Oct. 1763. Vergl. *Codice di commercio*, Art. 129.

(b) Art. 15 und 35 der angef. W. O. Nach dem *Cod. di com.* Art. 130, ist ein a Vistawechsel gleich, sobald er präsentirt wird, zu bezahlen.

ren (c). In manchen andern Ländern ist er aber nach dem Tage der Ausstellung zu berechnen (d).

Jene nach Sicht verfallenden Wechsel, welche willkürlich bestimmte Tage, Wochen oder Monate nach ihrer Präsentation (nach Sicht) zu bezahlen sind, enthalten diese Bestimmung numerisch ausgedrückt, z. B. 12 Tage nach Sicht, 2 Monate nach Sicht u. s. w., in sich, welche der Massstab für ihre Verfallszeit ist (e).

§. 44.

Unterabtheilung der ohne Sicht verfallenden Wechsel in a Dato- Ultimo Mese- Medio Mese- und Präcisewechsel.

Die ohne Sicht verfallenden Wechsel sind *a Dato- Ultimo- oder Medio Mese- und Präcisewechsel* (a).

A Datowechsel sind jene, welche in einer bestimmten Anzahl von Tagen, Wochen, oder Monaten nach dem Ausstellungstage verfallen; z. B. 14 Tage *a Dato* (von heute) u. s. w. *Ultimo Mesewechsel* sind jene, welche die Formel *Ultimo Mese* (am Letzten des Monathes) enthalten und daher am letzten Tage eines Monathes zahlbar sind.

Medio Mesewechsel sind jene, welche die Formel *Medio Mese* (in der Mitte des Monathes) enthalten und am 15. Tage des Monathes zahlbar sind (b).

Präcisewechsel sind jene, welche entweder auf einen an und für sich (absolut) bestimmten Tag (z. B. am 12. August u. s. w.) zahlbar lauten, oder den ausdrücklichen Beysatz „*Präcise*“ enthalten; z. B. *Präcise Medio Mese* (c).

(c) W. O. v. 1. Oct. 1763, Art. 16.

(d) So ist es auch nach dem *Codice di commercio*, Art. 132.

(e) Art. 35 der angef. W. O. Vergl. *Cod. di com.*, Art. 129 u. 131.

(a) Art. 15 und 35 d. W. O. Vergl. *Cod. di com.*, Art. 129.

(b) Art. 18 d. W. O.

(c). Den wichtigen Unterschied zwischen *Präcisewechseln* und andern werden wir im 4. Hauptstücke kennen lernen.

§. 45.

Sola- Prima- Secunda und Tertiawechsel.

Ein Solawechsel heisst derjenige, von dem nur ein einziges Exemplar ausgestellt wurde.

Wurden von einem Wechsel mehrere Exemplare ausgestellt; so heisst das erste dieser Exemplare ein Primawechsel, das zweyte und dritte ein Secunda- und Tertiawechsel, oder auch ohne Beysatz, eine Prima, Secunda, oder Tertia u. s. w. (a).

Der Vortheil, welchen die Ausstellung mehrerer Exemplare eines Wechsels gewährt, ist entweder den Wechseln mit jeder andern Urkunde gemein und besteht darin, dass, wenn ein Exemplar verloren geht, ein zweytes dessen Stelle vertritt; oder er ist dem Wechselgeschäfte eigenthümlich und äussert sich vorzüglich bey förmlichen nach Sicht verfallenden Wechseln, welche sogleich und a Drittura zur Präsentation an den Ort der Zahlung befördert werden müssen (vergl. das 4. Hauptst.), daher es dem Inhaber nicht erlaubt ist, mit dem Wechsel über mehrere Handelsplätze zu disponiren, wodurch die Präsentation verzögert würde. Nebst dem, dass dieser Aufschub der Präsentation nicht erlaubt ist, erheischt es aber auch das eigene Interesse des Inhabers, dass der Wechsel so bald als möglich präsentirt werde, damit seine Ver-

(a) Art. 2 der W. O. v. 1. Oct. 1763, Nr. 8. S. diesen Art. unten bey §. 49, Anm. a.). Vergl. *Cod. di com.*, Art. 110.

Im gemeinen Leben ist man häufig der Meinung, dass nur fremde Wechsel einer Prima, Secunda u. s. w. fähig seyen; während aber die eigenen immer nur Sola ausgestellt werden könnten. Allein dieses ist ein Irrthum, wenn gleich gewöhnlich nur von fremden Wechseln mehrere Exemplare ausgestellt werden. Denn der 3. Art. d. W. O. deutet klar dahin, dass auch bey eigenen Wechseln dieses geschehen könne; da es dort, nachdem zuerst von den eigenen und dann von den fremden die Rede war, heisst: „wovon die erste Art“ (die eigenen) „gemeiniglich Sola die andere Art“ (die fremden) „aber entweder *Sola*, oder *Secunda*, *Tertia* ausgestellt zu werden p f l e g t, welche beyde „Arten jedoch von einerley Wirkung sind.“

fallszeit, eher eintrete, die bey allen nach Sicht verfallenden Wechseln erst nach dem Tage der Präsentation zu laufen anfängt. Es hindert also auch dieser Umstand die Disposition des Wechsels über mehrere Handelsplätze; daher hilft man sich durch die Errichtung mehrerer Exemplare desselben, schickt die Prima sogleich a Drittura an den Zahlungsort, an einen dortigen Handelsfreund oder Correspondenten mit dem Ersuchen ein, sie unverzüglich demjenigen, auf den sie lautet, zur Acceptation zu präsentiren, wodurch die Verfallszeit zu laufen anfängt und disponirt mittlerweile über entferntere Handelsplätze mit der Secunda, welcher man für den Übernehmer an diesen Orten die Weisung beyfügt, bey welchem Handelsfreunde die Prima an dem Zahlungsorte liege und erhoben werden könne, wozu man sich der unten auf den Wechsel aufzuschreibenden Worte: „Prima zur Acceptation bey Herrn N. N. zu N.“ bedient. Auf diese Art circulirt die Secunda bis zur Verfallszeit durch verschiedene Handelsplätze und kömmt sie dann zur Verfallszeit am Zahlungsorte an; so erhebt der Inhaber mit Vorweisung seiner Secunda (wodurch er sich als Besitzer der Wechselforderung legitimirt) bey dem Commissionär, der die Präsentation mit der Prima besorgte, diese Prima und sonach, gegen Auslieferung der beyden Exemplare, den Wechselbetrag von dem Auszahler (b).

§. 46.

Wechsel auf und ohne Ordre.

Wechsel auf und ohne Ordre setzen die Begriffe der Ordre voraus.

Ordre kann in doppeltem Sinne genommen werden; einmahl als der Inbegriff aller jener Perso-

(b) C. F. Behrens, Anleitung zur Kenntniss von Wechseln und Wechselgeschäften, §. 103 — 105; v. Zimmerl's Beiträge, S. 24; dessen Anleitung, §. 57; Koschak, §. 23.; Sonnleithner's Leitfaden, §. 28; dessen Lehrbuch, §§. 402—404; Leuchs, vollst. Handelsrecht, S. 89—90; v. Weisenek, §. 55; Neupauer, §§. 87—93.

nen, an welche der Wechsel von dem rechtmässigen Inhaber nach Wechselrecht gediehen ist und zweyten als das dem Empfänger des Wechsels eingeräumte Recht, denselben wieder an andere Personen nach Wechselrecht zu übertragen.

In der ersten Bedeutung ist sonach jeder spätere Wechselinhaber die *Ordre* seiner Vormänner; in der zweyten wird sie auf den Wechseln selbst mit der Formel: „an N. N. oder dessen *Ordre*“ aufgeschrieben und diese Formel ist die Grundbedingung des Rechtes, den Wechsel einem Andern nach Wechselrecht abzutreten.

In dieser letzten Bedeutung wird das Wort *Ordre* hier genommen, wornach auf *Ordre* lautende Wechsel diejenigen sind, worin diese Formel enthalten ist und welche somit nach Wechselrecht vom Inhaber an Andere abgetreten werden können; Wechsel ohne *Ordre* hingegen jene genannt werden, in denen diese Formel fehlt und welche daher nicht nach Wechselrecht an Andere übertragen werden können (a).

§. 47.

Haupt- Retour- und Rückwechsel.

Unter Hauptwechseln versteht man diejenigen, welche zu dem Zwecke gegeben werden, um dadurch jemand eine Zahlung, wegen welcher man ursprünglich dieses Wechselgeschäft unternahm, zu verschaffen (a).

Retourwechsel sind in Form von Wechseln von dem Empfänger eines Hauptwechsels, den er von dem Aussteller desselben ohne die Valuta dafür gezahlt zu haben, erhielt, ausgestellte Bescheinigungen, worin er sich verbindet, die für diesen auf Credit erhaltenen Hauptwechsel schuldig gebliebene Va-

(a) Vergl. W. O. vom 1. Oct. 1763, Artikel 33 und 53 und die §§. 119 und 120.

(a) Vergl. v. Weissenek, §. 60.

luta in einer gewissen Zeit zu bezahlen (*b*). Man nennt sie auch Interimswechsel (*c*).

Gewöhnlich werden diese Retourwechsel bedingt ausgestellt, nämlich unter der Bedingung die Zahlung der Valuta für den Hauptwechsel versprochen, wenn dieser gehörig von jenem, auf den er gezogen (trassirt) ist, acceptirt wird.

Die Retourwechsel sind immer eigene; sie können aber sowohl förmliche als unförmliche seyn (*d*).

Ausser diesen Retourwechseln nehmen einige Schriftsteller (*e*) auch noch eine andere Gattung von Interimswechseln an, nämlich jene in Wechselform ausgestellten Bescheinigungen, wodurch derjenige, welcher es über sich genommen hat, eine gewisse Gattung Wechsel, wofür er bereits die Valuta erhalten hat, auszustellen (wenn er verhindert ist, den bedungenen Wechsel sogleich auszufertigen), bestätigt, dass er schon die Valuta dafür empfangen habe und zugleich verspricht, den bedungenen Wechsel in der festgesetzten Frist auszustellen. Allein diese Bescheinigungen scheinen, wenigstens bey uns in Österreich, nicht geeignet zu seyn, als Wechsel ausgestellt zu werden, weil der darin zu leisten versprochene Gegenstand ein anderer als eine Summe Geldes — nämlich, die Ausstellung des bedungenen Wechsels — ist; der Gegenstand eines Wechsels aber, wie §. 38 bewiesen wurde, kein anderer, als bares Geld seyn kann (*f*).

Von den Retourwechseln sind genau die Rückwechsel zu unterscheiden, worauf desto mehr Aufmerksamkeit verwendet werden muss, da sonst

(*b*) Sonnleithner's Leitfaden, §. 43; dessen Lehrbuch, §. 418; Koschak, §. 33, Anm. ** und §. 59.

(*c*) v. Weissenek, §§. 60 und 61 und v. Boset, §. 40.

(*d*) Vergl. Koschak, §. 33 Anm. **

(*e*) U. a. v. Boset, §. 40 und v. Weissenek, §. 60.

(*f*) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 44; dessen Lehrbuch, §. 419; Koschak, §. 69 und Wegelin S. 106. not. c.)

beyde durch die Ähnlichkeit ihres Nahmens gar leicht verwechselt werden könnten.

Sie sind jene Wechsel, wodurch der Inhaber eines förmlich fremden Wechsels, welcher von demjenigen, an welchen er trassirt ist, nicht acceptirt oder nicht bezahlt wird, sich seinen Regress gegen den Aussteller zu verschaffen sucht, indem er nun einen Wechsel auf den Aussteller zurück trassirt und den Betrag des nicht acceptirten oder nicht gezahlten Wechsels und die diessfälligen Nebengebühren in denselben einrechnet (g).

§. 48.

Erfordernisse der Wechselbriefe.

Nach einem in der Einleitung (§. 26) aufgestellten, aus dem Principe des Wechselrechtes unmittelbar abgeleiteten Grundsatzte sollen die Wechselbriefe sich als Urkunden darstellen, welche durch ihre Form einen schnellen gerichtlichen Beweis zu wirken vermögen und, rücksichtlich ihres Inhaltes, Alles deutlich und bündig enthalten, was auf die Bestimmung des Rechtsverhältnisses der Interessenten von Einfluss ist. Daher schreiben die Wechselgesetze gewisse auf diesen Zweck gerichtete Erfordernisse der Wechselbriefe vor, welche wir nun kennen lernen müssen.

Die von unsern Wechselgesetzen vorgeschriebenen Erfordernisse sind verschieden, je nachdem die Wechselbriefe förmliche, oder unförmliche sind.

Rücksichtlich der ersten ist die Angabe dieser Erfordernisse ohne alle Schwierigkeiten, weil der 2. Art. der W. O. sie sehr genau aufzählt; schwieriger ist die Sache aber rücksichtlich der letztern, da eine erschöpfende Bestimmung derselben für sie in dem Ge-

(g) Vergl. den 21. und 22. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763 und 10. Oct. 1797; dann Sonnleithner's Leitfaden, §. 49; dessen Lehrbuch, §§. 422 und 423; Koschak, §. 75; v. Boset, §. 23, S. 149 — 150; v. Zimmerl's Anleitung, §. 233 und Neupauer, §. 265.

setze mangelt und daher hier dem Wechselrechtslehrer nichts Anderes erübrigt, als aus der Natur eines Wechsels überhaupt und eines unförmlichen insbesondere das im Gesetze Mangelnde durch die Doctrin zu ersetzen.

§. 49.

A.) Erfordernisse förmlicher Wechsel.

Die Erfordernisse eines förmlichen Wechsels sind nach unsern Gesetzen (a) folgende:

- 1.) das Datum des Ortes, Jahres, Monats und Tages der Ausstellung;
- 2.) die Verfallszeit;

(a) Art. 2 d. W. O. v. 1. Oct. 1763 (2. Absatz).

„Der Wechselbrief“ — — — — —
 — — — — — „erfordert nachfolgende Stücke, ohne sich an die
 „Ordnung zu binden:“
 „Primo: das Datum des Orts, wo der Wechselbrief ausge-
 „het, mit Beyrückung des Tages, Monats und Jahrs. Se-
 „cundo: die Verfallszeit, wenn der Wechselbrief zu be-
 „zahlen tractiret worden. Tertio: den Nahmen dessen, oder
 „Ordre, dem die Bezahlung geschehen solle. Quarto: die
 „Summa und Geldsorten. Quinto: die Unterschrift dessen,
 „welcher den Wechselbrief ausgegeben. Sexto: die Aufschrift
 „an denjenigen, welcher den Wechselbrief zu bezahlen hat.
 „Septimo: den Ort, wo man die Bezahlung leisten solle,
 „und Octavo: dass darinnen, dass es ein Wechselbrief, und
 „ob es *Prima, Secunda, Tertia*, oder *Sola* seye, ausdrücklich
 „erwähnet werde. Es wird zwar auch Nono: zu einem förm-
 „lichen und bündigen Wechselbrief der Empfang der Valuta,
 „oder des Werths, mit welchem der Ausgeber des Wechsel-
 „briefs vergnüget worden, insgemein erforderet; hievon aber
 „wird im folgenden ein mehreres gedacht werden. Man pfleget
 „zwar auch in einigen Wechselbriefen beyzurücken, für wes-
 „sen Rechnung die Wechselsumma gezogen worden; weil
 „man aber gemeinlich auf den Aviso-Brief sich diessfalls
 „bezieht, so hat es auch dabey sein Bewenden.“

Hiebey muss bemerkt werden, dass dieser Artikel (laut seiner Ueberschrift: „Von Beschreibung eines förmlichen Wechselbriefs, und dessen *Requisitis*“) nur die Requisite förmlicher Wechselbriefe bestimme.

Der *Cod. di commercio* (Art. 110) schreibt für förmliche Wechsel folgende Erfordernisse vor: 1.) das Datum; 2.) die zu zahlende Summe; 3.) den Nahmen desjenigen, der sie zu zahlen hat; 4.) Zeit und Ort der Zahlung; 5.) das Bekenntniss des Empfanges der Valuta; 6.) an wessen Ordre der Wechsel gestellt sey und 7.) ob er eine *Prima, Secunda, Tertia, Quarta* u. s. w. sey.

- 3.) der Name des Empfängers des Wechselbriefes allein, oder auch dessen Ordre;
- 4.) die Summe und die Geldsorten;
- 5.) die Unterschrift des Wechsellausstellers;
- 6.) die Aufschrift an denjenigen, welcher den Wechsel bezahlen soll;
- 7.) der Zahlungsort;
- 8.) die ausdrückliche Benennung Wechsel, mit der Angabe, ob es eine Sola, Prima, Secunda u. s. w. sey;
- 9.) die Bestätigung des Empfanges der Valuta und
- 10.) die Angabe, für wessen Rechnung die Wechselsumme gezogen sey.

§. 50.

Welche von diesen Erfordernissen wesentlich seyen.

Von diesen Erfordernissen sind drey, nämlich das zweyte, die Angabe der Verfallszeit, das neunte, die Bestätigung des Empfanges der Valuta und das zehnte, die Angabe, für wessen Rechnung die Wechselsumme gezogen sey, nicht wesentlich. Denn, wenn die Verfallszeit nicht im Wechselbriefe angegeben ist; so supplirt der 15. Art. der W. O. diesen Mangel dadurch, dass er die Verfallszeit für solche Wechsel bestimmt, wornach man also an ihrer Gültigkeit nicht zweifeln kann (a). In Rücksicht der beyzurückenden Bestätigung des Empfanges der Valuta sagt der

(a) Da der 2. Art. der W. O. dieses Erforderniss so bestimmt verlangt und dennoch der Mangel desselben, zu Folge des 15. Art., den Wechsel nicht ungültig macht; so glauben Einige, dass sich aus dem 2. Art. d. W. O. überhaupt nicht entnehmen lasse, welche Erfordernisse des Wechsels wesentlich seyen. Allein diese Aufrechthaltung der Gültigkeit des mangelhaften Wechsels durch die gesetzliche Supplirung dieses Mangels im 15. Art. ist nur eine Ausnahme von der Regel des 2. Art. d. W. O.; daher kann man, zu Folge des Grundsatzes: *exceptiones sunt strictae interpretationis et firmannt regulam pro casibus non exceptis*, daraus nicht den Schluss ziehen, dass die übrigen vom Gesetze nicht ausdrücklich der Willkür der Partheyen überlassenen Erfordernisse ebenfalls nicht wesentlich seyen.

9. Art. der W. O. ausdrücklich, dass ein ohne Beyrückung der Valuta ausgestellter Wechselbrief dessen ungeachtet gültig sey und bezahlt werden müsse. Indessen ist doch in den Folgen bey nicht auf Ordre lautenden Wechseln ein bedeutender Unterschied zwischen solchen, bey welchen die Valuta beygerückt ist und jenen, worin sie mangelt, wovon später (im 4. Hauptst.) die Rede seyn wird.

Dass das zehnte Erforderniss nicht nothwendig sey, erklärt schon die Stelle des 2. Art. d. W. O., welche davon spricht (*b*), selbst.

Die übrigen sieben Erfordernisse sind aber bey förmlichen Wechselbriefen wesentlich, d. i., dergestalt nothwendig, dass, wenn eines davon mangelt, der Wechselbrief nicht mehr als ein förmlicher angesehen werden kann und daher die in der Wechselordnung den förmlichen Wechseln eingeräumten Rechte nicht genießt. Dieses geht ganz klar aus drey Stellen der W. O. hervor, welche hierüber gar keinen Zweifel übrig lassen. Es sagt nämlich 1.) der 2. Art. der W. O. (*c*) ausdrücklich, dass der förmliche Wechselbrief diese Stücke „erfordere“; 2.) bestimmen die Schlussworte des 3. Absatzes dieses nämlichen Artikels (*d*), dass die Wechselbriefe nur dann förmliches Wechselrecht genießen, wenn diese Erfordernisse beobachtet werden; endlich 3.) nennt der 53. Art. der W. O. (*e*) diese Erfordernisse „Hauptrequisita“ und erklärt

(*b*) S. den Schluss des 2. Absatzes des 2. Art. der W. O., bey der Anm. 2.) des vorigen §.

(*c*) S. diese Stelle im vorigen §., bey der Anm. a.)

(*d*) 3. Absatz des 2. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. „Obige „Beschreibung“ (vergl. §. 39, Anm. b) „versteht sich auf die „eigentliche und förmliche Wechselbriefe, zum Unterschied „jener Wechsel, in welchen nicht Geld um Geld, sondern „Geld für Waaren, oder andern Geldswerth gehandelt wird, „welche letztere Art zu wechseln zwar auch zugelassen, und „mit obiger gleiches Recht genießt, wenn nur „die übrige Requisita des Wechselbriefes beobachtet werden.“

(*e*) S. den Eingang dieses Artikels oben bey §. 39, Anm. c.)

jene Wechselbriefe, welchen dieselben abgehen, für „unförmliche“ (f).

Nach diesen vorläufigen Bestimmungen wenden wir uns zur nähern Auseinandersetzung der oben angegebenen zehn Erfordernisse eines förmlichen Wechsels.

§. 51.

Specielle Erörterung dieser Erfordernisse.

I.) Der Ort und die Zeit der Ausstellung.

I.) Der Ort der Ausstellung ist schon einmahl desswegen unerlässlich, weil das Kriterium, ob ein Wechsel ein förmlicher oder unförmlicher (§. 39) sey, hievon abhängt. Denn, wie will man bestimmen, ob der Wechsel an dem Ausstellungsorte, oder an einem andern zahlbar und sonach ein förmlicher oder unförmlicher sey, wenn dieses Erforderniss mangelt? Überdiess ist dasselbe nothwendig, damit der Inhaber wisse, an welchem Orte er den Aussteller auffinden könne, wenn er ihn, bey nicht erfolgter Befriedigung um seinen Rückersatz angehen muss. Zudem wird durch die Beysetzung des Ausstellungsortes auch jeder Zweydeutigkeit vorgebeugt, die aus der Ähnlichkeit der Nahmen entstehen könnte.

Die Zeit der Ausstellung ist bey allen Wechseln desswegen erforderlich, weil die Verpflichtung des Empfängers, die Valuta des Wechsels an den Aussteller zu bezahlen, von dem Tage des ausgestellten Wechsels abhängig ist (a) und man daher

(f) Es scheint mir daher eine irrige Behauptung zu seyn (vergl. Neupauer, §. 108), dass nur 1.) der Ausdruck Wechsel, 2.) die Wechselsumme und 3.) die Unterschrift des Wechsellausstellers allein wesentliche Bestandtheile eines Wechsels überhaupt seyen.

Der *Cod. di com.*, (Art. 111) erklärt jene Wechsel, welche in Rücksicht des Nahmens, des Characters, des Wohnortes, oder des Platzes, wo sie ausgestellt oder zahlbar sind, Unrichtigkeiten enthalten, für einfache Schuldscheine.

(a) Vergl. Art. 39 der W. O.

wissen muss, wann der Wechsel ausgestellt wurde, um darnach die Mora des Empfängers des Wechsels bestimmen zu können. In Rücksicht der a Dato laufenden Wechsel ist dieses Erforderniss um so unerlässlicher, als es sonst unmöglich wäre, die Verfallszeit zu berechnen (b).

Dieses Erforderniss des Datums des Ortes und der Zeit wird vor dem Anfange des Inhaltes des Wechselbriefes oben links auf denselben gesetzt (vergl. die Formulare der Wechsel bey §. 62).

§. 52.

II.) Die Verfallszeit.

II.) Die Verfallszeit nennt man im Allgemeinen die Zeit, zu welcher die Zahlung geleistet werden muss; es ist daher auch im Allgemeinen der Ausdruck: Verfallszeit gleichbedeutend mit jenem, Zahlungstag. Dieses ist nun zwar in der Regel auch bey den Wechseln der Fall; jedoch gibt es auch Wechsel, bey denen die Verfallszeit von dem Zahlungstage verschieden ist. Dieses ereignet sich, wie wir später ausführlich hören werden, bey den auf inländische Märkte gestellten Wechseln und bey jenen, welche sogenannte Respecttage, d. i. solche Tage geniessen, welche dem Wechselschuldner zur Zahlung noch über die Verfallszeit zu gute kommen (a) und vor deren Verlauf er nicht zur Zahlung angehalten werden kann. Es ist also bey diesen Gattungen von Wechseln der Zahlungstag noch nicht vorhanden, obschon sie bereits fällig sind (b). Dagegen ist im Allgemeinen jeder Schuldner, im Einverständnisse mit seinem Gläubiger, berechtigt, seine Schuld auch früher, als zur Verfallszeit zu be-

(b) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, S. 212 und Koschak, S. 22.

(a) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 167.

(b) Vergl. das 4. Hauptst.

zahlen, ohne dass er sich hiedurch einer Verantwortlichkeit oder der Gefahr eines Schadens aussetzt. Dieses ist aber bey Wechseln nicht immer der Fall; da der Wechselschuldner bey den ohne Ordre ausgestellten Wechseln vor der Verfallszeit nicht bezahlen darf, ohne sich einer Verantwortlichkeit, oder der Gefahr eines Schadens auszusetzen; sondern erst, wenn diese bereits vorhanden ist, kann er bey diesen Gattungen von Wechseln mit Sicherheit bezahlen (c).

Mit Rücksicht auf diese Bemerkungen ist es ganz sicher zum Verstehen unserer Wechselordnung und zur Beseitigung vieler Missverständnisse zweckmässig, im Wechselrechte schon in der Definition der beyden Ausdrücke: Verfallszeit und Zahlungstag überhaupt einen Unterschied zu machen; wornach sie auf folgende Art zu definiren wären:

Die Verfallszeit eines Wechsels ist der Tag, an welchem der Wechsel von dem Schuldner ohne seine Gefahr und Verantwortlichkeit bezahlt werden darf.

Der Zahlungstag eines Wechsels hingegen ist jener Tag, an welchem der Schuldner die Zahlung leisten muss (d).

Nur die Verfallszeit nicht auch der Zahlungstag wird im Wechsel angegeben; doch kann, wie bereits oben (§. 50) gesagt wurde, selbst die Bestimmung der erstern im Wechsel mangeln, da dieser Mangel durch den 15. Art. der W. O. supplirt wird.

Wann, nach den verschiedenen Gattungen der Wechsel, ihre Verfallszeit und ihr Zahlungstag eintrete, werden wir bey der Lehre von den Rechten des Wechselgläubigers (im 4. Hauptst.)

(c) Vergl. Art. 33 der W. O. v. 1. October 1763.

(d) Die Beweisstellen dieser Definition liegen offenbar in den Artikeln 5, 13, 17, 18 und 38 der W. O. v. 1. Oct. 1763.

Indessen wird auch in unserer W. O. Verfallszeit und Zahlungstag häufig als gleichbedeutend genommen, z. B. im 9., 33. und 35. Artikel.

kennen lernen; da sein Recht, die Bezahlung zu fordern, von dem Vorhandenseyn derselben abhängig ist.

§. 53.

III.) Der Name des Empfängers des Wechsels.

III.) Der Name des Empfängers des Wechsels ist desswegen nothwendig, theils, weil der Auszahler wissen muss, wem er die Zahlung zu leisten habe; theils, damit der Wechsel, im Falle er verloren würde, nicht von einem unredlichen Finder eingehoben werden könne (a).

Hiebey scheint es, dass es genüge, wenn nur der Familiennahme des Empfängers beygesetzt ist; da die W. O. die Beyrückung des Vornamens hier nicht ausdrücklich fordert.

Ist der Empfänger ein Handelshaus, so wird dessen Handelsfirma als Name des Empfängers beygesetzt.

Die O r d r e ist nicht wesentlich beyzusetzen nothwendig, was schon aus der hieher gehörigen Stelle der W. O. ersichtlich ist, wo es heisst: „den „Nahmen dessen, o d e r Ordre, dem die Bezahlung „geschehen soll.“ Das Wörtchen „o d e r“ bezeichnet aber die Disjunctive; es ist also der Name des Empfängers allein genug. Aber die Beysetzung der Ordre ist dann nothwendig, wenn der Aussteller dem Empfänger das Recht einräumen will, den Wechsel nach Wechselrecht abzutreten, wie wir später erweisen werden.

Oft wird der Wechsel auch auf eigene Ordre des Ausstellers ausgefertigt, wo er ihn dann weiter girirt und in diesem Falle lautet derselbe dann:

(a) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 22.; dessen Lehrbuch, §. 397.; Koschak, §. 24.; Neupauer, §. 94.

„zahlen Sie an meine eigene Ordre“
u. s. w. (b).

§. 54.

IV.) Die Summe und Geldsorten.

IV.) Die Summe und Geldsorte, welche auf den Wechsel bezahlt werden soll, muss ausgedrückt werden, damit der Zahler wisse, was und wie viel er zu zahlen habe.

Nach den Worten der hieher sich beziehenden Stelle des 2. Art. der W. O. sollte man glauben, dass die Beyrückung der Geldsorten ebenfalls wesentlich zu einem förmlichen Wechsel sey; da das Gesetz „die Summa und Geldsorten“ verlangt, wobey die durch das „und“ ausgedrückte Copulative anzudeuten scheint, dass die Beyrückung der Geldsorten eben so wenig, wie jene der Summe selbst mangeln dürfe; allein in Vergleichung dieser Stelle mit dem 42. Art. verschwindet dieses Bedenken; da dort ausdrücklich bestimmt wird, in welchen Geldsorten die Zahlung in jenem Falle geschehen müsse, wenn der Wechselbrief hierüber nichts bestimmt.

§. 55.

V.) Die Unterschrift des Ausstellers.

V.) Die Unterschrift des Ausstellers ist schon aus dem Begriffe einer schriftlichen Urkunde im Wechsel nothwendig.

In dieser Beziehung fragt es sich: ob die blosse Unterschrift des Ausstellers des Wechsels zur Beweiskraft eines förmlichen Wechselbriefes genüge, oder ob hiezu auch noch die Beyziehung von Zeugen, oder das eigenhändige Schreiben des ganzen Inhaltes des Wechsels durch den Aussteller nothwendig sey.

(b) Die Gründe, aus welchen man sich veranlasst finden kann, auf eigene Ordre zu trassiren, sind vortrefflich von Leuch's (S. 67) entwickelt.

Der Grund des Zweifels liegt darin, dass alle Wechsel, sie mögen eigene oder trassirte (§. 39) seyn, ihrem Genus nach, Schuldurkunden sind; für Schuldurkunden aber durch unsere Gerichtsordnungen (a) die Vorschrift besteht, dass sie entweder durchaus eigenhändig von dem Aussteller geschrieben und unterschrieben, oder, wenn sie nicht durchaus eigenhändig geschrieben sind, von zwey nach der G. O. fähigen Zeugen unterfertigt seyn müssen, widrigens dieselben keinen Beweis zu wirken vermögen. Es ist daher allerdings keinem Zweifel unterworfen, dass die Wechsel, in so fern dafür nicht besondere gesetzliche Verfügungen, welche hievon eine Ausnahme machen, bestehen, dieser Regel ebenfalls unterworfen seyen. Eine solche Ausnahme besteht nur für jene förmlichen Wechselbriefe, welche unter einer öffentlich bekannt gemachten und gehörig *protocollirten* Firma ausgestellt sind (b). Ausserdem unterliegen also förmliche Wechselbriefe den nämlichen Erfordernissen, wie alle andern Schuldverschreibungen.

§. 56.

VI.) Die Aufschrift.

VI.) Die Aufschrift an denjenigen, welcher den Wechsel zu bezahlen hat, ist nöthig, damit der Wechselinhaber wisse, an wen er sich der Bezahlung wegen zu wenden habe (a). Der Zahler des Wechsels ist entweder der Aussteller selbst; oder ein Dritter. Im ersten Falle

(a) Allg. G. O. v. 1. May 1781, §. 114; westgal., §§. 182 und 183; italienische, §§. 172 und 173.

(b) Pat. v. 9. April 1782, §. 6. „Die förmlichen Wechselbriefe, welche unter einer öffentlich bekannt gemachten und gehörig protocollirten Firma ausgestellt sind, werden jener Vorsicht enthoben, die gemäss §. 114“ (d. G. O.) „für die Gültigkeit der sonstigen Schuldverschreibungen gesetzmässig sind.“

(a) Sonleithner's Leitfaden, §. 25; dessen Lehrbuch, §. 400; Neupauer, §. 105.

schreibt man: „an mich selbst;“ im zweyten hingegen schreibt man den Nahmen des Dritten, auf welchen der Wechsel trassirt wird, z. B.: „an die „Herrn J. C. Freundlich *et Compagnie*.“ Diese Aufschrift wird links unten am Wechsel angesetzt. Man heisst sie auch die Adresse.

Diese Adresse muss man genau von der Nothadresse und der Domicilirung der Wechsel unterscheiden.

Eine Nothadresse rückt der Aussteller nur fremden Wechseln und zwar dann bey, wenn er befürchtet, dass derjenige, auf den er den Wechsel der Bezahlung wegen unmittelbar trassirt hat (der Trassat), diesen Auftrag nicht annimmt, oder, wenn er ihn wirklich angenommen hat, den Wechsel doch nicht bezahlt (*b*). Sie besteht in der dem Wechsel beygerückten Benennung einer Person, welche denselben in jenem Falle bezahlen soll, wenn derjenige auf den er unmittelbar trassirt ist, diesen Auftrag entweder gar nicht annimmt, oder, ungeachtet seiner Annahme, den Wechsel doch nicht bezahlt. Hiernach heisst die Person, auf welche die Nothadresse lautet, Nothadressat. Diese Nothadressen sind im Wechselgeschäfte von äusserster Wichtigkeit; da der Aussteller hiedurch einerseits seinen Credit aufrecht erhalten kann, welcher dadurch leiden würde, wenn die von ihm trassirten Wechsel vom Trassaten nicht angenommen, oder nicht bezahlt werden; andererseits aber auch dem Inhaber des Wechsels Alles daran gelegen ist, dass er auf diese Art, wenn der Trassat ihn nicht bezahlt, doch seine Befriedigung vom Nothadressaten empfangen.

(*b*) Uebrigens muss man nicht glauben, dass nur der Trassant eine Nothadresse dem Wechsel beyfügen könne; da zur Sicherung seines Credits auch oft ein Girant eine solche dem von ihm girirten Wechsel — und zwar gleichviel, ob dieser ein eigener oder fremder ist — beyfügt, wenn er befürchtet, dass der Trassant den eigenen Wechsel nicht bezahlen, oder der Trassat den fremden nicht acceptiren, oder den acceptirten nicht bezahlen werde.

Die Nothadresse wird unter die Adresse auf den Wechsel — gewöhnlich mit den Worten: „im Verweigerungsfalle ist sich bey Herrn N. N. zu N. zu melden;“ oder: bey Ermanglung der Acceptation „oder Zahlung ist sich bey Hrn. N. N. zu N. zu melden“ — gesetzt (c).

Ganz einen andern Zweck hat die Domicilirung eines Wechsels. Diese geschieht dann, wenn der Zahler desselben an dem im Wechsel ausgedrückten Zahlungsorte nicht wohnhaft ist und daher eine an demselben wohnhafte dritte Person benennt, bey der man sich die Bezahlung dort abholen kann. Diese Benennung heisst man nun die Domicilirung des Wechsels und jenen Wechsel, worauf sich ein solches Domicilium befindet, einen domicilirten. Die Person, auf welche das Domicilium gerichtet ist, wird der Domicilat genannt. Die Domicilirung kann sowohl von dem Aussteller eines eigenen, als auch von dem Acceptanten eines fremden Wechsels geschehen, jenachdem der erste oder der letzte am Zahlungsorte nicht wohnhaft ist. Sie wird ebenfalls unter die Adresse auf den Wechsel geschrieben und gewöhnlich mit folgenden Worten: „domicilirt bey Hr. N. N. zu N.“ oder: der „Zahlung wegen ist sich bey Hrn. N. N. zu N. zu melden“ oder: „zu erfragen bey Hrn. N. N. zu N.“ ausgedrückt (d).

§. 57.

VII.) Der Ort der Zahlung.

VII.) Der Ort der Zahlung ist eben so, wie der Ort der Ausstellung ein wesentliches Merkmal, um daraus zu erkennen, ob der Wechsel ein förmlicher sey. Würde derselbe nicht ausgedrückt seyn;

(c) Vergl. Scherer, I. Thl., S. 176 — 181; Leuchs, S. 91 — 92; v. Weissenek, §§. 58 und 191 — 193.

(d) Scherer, I. Thl., S. 179 und 572.

so bliebe nichts Anderes übrig, als, wie bey allen andern Contracten, in denen kein Erfüllungsort bestimmt wurde, zu behaupten, dass der Wechsel am Orte seiner Ausstellung, d. i. am Orte des Contractes selbst, zu zahlen sey (a); dann wäre der Wechsel aber kein förmlicher mehr, sondern ein unförmlicher (§. 39). Ausserdem ist die Beysetzung des Zahlungsortes auch desswegen höchst nöthig, weil das Recht, die Zahlung des Wechsels an dem bedungenen Orte zu fordern, eines der wichtigsten Rechte des Wechselinhabers ist, der oft die Tratte bloss desswegen, weil sie an einem gewissen Orte zahlbar ist, auf dem es ihm gerade convenirt, damit eine Zahlung zu leisten, oder eine andere Speculation zu unternehmen, an sich bringt; folglich er in dem Wechsel selbst einen Beweis haben muss, dass ihm die Bezahlung auf diesem bestimmten Platze gebühre. Dieses Erforderniss des Wechsels macht einen Theil der Adresse aus und wird daher nach dem Nahmen des Zahlenden ebenfalls links unten am Wechsel geschrieben; z. B. „an Herrn J. C. Freundlich *et Compagnie* zu Gratz.“

§. 58.

VIII.) Benennung des Wechsels als solchen und als Prima, Secunda, Tertia u. s. w.

VIII.) Dass im Wechsel die Benennung desselben als solchen von dem Gesetze gefordert wird, ist nothwendig (a); da es sonst unmöglich

(a) Allg. b. G. B., §. 905. „Wenn der Ort, wo der Vertrag „erfüllet werden soll, weder aus der Verabredung, noch aus „der Natur, oder dem Zwecke des Geschäftes bestimmt werden kann; so werden unbewegliche Sachen an dem Orte, „wo sie liegen; bewegliche aber an dem Orte, wo das Versprechen gemacht worden ist, übergeben.“

(a) Daher fordern diesen Beysatz auch die meisten Wechselgesetze ausdrücklich; vergl. das preussische L. R., II. Thl., 8. Titl., §§. 748 und 749; die pfälzische und

wäre, einen Wechsel von einer andern kaufmännischen Anweisung zu unterscheiden, die oft so ähnlichen Inhaltes mit einem Wechselbriefe ist, dass sich nicht mit Gewissheit entscheiden liesse, ob der Aussteller einen Wechsel, oder eine blosser Anweisung ausstellen wollte, wenn nicht das Wort „Wechsel“ in der Urkunde ausdrücklich enthalten wäre. Aus dieser sonst vorhandenen Unmöglichkeit, den Wechsel von Anweisungen zu unterscheiden, scheint sogar behauptet werden zu müssen, dass dieser Ausdruck selbst dann als wesentliches Erforderniss eines Wechsels angesehen werden müsse, wenn das Gesetz die Beyrückung desselben wirklich nicht ausdrücklich vorgeschrieben hätte (b).

Ausser der Benennung des Wechsels als solchen fordert unsere Wechselordnung auch, dass dabey angegeben werde, ob er eine *S o l a*, *P r i m a*, *S e c u n d a* u. s. w. sey.

jülich-bergische W. O., Art. 6., Nr. 1; die württembergische, Cap. I, §. 1, Nr. 7; die, von Elbingen, Art. 1, Nr. 3; die jeversische, §. 1, Nro. 1; das dänische Recht, Buch V, Cap. 14, Art. 8 u. m. a.

(b) Diese Meinung theile ich mit den vorzüglichsten Schriftstellern; vergl. v. Selchow, §. 16; Püttmann, §. 11; Riccius, Exerc. IV., §. 88.; Siegel, S. 23; Heineccius, cap. IV., §. 9; J. C. Hedleri *Posit. de natura et indole camb.* (in *Beseke thesauro*, P. I., p. 224 — 230), *positio*, 8.; H. Zipfelii *Diss. de tess. collib.* (*ibidem*, p. 131 — 185) *sect. VII.*, §. 29; Rivini *Diss. de clausula camb.* (*ibidem*, p. 275 — 292), §. 3; Scherer, 3. Thl., S. 267 — 274; Leuchs, §. 28; v. Weissenek, §§. 68 — 71.

Indess gibt es auch mehrere Schriftsteller, die das Gegentheil behaupten; vergl. Frank, *Inst. jur. camb.*, lib. I., *sect. 1.*, tit. 6., §. 8.; Ludovici, Wechselprozess, cap. III, §. 8.; Strykii *Diss. de camb. literarum acceptatione* (in *Beseke thesauro*, p. 340 — 380), cap. III., §. 9.; Knorre, rechtl. Entscheidung der Frage, ob das Wort Wechsel, Wechselbrief, als ein wesentliches Stück eines Wechselbriefes anzusehen sey (in v. Zimmerl's Beyträgen, S. 140 — 159).

Am siegreichsten hat die bejahende Meinung gegen diese vier Schriftsteller offenbar v. Weissenek, a. a. O., durchgefochten, wohin ich daher — um ihn nicht ausschreiben zu müssen, da ich nicht im Stande bin, bessere oder andere Gründe dafür anzuführen als er — meine Leser verweise.

Über den Nutzen der Ausfertigung mehrerer Exemplare des Wechsels wurde bereits im §. 45 gesprochen. Die Angabe dieses Umstandes in dem Wechsel selbst ist im Wechselgeschäfte von grosser Wichtigkeit; da davon die Entscheidung abhängt, ob der Acceptant die Zahlung auf die einzige ihm vorgewiesene Urkunde leisten könne, oder ob er damit zurückhalten müsse, bis ihm auch die übrigen Exemplare präsentirt werden.

Diese Angabe geschieht nach dem gegenwärtig allgemein üblichen Formulare zweymahl und zwar einmahl im Contexte und einmahl unter demselben bey der Adresse (s. Formulare C und D im §. 62).

Alle von diesen mehreren Exemplaren machen nur einen einzigen Wechsel aus, da eines an die Stelle des andern tritt; sie müssen daher alle, mit der Ausnahme der Bemerkung, dass es eine Prima, Secunda u. s. w. sey, ganz gleichlautend seyn. Alle derselben sind wirkliche Originale und müssen daher sämmtlich vom Aussteller unterschrieben seyn.

Von diesen Primen, Secunden u. s. w. müssen wir genau die blossen Wechselabschriften (Copieen) unterscheiden, welche in Ermanglung eines Dupplicates (einer Secunda) von dem Originale genommen werden; theils, um damit, wie mit einer Secunda, den bereits im §. 45 erwähnten Zweck der Disposition des Wechsels über verschiedene Handelsplätze, unbeschadet der nothwendigen Schnelligkeit der Präsentation desselben zur Acceptation, zu erreichen; theils, um darauf die Acceptation eines am Zahlungsorte nicht anwesenden Trassaten zu erwirken, dem man das Original nicht einsendet, um es nicht aus den Händen zu geben und sich daher mit einer blossen Abschrift dafür behilft. Bey diesen Copieen ist bloss zu beobachten, dass darauf angemerket werden müsse, dass und wie weit sie Copieen seyen und — in so fern sie zu dem oben (§. 45) angegebenen

Zwecke, an der Stelle einer Secunda, gebraucht werden — wo das Original des Wechsels zu finden sey (c).

§. 59.

IX.) Bestätigung des Empfanges der Valuta.

IX.) Die Bestätigung des Empfanges der Valuta ist, wie bereits oben (§. 50) gezeigt wurde, kein wesentliches Erforderniss des förmlichen Wechselbriefes; dessenungeachtet ist sie in Rücksicht der aus dem Umstande, ob sie darin enthalten ist oder nicht, entstehenden rechtlichen Folgen von grosser Erheblichkeit. Wenn aber der Valutaempfang darin bestätigt wird; so ist es ganz gleichgültig, auf welche Art ihr Empfang ausgedrückt wird; da alle diessfälligen Ausdrücke ganz gleich bedeutend mit jenen: „Valuta von ihm (dem Remittenten) empfangen“, zu nehmen sind (a). Diese Ausdrücke sind nach der Verschiedenheit, worin die Valuta besteht und wie sie dem Aussteller vergütet wird, verschieden; man schreibt: „Valuta verstanden“, wenn sich der Empfänger des Wechselbriefes mit dem Aussteller über die nachträgliche Zahlung derselben verstanden hat; „Valuta gewechselt;“ wenn der Aussteller einen andern Wechselbrief für den seinigen erhalten hat; „Valuta vergnügt“, wenn der Aussteller hiefür eine Bedeckung empfing; „Valuta in Waaren,“ wenn für die Wechselsumme Waaren gegeben wurden; „Valuta in Rechnung, wenn der Aus-

(c) Vergl. Leuchs, S. 110, 156 — 159 und 161; v. Zimmerl's Anleitung, §. 57; Scherer, 1. Thl. S. 493 und 494.

(a) W. O. v. 1. October 1763, Art. 9. „Und zumalen die Valuta von den Negotianten auf verschiedene Art, und unter anderen auch damit: Valuta vergnügt, Valuta verstanden, Valuta von ihme, Valuta gewechslet, Valuta in Rechnung, Valuta in Waaren ausgedrückt zu werden pflegt, als wird hiemit erkläret, dass alle diese Formulen eben so viel, als Valute von ihme empfangen, zu bedeuten, mithin eine gleiche und die nemliche Wirkung haben sollen.“

steller mit dem Empfänger des Wechsels in offener Rechnung steht; „Valuta von ihm,” wenn sie von dem Remittenten bar bezahlt wurde (b).

§. 60.

X.) Für wessen Rechnung der Wechsel gezogen sey.

X.) Der Beysatz, für wessen Rechnung der Wechsel gezogen sey, ist bloss eine Weisung des Ausstellers für den Bezogenen, wem er die Wechselsumme in Aufrechnung zu bringen habe. Dieser Beysatz findet auf jeden Fall nur bey trassirten Wechseln Statt, wird aber gewöhnlich im Wechsel selbst nicht ausgedrückt; sondern man bezieht sich darin, mit den Worten: „Sie stellen „diese Summe auf Rechnung laut Be- „richt“ auf den Avisobrief (a), welchem man

(b) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 29; dessen Lehrbuch, §. 405; Koschak, §. 26; v. Zimmerl's Anleitung, §. 25. Irrig ist aber in der hier erwähnten Stelle des letztern Werkes die Behauptung, dass die Valuta in jedem eigenen Wechsel ausgedrückt sein müsse, was eine offenbare Verwechselung der eigenen Wechsel überhaupt mit den trockenen zum Grunde hat; denn diese Vorschrift besteht nach dem sehr deutlichen Inhalte der Gesetze nur für die unförmlichen Wechsel (vergl. §. 61).

(a) Unter einem Avisobriefe versteht man im Wechselgeschäfte denjenigen Brief, welchen der Aussteller eines förmlich fremden Wechsels an den Trassaten schreibt, worin er ihm berichtet, dass er an ihn einen Wechsel zu Gunsten dieser oder jener Person, auf diese oder jene Zeit und Summe gezogen habe; zugleich wird darin dem Trassaten erklärt, wie und von wem er für die Bezahlung des Wechsels seine Schadloshaltung zu erhalten habe. Diese Avisobriefe sind desswegen im Wechselgeschäfte von Wichtigkeit, theils, damit sich der Trassat im Voraus auf die Bezahlung des Wechsels zu richten wisse, theils aber und zwar vorzüglich desswegen, damit der Betrug, mittelst dessen ein falscher Wechsel zur Acceptation gebracht werden könnte, verhindert werde. Damit aber nicht auch ein falscher Avisobrief mit Wirksamkeit von dem Betrüger an den Trassaten gesendet werden könne; so würde ich jedem, Wechselgeschäfte treibenden, Handelsmanne rathen, mit seinen Handelsfreunden das Uebereinkommen zu treffen: dass 1.) jeder Handelsbrief überhaupt mit einer allgemeinen fortlaufenden Correspondenznum-

die ausführlichere Erklärung über diesen Umstand vorbehält, um nicht durch die Beyfügung dieses Umstandes im Wechsel selbst die Verhältnisse, in welchen man mit dem Trassaten und Andern in dieser Rücksicht steht, jedermann kund zu geben (b).

§. 61.

B.) Erfordernisse bey unförmlichen Wechselln.

Wir kommen nun zur Bestimmung der Erfordernisse der unförmlichen Wechsel.

mer für alle verschiedenen Handelsfreunde, 2.) mit einer besondern, für die Correspondenz mit diesem einzelnen Handelsfreunde insbesondere laufenden, bezeichnet, 3.) für die an diesen Handelsfreund trassirten Wechsel ebenfalls eine besondere fortlaufende Zahl auf denselben angesetzt und 4.) diese in dem Avisobriefe bemerkt werde. Dadurch ist es nun beynahe jedem, ausser dem noch im Dienste befindlichen Correspondenten eines Handelshauses selbst — wozu doch immer nur die vertrautesten und sichersten Leute verwendet werden — unmöglich gemacht, einen falschen Aviso- oder Wechselbrief zu unterschreiben; denn, wenn auch wirklich ein ausgetretener oder entlohener Correspondent, oder anderer Comis der Handlung im Stande wäre, die Form, Schrift und Unterschrift in der Correspondenz der Handlung täuschend nachzuahmen; so findet er doch immer an der seit seinem Austritte aus der Handlung eingetretenen Unbekanntschaft mit den fortlaufenden Correspondenznummern ein unüberwindliches Hinderniss eines solchen Betruges. Die Schwierigkeiten einer solchen Manipulation sind sehr geringe und da ohnehin von jedem soliden Handelsmanne ordentliche Correspondenzbücher geführt und die empfangenen Briefe ordentlich aufbehalten werden, Verwirrungen mit den verschiedenen Correspondenznummern nicht leicht zu besorgen.

Mit Beobachtung dieser Vorsichtsmassregeln würde sonach ein Avisobrief folgende Gestalt haben.

„Nro. 320“ (allgemeine Corresp. Nummer);

„Nro. 13“ (besondere Corresp. Nummer
für diesen Handelsfreund.)

„Wien am 12. August 1822.“

„An Herrn N. N. zu Prag.“

„Ich habe die Ehre, Ihnen zu berichten, dass ich heute auf Sie einen Solawechsel pr. 3000 fl. C. M. an die Ordre des Herrn B. Siegel, drey Wochen nach Sicht zahlbar, unter der Nro. 6“ (diess ist die Zahl, womit der Wechsel, weil er der sechste ist, der dieses Jahr auf diesen Trassaten gezogen wurde, bezeichnet wird) „trassirt habe. Ich bitte Sie, diesen Wechsel zu acceptiren und zu zahlen und den bezahlten Betrag mir in Rechnung zu stellen.“

J. K. Keller.

(b). Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 30; dessen Lehrbuch, §. 406; Koschak, §. 27; Leuchs, S. 88 — 89.

Gewöhnlich werden bey denselben die nähmlichen Rubriken angetroffen, welche für förmliche Wechsel vorgeschrieben sind, zumahl, da man sich fast durchgängig bey der Ausstellung unförmlicher Wechsel, so wie bey förmlichen, der gedruckten oder gestochenen Formulare bedient, welche für die eine, so wie für die andere dieser Gattungen von Wechseln gleich sind, worin man dann bloss die darin angezeigten Rubriken ausfüllt. Allein daraus folgt noch nicht, dass alle diese Rubriken bey unförmlichen Wechseln auch eben so wesentlich seyen, wie bey förmlichen. Dass dieses nicht der Fall sey und dass daher manche Erfordernisse, welche bey förmlichen Wechseln als wesentlich vorgeschrieben sind, bey unförmlichen fehlen dürfen, zeigt sich sehr deutlich aus dem Anfange des 1. Absatzes des 53. Art. d. W. O. v. J. 1763 (a) worin es heisst: „belangend nun die „unförmliche“ (Wechsel), „nämlich diejenige, welchen Eingangs“ (d. i. Art. 2) „erwehnte „Haupt-Requisita abgehen“ u. s. w. Allein darin liegt eben die Schwierigkeit; da es nun einerseits gewiss ist, dass diesen Wechseln einige der Hauptrequisiten der förmlichen abgehen können, ohne dass es andererseits gesetzlich bestimmt ist, welche abgehen dürfen und welche davon in denselben beybehalten werden müssen.

Einige Erfordernisse werden zwar wohl durch einzelne Gesetze für die unförmlichen Wechsel insbesondere bestimmt; allein diese sind gerade solche, welche bey förmlichen Wechseln nicht wesentlich sind. Die Schwierigkeit, welche der Erfordernisse der letztern bey den erstern, als wesentliche, beybehalten werden müssen, ist sonach dadurch keineswegs gehoben. Es bleibt uns also, wie bereits oben (§ 48) bemerkt wurde, zu dieser Bestimmung

(a) Vergl. diesen Absatz des 53. Art. d. W. O. v. 1. October 1763 bey §. 39, Anm. c.)

nichts, als die Natur eines Wechsels überhaupt und der unförmlichen insbesondere übrig.

Dass eine Urkunde ein Wechsel überhaupt sey, ist durchaus aus keinem andern Merkmahe mit Gewissheit zu erkennen, als daraus, dass dieselbe darin ausdrücklich als Wechsel benannt wird (§. 58); es ist daher einmahl ein wesentliches Erforderniss jedes unförmlichen Wechsels, dass derselbe als Wechsel in der Urkunde selbst benannt sey.

Um jene Erfordernisse bestimmen zu können, welche aus der Natur eines unförmlichen Wechsels insbesondere fließen, müssen wir erheben, welche die Natur desselben sey. Darüber finden wir die ausdrückliche Bestimmung in dem 1. Absatze des 53. Art. d. W. O. v. Jahre 1763 (*b*) selbst, welcher sagt, dass ein unförmlicher Wechsel in der That nichts anderes sey, als ein „gemeiner Schuldschein.“

Wir sind sonach durch diesen gesetzlichen Ausspruch auf die wesentlichen Erfordernisse eines gemeinen Schuldscheines gewiesen. Zur Wesenheit eines solchen gehört, nach dem 1001. §. des a. b. G. B., die Angabe 1.) des Gläubigers, 2.) jene, des Schuldners und 3.) des Gegenstandes und Betrages der Schuld; zur äussern Form verlangt aber unsere G. O. (*c*), dass die Schuldurkunde entweder vom Schuldner eigenhändig geschrieben und unterschrieben, oder, wenn sie nicht durchaus vom Schuldner geschrieben wurde, von zwey nach der G. O. fähigen Zeugen mitgefertigt werde. Hiernach muss also im unförmlichen Wechselbriefe 1.) der Gläubiger, welcher das Geld auf den Wechsel zu erheben hat, 2.) derjenige, welcher ihn bezahlen soll, 3.) die Summe Geldes, welche auf den Wechsel zu bezahlen ist, angegeben und 4.) derselbe entweder eigenhändig vom

(*b*) S. §. 39. Anm. c.)

(*c*) S. die oben, §. 55, Anm. a) citirten Gesetzesstellen.

Aussteller geschrieben und unterschrieben, oder, bey dem Mangel der durchaus eigenhändigen Schrift, von zwey fähigen Zeugen mitgefertigt seyn. Nach der westgalizischen W. O., Art. 47, ist dieses letzte Erforderniss den ordentlich protocolirten Handelsleuten ausdrücklich erlassen und erklärt, dass die Unterschrift mit der protocollirten Firma derselben auch im unförmlichen Wechsel genüge.

Hiernach hält sich nun auch die Praxis in den übrigen Provinzen der Monarchie, obschon für diese die westgalizische W. O. niemahls galt und aus dem bereits oben (§. 55, Anm. b.) angeführten Patente vom 9. April 1782, §. 6, welches ausdrücklich nur die förmlichen, unter einer gehörig protocollirten Firma ausgestellten, Wechsel von den durch die G. O. vorgeschriebenen Beweiserfordernissen einer Schuldurkunde enthebt, nach der Rechtsregel: *exceptio firmat regulam pro casibus non exceptis*, das Gegentheil behauptet werden sollte.

Ausser den bisher entwickelten Erfordernissen der unförmlichen Wechsel werden auch noch zwey andere als wesentlich durch besondere Anordnungen vorgeschrieben.

Das erste davon betrifft die Beyrückung des Valutaempfanges, welche bey allen unförmlichen Wechseln wesentlich ist (d), obwohl sie bey

(d) Patent v. 30. Januar 1727.

„Anlangend weiter pro 4.) Die Valuta, sey mehrmahlen
 „ein Unterschied zwischen Kaufleuten und Privaten, die keine
 „Handelschaft treiben, dergestalt zu machen; dass, wenn sie
 „Kaufleute unter einander, oder ein Kaufmann mit einem pri-
 „vato vel vice versa auf trockene unterworfenene Wechselart
 „handeln, und die Valuta im baren Gelde, Waaren oder
 „anderen Effecten, oder aber in Wechsel oder Rechnung be-
 „stehet, sothane Valuta also, Valuta im Baren, oder Va-
 „luta in Waaren oder Effecten, oder aber Valuta gewechselt,
 „oder Valuta in Rechnung ausgedrucket werden; zum Fall
 „aber gemeldete Valuta theils in Waaren, oder theils in
 „Wechsel oder Rechnungen bestünde, sollen auch zwischen
 „Kaufleuten, und wenn diese mit Privaten auf trockene Wech-
 „selart handeln, um besserer Klarheit willen besondere Wech-
 „selbriefe um das bare Geld, Waaren oder andere Effecten

förmlichen, nicht unter die wesentlichen Erfordernisse gezählt werden kann (§§. 50 und 59). In der Art der Bestätigung der Valuta ist jedoch ein Unterschied zu machen, ob der Wechsel von einem Kaufmanne, oder ob derselbe von andern Personen ausgestellt werde. Im ersten Falle genügt es, wenn die Bestätigung der Valuta in den allgemein auch bey förmlichen Wechseln üblichen Ausdrücken: Valuta gewechselt, Valuta in Waaren u. s. w. geschieht; im zweyten Falle hingegen muss die Valuta specifisch, d. i. ob dieselbe im baaren Gelde, in Wein, Papier u. s. w. bestehe, ausgedrückt und, wenn sie in Waaren oder andern Effecten besteht, zugleich

„errichtet werden. Betreffend hingegen die auf obige Art unter einander handelnden Privaten, wegen dieser habe es bey mehrgedachtem Wechsel-Edict vom Jahr 1725, §. 2 sein Verbleiben; dass nämlich in solchen Wechselbriefen die gelaufene Valuta, ob selbe in barem Gelde, Waaren, Wein, Papier etc. bestanden, jedesmahl deutlich exprimiret, und da es in dergleichen oder anderen Effecten bestanden, derselben Qualität sammt dem Werth, wie hoch sie angeschlagen und angenommen worden, angemerket werden soll.“

Zur Vermeidung von Missverständnissen mache ich darauf aufmerksam, dass, wie ich bereits oben (§. 39) bemerkt habe, hier der Ausdruck: „trockene Wechselart“ nicht nach der neuern, durch die westg. W. O. und das Hofdecret v. 23. April 1802 angenommenen Terminologie, wonach nur unförmlich eigene Wechsel trocken genannt werden, sondern nach der ältern, welche dadurch häufig überhaupt alle unförmlichen Wechsel bezeichnet, zu verstehen sey.

Ferner muss ich über dieses ältere Gesetz bemerken, dass nach den Patenten vom 25. Februar 1791 und 24. Februar 1792 andere Privatpersonen als Fabrikanten und Professionisten gegenwärtig gar nicht mehr unförmliche Wechsel ausstellen können und dass mir die in demselben enthaltene Bestimmung, dass auch der Nichthandelsmann, wenn er einen unförmlichen Wechsel an einen Handelsmann ausstellt, von der specifischen Angabe der Valuta enthoben sey, selbst in Rücksicht der Fabrikanten und Professionisten, durch den 8. Absatz des 53. Art. d. W. O. v. J. 1763 (vergl. die Anm. a.) bey §. 153) eine Abänderung erlitten zu haben scheine; da dieser Artikel diesen Personen die Ausstellung solcher Wechsel nur gegen bares Geld, oder um Materialien und Waaren, die sie zu ihren Gewerbe brauchen, erlaubt; folglich aus dem Wechsel selbst specifisch erhellen muss, worin die Valuta dafür bestanden habe.

bemerket werden, in welcher Qualität und zu welchem Werthe sie angeschlagen und angenommen worden seyen.

Das zweyte Erforderniss, welches durch eine besondere Anordnung für unförmliche Wechsel vorgeschrieben ist, betrifft nur Nichtkaufleute und besteht darin, dass sich dieselben in den von ihnen ausgestellten unförmlichen Wechseln ausdrücklich dem Wechselgerichte unterwerfen müssen (e).

Hiernach werden als wesentliche Erfordernisse eines unförmlichen Wechsels anzugeben seyn:

- 1.) die Benennung der Urkunde als Wechsel;
- 2.) der Name des Wechselgläubigers;
- 3.) die Bestimmung des Zahlers des Wechsels;
- 4.) die Summe;
- 5.) die Unterfertigung des Wechsels (nach den zuvor angegebenen gerichtsordnungsmässigen Vorschriften);
- 6.) Das Bekenntniss des Valutaempfanges (nach obigem Unterschiede, ob die Aussteller Handelsleute sind, oder nicht) und
- 7.) jedoch nur für Nichtkaufleute, die ausdrückliche Unterwerfung unter das Wechselgericht.

Übrigens ist hier noch zu merken, dass kein von einem Nichthandelsmanne ausgestellter unförmlicher Wechsel auf Ordre gestellt werden soll (f); dann, dass es verboten ist, in einem und demselben unförmlichen Wechsel, Geld und andere Sachen zu vermischen, oder aber wegen eines auf Waaren und Geld zugleich geschlossenen Contractes zwey Wechselbriefe auszustellen, oder im Wechsel mehr, oder etwas Anderes, als gegeben wurde, anzusetzen (g).

(e) 53. Art. d. W. O. v. 1. October 1763, 4. Absatz (dieser Absatz ist bey §. 153, Anm. a.) angeführt).

(f) Vergl. die hieher gehörige Stelle des 53. Art. d. W. O. v. 1. October 1763 bey §. 118, Anm. b.)

(g) Art. 53 der W. O. v. 1. Oct. 1763 (9 Absatz).

„Wo übrigens es bey dem sein Verbleiben hat, dass es

§. 62.

Formulare.

Zur kläreren Ansicht der bisher erörterten Erfordernisse der förmlichen und unförmlichen Wechsel folgen nun einige Formulare derselben.

A.) Formular eines förmlich eigenen a Datowechsels ohne beygerücktes Domicilium (vergl. §§. 39, 44 und 45.)

Wien, am 8. August 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Drey Monathe von heute zahle ich gegen diesen Solawechsel an die Ordre des Herrn Joseph Stahl zweytausend Gulden W. W. Den Werth habe ich an Waaren erhalten.

Sola. An mich selbst zu Gratz. Joh. Peter Eisen.

B.) Form. eines förmlich eigenen Messwechsels mit beygefügttem Domicilium (vergl. §§. 39, 41 und 56).

Wien, am 12. July 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Am nächsten Gratzter Mariageburtmarkte zahlen wir gegen diesen Solawechsel an die Ordre des Hrn. J. C. Strauss zweytausend Gulden W. W. Valuta in Barem.

Sola. An uns selbst zu Gratz. Heinr. Roos et Comp.

Der Zahlung wegen ist sich dort bey Herrn J. G. Haidter zu melden.

„verbothen sey, in einem nähmlichen Wechselbrief Geld und
 „andere Sachen, zu vermischen, auch niemahl mehr, oder
 „was anders, als gegeben worden, anzusetzen, oder aber we-
 „gen eines auf Waaren und Geld zugleich geschlossenen Con-
 „tracts zwey Wechselbriefe *sive sub veris, sive sub fictis No-*
 „*minibus* auszustellen, wie ein solches in dem Patente dd. 26.
 „April 1751 mit mehreren enthalten ist.“ S. auch das Patent
 „v. 26. April 1751 und oben, bey der Anm. d.), den 4. Ab-
 „satz des Patentes v. 30. Januar 1727.

C.) Formular eines förmlich fremden (trassirten) a U s o - P r i m a w e c h s e l s (vergl. §§. 39, 43, 45 und 58).

Wien, am 3. September 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

A U s o zahlen Sie gegen diesen Primawechsel an die Ordre der Herrn Johann Stolz et Comp. zweytausend Gulden W. W. Valuta gewechselt. Sie stellen sie auf Rechnung laut Bericht.

Prima. An den Herrn Joseph

Blumenmann zu Lemberg. Vincenz Führer et Sohn.

D.) Formular einer Secunda hiezu (vergl. §§. 45 und 58).

Wien, am 3. September 1821, Pr. 2000 fl. W. W.

A U s o zahlen Sie gegen diesen Secundawechsel an die Ordre der Herrn Johann Stolz et Compagnie zweytausend Gulden W. W. Valuta gewechselt. Sie stellen sie auf Rechnung laut Bericht.

Secunda. An den Herrn Vincenz Führer et Sohn. Joseph Blumenmann zu Lemberg.

Die Prima liegt der Acceptation wegen bey Hrn. Stanislaus Stowolsky et Comp.

E.) Formular eines unförmlich eigenen (trockenen) von einem Handelsmanne ausgestellten W e c h s e l s (vergl. §§. 39 und 61).

Wien, am 31. August 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Sechs Wochen a Dato zahlen wir gegen diesen Solawechselbrief an die Ordre des Hrn. Wilhelm Kratter zweytausend Gulden W. W. Valuta in Rechnung.

Sola. An uns selbst zu Wien. Daniel Mörser et Comp.

F.) Formular eines trockenen, von einem Professionisten ausgestellten Wechselbriefes (vergl. §§. 39, 61 und 153).

Wien, am 13. September 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Am letzten Januar 1822 zahle ich gegen diesen Solawechsel an den Hrn. Jacob Freudenfeld zwey

t a u s e n d Gulden W. W.; den Werth hievon habe ich von ihm an Nussbaumholz erhalten, wofür ich zur Verfallszeit richtige Zahlung leiste, und mich dem Wechselgerichte unterwerfe.

Sola. An mich selbst zu Wien. Thadäus Spitzer,
bürgl. Tischlermeister.

G.) Formular eines unförmlich fremden Wechsels, einer sogenannten Platztratte. (vergl. §. 39).

Wien, am 15. October 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Medio December d. J. zahlen Sie gegen diesen Solawechsel an die Ordre des Herrn Joseph Glanz zweytausend Gulden. Valuta in Waaren.

Sie stellen sie auf unsere Rechnung.

Sola an die Herrn Joh. Jost et Sohn in Wien. Stephan Barisch et Comp.

H.) Formular eines Retourwechsels. (vergl. §. 47).

Wien, am 12. October 1821. Pr. 2000 fl. W. W.

Ultimo November d. J. zahlen wir gegen diesen Solawechsel an die Ordre des Hrn. Caspar Gleich zweytausend Gulden W. W. für einen von demselben an unsere Ordre hier ausgestellten, auf die Herrn Johann Schall et Comp. in Leipzig trassirten Prima- und Secundawechsel pr. 800 fl. C. M., unter der Bedingung, wenn die Prima gehörig acceptirt wird.

Sola. An uns selbst

in Wien.

Johann Peter Koller et Comp.

Zweytes Hauptstück.

Von den Contracten des Wechselgeschäfts.

§. 63.

Eintheilung derselben in Haupt- und Nebencontracte.

Die Contracte, auf denen das Wechselgeschäft beruht, sind entweder Haupt- oder Nebencontracte, jenachdem dieselben zur Existenz oder Vollständigkeit des Wechselgeschäftes wesentlich sind, oder nicht.

§. 64.

Abtheilung dieses Hauptstückes.

Sonach zerfällt das gegenwärtige Hauptstück in zwey Abschnitte, wovon der erste von den Hauptcontracten und der zweyte von den Nebenverträgen handelt.

Erster Abschnitt.

Von den Hauptcontracten des Wechselgeschäftes.

§. 65.

Unterschied zwischen dem Pacto de cambiando und dem ursprünglichen Wechselcontracte.

Das erste Rechtsverhältniss, welches in dem Wechselgeschäfte erscheint, ist jenes des Trassanten und Remittenten (§. 3), dessen Existenz nur aus einem zwischen diesen Personen geschlossenen Wechselvertrage erklärt werden kann. Weil damit das Wechselgeschäft seinen Anfang nimmt; so wird derselbe zweckmässig mit dem Namen ursprünglicher Wechselvertrag bezeichnet. Mit diesem haben wir es nun zuerst zu thun.

Bey der Entwicklung dieses ersten Hauptcontractes des Wechselgeschäftes müssen wir zuvörderst genau das *Pactum de cambiando* (Verabredung zur Schliessung des ursprünglichen Wechselcontractes) von demselben unterscheiden, da beyde wesentlich verschiedene Rechtswirkungen hervorbringen.

§. 66.

Pactum de cambiando.

Das *Pactum de cambiando* macht eigentlich nur eine Einleitung zu dem ursprünglichen Wechselcontracte. Es besteht in dem Übereinkommen, dass für eine gewisse von dem Remittenten zu entrichtende Valuta in Geld oder Waaren von dem Trassanten ein Wechselbrief ausgestellt werden soll (a). Der Gegenstand desselben ist also die Ausstellung des Wechselbriefes.

(a) Vergl. v. Martens Grundriss, §. 75.

Einige (b) halten zwar diese Verabredung schon für den ursprünglichen Wechselcontract selbst; allein offenbar kann dieselbe nicht dafür angenommen werden, weil sonst die Verbindlichkeit des Trassanten schon damit getilgt und er sonach von jedem ferneren Ansprüche befreit erschiene, sobald er den Wechsel ausgestellt hätte, derselbe möge nun bezahlt werden, oder nicht; denn er hat ja in dieser Verabredung nichts Anderes, als die Ausstellung versprochen und somit müsste er auch nach Vollziehung derselben von jeder weiteren Verbindlichkeit frey seyn. Damit wird sich aber wohl schwerlich jemand zu begnügen Lust haben, sondern man fordert ganz sicher für die gegebene Valuta, dass die Bezahlung des Werthes derselben erfolge und der Aussteller des Wechsels nach Wechselrecht dafür hafte.

Man könnte vielleicht gegen diese Ansicht einwenden, dass sich die Verbindlichkeit der Haftung für die Zahlung des Wechsels von selbst verstehe, da sie in dem Wechselbriefe enthalten ist; folglich, wenn auch nur verabredet wurde, dass der Wechsel ausgestellt werden solle, auch zugleich mittelbar bedungen worden sey, dass der Aussteller für die im Wechsel ausgedrückte Summe haften müsse, wonach also diese Verbindlichkeit schon allein durch die gedachte Verabredung, den Wechsel auszustellen, begründet sey und sonach dieselbe sich allerdings als der wirkliche ursprüngliche Wechselcontract darstelle.

Allein die Verbindlichkeit, für die Zahlung der Wechselsumme zu haften, ist doch immer nur das Resultat des wirklich ausgestellten Wechsels und keineswegs jener Verabredung, den Wechsel auszustellen, welche letztere schon durch

(b) Vergl. Ern. Friedr. Knorre, *exercitatio de vera natura ac indole contractus cambialis in cambio trassato*, §§. 5 et 6. (in Beseke thesauro, P. I. p. 331.); Joh. Henr. Feltz, *Excerpta controversiarum illustr. de cambiis, contr. I.* (ibidem P. II. p. 1216. — 1217.); v. Boset, §. 33; Sieveking, §. 12; v. Zimmerl (Anleitung), §. 12; v. Weisseneck, §. 43 und Neupauer, §. 37.

die blosse Ausstellung erfüllt ist und erst mit dieser, als Bedingung, fängt die Verbindlichkeit, für die Wechselsumme nach Wechselrecht zu haften, an. Schon die Behauptung selbst, dass deswegen die Haftung für die Wechselzahlung bereits durch die Verabredung zur Ausstellung begründet sey, weil der in dieser Verabredung auszustellen versprochene Wechsel diese Verbindlichkeit ausdrücke, beweiset, dass dieselbe nicht aus dieser Verabredung, sondern erst aus der Wechselausstellung fliesse, weil sie sonst auch schon vorhanden seyn müsste, wenn auch keine Wechselausstellung vorausgesetzt würde. Ist aber die Voraussetzung einer Wechselausstellung nothwendig, um diese Verbindlichkeit ableiten zu können; so ist es auch gewiss, dass nicht die gedachte Verabredung, sondern die Ausstellung des Wechsels der Grund derselben ist. Wie wäre es denn auch erklärbar, dass man für die Bezahlung einer Schuldurkunde haften müsse, welche gar noch nicht existirt?

§. 67.

Fortsetzung.

Man kann sich in dieser schwierigen Materie die Sache allenfalls durch ähnliche Bestimmungen aus unserm allgemeinen bürgerl. Gesetzbuche deutlich machen. Vergleichen wir zu diesem Behufe damit den Pfandvertrag und den diesem vorausgehenden präparatorischen Vertrag, wovon der 1368. §. d. a. b. G. B. spricht. Der Pfandvertrag selbst (als Realcontract) wird erst mit der wirklichen Übergabe des Pfandes geschlossen, von welchem Zeitpunkte an der Pfandgläubiger erst das Pfandrecht erhält; der Vertrag aber, wodurch versprochen wird, ein Pfand zu übergeben, ist zwar verbindlich, jedoch noch kein Pfandvertrag.

So ist es auch mit dem Leih - (a) und Darlehensvertrage (b) und den präparatorischen Verträgen hiezu. Ähnliches ist nun auch der Fall bey dem *Pacto de cambiando* und dem ursprünglichen Wechselcontracte. Auch das erstere ist verbindlich, aber noch nicht der Wechselcontract selbst und eben so wenig, als man sagen kann, dass das Pfandrecht schon in dem präparatorischen Vertrage zum Pfandvertrage begründet sey, weil dasselbe durch den darin einzugehen versprochenen Pfandvertrag entsteht; eben so wenig lässt sich behaupten, dass die Haftung für die Bezahlung des Wechselbriefes schon in der Verabredung, denselben auszustellen, begründet sey.

§. 168.

Ursprünglicher Wechselcontract.

Er ist ein Literalcontract.

Erst mit der Ausstellung des Wechselbriefes ist der wirkliche ursprüngliche Wechselcontract vorhanden (a).

Derselbe ist sonach jener (von den römischen verschiedene) Literalcontract (b), worin sich

(a) §. 971 d. a. b. G. B.

(b) §. 983 d. a. b. G. B.

(a) Das *Pactum de cambiando* und der ursprüngliche Wechselvertrag treffen zwar oft in einem Augenblicke zusammen; allein das hindert uns nicht, beyde Punkte zu unterscheiden (vergl. v. Martens Grundriss, S. 85, Anm. a.).

(b) Sam. Strykii *Dissertat. de cambialium litterarum acceptatione*, Caput III., §. 1. (in Beseke thesauro, P. I., p. 347. et 348); Caroli Aug. Ritteri *Exercitatio Assignmentis et Cambii trassati idea prima et genuina*, §. IV. (ibidem, p. 311.); Ferd. Aug. Hommel, *Programma: cambium ad quam convent. speciem sit referendum* (ibidem, Part. II., p. 1221. — 1224.); v. Martens Grundriss, S. 84, §. 76; Musäus, S. 130, §. 150; Scherer, 3. Thl., S. 340; Heineccii *Elementa*, Cap. III., §§. 6. — 9.; Selchow, 1. Abschnitt, §. 16; Runde's deutsches Privatrecht, §. 224; Leuchs, 2. Cap., §. 15.

der Aussteller des Wechsels unter wechselrechtlicher Haftung verbindet, dem Inhaber desselben auf die darin festgesetzte Weise und am bedungenen Orte eine gewisse Summe Geldes zu einer bestimmten Zeit zu bezahlen, oder zu verschaffen.

Dieser Contract soll nicht als ein römischer Literalcontract (c) dargestellt werden, womit von selbst alle Einwendungen, welche gegen diese Meinung aus dem römischen Rechte hergenommen werden (d), gänzlich wegfallen. Hiernach deutet die obige Definition nur an, dass der Wechselcontract nicht früher (wechselrechtlich) gültig sey, bis er nicht durch den Wechselbrief begründet erscheine.

§. 69.

Beweis dafür.

Eine Anordnung, wodurch dieser Contract von der österreichischen Gesetzgebung ausdrücklich für einen Literalcontract erklärt würde, finden wir zwar in unsern Wechselordnungen nicht, und ebenso wenig eine solche, welche ausdrücklich bestimmte, dass der Wechselcontract ohne schriftliches Instrument ungültig sey (a); allein es lässt sich dieses aus mehreren Stellen derselben erschliessen, vorzüglich aus jenen, welche die Rechtswirkungen des Wechselgeschäftes bestimmen; denn die Rechtswirkungen sind es eigentlich, welche die Gültigkeit eines Rechtsgeschäftes beurkunden, indem diese nichts Anderes ist, als jene Eigenschaft des Geschäftes, vermöge dessen sich dasselbe als Grund von Rechtswirkungen darstellt.

(c) *Instit. Lib. III, Tit. 22., de litterarum obligationibus.*

(d) Vergl. Knorre, a. a. O., §§. 14 — 19 (*in Besenke thesauro*, P. I. p. 336. — 339.) und Koschak, S. 51 — 53.

(a) Die pohnische W. O. v. 13. April 1775, wo es im 1. §., 2. Absatz heisst: „Ein Wechsel muss durchaus „eine Handschrift seyn“ und eben so die churpfälzische und jülich-bergische, Art. 1, welcher sagt: „Ein „Wechselbrief ist ein Contract zwischen zwey „Personen u. s. w.“ bestimmten sehr zweckmässig dieses ausdrücklich.

§. 70.

Fortsetzung.

Eine der wichtigsten für diese Meinung sprechenden Stellen ist der Anfang des 2. Artikels der W. O. v. J. 1763, worin der förmliche Wechselbrief beschrieben wird.

Das Gesetz (a) nennt ihn in dieser Beschreibung ein „schriftliches Verbindniss.“ Hieraus zeigt sich nun klar, dass der Wechselbrief von dem Gesetze nicht bloss als Beweismittel (b) des Wechselcontractes, sondern als dieser Contract selbst angesehen werde, indem nicht das Beweismittel, sondern der Contract ein Verbindniss ist. Wollte man aber behaupten, dass der Gesetzgeber hier unter dem Worte „Verbindniss“ keinen andern Begriff, als jenen einer Urkunde verstanden habe; so würde man dem Gesetze eine sehr grosse Unrichtigkeit des Ausdruckes aufbürden.

§. 71.

Fortsetzung.

Nicht minder scheint diese Behauptung daraus hervorzugehen, dass unsere Gesetze (a) ausdrücklich zur Gültigkeit des Wechsels fordern, dass darin das Wort „Wechselbrief“ ausgedrückt sey. Wenn nun schon der blosse mündliche Abschluss des Wechselcontractes zur Gültigkeit desselben, d. i. zur Begründung wechselrechtlicher Wirkungen, hin-

(a) Vergl. oben bey §. 39. Anm. b.) diese Stelle des 2. Art. d. W. O. v. 1. October 1763.

(b) Vergl. v. Boset; S. 205. Auch ich war ein eifriger Anhänger der Meinung, dass der Wechselbrief nichts mehr, als ein Beweismittel und die Gültigkeit des Contractes nicht davon abhängig sey (vergl. meine Recension über v. Boset's Werk, im 1. Hefte der allg. W. L. Z. v. J. 1814); indess haben mich die in diesem und den folgenden §§. angeführten Gründe davon abgebracht.

(a) Vergl. den zweyten Absatz des 2. Art. der W. O. bey §. 49, Anm. a.)

reichte; so wäre wohl nicht zu begreifen, wie noch die Beyrückung dieses Wortes in der Urkunde als nothwendig gefordert werden könne; da ja schon die mündliche Übereinkunft, der doch unmöglich beygefügt seyn kann, dass sie ein Wechselbrief sey, welche aber allerdings durch andere Beweismittel, als durch den Wechselbrief selbst zu erweisen möglich ist, den nämlichen Effect nach sich ziehen müsste, wie die in der gesetzmässigen Form ausgestellte Urkunde; wornach also ihre Bestandtheile niemahls wesentlich seyn könnten, da sie selbst nicht einmahl nothwendig wäre. Es scheint daher nicht ganz folgerecht von jenen Gelehrten (b), welche behaupten, dass die ausdrückliche Benennung des Wechsels als solchen wesentlich zur Begründung wechselrechtlicher Wirkungen sey, zu seyn, wenn sie andererseits sagen, dass die wechselrechtliche Gültigkeit des Wechselvertrages nicht von der Urkunde abhängt (c).

§. 72.

Fortsetzung.

Ferner wird die wesentliche Wirkung der Wechselverbindlichkeit, nämlich das *forum cambiale* und die damit verbundene schnelle Execution (vergl. §. 1) in unsern Gesetzen ausdrücklich nur den

(b) Vergl. v. Boset, §§. 33 und 35 und Sieveking's Materialien, §§. 6, 7, 12 und 395, bey welchem letztern die Inconsequenz durch die Zusammenstellung des 7., 12. und 395. §. besonders schneidend wird. Das Nämliche ist der Fall in v. Zimmerl's Anleitung, bey der Vergleichung der §§. 12, 19 und 20 und in v. Weissenek's Theorie, durch die Zusammenstellung der §§. 35, 43 und 70, Nr. 2.

(c) Selbst jene Wechselordnungen, z. B. der *Codice di commercio* (Art. 112) und viele andere, welche die Beyrückung des Wortes Wechsel nicht ausdrücklich als wesentliches Erforderniss des Wechselbriefes erklären, bestimmen doch andere Stücke, deren unterlassene Beyrückung des Wechselrechtes beraubt; sie setzen also ebenfalls eine Urkunde mit den vorgeschriebenen Erfordernissen zur Gültigkeit des Wechselcontractes voraus.

„Wechselbriefen“ (a) folglich nur der Urkunde, nicht aber der blossen mündlichen Verabredung beygelegt (b) und auch die ausserwesentlichen Vorzüge der Wechsel, z. B. einer bessern Classe in Concurssfällen (c), sind an die Urkunde, an den „Wechselbrief“ gebunden und nicht schon der mündlichen Übereinkunft ertheilt. Was nützt es also, den Wechselcontract als einen schon durch den blossen Consens gültigen Vertrag zu erklären, wenn die Rechtswirkungen desselben nur der Urkunde beygelegt sind? Wohl aber müssen wir durch diese gesetzlichen Bestimmungen zur Behauptung hinge- leitet werden, dass er nur als Schriftcontract wech- selrechtlich gültig sey, da, wie oben (§. 69) schon bemerkt wurde, die Gültigkeit eines Rechtsge- schäftes jene Eigenschaft desselben ist, vermöge welcher dasselbe als Grund von Rechtswir- kungen erscheint; folglich die Gültigkeit ei- nes Wechselcontractes nichts Anderes, als jene Eigenschaft desselben seyn kann, vermöge welcher sich derselbe als Grund wechselrecht- licher Wirkungen darstellt.

§. 73.

Fortsetzung.

Diese Ansicht wird auch sehr durch die aus der Vergleichung der ältern und neuern Vorschriften über den Acceptationscontract (von dem gleich später, §. 94, die Rede seyn wird) herge- holte Analogie bekräftigt.

(a) W. O. v. 1. October 1763. II. Abtheilung, I. Titel, §. 1.
„Es gehören aber zu dem Wechsel-Gericht alle Streitsachen,
„so theils von förmlichen, trockenen, oder unterworfenen
„Wechselbriefen entspringen.

(b) Die einzige diessfällige Ausnahme, in Beziehung auf das *Pactum de cambiando* bey den auf ausländische Messen lautenden Wechseln, welche der 36. Art. d. W. O. enthält, wird sogleich später (§. 78) vorkommen.

(c) Concursordnung v. 1. May 1781, §. 19. „In die dritte Classe
„gehören.... c.) die förmlichen Wechselbriefe; d.) jene,
„obschon nur trockene Wechselbriefe“ u. s. w. Vergl.
auch den 46. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

In der alten W. O. v. 10. Oct. 1717 (a) war es nicht ausdrücklich vorgeschrieben, dass nur die schriftliche Acceptation gültig seyn soll; sondern es wurden darin bloss die Erfordernisse derselben bestimmt, die vom Acceptanten auf den Wechsel geschrieben werden mussten. Damahls meinte man auch (b), dass eine bloss mündliche Acceptation ebenfalls gültig sey, weil das Gesetz dieselbe nicht ausdrücklich für ungültig erkläre, welche Meinung ungefähr eben so richtig war, als die Behauptung jener neuern Schriftsteller, die den ursprünglichen Wechselcontract, auch bloss mündlich geschlossen, schon für wechselrechtlich gültig halten. Allein, wie das Gesetz einmahl die Erfordernisse bestimmte, welche die Acceptation haben musste und diese auf den Wechsel aufzuzeichnen befahl; so war dadurch auch die wesentliche Form bestimmt, von deren Vorhandenseyn die Gültigkeit des Vertrages abhing, folglich hätte man damahls schon schliessen sollen, dass die mündliche Acceptation ungültig sey, weil die Aufzeichnung der gesetzlich bestimmten Erfordernisse bey einer mündlichen Acceptation nicht möglich war. Die Richtigkeit

(a) W. O. v. 10. Oct. 1717, Art. 10. „Sobald jemand einen Wechselbrief acceptiret, soll derselbe das Datum, wann solches geschehen, mit seinem Vor- oder Taufnahmen, oder wenigstens den ersten Buchstaben desselben und den Zuname[n] darunter zeichnen, und alle Acceptation pur und ohne Anhang einiger Bedingnisse oder Vorbehalt verrichtet werden, es wäre denn, dass der Präsentant mit einiger beygerückten Condition, ohne dawider zu protestiren, zufrieden wäre, in welchem Falle es bey dieser conditionirten Acceptation sein Verbleiben haben soll. Wie denn auch in dieser Begebenheit, wenn der Acceptant einen auf eine grössere Summe gestellten Wechselbrief nur *pro parte* acceptirte, und der Inhaber des Wechselbriefes solches annehme, und nicht dagegen protestiren liesse, der Acceptant ein mehreres zu zahlen nicht gehalten ist. Anlangend aber die von einem und anderen bisher mit *Literis S. P.* gepflogene Acceptationen, da solche auf unterschiedliche Weise ausgedeutet werden, so sollen diese *Litterae S. P.* künftighin *pro non adjectis* und dafür, als ob sie nicht da stünden, gehalten werden, und deren ungeachtet der Acceptant absolute zu gebührender Zeit zu zahlen schuldig seyn.“

(b) Vergl. Wegelin's Commentar, S. 44.

dieses Raisonements wurde auch durch die erneuerte W. O. v. J. 1763 (c) bestätigt, welche, wie ihr Kundmachungspatent (d) aussagt, nicht die alte W. O. abändern, also nichts Anderes, als bisher galt, einführen, sondern dieselbe nur vermehren und erneuern wollte, aber doch die schriftliche Acceptation allein für gültig erklärte.

Gerade so ist es auch mit der Auslegung des 2. Art. unserer jetzigen W. O.. in Rücksicht der wechselrechtlichen Gültigkeit eines mündlich abgeschlossenen ursprünglichen Wechselcontractes. Auch dieser Artikel schreibt wesentliche Erfordernisse für den Wechselbrief vor (e), von welchen, als seiner wesentlichen Form, dessen Gültigkeit abhängt; folglich muss auch hier, wenn gleich das Gesetz der mündlichen Übereinkunft nicht ausdrücklich die wechselrechtlichen Wirkungen abspricht, was gar nicht nothwendig ist, behauptet werden, dass die Errichtung der Urkunde wesentlich zur wechselrechtlichen Gültigkeit des ursprünglichen Wechselvertrages nothwendig sey, da sich ohne dieselbe, die vorgeschriebenen Erfordernisse durchaus nicht beobachten liessen.

§. 74.

Fortsetzung.

Hiefür spricht endlich auch die gänzliche Gleichheit des klaren und offenbaren Grundes, warum die Acceptation, nur wenn sie schriftlich ist, von dem Gesetze als gültig angesehen wird, mit jenem, warum zur gültigen Eingehung des ursprünglichen Wechselcontractes der Wechselbrief gefordert werden muss. Dieser ist offenbar die Betrachtung, dass im schleunigen Wechselverfahren ein Beweismittel

(c) Vergl. den 10. Art. d. W. O. v. 1. October 1763 bey §. 96, Anm. a.)

(d) Vergl. oben bey §. 16, Anm. e.) die hierher gehörigen Stellen des Kundmachungspatentes der W. O. v. 1. Oct. 1763.

(e) Vergl. §. 49, Anm. a.)

erwünschlich sey, welches keiner weitläufigen Beweisführung bedarf. Dieser Grund ist eben so gut bey dem Beweise des ursprünglichen Wechselcontractes, als der Acceptation vorhanden; folglich ist auch in beyden Fällen eine gleiche gesetzliche Disposition anzunehmen, wozu wir auch durch die Anordnung des 6. und 7. §. d. b. G. B. angewiesen sind, welche uns dort; wo es an einer ausdrücklichen Disposition für eine bestimmte Rechtsfrage mangelt, auf die Gründe anderer damit verwandter Gesetze Rücksicht zu nehmen befiehlt.

§. 75.

Einwürfe dagegen und Widerlegung derselben.

Man wendet gegen diese Gründe ein, dass der Wechselbrief nicht die einzige, ausschliessend zulässige Beweisesart einer Wechselschuld und daher dessen Errichtung nicht die ausschliessende Bedingung zur Begründung wechselrechtlicher Wirkungen sey, da 1.) nach dem 31. Art. (a) der W. O., wenn gleich der Wechsel verloren gegangen wäre, dem Inhaber frey stehe, die Schuld im Abläugnungsfalle auf andere Art zu erweisen und sodann das Weitere nach Wechselrecht vorzukehren und 2.) der 39. Art. (b) verordne, dass der Wechselaussteller,

(a) 31. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. „Würde ein acceptirter Wechselbrief verloren, der Debitor aber der Schuld gleichwohl geständig seyn, ist er nach Wechselrecht zur Zahlung verbunden, jedoch anders nicht, als gegen genugsame Caution, dass man ihn wegen künftiger Ansprüche, Schäden, und Unkosten *contra quoscunque* noth- und schadlos halte, und muss sogleich von einem Giranten zum andern davon Bericht ertheilt werden: wenn aber die Acceptation in Abrede gestellt würde, stehet dem Eigenthümer eines solchen Wechselbriefs, oder dessen Mandatario bevor, die geschehene Acceptation bey dem Wechselgericht der Ordnung nach zu beweisen, und alsdann das weitere nach Wechselrecht vorzukehren.“

(b) 39. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. „Wenn ein Wechsel auf andere Plätze geschlossen worden, soll es dem, der den Wechsel ausgiebt, frey stehen, den Wechsel nicht ehe, als

wenn er den Wechsel, ohne die Valuta dafür empfangen zu haben, dem Remittenten ausgefolgt hat, seine Forderung auf dieselbe gegen diesen, wenn die Schuld genugsam erwiesen ist, nach Wechselrecht verfolgen könne, obschon auch er keinen Wechsel in den Händen hat (c).

§. 76.

Fortsetzung.

Es unterliegt zwar keinem Anstande, dass der Wechselbrief nicht das einzige zulässige Beweismittel im Wechselprozeße sey; allein dessen ungeachtet ist zur Begründung wechselrechtlicher Folgen nothwendig, dass einmahl der Wechselbrief wirklich ausgestellt wurde.

Denn 1.) setzt der 31. Art. der W. O. durchaus voraus, dass einmahl schon ein Wechselbrief wirklich ausgestellt worden sey, weil er sonst nicht verloren gegangen seyn könnte, folglich wird hier, wenn der Beweis der Forderung auf andere Art hergestellt wird, doch nur die Execution auf die Grundlage des schon wirklich ausgestellten, aber verlorenen Wechselbriefes ertheilt. Überdiess spricht dieser Art. d. W. O. wie sein Inhalt zeigt, von dem Beweise der Acceptation bey verlorenen Wechselbriefen. Dass die Acceptation nur dann, wenn sie schriftlich ist, folglich nur als Schriftcon-

„nach empfangenem Geld, oder Valuta auszustellen. Im Fall
 „er aber solchen dem, so ihn gekauft hat, und bezahlen soll
 „anvertrauet, und die Zahlung nicht sofort erfolgt, so solle
 „diese Schuld, wenn sie auf Wechsel-Art genugsam erwie-
 „sen ist, als ein Wechsel angesehen, und gleich des folgen-
 „den Tages, oder auf welche Zeit sie untereinander selbst,
 „oder durch einen Mäkler sich verglichen haben, ohne dass
 „dem Käufer einige Respecttage zu Statten kommen, exequiret
 „werden, wann gleich dessweg kein Schein ertheilet wor-
 „den wäre; wird aber ein Schein ausgestellt, so kann der-
 „selbe, wenn er auf Ordre lautet, gleich einem Wechselbrief
 „an einen Dritten giriret werden.“

(c) Vergl. K o s c h a k, S. 52 — 53 und v. B o s e t, S. 201 — 205.

tract, gültig sey, ist ganz unwidersprechlich, da diess der 10. Art. (a) der W. O. ausdrücklich sagt; es wird also auf jeden Fall durch diesen 31. Art. der W. O. vorausgesetzt, dass die Acceptation schon wirklich schriftlich geschehen und dieses erwiesen sey, weil dieselbe sonst ungültig und sonach keine Wechselschuld des Acceptanten vorhanden wäre. Wenn sonach hier, wo, erwiesener Massen, zur Gültigkeit der Acceptation eine schriftliche Errichtung derselben vorhanden seyn muss, andere Beweismittel als die Urkunde selbst eintreten können; so schadet dieser Umstand auch nicht unserer Behauptung in Rücksicht der geforderten schriftlichen Eingehung des ursprünglichen Wechselcontractes.

2.) Dieses Nähmliche ist auch der Fall rücksichtlich des zweyten, aus dem 39. Art. der W. O. hergeholten Einwurfes. Auch hier liegt es in der Hypothese des Gesetzes, dass bereits der Wechsel ausgestellt, ja sogar dem Remittenten ausgefolgt wurde, wornach allerdings der Wechselcontract schon gültig abgeschlossen ist.

Weit entfernt, dass dieser Artikel unsere Meinung widerlegte, so unterstützt er sie vielmehr; da der Gesetzgeber darin, um dem einmahl angenommenen Grundsatz, dass nur ein Wechselbrief wechselrechtliche Folgen begründe, getreu zu bleiben, sogar ausdrücklich fingirt, dass die Forderung, welche der Aussteller, wegen der schuldig gebliebenen Valuta, an den Remittenten zu stellen hat, ein Wechsel sey, indem es dort heisst: dass sie als ein Wechsel angesehen werden soll (b).

§. 77.

Ein scheinbar viel erheblicherer Einwurf gegen

(a) Vergl. §. 96, Anm. a.)

(b) Vortrefflich ist in dieser Beziehung, was v. Zimmerl in seinen Beyträgen, S. 21 und 22 entwickelt.

unsere Meinung wäre wohl jener, welcher sich aus den Anfangsworten dieses nähmlichen 39. Artikels bilden liesse, aber bisher noch nicht benützt wurde. Dieselben lauten so: „Wenn ein Wechsel auf andere Plätze geschlossen worden; solle es dem, der den Wechsel ausgibt, frey stehen, den Wechsel nicht ehe, als nach empfangenem Geld, oder Valuta auszustellen.“ Das Gesetz scheint also hier klar und offenbar anzunehmen, dass ein Wechselcontract (Wechsel) abgeschlossen seyn könne, ohne dass der Wechselbrief wirklich schon ausgestellt ist.

Allein das Wort „Wechsel“ ist hier nach dem Zusammenhange der ganzen Stelle nicht für den Contract, sondern für die Urkunde, für den Wechselbrief selbst, genommen, was unwidersprechlich der Nachsatz: „solle es dem, der den Wechsel ausgibt“ u. s. w. beweiset; indem nicht ein mündlich abgeschlossener Contract, sondern nur die Urkunde fähig ist, „ausgegeben“ zu werden. Noch klärer wird dieses aber aus der Textirung einer Paralellstelle des 35. Art. d. W. O. wo es heisst: „alle auf andere Örter all hier geschlossene — — Wechselbriefe.“ Ist dieses gewiss; so ist auch bewiesen, dass die obige Stelle unmöglich etwas Anderes heissen könne, als: „wenn eine Übereinkunft geschlossen wurde, einen Wechselbrief auszustellen“; denn sonst käme die Ungereimtheit heraus (indem hier Wechsel mit Wechselbrief gleichbedeutend genommen wurde), dass der Gesetzgeber angenommen habe, dass auch ein Wechselbrief mündlich errichtet werden könnte.

Dass diese Auslegung richtig sey, erhellet auch daraus, dass sonst der Anfang dieses Artikels mit dem übrigen Theile desselben im Widerspruche stünde, worin nur für jenen Fall verordnet ist, dass die Forderung des Ausstellers als ein Wechsel angesehen werden soll, wenn er den von ihm ausge-

stellten, dem Remittenten anvertraut, folglich bereits ausgefolgt hat, woraus sich abermahls das Resultat ergibt, dass das Gesetz nur damahls einen wirklichen Wechselcontract anerkenne, wenn der Wechselbrief ausgestellt ist.

Auch wird diese Ansicht durch die Vergleichung dieses Artikels unserer W. O. v. J. 1763 mit dem nähmlichen Artikel der westgalizischen W. O. v. J. 1797 fast zur gänzlichen Gewissheit erhoben. Derselbe enthält ganz die nähmlichen Anordnungen wie jener, in der ältern W. O.; nur ist er besser und deutlicher textirt. Bey dieser verbesserten Textirung wurden jene Anfangsworte, die zu dem gedachten Einwurfe nach der ältern W. O. Anlass geben konnten, zweckmässig abgeändert, wornach der erste Satz dieses Artikels wörtlich so lautet: „Wenn ein Wechselbrief auf andere Plätze trassirt würde, so soll es dem, der den Wechsel ausgibt, freystehen, diesen Wechsel nicht eher, als nach empfangenem Gelde, das ist, Valuta auszustellen.“ Nach dieser Textirung verschwindet nun das obige Bedenken von selbst.

§. 78.

Fortsetzung.

Von der Regel, dass nur der wirkliche, durch die Ausstellung des Wechselbriefes abgeschlossene, Wechselcontract wechselrechtliche Folgen nach sich ziehe, haben wir eine einzige Ausnahme. Sie wird durch den 36 Art. der W. O. v. J. 1763 (a) begrün-

(a) 36. Art. der W. O. v. 1. October 1763. „Mit den Wechselbriefen, so auf auswärtige Messen und Märkte, als Leipziger, Frankfurter etc. lauten, ist die gewöhnliche Ordnung desjenigen Orts, wo solche zu zahlen sind, sowohl in der Acceptation, als Zahlung genau zu beobachten; Selbe dürfen jedoch ehe nicht, als vierzehn Tage vor solcher Messe ausgestellt werden: indessen aber muss dem Creditori bis dahin eine Interims-Recognition zu seiner Versicherung eingehändigt werden, wo nicht bey dem Schluss ein anderes

det und betrifft die Verabredung zur Ausstellung eines auf eine ausländische Messe zu stellenden Wechsels. Diese Gattung von Wechseln darf nicht früher, als 14 Tage vor einer solchen Messe ausgestellt werden, wenn der Remittent auch wirklich die Valuta dafür früher erlegt hätte. Hiebei kann es sich nun treffen, dass derjenige, welcher sich zur Ausstellung verbunden hat, den versprochenen Messwechsel nicht ausstellt und in diesem Falle gestattet das Gesetz dem Remittenten, wenn er die Schuld gehörig zu erweisen vermag, sich der wechselrechtlichen Execution gegen den säumigen Aussteller zu bedienen, obgleich noch kein wirklicher Wechselvertrag, bey noch nicht geschehener Wechselausstellung, zwischen den Partheyen vorhanden ist (b).

Aus dieser Begünstigung der Verabredung zur Ausstellung eines auf eine auswärtige Messe lautenden Wechsels schliessen nun Einige (c), dass sich auch die Verabredungen zur Ausstellung aller übrigen Wechselbriefe dieser nähmlichen wechselrechtlichen Wirkungen zu erfreuen hätten; indem kein hinlänglicher Grund vorhanden sey, warum diese Begünstigung nur auf die Verabredung zur Ausstellung eines solchen M e s s w e c h s e l s beschränkt werden müsse, woraus sie sodann die Folge ziehen, dass schon mit dieser geschlossenen Verabredung ein wirklicher, die wechselrechtlichen Wirkungen begründender Wechselcontract vorhanden sey.

„bedungen worden. Würde die Recognition mit dem versprochenen Wechselbrief in gehöriger Zeit nicht ausgewechselt, solle dem Inhaber die schleunige Execution ertheilt werden, welches ebenfalls zu geschehen hat, wann keine Recognition ausgestellt worden, die Schuld jedoch in andere Wege auf Wechselart genugsam erwiesen wäre.“

(b) Ob dieser Verabredung auch, ausser dem *Privilegio fori cambialis et paratae executionis*, die übrigen Vorzüge förmlicher Wechselbriefe zukommen, bezweifle ich sehr, indem alle Ausnahmen strenge ausgelegt werden müssen.

(c) v. Boset, §, 34. Anm. a.) Koschak, S. 52; v. Zimmerl's Anleit. §. 54, Note a.)

§. 79.

Fortsetzung.

Allein es sind allerdings hinlängliche Gründe vorhanden, diese Begünstigung bey den Verabredungen zur Ausstellung solcher Messwechsel einzuführen, welche bey andern Wechseln nicht eintreten. Denn 1.) genossen, wie die in der Einleitung gelieferte Geschichte des Wechselrechtes überhaupt und jene des österreichischen, insbesondere (a) zeigt, die Messcontracte von jeher gleiche Begünstigung mit den Wechseln in Rücksicht der schleunigen Execution; woraus es denn schon einmal geschichtlich begreiflich ist, warum auch dieser auf eine Messe gerichteten Verabredung dieses Privilegium vor allen übrigen zugestanden wird. 2.) Werden solche Verabredungen über die Ausstellung von auf ausländische Messen lautenden Wechseln in der Regel nur zwischen Handelsleuten in Handelssachen geschlossen, welchen Personen ohnediess in Beziehung auf die zwischen ihnen obwaltenden Handelsgeschäfte das Privilegium *fori cambialis et paratae executionis* eingeräumt ist (b); wornach solchen auf diese Gattung von Messwechseln sich beziehenden Verabredungen im Grunde kein wechselrechtliches, sondern nur das in Handelsstreitigkeiten ohnehin zukömmliche Privilegium zugestanden wurde. 3.) Tritt bey diesen die Ausstellung eines solchen Messwechsels bezielenden Verabredungen auch der Grund einer besondern Begünstigung ein, dass

(a) Vergl. bey §. 14, Anm. h.), die dort angeführte Stelle aus Beckmann's Werke.

(b) W. O. v. 1, Oct. 1763, II., Abtheil., 1. Titel, §. 1. „Es gehören aber zu dem Wechsel-Gericht alle Streitsachen, so — — — — — „zwischen beyderseits Negotianten, „wohin auch die Fabrique-Societäten in Handlungs-Sachen „gehörig, über allerhand Mercantil- und Handlungs-Geschäften erwachsen, und wo es gemeiniglich um Einsehung der „Handlungs-Bücher, und der gelaufenen Correspondenz zu „thun ist.“

solche Messwechsel nach dem Gesetze nicht früher als 14 Tage vor dem Anfange der auswärtigen Messe ausgestellt werden dürfen, wornach es also durchaus nicht die Schuld der Partheyen ist; dass sie sich nicht sogleich mit einer das Wechselrecht begründenden Urkunde, mit dem Wechselbriefe, versehen; während aber bey allen übrigen Wechseln, welche zu jeder Zeit ausgestellt werden können, es bloss die Schuld der Partheyen ist, wenn sie nicht sogleich sich den Wechsel gegen Erlag der Valuta einhändigen lassen, demnach diese Begünstigung in Beziehung auf den ersten Fall leicht erklärbar ist, wozu aber im zweyten Falle gar kein Grund vorhanden wäre.

Es gibt daher der durchgreifenden Gründe genug, diese Begünstigung nur als eine ausschliessend den Verabredungen zur Ausstellung solcher Messwechsel zu gute kommende Ausnahme anzusehen und sie daher nicht auch auf alle übrigen *Pacta de cambiando* auszudehnen.

Wenn sich aber wirklich keine solchen Gründe aufweisen liessen; so ginge es dennoch durchaus nicht an, diese bloss in der erwähnten Rücksicht ausgesprochene Disposition der W. O. auch auf die übrigen Verabredungen zur Wechselausstellung anzuwenden. Denn, wenn der Gesetzgeber gewollt hätte, dass diese Begünstigung allen solchen Verabredungen zu Statten kommen sollte; so hätte er wohl diese Anordnung nicht bloss in Beziehung der auf auswärtige Messen zu stellenden Wechsel, sondern allgemein ausgesprochen und gerade der Umstand, dass er hier so speciell gesprochen hat, beweiset, dass er diese Begünstigung nur in dem von ihm ausgedrückten Falle einräumen wollte. Wer dieses nicht zugeben und daher dieser speciellen Disposition eine allgemeine Anwendbarkeit zuschreiben möchte, würde offenbar dem Gesetze keinen geringen Verstoss gegen die Logik, nämlich das Bestreben, in den speciellen Satz den allgemeinen einzuschliessen, aufbürden. Wäre es aber nach

dem Gesetze eine ohnediess ausgemachte Sache, dass allen diesen Verabredungen schon die wechselrechtlichen Wirkungen anklebten; so würde man das Gesetz eines Überflusses beschuldigen, dass es diese (ohnehin nach der Voraussetzung geltende) Disposition auf Messwechsel auch noch insbesondere ausgesprochen habe.

Endlich steht dieser Ausdehnung des Inhaltes des 36. Artikels der W. O. auf alle übrigen *Pacta de cambiando* auch noch der höchst wichtige Grund entgegen, dass die dadurch diesem Artikel beygelegte Disposition geradezu im Widerspruche mit dem ausdrücklichen Inhalte des 1. §. des I. Titels der II. Abtheilung der W. O. (c) stünde; da dieser die Competenz des Wechselgerichtes ausdrücklich auf die Wechselbriefe beschränkt, während dieselbe hingegen, zu Folge der (nach der Meinung der Gegner) aus dem 36. Artikel zu entnehmen seyn sollenden Analogie, nicht mehr an den Wechselbrief gebunden, sondern schon jeder mündlichen Verabredung zur Ausstellung desselben beygelegt wäre.

§. 80.

Erfordernisse zur Gültigkeit des ursprünglichen Wechselcontractes.

Die wenigen Erfordernisse zur Gültigkeit des ursprünglichen Wechselcontractes, welche sich im Allgemeinen ohne Berücksichtigung des Hauptunterschiedes der förmlichen und unförmlichen Wechsel, bloss aus der Wesenheit eines Contractes überhaupt und eines Literalcontractes insbesonderefüglich angeben lassen, bestehen in der persönlichen Fähigkeit der Contrahenten, in der wechselseitigen Einwilligung derselben und in der Ausfertigung einer mit den gesetz-

(e) Vergl. oben bey §. 72, Anm. a.)

lichen Erfordernissen versehenen Urkunde.

Die speciellen Erfordernisse zur Gültigkeit desselben sind aber identisch mit jenen des Wechselbriefes selbst, welche wir, nach Massgabe ihrer Verschiedenheit bey förmlichen und unförmlichen Wechseln (§. 49 — 61), bereits kennen gelernt haben.

§. 81.

Untersuchung der Frage, ob der ursprüngliche Wechselcontract ein eigenthümlicher Contract, oder einer, des gemeinen Rechtes sey?

Dass der ursprüngliche Wechselcontract nicht früher vorhanden sey, als bis der Wechsel ausgestellt ist, haben wir erwiesen; aber es erübrigt noch, seine Natur weiter, insbesondere in der Beziehung zu untersuchen, ob derselbe eine eigene Art der Contracte, oder eine, von den Contracten des gemeinen Rechtes sey, welcher nur die Eigenthümlichkeit des Wechselinstitutes die Bestimmung der Nothwendigkeit der schriftlichen Errichtung derselben beygelegt hat. Diese Untersuchung wird um so nöthiger, als die Meinungen der Wechselrechtslehrer darüber sehr getheilt sind und von der Entscheidung dieser Frage sehr wichtige practische Folgen abhängen.

§. 82.

Verschiedene Meinungen der Schriftsteller, welche ihn zu einer Art der Contracte des gemeinen Rechtes zählen.

Es ist fast unglaublich, welchen verschiedenen Arten der Contracte des gemeinen Rechtes die Schriftsteller, welche den ursprünglichen Wechselcontract als einen, des gemeinen Rechtes ansehen, denselben anzupassen bemüht waren. Auf diese Weise behaup-

teten Einige, dass der Wechselcontract ein Tausch- ein Darlehens- ein Bevollmächtigungs- ein Lohn- Kaufvertrag u. s. w. sey (*a*). Andere machen aus dem Wechselcontracte gar ein juristisches Chamäleon, welches die Farben aller Contracte des gemeinen Rechtes spielt; indem sie sagen, dass derselbe bald dieser, bald jener Art der Contracte des gemeinen Rechtes angehöre, jenachdem einer oder der andere dieser Contracte dem Wechselvertrage seine Entstehung gegeben habe (*b*).

§. 83.

Meinungen der Schriftsteller, welche eine eigenthümliche Natur des ursprünglichen Wechselcontractes behaupten.

Von den Schriftstellern, welche den ursprünglichen Wechselcontract nicht als einen, des gemeinen Rechtes darstellen, behaupten einige (*a*), dass derselbe zwar eine eigenthümliche Art der Contracte, aber ein accessorischer Vertrag sey, welcher das Bestehen eines andern (Principal-) Contractes voraussetze und daher nur zur mehreren Sicherheit des Gläubigers errichtet werde; andere (*b*) hingegen stellen ihn als einen eigenthümlichen Principalcontract dar und läugnen, dass er ein accessorischer Vertrag sey.

(*a*) Von diesen Schriftstellern kann man vorzüglich die ältern aus der lehrreichen Abhandlung Knorre's, *Exercit. de vera natura ac indole contractus cambialis in cambio trass. in Beseke Thes., P. I., p. 326. — 339.*), §§. 8. — 19., kennenlernen. Vergl. auch *Raph. de Turri, Tract. de cambiis (Francof., 1655), disput. I, quaest. 6. — 8; Sigism. Scaccia, Tract. de commerciis et cambiis (Colon., 1738), §. 1., quaest. 4., num. 21; Dupuis, cap. III., num. 16. u. ff.; Baldasseroni, pag. 20 — 21.*

(*b*) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 33; dessen Lehrbuch, §. 408; Rosenman, §. 36; Koschak, §. 32.

(*a*) Vergl. Ritter, l. c., §. 3. (*in Beseke thes., pag. 310.*); Moshamm, §. 79; Scherer, III. Thl., S. 335 — 336; v. Weissenek, §. 40; Runde, §. 224 und Musäus, §. 185.

(*b*) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 12; v. Boset, §. 33.

Von beyden Seiten aber wird kein Unterschied gemacht, um welche Art von Wechseln es sich bey dieser Bestimmung handle und sonach soll dieselbe sowohl von dem, einem förmlichen, als auch einem unförmlichen Wechsel zum Grunde liegenden ursprünglichen Wechselcontracte gelten.

§. 84.

Abweichende Meinung dieses Handbuches.

Von allen diesen Meinungen scheint gar keine ganz richtig zu seyn, sondern folgende behauptet werden zu müssen.

Es ist nämlich zwar wohl bey allen Arten von Wechseln (sowohl förmlichen als unförmlichen) der ursprüngliche Wechselcontract ein eigenthümlicher Contract; bey der Frage aber, ob dieser eigenthümliche ursprüngliche Wechselcontract ein selbstständiger (Principalcontract) oder ein accessorischer sey, kömmt es auf den Unterschied an, ob es sich um die Bestimmung desselben bey förmlichen, oder unförmlichen (a) Wechseln handle; da derselbe bey förmlichen Wechseln ein selbstständiger, bey unförmlichen aber nur ein accessorischer Contract ist.

§. 85.

Prüfung aller dieser Meinungen.

Alle diese Meinungen bedürfen einer nähern Prüfung; daher sind die nun folgenden §§. (86 — 92)

(a) Ich mache ausländische Leser dieses Buches darauf aufmerksam, dass ich hier in der Terminologie: „förmliche und unförmliche Wechsel“ den oben (§. 39) angegebenen und nachgewiesenen Begriff dieser beyden Gattungen von Wechseln nach österreichischen Gesetzen im Auge habe; wornach nicht jeder eigene, ein unförmlicher oder trockener, sondern nur jener Wechsel unförmlich heisst, welcher an dem Orte seiner Ausstellung auch zahlbar ist.

dazu bestimmt, die oben (§§, 82 und 83) berührten Meinungen der Schriftsteller zu widerlegen und die davon abweichende, dieses Handbuches (§. 84) zu begründen.

§. 86.

Fortsetzung.

Den Schriftstellern, welche den Wechselcontract für einen, des gemeinen Rechtes halten, hat bereits Knorre (a) auf eine so treffende Art geantwortet, dass in dieser Beziehung nur wenig mehr zu sagen übrig bleibt; da indess dieser Gelehrte den Unterschied des Wechselvertrages von den gemeinen Contracten nur nach den Bestimmungen des römischen Rechtes über die letztern durchgeführt hat, die nach österreichischem Rechte öfters nicht passen; so lohnt es sich doch noch immerhin der Mühe, diesen Unterschied auch nach unsern vaterländischen Gesetzen zu zeigen. Wir wollen daher die einzelnen Arten der gemeinen Contracte durchgehen, denen man schon den ursprünglichen Wechselcontract anzupassen bemüht war, um bey jeder derselben die auffallende Differenz zu zeigen.

I.) Er ist kein Tauschvertrag; denn das Wesen dieses Vertrages besteht in dem Übereinkommen, eine Sache gegen eine andere zu überlassen (b). Geld ist kein Gegenstand des Tauschvertrages; nur lassen sich Münzsorten in so weit vertauschen, als sie gegen andere Münzsorten, z. B. goldene gegen silberne, kleinere gegen grössere verwechselt werden (c). Der Gegenstand des Wechselbriefes und sonach auch des ursprünglichen Wechselcontractes ist aber eine bestimmte Summe Geldes (§. 38), welche der Aussteller

(a) In seiner bereits angeführten Abhandlung: *de vera natura ac indole contractus cambiialis etc.*

(b) A. b. G. B., §. 1045.

(c) Ebenda §. 1046.

dem Wechselgläubiger selbst auszahlen, oder durch einen Andern verschaffen soll.

II.) Eben so wenig ist er ein Kaufvertrag, in welchem der Empfänger des Wechsels als Käufer und der Aussteller als Verkäufer erscheinen soll. Denn durch den Kauf soll eine Sache um eine bestimmte Summe Geldes überlassen werden (*d*), während bey jenem in der Regel Geld gegen Geld gehandelt wird (*e*); folglich mangelt hier in der Regel einer der wesentlichen Gegenstände des Kaufes, nämlich eine Sache im Gegensatze von Geld. Es ist wohl ausnahmsweise möglich, dass der Wechselgläubiger für die im Wechsel verschriebene Summe Geldes eine Waare bereits gegeben, oder doch versprochen hat (*f*); allein, wenn der ursprüngliche Wechselcontract als Kauf dargestellt werden soll; so darf dieses keine Ausnahme, sondern es müsste dasselbe immer der Fall seyn, weil jedes wesentliche Erforderniss eines Contractes immer vorhanden seyn muss und doch ist dieses hier nur ausnahmsweise der Fall. Dann aber erschiene auch in einem solchen Ausnahmefalle der Wechselgläubiger nicht als Käufer, sondern als Verkäufer seiner Waare gegen die Wechselsumme und der Aussteller des Wechsels als Käufer der Waare für die von ihm in dem Wechsel verschriebene Summe.

Man könnte aber hier auch sagen: dass der Wechselgläubiger, indem er an den Wechselaussteller für die Ausstellung des Wechsels eine Summe baren Geldes erlegt, allerdings als Käufer mit dem letztern, als Verkäufer der Wechselforderung, einen Kauf abschliesse; da diese Forderung allerdings eine Sache im Gegensatze vom baren Gelde sey, welche nun den Gegenstand des Kaufes ausmache und dieses ist auch die gewöhnliche

(*d*) Ebenda, §. 1053.

(*e*) Vergl. den ersten Absatz des 2. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 39, Anm. b.).

(*f*) Vergl. die hierher gehörige Stelle des 2. Art. der angef. W. O. bey §. 50, Anm. d.).

Ansicht. Allein — abgesehen davon, dass (bey eigenen Wechseln) der Wechselgläubiger bereits früher Eigenthümer der in dem Wechsel verschriebenen Forderung gewesen seyn kann, als der Wechsel hierüber ausgestellt wurde, wo er doch unmöglich die Forderung, die er schon hat, erst kaufen kann, (man denke sich hiebey nur den Fall, dass der Wechselgläubiger schon früher aus was immer für einen Titel eine gewisse Summe an den Wechselaussteller zu fordern hatte und nun beyde dahin übereingekommen sind, die bisherige gemeine Forderung in eine Wechselforderung zu verwandeln und darüber einen Wechsel auszustellen); abgesehen ferner davon, dass (wenn man einen Kauf darin suchen wollte, dass der Aussteller eines fremden Wechsels eine Forderung, welche er an einen Dritten, auf welchen der Wechsel trassirt wird, zu stellen hat, dem Empfänger des Wechsels gegen Geld überlasse) oft bey der Ausstellung eines fremden Wechsels der Aussteller noch gar keine Forderung an den Dritten hat, sondern entweder auf Credit trassirt, oder in der Folge, nach ausgestellttem Wechsel, den Dritten erst für die auf ihn trassirte Wechselsumme deckt, wo also noch kein Gegenstand des Kaufes, keine Forderung des Ausstellers an den Dritten, vorhanden ist; — so wird man doch auch hiedurch nicht vermögen, den ursprünglichen Wechselcontract als einen Kauf darzustellen; da die Ausstellung des Wechsels auch gegen einen andern Wechsel, ja sogar unentgeltlich geschehen seyn kann, in welchen Fällen ein Kauf ganz undenkbar ist. Wenn aber der ursprüngliche Wechselcontract ein Kauf seyn soll; so muss er sich immer als solcher darstellen; sonst ist sein Wesen nicht jenes des Kaufcontractes und sonach wohl diesem in vielen Fällen ähnlich, aber nicht dieser selbst. Denn ein Kauf kann immer nur ein Kauf seyn und, wäre daher der ursprüngliche Wechselcontract ein Kauf; so müsste auch er in allen Fällen ohne Ausnahme ein Kauf bleiben.

III.) Nicht minder irrig ist es, den ursprünglichen Wechselvertrag als einen Bevollmächtigungsvertrag anzusehen, indem bey diesem der Mandatar (der hier der Aussteller des Wechsels seyn soll) dem Mandanten nur verbunden wird, in dessen Nahmen ein ihm von diesem aufgetragenes Geschäft zu besorgen (*g*); keineswegs aber im eigenen Nahmen dem Mandanten eine bestimmte Summe Geldes zu bezahlen oder für die Bezahlung derselben durch einen Dritten zu haften.

IV.) Auch kann er nicht als Darlehensvertrag dargestellt werden. Denn dieser ist ein Realvertrag, welcher nicht früher für abgeschlossen zu halten ist, bis die Valuta von dem Darleiher übergeben wurde (*h*); da hingegen zur Wesenheit des ursprünglichen Wechselcontractes die Zuzählung der Valuta nicht gehört; sondern der Wechsel auch auf Credit, in Gegenrechnung, ja sogar mit Verzicht auf alle Valuta ausgestellt werden kann, wesswegen dieser Contract niemahls unter die Realverträge gezählt werden darf. Dann kann das Darleihen nur in fungibeln Sachen bestehen (*i*); während der Empfänger des Wechsels als Valuta auch unverbrauchbare Sachen geben kann. Ferner hat bey einem Darleihen der Schuldner, wenn er die Valuta in andern verbrauchbaren Sachen, als Geld, erhielt, nur die schuldige Qualität und Quantität in ähnlichen Stücken dieser verbrauchbaren Sachen zurückzustellen; während die Verbindlichkeit des Wechselausstellers immer nur eine Summe baren Geldes zum Gegenstande hat. Endlich unterscheidet sich — aber freylich nur nach der Eigenthümlichkeit des österreichischen Wechselrechtes und auch nach diesem nur bey förmlichen Wechseln — der Darlehensvertrag von dem ursprünglichen Wechselcontracte auch noch darin, dass bey dem

(*g*) Allg. b. G. B., §. 1002.

(*h*) Ebenda, §. 983.

(*i*) Ebenda, §. 984.

Darlehensvertrage der Schuldner sogleich Eigenthümer der dargeliehenen Stücke wird (*k*); hingegen bey förmlichen Wechseln der Gläubiger so lange Eigenthümer der gegebenen Valuta, in so fern sie sich noch unverwendet bey dem Schuldner befindet, bleibt, bis der Wechsel bezahlt ist, was daraus unwidersprechlich erhellet, dass der Gläubiger eines förmlichen Wechsels, bey ausgebrochenem Concurse des Wechselschuldners, die bey dem letztern noch unverwendet vorgefundene Valuta vindiciren kann (*l*).

V.) Aus diesem letzten Unterschiede zwischen dem Darlehensvertrage und ursprünglichen Wechselcontracte könnte man vielleicht den Schluss ziehen, dass der letztere, wenigstens nach unsern Gesetzen, für ein Depositum zu halten sey. Allein, auch hierin ist ein unverkennbarer, wesentlicher Unterschied. Denn 1.) ist auch das Depositum ein Realvertrag, welcher erst durch die Übergabe der zu verwahrenden Sache an den Depositar abgeschlossen wird (*m*); der ursprüngliche Wechselvertrag erfordert aber zu seiner Vollständigkeit keineswegs die Übergabe der Valuta an den Wechselaussteller; 2.) wenn aber auch wirklich die Erlegung der Valuta geschah; so ist doch darin ein weiterer Unterschied, dass der Deponent die nämlichen Stücke, welche er deponirte (*n*), der Wechselgläubiger aber nur die Wechselsumme, in der im Wechsel vorgeschrieben, oder (in Ermanglung einer solchen Bestimmung im Wechsel) in der landesüblichen Währung zurückfordern kann; endlich 3.) kann der Deponent sein Depositum zurückfordern, wann es ihm beliebt (*o*); während der Wechselgläubiger die Wechselsumme erst zur Verfallszeit zu fordern berechtigt ist.

(*k*) Ebenda, §. 983.

(*l*) S. den 46. Art. der VV. O. v. 1. Oct. 1763, bey §. 227, Anm. b.).

(*m*) Allg. b. G. B., §. 957.

(*n*) Ebenda, §. 961.

(*o*) Ebenda, §. 962.

VI.) Die meiste Ähnlichkeit hat der ursprüngliche Wechselcontract noch mit dem Lohnvertrage (*locatio conductio operarum*); da, wenigstens bey förmlichen Wecheln, in der Regel dem Wechselaussteller dafür eine Belohnung (Provision) bezahlt wird, dass er die Mühe über sich nimmt, den Wechselbetrag dem Wechselgläubiger an einem andern Orte zu verschaffen, oder dort selbst zu bezahlen; darin besteht aber gerade die Wesenheit des Lohnvertrages, dass jemand sich zu einer Dienstleistung gegen einen gewissen Lohn im Gelde verpflichtet (*p*). Allein, so gross die Ähnlichkeit hiebey auch ist; so kann doch der ursprüngliche Wechselvertrag nicht als Lohnvertrag selbst dargestellt werden; weil es, wenn gleich gewöhnlich, doch nicht wesentlich ist, dass der Empfänger des Wechsels eine Provision bezahle, da die Ausstellung auch ohne dieselbe geschehen kann; die Verpflichtung zur Bezahlung eines Lohnes ist aber bey dem Lohnvertrage wesentlich und kann in keinem Falle weggedacht werden.

Ausser den hier erörterten Contracten des gemeinen Rechtes hat keiner auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit dem ursprünglichen Wechselvertrage und somit ist es hinlänglich erwiesen, dass derselbe keineswegs als eine bestimmte Art eines gemeinrechtlichen Vertrages dargestellt werden könne.

§. 87.

Fortsetzung.

Hiernach haben es jene Wechselrechtslehrer freylich bequemer, welche den ursprünglichen Wechselcontract, obschon sie dessen gemeinrechtliche Natur behaupten, für keine ausschliessend bestimmte Art der Contracte des gemeinen Rechtes

(*p*) Ebenda. §. 1151.

ansehen; sondern sagen, dass er bald dieser bald jener derselben beyzuzählen sey, da er wirklich nach der Verschiedenheit der möglichen Fälle, bald diesem bald jenem gemeinrechtlichen Vertrage mehr ähnlich ist. Auf diese Weise ist ihnen der ursprüngliche Wechselcontract, wenn der Wechsel dem Empfänger desselben gegen künftige Vergütung der Valuta überliefert wird, ein Darlehenscontract; wenn der Wechsel für empfangene Waaren, oder für bar zugezählte Valuta ausgestellt wurde, ein Kauf; wenn bestimmte Münzsorten für den Wechselbrief gegeben und darin andere bestimmte Münzsorten angewiesen wurden, ein Tausch u. s. w.

Allein es lässt sich nicht läugnen, dass jeder verschiedene Contract auch verschiedene rechtliche Wirkungen hervorbringe, die, so wie die Contracte selbst, wesentlich von einander abweichen; da doch der ursprüngliche Wechselvertrag immer die nämliche rechtliche Wirkung nach sich zieht, der Wechsel mag auf Credit, auf Waaren, für gleich bar erlegte Valuta, ganz unentgeltlich, oder in Gegenrechnung ausgestellt seyn. Wie ist es nun juristisch erklärbar, dass der ursprüngliche Wechselcontract bald dieser, bald jener des gemeinen Rechtes sey und doch immer die nämliche Rechtswirkung hervorbringe, da jeder verschiedene Contract auch verschiedene Wirkungen äussert?

§. 88.

Fortsetzung.

Es hat aber der Wechselcontract auch ganz eigenthümliche Merkmale an sich, welche keiner andern Art der Contracte zukommen und wodurch er sich wesentlich von ihnen unterscheidet; daher jene Schriftsteller ganz sicher recht haben, welche behaupten, dass derselbe eine eigenthümliche Art der Contracte sey.

Um jedoch in dieser Beziehung eine klare Ansicht zu gewinnen, muss man den ursprünglichen Wechselcontract, welcher bey förmlichen Wechseln vor sich geht, genau von jenem, bey unförmlichen unterscheiden, da er bey beyden wesentlich verschieden ist, um dann bey jedem derselben seine Eigenthümlichkeit und seine wahre Natur zeigen zu können.

§. 89.

Fortsetzung.

Bey förmlichen Wechseln unterscheidet sich der ursprüngliche Wechselvertrag von allen übrigen Contracten durch folgende Merkmale.

I.) Schon seine Form bezeichnet ihn als einen eigenthümlichen Contract; da seine Existenz durch eine schriftliche und zwar mit allen jenen Erfordernissen, welche die Wechselgesetze insbesondere vorschreiben, versehene Urkunde bedingt ist. Hiernach unterscheidet sich derselbe schon einmahl als Literalcontract von allen Consensual- und Realcontracten unsers allgemeinen bürgerlichen Rechtes (a); dann unterscheidet er sich aber auch von allen übrigen Literalcontracten darin, dass zu seiner Gültigkeit die Beobachtung aller jener Erfordernisse nothwendig ist, welche das Wechselrecht insbesondere dafür vorschreibt und welche für keine andere Gattung der Literalcontracte vorgeschrieben sind.

II.) Eben so unterscheidet ihn sein Inhalt von allen Contracten des gemeinen Rechtes. Dieses werden wir sogleich finden, wenn wir die Bestimmungen, welche uns hierüber der 2., 6., 9. und 53. Artikel unserer Wechselordnung v. J. 1763 gibt, berücksichtigen. Nach diesen Artikeln besteht der Inhalt dieses Contractes bey einem förmlichen Wechsel

(a) Verbalcontracte haben wir bekanntlich im österreichischen Rechte keine.

darin, dass der Ausgeber des Wechselbriefes auf einem von dem Orte des Contractes — also der Ausstellung des Wechsels — verschiedenen Platze eine Summe Geldes zu verschaffen, oder zu bezahlen übernimmt, wobey es zum Wesen dieses Contractes gleichgültig ist, was, oder ob irgend etwas vom Empfänger des Wechsels dafür geleistet worden ist, oder geleistet werden soll; denn die Valuta ist nach den Artikeln 6 und 9 der W. O. im förmlichen Wechsel nicht wesentlich. Wenn wir nun hiemit den Inhalt aller gemeinen Contracte vergleichen; so werden wir bemerken, dass bey keinem derselben das Wesen ihres Inhaltes darin bestehe, dass eine Summe Geldes an einem von dem Orte des Contractes verschiedenen Platze zu leisten übernommen werde; zugleich werden wir im Gegentheile davon überzeugt werden, dass es bey denselben keineswegs, wie bey dem ursprünglichen Wechselcontracte, gleichgültig sey, welche Gegenleistung der andere Compaciscent, oder ob er irgend eine übernehme; sondern dass von der Verschiedenheit dieses Umstandes die Entscheidung abhängt, ob diese oder jene Gattung der Contracte des gemeinen Rechtes vorhanden sey.

III.) Am auffallendsten unterscheiden aber bey förmlichen Wechseln den ursprünglichen Wechselcontract von allen gemeinen Verträgen seine Rechtswirkungen. Einmahl wirkt gar kein gemeiner Vertrag das Privilegium des Wechselforums und der schleunigen Wechselexecution, kurz die privilegierte Wechselklage; da hingegen diess die vorzüglichste Wirkung jedes Wechselcontractes und folglich auch des ursprünglichen ist (§. 1). Dann ist es eine nur diesem eigenthümliche Wirkung, von welcher durchaus gar kein anderer Vertrag auch nur eine ähnliche aufzuweisen hat, dass der Empfänger des förmlichen Wechsels so lange Eigenthümer der dem Aussteller desselben gegebenen

Valuta bleibt, bis der Wechsel wirklich bezahlt ist und daher dieselbe vindiciren kann, wenn der letztere in einen Concurs verfällt, in so fern sie noch unverwendet vorhanden ist; bey der Bezahlung des Wechsels jedoch keineswegs die Zurückgabe der nämlichen Geldstücke, in welchen er die Valuta an den Aussteller entrichtet hat, fordern kann, sondern sich mit dem im Wechsel verschriebenen Quale und Quantum der Wechselsumme zufrieden stellen muss (§§. 209, 210, 211, 212 und 227).

§. 90.

Fortsetzung.

Noch haben wir die Frage zu erörtern, ob bey förmlichen Wechseln der ursprüngliche Wechselcontract ein accessorischer oder ein Principalcontract sey. Darauf wurde bereits oben (§. 84) geantwortet; hier aber sind die Beweise dafür zu liefern.

Wenn er ein accessorischer Contract wäre; so liesse sich sein Bestehen nur dann denken, wenn bereits ein anderer, als Hauptcontract, vorhanden ist, der durch ihn gesichert, oder befestigt werden soll. Wir sehen aber, dass dieser ursprüngliche Wechselcontract oft vorhanden ist, ohne dass jemahls ein anderer Contract unter den Interessenten früher errichtet war, der dadurch befestigt oder gesichert werden könnte. Denn, wie oft benöthigt man nicht Wechsel auf einen fremden Platz, um dort damit eine Zahlung zu leisten, oder eine Speculation zu realisiren; man sucht daher solche Wechsel von einem Wechsler, welcher dort in Handelsverbindungen steht, zu erlangen, ohne dass man früher mit ihm in der entferntesten Verbindung gestanden ist, oft sogar, ohne ihn früher auch nur gekannt zu haben. Zu diesem Behufe schliesst man mit ihm zunächst das *Pactum de cambiando*, wodurch man den Wechsel bey ihm bestellt, den man

meistens sogleich gegen Bezahlung der Valuta von ihm wirklich ausgestellt erhält, wodurch dann auch dieses *Pactum de cambiando* erfüllt und sonach erloschen ist. Wie kann man nun in einem solchen Falle einen andern Principalcontract, der durch den ursprünglichen Wechselcontract befestigt und gesichert werden soll, zwischen dem Aussteller und Empfänger des Wechsels nachweisen und sonach den ursprünglichen Wechselcontract als einen accessorischen darstellen? Diess sind aber gerade die häufigsten Fälle, in welchen ein förmlicher Wechsel ausgestellt wird; da das förmliche Wechselgeschäft ja nicht zur Ausgleichung und Sicherung der zwischen den Partheyen bereits vorhandenen Rechtsverhältnisse, sondern überhaupt zur Ausbreitung und Erleichterung der Handelsgeschäfte benützt wird. Wollte man bloss die bereits vorhandenen Contractsverhältnisse sich durch die Erwerbung einer Wechselklage sichern und befestigen, zu was würde man dann einen Wechsel auf die oft entferntesten Handelsplätze suchen und nehmen; da man eine Wechselklage auch dadurch erlangt, wenn man sich einen unförmlichen (im Orte der Ausstellung zahlbaren) Wechsel ausstellen lässt?

Es ist zwar wohl häufig auch der Fall, dass zwischen Aussteller und Empfänger eines Wechsels bereits ein anderes, gemeines, Contractsverhältniss obwaltet und dass gerade diesem der ursprüngliche Wechselcontract seine Entstehung verdanket; z. B. wenn der Eine dem Andern für eine auf Borg abgenommene Parthie Waaren eine Summe Geldes schuldig ist und daher über den schuldigen Betrag einen förmlichen Wechsel ausstellt. Allein, auch hier ist der gemeine, auf Borg geschlossene Kauf, nur die Veranlassung zum ursprünglichen Wechselcontracte, keineswegs aber das Principale des letztern; sondern er geht in diesem unter und erlischt, da der letztere sich als eine Novation darstellt und durch jede Novation der

vorige Contract und die dadurch begründete Verbindlichkeit aufhört (a); hört aber der novirte Vertrag durch die Novation auf; so kann derselbe ebenfalls nicht mehr als das Principale des ursprünglichen Wechselvertrages angesehen werden; sondern dieser ist dann selbst, der allein nunmehr vorhandene Principalcontract und der darin untergegangene vorige gemeine Vertrag war nur die Veranlassung zur Entstehung desselben.

Dass aber durch den ursprünglichen Wechselcontract bey förmlichen Wechseln eine Novation desjenigen gemeinen Vertrages, der zu der Entstehung desselben die Veranlassung gab, geschehe, ist nicht schwer zu beweisen, da hiedurch der Titel, aus welchem man eine Forderung zu stellen hat, verändert wird.

Um dieses einzusehen braucht man nur darauf Rücksicht zu nehmen, dass es zu einem förmlichen Wechsel durchaus nicht wesentlich sey, dass darin die Valuta, welche von dem Empfänger des Wechsels dafür geleistet, oder versprochen wurde, ausgedrückt sey. In dieser Valuta spräche sich aber, im Falle als dem ursprünglichen Wechselcontracte ein gemeines Contractsverhältniss seine Entstehung gab, die *Causa debendi*, welche zwischen beyden Wechselcontrahenten schon aus einem früheren Contractsverhältnisse obwaltete, der Titel der bisherigen gemeinen Forderung des nunmehrigen Wechselgläubigers gegen den Aussteller des Wechsels, aus. Wäre nun der ursprüngliche Wechselcontract bloss accessorisch und nicht eine Novation des vorhergehenden gemeinen Contractes; so wäre ja die aus den letztern entnommene Valuta ein unerlässliches Erforderniss im Wechsel, weil sich darin der Titel zur Forderung des Empfängers des Wechsels begründete; denn, wie bekannt, enthält kein accessorischer Contract einen Titel zur Forderung selbst, sondern dieser

(a) A. b. G. B., §. 1377.

Titel muss bereits und fortan ausser ihm bestehen, wenn von der Wirksamkeit eines *accessorischen Contractes* die Rede seyn soll. Kömmt aber, wie hier, der Titel des vorigen *Contractes* nicht mehr in Betrachtung; so hat man wohl keinen andern Titel der gegenwärtigen Forderung mehr, als den *Wechselcontract* selbst und daher ist allerdings in dem Titel der Forderung eine Umänderung und sonach eine *Novation* vorgegangen (*b*). Diess erkennen unsere Wechselgesetze auch sehr klar an; indem sie die Verbindlichkeit zur Bezahlung der Wechselsumme nicht aus einem Titel eines *Contractes* des gemeinen Rechtes, sondern aus dem gegebenen Wechsel selbst herleiten, da sie sagen: „der Wechselbrief ist ein Verbindniss, vermöge welchem der Ausgeber das Geld dem Inhaber des Wechselbriefes auf einem andern Platze zu verschaffen oder bezahlen zu lassen schuldig ist“ (*c*).

§. 91.

Fortsetzung.

Auch bey unförmlichen Wechseln ist der ursprüngliche Wechselcontract ein *eigenthümlicher Contract*; da er sich durch seine Merkmale eben so, wie der, bey förmlichen Wechseln, von den gemeinen *Contracten* unterscheidet.

1.) Hat er, so wie der ursprüngliche Wechselcontract bey förmlichen Wechseln, seine eigene Form als *Literalcontract*, in welcher Eigenschaft er sich ebenfalls schon an sich von allen *Consensual-* und *Realcontracten* des gemeinen Rechtes, von den *Literalcontracten* desselben aber dadurch unterscheidet, dass zu seiner Gültigkeit besondere Erfordernisse (§§. 61 und 80) vorgeschrieben sind. Durch diese letztern unter-

(*b*) A. b. G. B., §. 1379.

(*c*) S. die hierher gehörige Stelle des 2. Art. der W. O. v. 2. Oct. 1763 bey §. 39, Anm. b.)

scheidet er sich auch sogar von dem ursprünglichen Wechselcontracte bey förmlichen Wechseln, da er manche Erfordernisse entbehren kann, welche bey diesem unerlässlich sind, aber auch manche andere haben muss, welche bey letzterem nicht wesentlich sind.

II.) Unterscheidet ihn seine wesentliche Rechtswirkung, vermöge welcher er das, keinem gemeinen Verträge zustehende, *Privilegium fori cambialis et paratae executionis* begründet, von allen Contracten des gemeinen Rechtes.

§. 92.

Fortsetzung.

Obgleich auch bey unförmlichen Wechseln der ursprüngliche Wechselcontract ein eigenthümlicher Contract ist; so kann er doch nicht als selbstständiger (Principalcontract), sondern nur als ein accessorischer dargestellt werden.

Es setzt nämlich die Ausstellung eines unförmlichen Wechsels immer eine bereits früher vorhandene Forderung voraus und mit der Ausstellung eines solchen Wechsels wird nie ein Rechtsgeschäft unmittelbar angefangen. Denn welches Interesse könnte es im Handelsverkehre geben, sich unförmliche Wechsel bloss ihrer selbst wegen ausstellen zu lassen; da doch jeder Handelsmann sein bares Geld gewiss besser zu verwenden vermag, als es auf Wechsel zu legen, welche im Orte des Contractes selbst zahlbar sind. Diess thun höchstens Privatgeldbesitzer, welche von ihren Capitalien keinen bessern Gebrauch zu machen wissen, als sie auf trockene Wechsel verzinslich anzulegen, weil sie sich auf diesem Wege von denselben doch 6 Procent bedingen und mittelst der Wechsel auch einige mehrere Sicherheit, durch die ihnen anhängen-

de schnelle Wechselexecution, verschaffen können, als durch blosse unversicherte Schuldscheine; auf versicherte (mit Handpfändern oder Hypotheken bedeckte) Schuldverschreibungen aber nur 5procentige Interessen von ihren Capitalien ziehen dürfen. Allein, dann ist das Geschäft, welches sie auf diese Art abgeschlossen haben, wirklich nichts, als ein gemeiner verzinslicher Darlehensvertrag und der darüber ausgestellte Wechsel nichts, als ein gemeiner Schuldschein, welchem die Wechselclausel beygefügt ist und sonach diese auf jeden Fall nur accessorisch. Der einzige Vortheil, welchen die unförmlichen Wechsel im Handelsverkehre (wegen dessen — nach dem Ausspruche des §. 8 des I. Titels der II. Abtheilung der W. O. v. J. 1763 — sowohl förmliche als unförmliche Wechsel dem Wechselgerichte unterworfen sind) gewähren, liegt darin, dass dadurch bereits vorhandene, aus dem Handel auf Credit entstandene, Forderungen schnell bewiesen und durchgesetzt, sonach mehr gesichert werden können, als dieses auf andern Wegen möglich wäre; diese Sicherung setzt aber immer eine bereits vorhandene und fortbestehende Forderung voraus und der Wechsel ist daher hiebey jederzeit nur das Resultat eines *W a a r e n c o n t o s* mit accessorischer Wechselclausel (a).

(a) Aus diesem Grunde scheint mir unsere vaterländische Gesetzgebung, welche den scharf bezeichneten Unterschied zwischen förmlichen und unförmlichen Wechseln in die Verschiedenheit oder Identität des Ausstellungs- und Zahlungsortes der Wechsel setzt und jenen mehrere Privilegien beylegt, als diesen, weit richtiger zu Werke gegangen und tiefer in das Wesen der Sache eingedrungen zu seyn, als jene ausländischen Wechselgesetze, welche den Unterschied zwischen diesen beyden Hauptarten von Wechseln in der Verschiedenheit oder Identität der Person des Ausstellers oder Zahlers suchen und daher die fremden Wechsel förmliche, alle eigenen hingegen trockene, ohne Unterschied, ob sie am Ausstellungsorte zahlbar sind oder nicht, nennen; da eigentlich nur die an einem vom Orte der Ausstellung verschiedenen Platze zu zahlenden Wechsel um ihrer selbst willen im Handelsverkehre gesucht wer-

Diese Ansicht wird man um so mehr gegründet finden, wenn man erwägt, dass bey unförmlichen Wechseln der vorige Hauptgegenstand und Rechtstitel der Forderung des Gläubigers stehen bleibt und sonach dadurch keine Novation vor sich geht; da eine solche nur dann vorhanden ist, wenn der Hauptgegenstand oder der Rechtsgrund der Forderung verändert wird (b). Dass keine Veränderung im Hauptgegenstande vor sich gehe, ist ohnehin klar, da hier das Nähmliche auf den Wechsel gezahlt werden muss, was man früher, schon schuldig war; dass aber auch im Rechtsgrunde der Forderung keine Veränderung vor sich gehe, ergibt sich aus der gesetzlichen Disposition (c), wodurch als wesentliches Erforderniss eines unförmlichen Wechsels die Beyrückung der Valuta vorgeschrieben ist. In dieser Beyrückung der Valuta zeigt sich aber der Rechtsgrund der bereits früher bestandenen Forderung wirksam, wornach, bey dieser Art von Wechseln, nicht der Wechsel erst das Forderungsrecht begründet; sondern der bereits früher vorhandene gemeine Rechtstitel an sich schon ein Klagerrecht gewährt, welches nur, um bey dem Wechselgerichte angebracht und mit der Wechselstrenge verfolgt werden zu können, der Hinzukunft des Wechselcontractes und Wechselbriefes bedurfte.

den und daher nur diese ein selbstständiger Gegenstand einer Handelsspeculation sind, wobey es ganz gleichgültig ist, ob sie am bestimmten fremden Orte von dem Aussteller selbst oder von einem Dritten zu bezahlen sind; daher ist es auch natürlich, dass man diese mehr begünstigte, als die am Ausstellungsorte selbst zahlbaren Wechsel, welche nie ein selbstständiger Gegenstand des Handelsverkehrs sind und es erscheint sonach zweckmässiger, die Grenze zwischen förmlichen und unförmlichen Wechseln in diesen Unterschied, als in den Unterschied der ausstellenden und zahlenden Personen zu legen.

(b) B. G. B. §§ 1376 und 1379.

(c) Vergl. §. 61.

Ganz in allen hier erwähnten Rücksichten übereinstimmend sagt daher der erste Absatz des 53. Art. unserer W. O. v. J. 1763: dass ein unförmlicher Wechsel „in der That nichts Anderes sey, als ein gemeiner Schuldschein, „oder Waarenconto, um das Capital „sammt dem heimlich bedungenen Interesse oder Zuschlag in einer gewissen „Zeit *in ipso loco contractus* abzuführen.“ Bey Schuldscheinen und eben so bey Waarenconten bleibt aber der Gegenstand und Titel der Forderung unverändert derselbe, welcher er vor Ausfertigung des Schuldscheines oder Contos war; daher die Wechselclausel dabey bloss accessorisch und die Ausstellung des unförmlichen Wechsels keineswegs eine Novation ist.

§. 93.

Uebergang zum Acceptationscontracte.

Der ursprüngliche Wechselcontract ist die eigentliche Grundlage des Wechselgeschäftes, dessen ganze Existenz durch denselben bedingt ist.

Bey eigenen Wechseln ist er auch der einzige Hauptcontract; im fremden Wechselgeschäfte aber finden wir nebst ihm noch einen zweyten, nämlich die Acceptation.

§. 94.

Auch dieser ist ein Literalcontract.

Die Acceptation ist derjenige (ebenfalls von dem römischen verschiedene) Literalcontract, wodurch sich jemand verbindet, den von einem Dritten ausgestellten Wechselbrief zur bestimmten Zeit als Hauptschuldner zu bezahlen.

Dass dieser Vertrag ein Literalcontract, aber freylich nicht im Sinne des römischen Rech-

tes, sey, daran dürfen wir gar nicht zweifeln; da unsere Gesetze, namentlich der 10. Artikel der W. O. v. J. 1763 (a), ihn ausdrücklich nur unter der Bedingung, wenn er schriftlich errichtet wurde, für gültig und alle mündliche Acceptation für ungültig erklären.

§. 95.

Einfache und Acceptation per onore di lettera.

Die Acceptation ist zweyfach, nämlich die einfache (gemeine) und die Acceptation *per onore di lettera* (a).

Die erstere geschieht von dem Trassaten, oder Nothadressaten zu Folge des an ihn gerichteten, im Wechselbriefe enthaltenen, Auftrages und ohne vorläufigen Protest; die zweyte entweder von dem Trassaten, Nothadressaten, oder einem Andern über einen vorläufig erhobenen Protest und nicht zu Folge des im Wechsel enthaltenen Auftrages des Trassanten (b).

§. 96.

Gemeinschaftliche Eigenschaften der einfachen und der Acceptation par honneur.

Zu jeder Acceptation wird erfordert:

1.) die schriftliche Erklärung, dass man den Wechsel zahlen wolle, welche durch die Worte:

(a) Vergl. diesen Artikel der W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 96, Anm. a.). Das Nämliche muss auch nach dem *Cod. di com.*, Art. 122, behauptet werden.

(a) Vergl. Art. 5, 10, 26 und 27 der W. O. v. 1. Oct. 1763.

(b) Der in v. Zimmerl's Anleitung (§. 149) behaupteten dritten Gattung der Acceptation, nämlich jener, zu Folge einer Nothadresse, kann ich nicht beystimmen und es scheint mir diese Acceptation keine eigene Gattung auszumachen. Denn auch der Nothadressat kann nur entweder gemeinhin, oder *per onore di lettera* acceptiren; daher denn auch bey seiner Acceptation nur immer eine von diesen beyden Gattungen vorhanden ist, wozu die auf ihn lautende Nothadresse bloss die Veranlassung war (vergl. v. Weissenek, §§. 191 und 192).

„acceptirt“ oder „angenommen“ ausgedrückt wird (a).

2.) Die Unterschrift des Acceptanten, mittelst Beysetzung seines Vornamens (oder wenigstens des ersten Buchstabens desselben) und des Zunamens (b). Bey Handelsleuten geschieht die Unterfertigung mit ihrer protocollirten Firma. Unterschreibt ein Bevollmächtigter; so hat er sowohl seinen eigenen Nahmen, als auch jenen des Mandanten, wobey er zugleich, durch die Worte: „*per procura*,“ oder: „im Nahmen des N. N.,“ dieses Verhältniss anzuzeigen hat (c).

3.) Bey allen nach Sicht verfallenden Wechselln ist auch die Beyrückung des Datums vorge-

(a) Art. 10 der W. O. v. 1. Oct. 1763. „Alle mündliche, wie „auch jene Acceptation, welche von Zurückbehaltung eines „präsentirten Wechselbriefs vermuthet werden dürfte, wird „für ungültig, und die schriftliche Acceptation allein für gültig gehalten, woferne dieselbe mit den nachstehenden Erfodernissen versehen ist.“

„Es soll nähmlich der Acceptant seinen Vor- und Taufnahmen, oder wenigstens den ersten Buchstaben desselben, nebst dem Zunamen und bey den *a uso*, *a piacere*, *a vista*, oder gewisse Tägsicht lautenden Wechselbriefen „das Datum darunter zeichnen, und alle Acceptation pure und „ohne Anhang einiger Bedingniss, oder Vorbehalts verrichtet werden, es wäre dann, dass der Präsentant mit einiger „beygerückten Condition, ohne darüber zu protestiren, zufrieden wäre, in welchem Falle es bey dieser conditionirten Acceptation sein Verbleiben haben solle.“

„Wie dann auch in dieser Begebenheit, wenn der Acceptant einen auf eine grössere Summa gestellten Wechselbrief nur *pro parte* acceptirte, und der Inhaber des Wechselbriefs solches annähme und nicht dagegen protestiren liesse, der Acceptant ein mehrers, als das acceptirte Quantum zu zahlen nicht gehalten ist.“

„Anlangend aber die von ein- und anderen bisher mit *Litteris S. P.* gepflogene Acceptationes, zumalen solche auf „unterschiedliche Weise ausgedeutet werden, so sollen diese „*Litterae S. P.* künftighin *pro non adjectis*, und dafür, als „ob sie nicht da stünden, gehalten werden, und deren ohngeachtet der Acceptant absolute zu gebührender Zeit zu zahlen schuldig seyn, mithin wird dem Inhaber durch dessen Annehmung nicht präjudiciret, jedoch ist derselbe bey „nicht erfolger Bezahlung zu protestiren gehalten.“

(b) Ebenda.

(c) Vergl. bey §. 138, Anm. a.) und b.) den 28. und 29. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763.

schrieben, weil man sonst nicht wüsste, wann sie verfallen (*d*).

Diese drey Erfordernisse sind zur Gültigkeit der Acceptation nothwendig (*e*).

4.) Wenn der Acceptant nur bedingt, oder nur auf einen Theil der Summe, worauf der Wechsel lautet, denselben acceptiren will; so muss er dieses ausdrücklich bey seinem Accepte anmerken; widrigens er zur unbedingten Zahlung der ganzen Wechselsumme verbunden wäre (*f*).

5.) Wenn die Acceptation von einem vom Zahlungsorte abwesenden Trassaten geschieht; so muss dieser seiner Acceptation auch das Domicilium, wo sich an dem Zahlungsorte der Zahlung wegen zu melden sey, beyfügen (*g*). Die Unterlassung dieses letzten Erfordernisses macht aber die Acceptation nicht ungültig, weil dasselbe nicht unter jenen Erfordernissen vorkömmt, welche der 10. Art. d. W. O. zur Gültigkeit derselben vorschreibt (*h*).

(*d*) S. d. 10. Art. der W. O. bey der Anm. a.).

(*e*) Ebenda, wo sie im ersten Absatze ausdrücklich zur Gültigkeit der Acceptation gefordert werden.

Bey dem 3. dieser Erfordernisse wird in v. Zimmerl's Anleitung (§. 128) gesagt: „die Unterlassung dieses Zusatzes „entkräftet aber keineswegs die Gültigkeit der Acceptation, „sondern legt nur dem Inhaber die Pflicht auf, den Tag der „Präsentation zu erweisen, wenn über den eigentlichen Verfallstag Streit entsteht.“ Diese Behauptung streitet offenbar gegen die ausdrücklichen Worte des 10. Art. der W. O., welcher ganz bestimmt sagt: dass die Acceptation nur dann gültig sey, „wofern sie mit nachstehenden Erfordernissen versehen ist.“ Unter diesen nachstehenden Erfordernissen ist aber ausdrücklich auch das Datum bey den nach Sicht verfallenden Wechseln aufgeführt; folglich wird auch der Mangel desselben die Acceptation ungültig machen.

(*f*) Ebenda.

(*g*) 19. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763.

(*h*) Der *Codice di com.* (Art. 122 — 124) schreibt für die Acceptation folgende Erfordernisse vor: 1.) die Unterschrift; 2.) das Wort: „acceptirt;“ 3.) wenn der Wechsel nach Sicht verfällt, das Datum der Acceptation: 4.) wenn der Acceptant am Zahlungsorte nicht wohnhaft ist, die Beyrückung eines Domiciliums; endlich 5.) muss die Acceptation unbedingt geschehen.

§. 97.

Besondere Eigenschaften der Acceptation par honneur.

Bey der Acceptation *par honneur* ist ausser den im vorhergehenden §. angeführten Eigenschaften noch überdiess nothwendig, derselben beyzufügen:

- 1.) dass *par honneur* acceptirt werde und
- 2.) zu wessen Ehre (Gunsten) dieses geschehe (a).

Die wesentliche Formel, deren man sich dabey bedienen muss, ist: „Acceptirt zur Ehre des „Hrn. N. N.“ Gewöhnlich schreibt man aber in dem Falle, wenn zur Ehre eines Giranten honorirt wird: „Angenommen zur Ehre des „Giro und auf Rechnung des Hrn. N. N.“; wenn dieses aber zur Ehre des Ausstellers geschieht; so schreibt man: „Angenommen zur Ehre der „Firma“ (wenn der Aussteller ein Handelsmann ist; sonst aber: „zur Ehre der Unterschrift“) „und für Rechnung des Hrn. N. N.“ (b).

§. 98.

Welche Wechsel überhaupt zur Acceptation geeignet seyen.

Zur Acceptation sind überhaupt nur die fremden Wechsel geeignet, da nach der ausdrücklichen Erklärung des 3. Art. unserer Wechselordnung ein eigener, durchaus keiner Acceptation bedarf (a). Dennoch geschieht es manchemahl, theils aus Unkenntniss des Wechselgeschäftes, theils aber auch aus Handelsrücksichten und zwar vorzüglich dann, wenn, im Falle, als der Aussteller seinen eigenen

(a) 26. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763.

(b) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 95 und dessen Lehrbuch, §. 473.

(a) S. die hieher gehörige Stelle des 3. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. Vergl. auch den damit ganz übereinstimmenden 3. Art. der W. O. v. 10. Sept. 1717 und 10. Oct. 1797.

Wechsel nicht bezahlt, ein Handelsfreund eines Giranten den Credit des Giro des letztern durch Honoration retten will, dass auch ein eigener Wechsel acceptirt wird. Thut dieses der Aussteller selbst; so hat er eine ganz unnütze Handlung unternommen; da er nach dem 3. Art. d. W. O. ohnediess aus der Ausstellung für die richtige Zahlung seines eigenen Wechsels unmittelbar haftet (b). Geschieht dieses aber von einem Dritten; so ist es wohl keinem vernünftigen Zweifel unterworfen, dass diese Acceptation eines eigenen Wechsels gültig sey; da der angeführte Art. der W. O. nur erklärt, dass ein solcher Wechsel „keiner Acceptation „v o n n ö t h e n“ habe, allein nirgends dieselbe in Beziehung auf diese Gattung von Wechseln verboten ist.

§. 99.

Welche Wechsel zur Acceptation par honneur insbesondere geeignet seyen.

Was so eben über die Frage, welche Wechsel zur Acceptation überhaupt geeignet seyen, gesagt wurde, gilt nun zwar auch von der Honoration insbesondere; allein es entsteht in Rücksicht der letztern noch die Frage, ob auch unförmliche Wechsel fähig seyen, *per onore di lettera* acceptirt zu werden. Der Grund des Zweifels liegt darin, dass die Artikel 26 und 27 der W. O. bloss von der Honoration förmlicher Wechsel sprechen, der 53. Art., welcher von unförmlichen Wechseln handelt, aber von denselben keine Erwähnung macht: dieser Zweifel wird dadurch noch mehr genährt, dass der Anfang dieses 53. Art. ausdrücklich erklärt: „bisher ist von den förmlichen Wechsel gehandelt worden (a).“ Man sollte sonach glauben, dass jene

(b) Vergl. hierüber im 4. Hauptstücke den §. 215.

(a) Ueber den eigentlichen Sinn dieser Stelle sehe man den §. 183.

Anordnungen, welche in den vorhergehenden Artikeln über die Honoration enthalten sind, auf unförmliche Wechsel nicht angewendet werden könnten.

Dessen ungeachtet scheinen die unförmlichen Wechsel eben so gut, als die förmlichen der Honoration fähig zu seyn; da der 53. Art. der W. O. überhaupt die Acceptation der erstern zulässt, ohne zu unterscheiden, ob dieselbe gemeinhin oder *par honneur* geschehe und die Honoration allerdings in der Acceptation überhaupt enthalten ist (b).

Übrigens wird es zwar wohl selten geschehen, dass eine Acceptation eines unförmlichen Wechsels *par honneur* erfolgt, weil der Trassant und auch die Giranten desselben gewöhnlich am Orte der Zahlung selbst gegenwärtig sind, folglich eine Honoration eines solchen Wechsels in den meisten Fällen überflüssig wird. Indessen kann sich doch auch leicht der Fall ereignen, dass der Trassant, oder ein Girant, welcher zur Zeit der Trassation oder des Giro am Zahlungsorte gegenwärtig war, vor der Acceptation oder Zahlung des Wechsels diesen Ort verlassen hat, in welchem Falle eine Honoration zu Gunsten dieses abwesenden Trassanten oder Giranten allerdings demselben sehr nützlich und erwünscht seyn kann. Insbesondere kann sich dieser Fall leicht bey den a *Piacere*-wechseln und jenen, welche auf einen künftigen Jahrmarkt dieses Ortes lauten, ergeben, wo selbst die Präsentation zur Acceptation längere Zeit nach der Ausstellung, nämlich bey den erstern, so spät, als es dem Inhaber beliebt und bey den letztern, erst auf dem folgenden Jahrmarkte geschehen kann.

§. 100.

Die Acceptation ist ein wesentlicher Contract bey fremden Wechseln.

Manche bezweifeln, ob die Acceptation wohl ein wesentlicher Contract des fremden Wechselgeschäfts

(b). Vergl. die hieher gehörige Stelle des 53. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 39, Anm. h.).

tes sey, indem sie behaupten, dass sich, auch bey fremden Wechseln, das ganze Wechselgeschäft wesentlich nur auf den zwischen dem Trassanten und Remittenten geschlossenen (ursprünglichen) Wechselcontract gründe; dass also dieser der einzige Hauptcontract dabey sey und alles Übrige eigentlich nur zur Erfüllung desselben gehöre (a).

Wäre dieses so gemeint, dass der zwischen dem Aussteller und Remittenten vor sich gegangene Contract der einzige wesentliche sey, damit das fremde Wechselgeschäft anfangen könne; so würde dieser Meinung kein Bedenken im Wege stehen; wenn man aber damit sagen will, dass im ganzen fremden Wechselgeschäfte dieser der einzige Hauptcontract sey; so kann diese Behauptung nicht zugegeben werden.

Denn es ist im fremden Wechselgeschäfte wesentlich, dass der Trassat demselben als Acceptant beytrete, weil sich, wenn wir diesen Beytritt nicht voraussetzen, immer nur das eigene Wechselgeschäft darstellen und, wenn wir diesen Beytritt zwar voraussetzen, derselbe aber unterbliebe, das angefangene fremde Wechselgeschäft niemals zur Vollständigkeit kommen könnte; also ist die Acceptation, so wie der ursprüngliche Wechselcontract, ein wesentlicher Contract im fremden Wechselgeschäfte.

§. 101.

Einwürfe dagegen.

Dagegen beruft man sich darauf, dass der Trassat durch seine Acceptation nur an die Stelle des Trassanten trete, wornach eigentlich kein neuer Contract geschlossen, sondern nur der erste vom Trassanten eingegangene, durch den an seine Stelle tretenden Acceptanten fortgesetzt werde; daher denn

(a) Vergl. v. B o s e t, S. 199 — 201.

dieser Beytritt des letztern nicht als ein Contract, sondern nur als die Erfüllung des ursprünglichen Wechselcontractes zu betrachten komme (a).

§. 102.

Widerlegung derselben.

Allein dieses Raisonement zerfällt durch die Beantwortung zweyer ganz einfacher Rechtsfragen; nämlich: 1.) was ist nothwendig, um den Beytritt eines Dritten zu einem Geschäfte, welches bisher nur für zwey Personen verbindlich war, juristisch erklären zu können und 2.) ist dieser Beytritt des Dritten (dieses Einstehen des Acceptanten an die Stelle des Trassanten) wesentlich zum fremden Wechselgeschäfte?

Was will man auf die erste dieser Fragen antworten, als: dass hiezu ein Contract angenommen werden müsse? Die zweyte ist ebenfalls leicht beantwortet; denn man muss wohl sagen, dass der Beytritt des Acceptanten in dem fremden Wechselgeschäfte wesentlich sey, weil, wie schon oben bemerkt wurde, ohne Voraussetzung dieses Beytrittes desselben, der Trassant niemahls auf diesen Dritten, sondern nur auf sich selbst trassiren könnte, woraus sich immer bloss das eigene Wechselgeschäft ergäbe und, wenn man diesen Beytritt des Acceptanten zwar voraussetzte, aber derselbe nicht wirklich vor sich ginge, das fremde Wechselgeschäft niemahls vollständig seyn würde.

Wenn nun dieser Beytritt des Acceptanten wesentlich und zu jedem Beytritte eines Dritten zu dem Geschäfte zweyer Anderer ein Contract nothwendig ist; so ist auch hiezu ein Contract nothwendig

(a) Vergl. v. Boset, §. 28, S. 168; v. Zimmerl's Anleitung, §. 12; Leuchs, §. 19; Heineccius, cap. III., 17; Franck, lib. I., sect. 1., tit. 4., §. 22.

und dieser ist wesentlich, weil ohne ihn auch dieser wesentliche Beytritt des Acceptanten nicht erklärbar wäre; also ist auch die Acceptation ein wesentlicher Contract im fremden Wechselgeschäfte.

Es mag daher immerhin die Acceptation einen Theil der Erfüllung des ursprünglichen Wechselcontractes ausmachen (denn ganz ist er durch sie nicht erfüllt, da nicht die Acceptation, als die Erklärung, dass man den Wechsel zur Verfallszeit zahlen wolle, sondern nur die Zahlung selbst die gänzliche Erfüllung des ursprünglichen Wechselcontractes ist); so entsteht doch dadurch für den Acceptanten eine ganz neue, früher für ihn nicht vorhanden gewesene Verbindlichkeit, den Wechsel zu zahlen, welche nur aus einem neuen, also besonderen Vertrage erklärbar ist.

§. 103.

Ob der Acceptationscontract ein eigenthümlicher Vertrag, oder eine Art der gemeinrechtlichen Verträge sey?

Noch erübrigt uns in Rücksicht des Acceptationsvertrages die viel besprochene Streitfrage: ob derselbe eine eigenthümliche Art der Verträge, oder einer von den Arten der gemeinrechtlichen, beyzuzählen sey. Beyde Meinungen finden unter den Wechselrechtslehrern ihre Anhänger; doch scheint jene die richtigere zu seyn, welche den Acceptationsvertrag für einen eigenthümlichen Contract erklärt. Wir wollen jede dieser Ansichten insbesondere prüfen.

§. 104.

Prüfung der Meinungen der Schriftsteller, welche ihn für eine Art der Verträge des gemeinen Rechtes ansehen.

Von den Schriftstellern, welche die Acceptation für einen Contract des g e m e i n e n Rechtes halten, erklären sie einige (a) für einen Bürgschaftsvertrag. Allein der Irrthum dieser Ansicht ist sehr leicht durch folgende Betrachtungen nachzuweisen.

Eine Bürgschaft ist jener accessorische Vertrag, wodurch sich ein Dritter zur Befriedigung des Gläubigers auf den Fall verpflichtet, als der Hauptschuldner seine Verbindlichkeit nicht erfüllt (b). Hieraus ergibt sich von selbst, dass die Bürgschaft nur eine subsidiarische und keine Principalverbindlichkeit wirke und dass die Verbindlichkeit des Bürgen mit jener des Hauptschuldners aufhöre. Durch die Acceptation hingegen wird der Acceptant principal verbunden und haftet auch dann noch, wenn der Präsentant wirklich, durch Versäumniss der gehörigen Präsentation, Protestation u. s. w., seine Forderung an den Aussteller des Wechsels verloren und sonach die Schuld dieses aufgehört hat. Es ist also unverkennbar, dass zwischen Acceptation und Bürgschaft nicht einmahl eine Ähnlichkeit vorhanden sey; noch viel weniger aber die Acceptation als Bürgschaft selbst dargestellt werden könne (c).

(a) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 36. dessen Lehrbuch, §. 412 und Rosenmann, §. 39.

(b) Allg. b. G. B., §. 1346; Vergl. auch §§. 1., 3. et 5., tit. 21., Lib. III. Institutionum; Frag. 3., 16. (§. ult.) et 57., lit. 1., Lib. XLVI. Digest; Authent.: „Praesente”. Lib. V III., tit. 41. Codicis; Nov. IV., cap. 1.

(c) Diese Meinung kann auch dadurch nicht gerettet werden, dass man den Acceptanten nicht als einfachen Bürgen, sondern als Bürgen und Zahler, also als ungetheilten Mitschuldner mit dem Aussteller (§. 1357 d. a. b. G. B.) darstellt, wie dieses in Sonnleithner's Lehrbuch (§. 412) versucht wird. Denn das Wesen der Correalität liegt nach

§. 105.

Fortsetzung.

Ganz die nämlichen Gründe stehen auch jener Meinung (a) entgegen, nach welchen die Acceptation dem §. 891 d. b. G. B. darin, dass es vom Gläubiger abhänge, von welchem der Mitschuldner er das Ganze oder einen Theil der Schuld, oder ob er sie von allen zusammen fordern wolle und selbst nach erhobener Klage bleibt dem Gläubiger, wenn er von derselben absteht, diese Wahl vorbehalten. Ganz anders ist es hingegen, bey der Acceptation denn hier kann der Präsentant seine Forderung zunächst nur an den Acceptanten stellen und erst, wenn dieser die Bezahlung verweigert, seine Forderung an die Vormänner geltend machen. Hält er sich aber, nachdem der Acceptant wegen verweigerter Zahlung gegen sich protestiren lässt, an denselben, so ist seine Forderung an die Vormänner verloren. (Vergl. den 24. Art. d. VV. O.). Eben so wenig rechtfertigt sich die Meinung daraus, dass das angeführte Lehrbuch zeigt, dass die Acceptation als keine Expromission darzustellen sey, indem nicht einzusehen ist, warum die Acceptation denn gerade desswegen eine Bürgschaft seyn müsse, weil sie keine Expromission ist? Der in diesem Lehrbuche versuchte Beweis endlich, dass die VV. O. selbst die Acceptation für eine Bürgschaft erkenne, indem vor der Wirksamkeit des allg. b. G. B., zu Folge des 7. Art. der W. O., alle Weibspersonen, welche nicht Handelsfrauen waren, keine Acceptation hätten leisten können, ohne dass sie vorher certiorirt geworden seyen und sich ihrer weiblichen Rechtswohlthaten begeben hätten, ist ebenfalls nicht haltbar. Denn einmahl ist es an sich irrig, dass Nichthandelsfrauen, nach dem 7. Art. d. VV. O. in Wechselgeschäften irgend einer Certioration bedurften, wie ich im §. 151 zur Genüge, aus der Zusammenstellung des 6. Art. mit diesem 7., zu erweisen hoffe; wäre dieses aber auch wirklich der Fall gewesen, so würde ja daraus, wenn der 7. Art. bey der Acceptation der Weiber wirklich die Renunciation auf die Rechtswohlthat des S. C. Vellej. forderte, noch lange nicht folgen, dass sie desswegen das Gesetz gerade für eine Bürgschaft erkenne; denn die Certioration und Renunciation auf dieses Senatusconsultum war ja nicht bloss bey Bürgschaften der Weiber, sondern bey jeder Intercession derselben erforderlich, wenn sie sich nicht mit der für sie aus demselben fliessenden Rechtswohlthat gegen den Gläubiger schützen können; da dieses Senatusconsultum, nach der ausdrücklichen Erklärung der Digesten (Fragm. 1., *Lib. XVI., Tit. 1., in proem.*) durch seine Rechtswohlthat die Weiber gegen alle Verbindlichkeit aus jeder Gattung der Intercession und nicht bloss aus einer Bürgschaft schützt.

(a) *Baldasseroni, pag. 24; v. Weisenek, §. 148, Nro. 2.*

tion als *constituta pecunia* (*constitutum debiti alieni*) dargestellt werden soll. Denn auch der Constituent ist, wie der Bürge, nur in Subsidium verpflichtet, nämlich dann, wenn der Hauptschuldner nicht zu zahlen vermag und, wenn ihn der Gläubiger vor diesem um die Bezahlung belangt; so räumen ihm die Gesetze, eben so, wie dem Bürgen, die Rechtswohlthat der Ordnung ein (b).

§. 106.

Fortsetzung.

Mehr Ähnlichkeit, als mit der Bürgschaft und *constituta pecunia* hat die Acceptation allerdings mit der Delegation und Expromission; daher auch die Meinung, dass die Acceptation wirklich eine Delegation oder Expromission sey, ihre Vertheidiger gefunden hat (a). Allein auch hiebey ist ein wesentlicher Unterschied vorhanden; da, ungeachtet der geschehenen Acceptation, der Aussteller des Wechsel doch noch immer in der Haftung bleibt und bezahlen muss, wenn der Acceptant die Zahlung nicht leistet (b); während hingegen durch die Delegation und Expromission der vorige Schuldner befreyt wird und daher nicht mehr zur Bezahlung

(b) Aus der *Versio vulgata* liesse sich diese Behauptung zwar nicht rechtfertigen, wohl aber aus dem griechischen Grundtexte der *Novella IV. cap. I.*, nach welchem die Worte: „*sponsor et qui sponsioni se subjecerit*“ durch „*constituens*“ und „*constitutae pecuniae*“ hätten übersetzt werden sollen. Vergl. Glück's Commentar, III. Thl., 2. Abthl., S. 404 — 411 und Kaufmann's Abhandlung von Befestigung, Umänderung und Aufhebung der Obligationen, S. 20, Anm. r.).

(a) Koschak (§. 38) pflichtet dieser Meinung unbedingt bey; Heineccius (*cap. III.*, §. 17.) meint aber, dass dieses nur dann der Fall sey, wenn der Präsentant und Acceptant die Grenzen ihrer vom Remittenten und Trassanten erhaltenen Vollmacht überschritten hätten. Vergl. auch Raphael de Turri, *Dis. II.*, *quaest.* 16., n. 57.

(b) Vergl. den 20. und 24. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

verhalten werden kann, wenn der *Expromissor* auch nicht bezahlt (*c*).

Es lässt sich also auch in diesem Gewande des gemeinen Rechtes die *Acceptation* nicht darstellen (*d*).

§. 107.

Er ist ein eigenthümlicher Contract.

Da sich nun, wie eben gezeigt wurde, der *Acceptationscontract* keineswegs als eine Art der gemeinrechtlichen Verträge, welche dem ersten Anblicke nach mit demselben eine Ähnlichkeit zu haben scheinen, darstellen lässt; so erübrigt wohl nichts

(*c*) *Fragm.* 8., §. 5.; *Fragm.* 26., §. 2., *Lib.* *XVII.*, *Tit.* 1. *Digest.* (*Mandati, vel contra*); *constitutio* 3., *Lib.* *VIII.*, *Tit.* 42. *Cod.* (*de novationibus et delegationibus*).

(*d*) Wenn man schon durchaus das Wechselgeschäft als ein Geschäft des gemeinen Rechtes darstellen wollte; so würde man doch am wenigsten seinen Zweck verfehlen, jenes in der *Assignment* darzustellen, von welcher unser allg. b. G. B. (im III. Thle., 2. Hauptst., §§. 1400 — 1409) handelt. Aber auch diese passt nicht vollkommen; denn die *Assignment* gehört zu den Umänderungsarten bereits bestehender Verbindlichkeiten, während das Wechselgeschäft, wenigstens bey förmlichen Wechseln, keineswegs nöthig hat, eine bereits bestehende Verbindlichkeit vorauszusetzen (§. 90); dann haftet auch der Assignant, gleich dem Cedenten, für den assignirten Betrag nur in so fern, als er etwas von dem Assignatar für die *Assignment* erhalten hat (§§. 1397 und 1406 des a. b. G. B.); da doch der Trassant und alle Vormänner den Präsentanten ohne diese Beschränkung für den vollen Wechselbetrag zu haften verbunden sind (Art. 6, 9 und 24 d. V. O.). Zudem ist diese ganz nach dem Wechselrechte modificirte *Assignment* unseres b. G. B. offenbar eine Geburt des Wechselrechtes, die erst aus diesem in das gemeine Recht gezogen wurde, da man sie in dieser Gestalt in denjenigen Gesetzgebungen, welche vor der Ausbildung des Wechselinstitutes bestanden, (z. B. im römischen Rechte, wo nur einzig von der *Delegation* und *Expromission* die Rede ist, welche das Regressrecht ausschliesst), gar nicht kannte. Wenn man nun wirklich das Wechselgeschäft in dieser neu geschaffenen *Assignment* des gemeinen Rechtes darstellen wollte; so würde dadurch nichts gewonnen seyn, weil diese ursprünglich wieder aus dem Wechselinstitute hergeleitet werden müsste und daher immer ein Wechselgeschäft bliebe, auf welches das gemeine Recht nur angewendet wurde.

Anderes, als auch ihn für eine eigenthümliche Art der Contracte zu erklären, wozu auch hinlängliche Gründe in seiner Natur liegen, indem er ganz eigenthümliche Merkmale in Rücksicht seiner Form, seines Inhaltes und seiner Rechtswirkungen an sich trägt.

In Rücksicht seiner Form unterscheidet er sich einmahl schon als *Literal contract* von allen Consensual- und Realcontracten und von den Literalcontracten des gemeinen Rechtes unterscheiden ihn jene Erfordernisse, welche insbesondere durch die Gesetze zur Gültigkeit desselben vorgeschrieben sind und welche wir bereits in den §§. 96 und 97 kennen gelernt haben.

Eben so unterscheidet ihn sein Inhalt von allen Contracten des gemeinen Rechtes, welche ihm ähnlich zu seyn scheinen, was kurz zuvor (§§. 104 — 106) ausführlich nachgewiesen wurde.

Endlich unterscheiden ihn seine wesentlichen Rechtswirkungen von den gemeinrechtlichen Verträgen; da er das Privilegium *fori cambialis et paratae executionis* begründet, welche Wirkung durchaus kein Contract des gemeinen Rechtes aufzuweisen hat.

§. 108.

Vertrag zwischen Trassanten und Acceptanten.

Ausser diesen beyden wesentlichen Contracten können wir häufig noch einen dritten bey dem fremden Wechselgeschäfte unterscheiden. Dieses ist der Fall, wenn der Trassat zu Folge des von dem Trassanten an ihn erlassenen Auftrages den Wechsel acceptirt; denn in diesem Falle ist einerseits von dem Trassanten ein Auftrag zur Zahlung des Wechsels an den Trassaten ergangen und andererseits ist dieser Auftrag von dem letzten durch die Acceptation angenommen worden, wornach also auch zwischen dem Trassanten und Trassaten (Ac-

ceptanten) ein Vertrag dahin abgeschlossen wurde, dass der Trassat die ihm vom Trassanten zu Gunsten des Wechselinhabers aufgetragene Zahlung leisten wolle.

§. 109.

Er ist nicht wesentlich.

Dieser Vertrag kann aber keineswegs als ein zum fremden Wechselgeschäfte wesentlicher dargestellt werden; indem derselbe nicht nothwendig immer dabey vorkommen muss und auch gänzlich unterbleiben kann, ohne dass desswegen die Vollständigkeit desselben litte. Dieses trifft bey der Acceptation *per onore di lettera* ein, wo der Acceptant nicht zu Folge des im Wechselbriefe enthaltenen Auftrages, sondern ohne denselben acceptirt, wornach also in dieser Acceptation durchaus kein Vertrag zwischen dem Trassanten und Acceptanten nachgewiesen werden kann. Sonach gehört dieser Vertrag auch nicht zu den wesentlichen Hauptverträgen des fremden Wechselgeschäftes, welches daher wesentlich nur auf den oben angegebenen beyden Contracten, zwischen dem Aussteller und Remittenten und zwischen dem Inhaber (Remittenten, oder dessen Ordre) und Acceptanten beruht.

§. 110.

Er gehört auch nicht in das Wechselrecht.

Aber auch abgesehen davon, dass dieser zwischen dem Trassanten und Acceptanten manchemahl vorhandene Vertrag kein wesentlicher des Wechselgeschäftes ist; so fällt er sogar, nach den Bestimmungen unserer und der meisten anderen positiven Gesetze (a), über die Grenze des

(a) Das preussische L. R. (II. Thl., 8. Tit., §. 1104, 1105 und 1132 — 1134) bestimmt dieses ausdrücklich. Aus vielen andern V. O. ist dasselbe aber leicht zu erschliessen. Vergl.

Wechselrechtes hinaus, da ihm dieselben keine wechselrechtlichen Folgen gestatten und daher weder dem Trassanten gegen den Trassanten noch diesem gegen jenen eine Wechselklage einräumen (*b*).

Da nun nach unsern Gesetzen dieser Contract keine wechselrechtlichen Wirkungen hervorbringt; so kann derselbe nicht als ein Wechselcontract betrachtet und daher auch nicht im Wechselrechte behandelt werden; sondern er gehört rein in das Gebieth des allgemeinen bürgerlichen Rechtes, dem es sonach ausschliessend vorbehalten ist, sowohl seine Natur (*c*), als auch die gegenseitig für den Trassanten und (gemeinen) Acceptanten daraus hervorgehenden Rechtswirkungen zu entwickeln (*d*).

Püttmann §. 141; v. Martens Grundriss, §. 96 und 105; Behrens, §. 203; Siegel, Cap. 5, §. 8 und 9. Sieveking nimmt diese Bestimmung ausdrücklich in den Gesetzentwurf (§. 255) auf.

(*b*) Den Beweis, dass unsere Gesetze diesen Personen kein Wechselrecht gestatten, sehe man im 4. Hauptstücke.

(*c*) Ungeachtet dieser Contract, seiner Rechtswirkungen wegen, nicht dem Wechselrechte angehört; so sey es mir doch erlaubt, hier einige Worte über seine Natur zu sagen. Man behauptet fast allgemein, dass dieser Vertrag ein reiner Vollmachtsvertrag sey. Dieses scheint sich aber nach der im §. 1002 des allg. b. G. B. enthaltenen Definition der reinen Vollmacht nicht wohl behaupten zu lassen; da der Acceptant, indem er den Auftrag des Trassanten durch seine Acceptation annimmt, sich im eigenen Nahmen verpflichtet, den Wechsel zu zahlen, was gegen die Natur eines reinen Vollmachtsvertrages läuft; es scheint daher, dass er sich besser als ein, nach römischem Rechte, sogenanntes *mandatum qualificatum* darstellen lasse, wovon auch in unserm b. G. B., z. B. §§. 1019 und 1403, Spuren vorkommen.

(*d*) Am Schlusse der Lehre von den Hauptcontracten des Wechselgeschäftes mache ich meine Leser darauf aufmerksam, dass ich, indem ich bey dem fremden Wechselgeschäfte, wie man hier sah, mehrere Contracte als Grundlage desselben annahm, weit entfernt bin, der Terminologie mehrerer Wechselrechtslehrer, z. B. Heineccius (S. 23 und 25) Koschak's (§. 31), v. Weisseneks (§. 41), Scherers (3. Thl., S. 335) u. s. w., zu folgen, welche sagen, dass der Wechselcontract ein aus mehreren Contracten zusammengesetzter Vertrag sey. Diese Terminologie scheint mir desswegen nicht zweckmäs-

Zweyter Abschnitt.

Von den Nebencontracten des Wechselgeschäfts.

§. 111.

Angabe der bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden Nebencontracte.

Die Nebencontracte (§. 63), welche bey dem Wechselgeschäfte vorkommen, sind 1.) der Giro, oder das Indossament; 2.) die Wechselbürgschaft und 3.) gemeine Vollmachten.

Die Erörterung aller dieser Nebencontracte ist die Aufgabe für diesen Abschnitt.

A.) Vom Giro und Indossamente.

§. 112.

Begriff vom Indossamente und Giro.

Man nennt das Indossament die auf dem Rücken (*in dosso*) des Wechsels geschriebene Erklärung des Inhabers desselben, wodurch er das Befugniß zu dessen wechselrechtlicher Eincassirung an eine andere Person überträgt (a).

sig gewählt zu seyn, weil die contrahirenden Personen zwar zusammen ein einziges Wechselgeschäft, aber nicht auch zusammen einen einzigen Contract, sondern mehrere wirklich abschliessen, nämlich der Trassant einen mit dem Remittenten, der Inhaber eines (fremden Wechsels) einen mit dem Acceptanten und (bey der gemeinen Acceptation) auch der Trassant einen mit dem Trassaten (als Acceptanten); daher es mir zweckmässiger schien, zu sagen: das fremde Wechselgeschäft beruhe auf mehreren Contracten.

(a) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 71; v. Martens Grundriss, §. 82; Koschak, §. 124; Sonnleithner's Lehrbuch, §. 497; dessen Leitfaden, §. 115; Musäus, §. 160; Hökneri Diss. de litt. camb. indoss. (in Beseke thesauro, P. I., p. 380. — 407.), cap. I., §. 2; Heinemann, cap. II., §§. 7 et 10; Sieveking, §. 185; v. Weissenek, §. 54; Siegel, S. 37 — 38, §. 13; Scherer's Handbuch, II. Thl., S. 6.

Das Indossament erhält von mehreren Schriftstellern insbesondere dann den Nahmen Giro, wenn dasselbe vervielfältigt, d. i. wenn der Wechsel mehrere Mahle abgetreten wird (*b*), weil das Wort Giro einen Kreislauf bezeichnet, welcher erst durch die öftere Abtretung hervorgebracht wird.

In unsern Wechselordnungen ist aber der Ausdruck Giro und Indossament als ganz gleichbedeutend genommen (*c*), folglich werden auch hier diese beyden Benennungen als Synonyme gebraucht.

§. 113.

Die Indossirung ist bey uns erlaubt.

Der Giro ist bey uns im Allgemeinen ausdrücklich gestattet (*a*), obwohl in manchen auswärti-

(*b*) Vergl. *Heineccius*, cap. II., §. 10.; v. *Zimmerl's* Anleitung, §. 71; v. *Weissenek*, §. 54; *Scherer's* Handbuch, I. Thl., S. 699 und *Vegelien*, S. 94, litt. a.).

Aber *Siegel* (S. 40, §. 13, not. c.) und *Höckner* cap. I., §. 4.) erklären sich gegen diesen Unterschied der Benennung.

(*c*) Vergl. den 1. Art. d. W. O. v. 10. Sept. 1717, 1. October 1763 und d. westgal. v. 10. Oct. 1797 (S. die hieher gehörige Stelle des 1. Art. d. W. O. v. J. 1763 bey §. 145 Anm. a.).

(*a*) 32. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763. „Obwohl die vielfältig „girierte Wechselbriefe in etwelchen ausländischen Plätzen „verbothen, in vielen Orten aber im Gebrauch, solche auch „ohne Schwächung der Handlung nicht wohl zu limitiren „oder gar abzuschaffen seynd, so sollen zwar dieselbe zu „Beförderung Handels, und Wandels hinfüro gestattet, jedoch die Indossirung in Bianco gänzlich verbothen, mit „hin der Geber oder Girant eines solchen Wechselbriefes „schuldig seyn, den Giro, wie sichs gebühret, völlig, auch „mit Beysetzung des Tauf- und Zunahmens, Orts, der Zeit „und der Valuta also gewiss zu stellen, als im widrigen, „woferne eines von diesen Requisiten abgienge, der Giro „bloss für eine gemeine Procura geachtet, und der Wechselbrief, falls der Girant fallirte, für einen in dessen Massa „gehörigen Effect gehalten werden solle.“

Aus dem *Cod. di commercio*, Art. 136 — 138, geht das Nähmliche hervor.

Damit stimmt auch überein die W. O. v. Leipzig, §. 11, die augsbургische, vom 30. Juny 1716, IX Cap., §. 1; erneuert v. 1. December 1778, VIII. Cap., §. 3 (mit Ausnahme der auf Botzen lautenden Wechsel); die von Nürnberg, Cap. IV., §. 15; die von Frankfurt, §. 10; die bayerische, v. J. 1776, §. 3; jene, von 24. Nov. 1785, §. 2 und 16; die pohlische, §. 1, Nr. 9 u. a. m.

gen Wechselordnungen die Giri entweder gänzlich verboten (*b*), oder doch wenigstens in ihrer Anzahl beschränkt sind (*c*).

Nur für den Handelsplatz Botzen haben wir diessfalls eine Ausnahme, nach welcher die dort zahlbar gestellten Wechsel nicht girirt werden dürfen; würden sie aber dennoch girirt; so sollen sie nicht (gemeinhin) acceptirt werden können; doch ist die Honorirung derselben erlaubt (*d*).

§. 114.

Eigentliches Indossament (Indossamento per cessione) und Indossament per Procura.

Das Indossament geschieht entweder bloss zu dem Zwecke, um einen Andern zur Einhebung des Wechsels zu bevollmächtigen, in welchem Falle man dasselbe ein uneigentliches, oder Indossament *per Procura* nennt; oder es geschieht dasselbe in der Absicht, um das Eigenthum des Wechsels an einen Andern zu übertragen, wo man dasselbe ein eigentliches Indossament (*a*), wohl auch ein Indossament *per Cessione* oder *per modum cessionis* heisst (*b*).

(*b*) z. B. in der weimarischen W. O., §. 8.

(*c*) z. B. in der braunschweigischen W. O., Art. 42, nach welcher der Giro höchstens viermahl Statt findet.

(*d*) Botzner Satzungen und Freyheiten v. 23. März 1792, §. 72. „Die girirten Wechsel sollen künftig nicht angenommen (acceptirt) werden können.“

§. 82. „Die Tratten, wenn sie sich über die zweyte Hand erstrecken, ist jener, auf den sie gestellet, anzunehmen (zu acceptiren), oder auf Rechnung dessen, dem sie zugehören, zu bezahlen nicht schuldig, doch kann es aus Achtung für den Brief (*per onor di Lettera*) geschehen.“

(*a*) Das preussische L. R. (II. Thl., VIII. Titel, §. 806) nimmt diese Terminologie ausdrücklich an.

(*b*) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §§. 72, 75, 76 und 78; v. Weissenek, §. 54, Anm. a.); Sieveking, §. 185; Scherer, II. Thl., S. 7, §. 2; Siegel, S. 42 — 43; Heineccius, *cap. II.*, §. 10; v. Martens Grundriss, §. 82; Koschak, §. 124. Das eigentliche Indossament wird von Musäus (§. 162) *indossamentum in giro* genannt. Diese Benennung scheint mir aber, wenigstens bey

§. 115.

Erfordernisse des eigentlichen Indossamentes.

Damit das Indossament für ein eigentliches gelte und daher die Übertragung des Eigenthumsrechtes der Wechselforderung bewirke, sind folgende Erfordernisse desselben durch unsere Wechselgesetze vorgeschrieben:

1.) der N a h m e dessen, an den der Wechsel überlassen wird (*a*);

2.) die Beyrückung der Valuta, welche von dem Empfänger des Giro dafür gegeben wird, oder worüber sich der Girant mit demselben verglichen hat (*b*); wobey aber bemerkt werden muss, dass

uns, wo Indossament und Giro gleichbedeutende Ausdrücke sind, nicht anwendbar zu seyn. G r a t t e n a u e r (über die Wechselprocura, S. 93 — 95) eifert gegen die Benennung *Indossamento per procura* und will dafür bloss Wechselprocura gesagt wissen; da das Wort Indossament eine Cession bedeute und es widersprechend sey, Cession zur Bevollmächtigung zu sagen. Allein, Indossament heisst nichts Anderes, als eine Aufschreibung auf den Rücken einer Urkunde und sonach ist es recht gut, dass man durch den Ausdruck Indossament *per procura* die auf dem Wechsel selbst geschriebene Vollmacht von einer in einer Separaturkunde ausgefertigten *Procura* unterscheidet.

Dass auch unsere W. O. ein solches doppeltes Indossament anerkene, zeigt sich klar aus dem 32. Art., wo ausdrücklich eines Indossamentes, welches eine blosser Vollmacht wirkt, gedacht wird. Eben so erkennt diesen Unterschied der *Codice di Commercio* an, was aus der Zusammenstellung des 136. und 138. Art. hervorgeht.

(*a*) Dieses wird zwar in dem oben (§. 113, Anm. a.) angeführten 32. Art. d. W. O. nicht ausdrücklich gefordert; allein dieses fließt aus dem Verbothe des Giro *in bianco* (§. 117), welcher nichts Anderes ist, als ein Indossament mit Auslassung des Namens des Giratars.

(*b*) 32. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

Ueber die Nothwendigkeit dieses Erfordernisses, abgesehen von positiven Gesetzen, streitet (wie mir scheint siegreich) von Weissenek (§§. 86 — 88) gegen *Dicelius* (*Diss. de camb. trass.* §. 32.; in *Beseke thes.*, P. I., p. 203.); *Ritter* (*Exercitatio assig. et camb. trass. idea prima et genuina*, §. 23.; *ibidem*, pag. 317. und 318.) und *Höcker* (*Diss. de litt. camb. indoss.*, cap. II., §. 11.; *ibidem* pag. 394), welche behaupten, dass dieser Beysatz im Indossamente nicht wesentlich sey.

nach dem 9. Art. der W. O. v. J. 1763 alle diessfälligen Ausdrücke: z. B. Valuta verstanden, Valuta in Rechnung u. s. w., als gleich wirksam, wie jener, Valuta empfangen anzusehen seyen;

3.) der Ort und die Zeit der Ausstellung des Giro (c); endlich

4.) der eigenhändig geschriebene Vor- und Zunahme des Ausstellers des Giro (d).

Übrigens bedarf der Giro zu seiner Beweiskraft die Erfordernisse, welche der §. 114 der G. O. zur Gültigkeit der Schuldurkunden vorschreibt (nämlich dass sie entweder eigenhändig geschrieben und unterschrieben, oder wenn sie bloss eigenhändig unterschrieben sind, von zwey Zeugen mitgefertigt seyn müssen), nicht, da der Giro keine Schuldverschreibung ist (e).

§ 116.

Bey dem Mangel eines dieser Erfordernisse ist nur ein Indossament per Procura vorhanden.

Fehlt dem Indossamente auch nur ein einziges von den im vorigen §. angeführten Erfordernissen; so ist dasselbe, nach dem ausdrücklichen Inhalte des 32. Art. der W. O. v. J. 1763, nur für ein Indossament *per Procura* zu halten und der Wechsel bleibt ungeachtet des Indossamentes ein Eigenthum des Ausstellers des Giro, daher denn auch, wenn dieser fallirt, der Wechsel für ein zu

(c) 32. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

(d) Ebenda.

Der *Codice di commercio*, Art. 137, fordert die Datirung, das Valutabekennntniss und den Namen desjenigen, auf dessen Ordre das Indossament gestellt ist (die Namensunterschrift des Ausfertigers des Giro, von der darin nicht ausdrücklich die Rede ist, versteht sich aus dem Begriffe einer Urkunde wohl von selbst); zugleich verbiethet der 139 Art. die Antedatirung eines Giro unter Strafe des Falsums.

(e) Hofdecret v. 24. Sept. 1787.

dessen Concursmasse gehöriges Gut gehalten werden muss (a).

§. 117.

Eine Gattung des Indossamentes per Procura ist auch jenes in Bianco.

Das Nämliche gilt auch von dem sogenannten *Giro in Bianco*, welcher ebenfalls nur eine Art eines *Indossamentes per Procura* ist.

Man versteht darunter jenen *Giro*, in welchem die Beyfügung des Namens des Empfängers ausgelassen ist (a).

Gewöhnlich wird sogar dabey nur der Name des Ausfertigers des *Giro* unter einen leeren Raum hingeschrieben und sonach jedes andere Erforderniss eines eigentlichen *Giro* ausgelassen, damit denselben sodann der letzte Inhaber des Wechsels auf seinen Namen ausfüllen könne.

Dadurch wird es nun unmöglich gemacht, aus dem Wechsel alle Personen zu ersehen, von deren einer zur andern derselbe mittelst Übertragung gediht ist und dadurch die für den Credit und die Sicherheit des Wechselgeschäftes so wohlthätige Vorschrift der Gesetze, welche alle Überträger des Wechsels zur Haftung für die richtige Zahlung desselben verbindet, vereitelt. Daher ist auch dieser *Giro in Bianco* ausdrücklich durch den 32. Art. unserer Wechselordnung gänzlich verboten (b) und sonach, ungeachtet desselben, der Wechsel fortan als

(a) Sieh den 32. Art. d. VV. O. v. J. 1763 bey §. 113, Anm. a. Die nämliche Bestimmung enthält auch der *Codice di commercio*, Art. 138.

(a) Diese Definition ist sehr klar in dem 32. Art. der westgalizischen Wechselordnung v. 10. Oct. 1797 enthalten, wo es heisst: „die Indossirung in *Bianco*, das ist, ohne ausdrückliche Beysetzung des Vor- und Zunahmens“ (versteht sich des Uebernehmers).

(b) Leuchs (S. 94) hat daher bestimmt unrecht, indem er behauptet, dass die öster. VV. O. den *Giro in Bianco* nicht verbiete, da doch der 32. Art. der VV. O. ausdrücklich sagt, es sey „die Indossirung in *Bianco* gänzlich verboten.“

ein Eigenthum des Giranten erklärt, um dadurch jedermann von der Übernahme eines solchen bloss *in Bianco* girten Wechsels abzuhalten, wozu diese Anordnung auch das zweckmässigste Mittel ist, indem nicht so leicht jemand denselben auf die Gefahr hin übernehmen wird, dass er von demjenigen, welcher ihn *in Bianco* girte, als dessen Eigenthum zu jeder Zeit angesprochen werden kann und zwar ohne Unterschied, ob derselbe nachträglich von dem Übernehmer gänzlich ausgefüllt wurde oder nicht (c).

§. 118.

Bedingungen zum eigentlichen Indossamente.

Des eigentlichen Indossamentes ist überhaupt jeder Wechsel fähig, wenn nur die vom Gesetze geforderten Bedingungen hiezu vorhanden sind.

Zu diesen Bedingungen gehört vorerst, dass, wenn der Wechsel ein unförmlicher ist, derselbe von einem Kaufmanne (a) ausgestellt sey, widrigens er durchaus des Giro unfähig ist (b).

Diese Bedingung betrifft aber nur die unförmlichen und nicht auch die förmlichen Wechselbriefe, in Rücksicht deren die allgemeine Regel des 32. Art. der W. O., welche erklärt, dass die Giri nicht zu limitiren seyen, gilt, wonach die Giri förmlicher Wechsel auch dann gestattet sind, wenn der Aussteller derselben kein Kaufmann ist.

(c) Vergl. die mit dieser letzten Behauptung im Zusammenhange stehende Lehre von den Rechten und Pflichten des Indossatars aus dem Indossamente *per procura* im 4. Hauptstücke.

(a) Nach dem 47. Art. der westgal. W. O. sind auch die von Fabrikanten ausgestellten trockenen Wechselbriefe (von andern unförmlichen Wechseln spricht diese Wechselordnung überhaupt nicht) des Giro fähig.

(b) Die hieher gehörige Stelle des 53. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763 ist im 5. Absatze desselben enthalten und lautet auf folgende Art: „Wann nun jemand, der kein Kaufmann ist, auch „sonst kein Negotium treibet, gegen baar Geld einen unter- „worfenen Wechselbrief von sich giebt, so soll solcher, um „den Giro zu verhindern, niemahl auf Ordre gestellt, und „wenn auch die Ordre mit eingerückt wäre, solche nur als „eine gemeine Cession angesehen werden.“

Ausserdem ist überhaupt zur Zulässigkeit des eigentlichen Indossamentes eines jeden Wechsels nothwendig, dass derselbe auf *Ordre* laute und, wenn er öfter als einmahl girirt werden soll, so ist auch nothwendig, dass in jedem vorhergehenden *Giro* die *Ordre* wiederholt werde.

Dieses ergibt sich klar aus dem Schlusssatze des 33. Art. der Wechselordnung vom 1. Oct. 1763, wo es heisst: „jedoch wird bey einem auf *Ordre* ausgestellten Wechselbrief, wann selber weiters girirt worden, zugleich erfordert, dass auch in dem *Giro* die *Ordre* wiederholet werde: in dessen Ermanglung kann ein, obschon auf *Ordre* ausgestellter Wechselbrief sicher nicht negociret werden.“ Eben so klar geht dieses aus dem 9. Art. dieser W. O. hervor, wo im 2. Absatze desselben angenommen wird, dass die Sache dann bloss zwischen dem Ausgeber und Remittenten allein beruhen könne, wenn der Wechselbrief „nur auf des Inhabers Namen und nicht auf dessen *Ordre* oder *Comiss* zahlbar gestellet wäre.“ Nicht minder zeigt sich dieses aus dem Schlusssatze des 39. Art. der W. O., welcher sagt, dass der vom Remittenten über die dem Trassanten schuldig gebliebene Valuta ausgestellte Schein, „wenn er auf *Ordre* lautet, gleich einem Wechselbrief an einen Dritten girirt werden“ könne.

Am klärsten rechtfertigt sich aber diese Behauptung aus jener Stelle des 5. Absatzes des 53. Art. der W. O. (a), welche sagt, dass die unförmli-

Das Patent vom 30. Januar 1727 erklärt zwar unter Nro. 2 auch die von Nichtkaufleuten an Kaufleute auf *Ordre* ausgestellten unförmlichen Wechsel des *Giro* mit allen seinen Rechtswirkungen fähig; allein dadurch steht es im Widerspruche mit dem 53. Art. der W. O. v. J. 1763 und sonach trifft dieses ältere Gesetz der Grundsatz: *lex posterior derogat priori*.

(a) Vergl. diese Stelle bey dem vorigen §., Anm. b.).

chen Wechsel, welche nicht von Kaufleuten ausgestellt sind, nicht auf Ordre gestellt werden sollen, um dadurch den Giro zu verhindern, wornach also ganz sicher die Ordre die Bedingung des Giro ist, weil der Mangel desselben den Giro verhindern soll (b).

§. 120.

Fortsetzung.

So klar diese Bedingung der Ordre zur Zulässigkeit des Giro in unserer Wechselordnung in den eben erwähnten verschiedenen Stellen derselben ausgedrückt ist; so hat sich dessen ungeachtet ein Schriftsteller des Auslandes (a), welcher nach österreichischen Gesetzen das Gegentheil behauptet, berufen befunden, unsere vaterländischen Wechselrechtslehrer, insbesondere Koschak, über diesen Punct in die Schule zu schicken.

Seine Gründe reduciren sich darauf: 1.) dass weder der 2. Art. der W. O., welcher die Erfordernisse des Wechsels überhaupt, noch der 32. Art., welcher die Erfordernisse des Giro insbesondere bestimmt, von der Nothwendigkeit der Ordre eine Erwähnung machten, wornach es also bey der natürlichen allgemeinen Regel bleibe, dass jeder Wech-

(b) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 119; dessen Lehrbuch, §. 498; Neupauer, §. 127 und 128; Koschak §§. 126 und 127; v. Zimmerl's Anleitung, §. 77 und Wegelin, S. 94 — 95, lit. a.).

Mit diesen Erfordernissen unserer W. O. stimmen ausdrücklich überein: die W. O. v. Augsburg, Cap. VIII, §. 3; die württembergische, Cap. IV, §. 2, die dänische, §. 12 u. a. m.

Der *Codice di commercio* scheint die ausdrückliche Beyfügung des Wortes Ordre als Bedingung des Giro nicht zu fordern, da der französische Grundtext im 37. Art. in dieser Beziehung nur sagt: „*L'endossement*“ — — — — — „*énonce le nom de celui à l'ordre de qui il est passé.*“ Hiernach scheint sich die Ordre in der Beyfügung des Namens schon stillschweigend zu verstehen.

Das preussische Landrecht, II. Thl., 8. Tit., §. 829. erklärt ausdrücklich, dass das Indossament ohne Unterschied ob die Ordre im Wechsel ausgedrückt ist, oder nicht, zulässig sey.

(a) Scherer, II. Thl., S. 29 — 31.

sel indossirt werden könne; da in der Regel jedermann sein Recht an einen Andern zu übertragen befugt sey (*b*); 2.) dass der 53. Art. bloss von trockenen (soll wohl heissen unförmlichen) Wechseln spreche und daher auch rücksichtlich des Giro bloss von diesen zu verstehen sey; endlich 3.) dass der 33. Art. bloss entscheide, dass der Acceptant einen nicht auf Ordre gestellten Wechsel nicht anders, als auf seine Gefahr, vor dem Verfallstage bezahlen dürfe.

Allein diese Gründe halten, verglichen mit unserer W. O., keine strenge Prüfung aus. Denn 1.) beweiset der Umstand, dass im 2. und 32. Art. der W. O. nichts von der Nothwendigkeit der beyzurückenden Ordre enthalten ist, nichts für seine Meinung; da der 2. Art. nur jene Erfordernisse, welche zur Gültigkeit des förmlichen Wechsels selbst und der 32. nur jene Erfordernisse, welche zur Gültigkeit jedes Giros selbst wesentlich sind, vorschreibt. Dass der Beysatz „Ordre“ im Wechsel und im Giro zu der Gültigkeit des Wechsels oder des Giro selbst erforderlich sey, wird von Niemanden behauptet; im Gegentheile ist es gewiss,

(*b*) Diese Regel scheint mir, selbst abgesehen von positiven Gesetzen, nicht richtig zu seyn, wenn sich gleich damit die Meinungen vieler vorzüglicher Wechselrechtslehrer (vergl. *Höknéri Diss. de litt. camb. indoss., cap. III., §. 5*, in *Beseke thesauro, T. I., pag. 398. et 399.*; *Schubarti Decas questionum ex jure camb. quest. VI., §. 7., ibidem, pag. 858.*; *Grollmann, Diss. de cess. lit. eamb., cap. III., §. 10., ibidem, pag. 434.*; *Dicelius, de camb. trass., §. 21., ibidem, pag. 203.* und v. *Weissenek §§. 93 und 94*) vereinigen. Denn es handelt sich hier keineswegs bloss um eine gemeine Cession, bey der es dem Schuldner vorbehalten bleibt, die Einwendungen, welche er gegen den Cedenten hat, auch dem Cessionar entgegen zu setzen, sondern er wird durch den Giro um das Recht gebracht, seine Einwendungen, die ihm gegen den Giranten zu Gebote stehen, dem Giratar entgegen zu setzen (vergl. 4. Hptstk., 4. Abschn.). Soll derselbe daher dieses Recht, sich durch die dem ursprünglichen Gläubiger entgegen stehenden Einwendungen auch gegen den Uebernehmer zu vertheidigen, verlieren; so muss er doch wohl erst durch die Beyfügung des Wörtchens Ordre die Bewilligung dazu geben und dadurch auf das ihm nach der Natur der Sache zustehende Vertheidigungsrecht verzichten.

dass dieser Beysatz im Wechsel sowohl, als im Giro selbst allerdings mangeln könne, ohne dass der Wechsel oder der Giro, in welchem derselbe mangelt, desswegen ungültig ist (c); sondern die Folge dieses Mangels ist nur die, dass, wenn im Wechsel selbst dieser Beysatz fehlt, gar kein Giro und wenn derselbe in einem Giro fehlt, kein weiterer Giro zulässig ist. Es konnte daher allerdings weder im 2. noch im 32. Art. der W. O., welche nur den Zweck haben, die Erfordernisse zu bestimmen, die der Wechsel oder Giro enthalten muss, um selbst (an sich) gültig zu seyn, von der Nothwendigkeit des Beysatzes *Ordre* die Rede seyn, da dieser nicht zur Gültigkeit des Wechsels oder des Giro selbst erforderlich, sondern nur die Bedingung der Zulässigkeit eines Giro überhaupt, oder eines weiteren Giro ist; daher denn auch aus dem Umstande, dass in keinem dieser beyden Artikel die Rede von der *Ordre* ist, nicht der Schluss gezogen werden kann, dass dieser Beysatz (obschon dessen Mangel weder den Wechsel, noch jenen Giro, in dem er mangelt, ungültig macht) auch nicht nothwendig sey, um den Wechsel überhaupt giriren oder weiter giriren zu können. 2.) Wenn gleich der 53. Art. nur von unförmlichen Wechseln spricht; so zeigen doch die Worte desselben: „soll solcher“ (unförmliche Wechsel) „um den Giro zu verhindern, „niemahl auf *Ordre* gestellt werden,“ ganz deutlich, dass es nach österreichischen Gesetzen eine ausgemachte Sache sey, dass zum Giro jedes Wechsels überhaupt die Beyrückung der *Ordre* nothwendig sey, weil bloss dadurch, dass der Wechsel nicht auf *Ordre* gestellt wird, der Giro verhindert werden soll. Endlich 3.) ist es falsch, dass der 33. Art. bloss von dem Falle rede, dass der Acceptant einen nicht auf *Ordre* gestellten Wechsel nicht anders, als auf seine Gefahr, vor dem Verfallstage bezahlen dürfe; da es in (c) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 77.

demselben doch ausdrücklich heisst: „wenn aber ein Wechselbrief an Ordre gestellt ist, so mag der Bezogene oder Acceptant ihn sowohl als ein anderer negociiren,” wöronach wohl kein Zweifel ist, dass dieser Artikel mitunter auch vom Giro überhaupt spreche, weil darin die Ordre auch zur Bedingung für den Fall, wenn „ein Anderer“ als der Acceptant den Wechsel negociiren wollte, gemacht ist.

Auf die, aus dem 9. und 39. Art. der W. O. für die obige (§. 119) Behauptung hervorgehenden klaren Gründe wurde von diesem Schriftsteller gar kein Bedacht genommen (*d*).

§. 121.

Fortsetzung.

Eine eben so unerlässliche Bedingung zur wechselsrechtlichen Gültigkeit des Giro, als die bisher (§§. 118 — 120) behandelten, ist die persönliche Wechselfähigkeit des Giranten, in deren Ermanglung das Indossament desselben bloss als eine gemeine Cession angesehen werden darf (*a*).

(*d*) Wie dieser nämliche Schriftsteller aber sogar dazu kommt (II. Thl., S. 32, §. 9), zu behaupten, dass, nach dem 34. Art. unserer W. O. v. J. 1763, ein Wechsel, welcher auf Ordre lautet, girirt werden müsse und der Wechselinhaber nun verbunden sey, ihn zu giriren, widrigens der Acceptant zur Zahlung nicht verbunden wäre (!), ist fast unbegreiflich; da der 34. Art. nur von dem Falle spricht, wo von jemanden der nicht Remittent ist, der Wechsel zur Zahlung präsentirt wird, ohne sich ausweisen zu können, dass er zur Einhebung desselben berechtigt sey, in welcher Beziehung dann der Artikel sagt: „so ist der Acceptant nicht ehe, als bis zur erfolgenden Indossirung oder anderer genugsamen Legitimation, die Bezahlung zu leisten schuldig.“ Also ist der Acceptant auch ohne Indossirung, wenn sich der Inhaber nur auf andere Art genugsam, als zur Einhebung bevollmächtigt, legitimiren kann, die Bezahlung zu leisten schuldig.

Eben so falsch ist diese Behauptung desselben in Beziehung auf die Wechselordnung v. Bremen, Art. 14, wo nur von der gehörigen Ausfüllung des Giro und dem Verbote des Giro in Bianco gesprochen wird; die churpfälzische, Art. 41; die v. Elbingen, Art. 19; die jülich-bergische, Art. 40 und die v. Nürnberg, Cap. VI, §. 3, welche ganz gleichen Inhaltes mit der österreichischen sind.

(*a*) Höchste Entschliessung vom 13. Julius und Hofdecret vom 21. Sept. 1821, dritter Absatz (bey §. 154, Anm. b.).

§. 122.

Fortsetzung.

Hiebey entsteht aber die wichtige Frage, ob bloss das von dem Unfähigen gegebene Indossament selbst, oder ob auch jedes nun folgende Indossament nur als gemeine Cession betrachtet werden könne, wenn das letztere von einem Wechselfähigen gegeben worden wäre. Hierüber theilen sich die Meinungen, indem eine Parthey auch jedes weitere, selbst von einem Wechselfähigen ertheilte, Indossament nur für eine gemeine Cession angesehen wissen will; eine andere aber das Gegentheil behauptet.

Die Gründe der erstern bestehen darin. Einmahl könne Niemand mehr Rechte an einen Andern übertragen, als er selbst hat (*a*) und dann seyen die Rechte des Übernehmers ganz gleich den Rechten des Überträgers in Beziehung auf die überlassene Forderung (*b*); da nun der Giratar, welcher das Indossament von dem Unfähigen unmittelbar empfing, nur die Rechte eines gemeinen Cessionars erhalten habe; so könne er auch nicht mehr als bloss diese weiter übertragen, wornach sich die Unmöglichkeit einer weiteren Überlassung des Wechsels nach Wechselrecht von selbst ergebe.

Allein diese Gründe scheinen nicht haltbar zu seyn, wenn sie näher geprüft werden; denn es ist nur richtig, dass im Verhältnisse zu dem wechselunfähigen Giranten der Giratar desselben bloss die Rechte eines gemeinen Cessionars erhalte, keineswegs ist dieses aber auch im Verhältnisse zu den frühern Vormännern des Wechsels der Fall. Dass dem wechselunfähigen Giranten Wechselrecht gegen seine Vormänner gebührt habe, ist wohl keinem Zweifel unterworfen; da dem Wechselunfähigen nur

(*a*) A. b. G. B., §. 442.

(*b*) Ebenda, §. 1394.

verboten und daher unmöglich ist, sich selbst wechselrechtlich zu verbinden, keineswegs aber, sich Andere nach Wechselrecht verbindlich zu machen und daher eine wechselrechtliche Forderung zu erwerben (§. 154). Ist dieses richtig; so ist nicht einzusehen, warum er das, ihm gegen seine Vormänner zustehende, Wechselrecht nicht auch, wenn gleich nur mittelst einer gemeinen Cession, an einen Andern übertragen können soll; da in keinem Gesetze eine gemeine Cession des dem Inhaber einer Forderung zustehenden Wechselrechtes untersagt ist, wonach sich dieses eben so gut durch eine gemeine Cession als durch einen Giro übertragen lässt.

Hiernach ist es ausgemacht, dass der Giratar des wechselunfähigen Giranten, obschon er gegen diesen seinen unmittelbaren Giranten bloss die Rechte eines gemeinen Cessionars erwarb, doch gegen die frühern wechselfähigen Vormänner, mehr als diese, nämlich wirkliche Wechselrechte erworben habe und daher gegen sie seine Forderung wechselrechtlich verfolgen könne. Gebührt ihm Wechselrecht gegen diese Personen; so lässt sich nicht wohl begreifen, warum er, wenn er selbst wechselfähig ist, nicht auch sein Wechselrecht wieder weiter an Andere zu übertragen vermöge und dann steht ja der weitem wechselrechtlichen Übertragung (dem wirklichen Giro), wodurch auch er wechselrechtlich verbunden wird, nichts mehr im Wege; nur wird auch jeder fernere Giratar, ungeachtet er gegen alle seine übrigen Vormänner Wechselrechte erwirbt, gegen den wechselunfähigen Giranten bloss die Rechte eines gemeinen Cessionars haben. Mit dieser Ansicht stimmt auch ganz das Hofdecret vom 21. September 1821 (c) (dritter Absatz) überein, da dasselbe ausdrücklich bestimmt, dass der von Unfähigen gegebene Giro „gegen sie“ bloss die Kraft einer ge-

(c) S. die hieher gehörige Stelle des angef. Hofdecretes bey §. 154, Anm. b.).

meinen Cession habe; folglich wird ein solcher Giro und daher noch mehr ein von einem wechselfähigen Nachfolger ertheilter, ganz sicher gegen alle übrigen Vormänner die gewöhnliche wechselrechtliche Wirkung haben; sonst wäre in der angeführten Gesetzesstelle der Beysatz „gegen sie“ offenbar unnütz und ohne alle Wirkung. Es scheint also richtig zu seyn, dass ein fernerer, dem Giro eines Wechselunfähigen folgendes, Indossament, welches von einem Wechselfähigen ausgestellt ist, allerdings nicht bloss für eine gemeine Cession, sondern für einen wirklichen Giro angesehen werden müsse. Dieser Behauptung wird jeder Kenner des Wechselgeschäftes um so eher beypflichten, als er unmöglich zu übersehen vermag, welche Unsicherheit und Stockung durch die Geltendmachung der gegentheiligen Behauptung in das ganze Wechselgeschäft gebracht würde. Denn, bey der Unmöglichkeit, dass jeder nachfolgende Giratar, alle seine Vormänner kenne und daher ihre Wechselfähigkeit untersuche, wäre es wohl dann unvermeidlich, dass er häufig durch einen einzigen, in die Mitte von vielen Wechselfähigen getretenen, wechselunfähigen Giranten zu Schaden komme, indem er Wechselrechte durch den Giro erworben zu haben glaubte und am Ende doch nur eine gemeine Forderung übernommen hätte, wodurch, mit dem Verluste des wechselrechtlichen Regresses, das ganze Wechselgeschäft an Schnelligkeit und Sicherheit und sonach an seinem Credite einen nicht zu berechnenden Abbruch leiden würde; daher denn gewiss durch eine solche Massregel dasselbe seine Ausbreitung und dadurch von selbst seinen wohlthätigen Einfluss auf den Handel und auf den Nationalwohlstand verlieren müsste.

§. 123.

Fortsetzung.

Die letzte Bedingung zum eigentlichen Indossamente ist endlich, dass die abzutretende Urkunde

wirklich ein Wechselbrief sey; da die besondern Vorzüge, welche dem Giro vor einer gemeinen Cession zustehen (4. Hauptst., 4. Absch.), als Privilegien anzusehen sind, welche, da der 32. Art. d. W. O., den Giro nur bey Wechselbriefen zulässig erklärt, auf andere Urkunden nicht ausgedehnt werden dürfen. Daher wird weder die vom Trassanten über den für einen künftig erst auszufertigenden Wechselbrief bereits empfangenen Geldbetrag ausgestellte und zugleich das Versprechen, zur bedungenen Zeit denselben auszufertigen, enthaltende Interimsrecognition (§. 47), noch eine kaufmännische Anweisung, welche manchemahl unter Handelsleuten Statt barer Bezahlung des Wechsels angenommen wird (§. 213), girirt, sondern nur gemeinhin cedirt werden können.

Die einzige Ausnahme von dieser Regel machen nach dem 39. Art. der W. O. die (wenn gleich nicht in Wechselform) von dem Remittenten für den bereits empfangenen Wechsel über die dafür noch nicht dem Trassanten bezahlte Valuta ausgestellten Interimsrecognitionen, welche, wenn sie auf Ordre lauten, allerdings, gleich einem Wechselbriefe, girirt werden können (a). Dieses ist auch ganz consequent; da dieser Art. d. W. O. ausdrücklich erklärt, dass diese Schuld des Remittenten als ein Wechsel angesehen werden soll, woraus sich die Girirbarkeit des darüber ausgestellten Scheines von selbst ergibt.

§. 124.

Bedingungen zum Indossamente per Procura.

Die bisher (§§. 118 — 123) erörterten Bedingungen des eigentlichen Indossamentes können keineswegs auf das Indossament *per Procura* angewendet werden; da dieses letztere nichts, als

(a) Vergl. den 39. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 75, Anm. b.).

eine bloss auf dem Wechsel selbst geschriebene Vollmacht zur Erhebung der Wechselforderung und daher, ausser der allgemeinen persönlichen Fähigkeit, Verträge abzuschliessen, an keine besondern Bedingungen gebunden ist.

§. 125.

Der Giro ist ein Chirographarcontract.

Auch das eigentliche Indossament ist ebenso, wie der ursprüngliche Wechselcontract und die Acceptation, ein Chirographarcontract, d. h., er ist nicht früher gültig, bis der Inhalt desselben auf den Wechsel geschrieben ist. Diese Behauptung scheint gar keinem gegründeten Zweifel zu unterliegen; da der 32. Art. der W. O. v. J. 1763 ausdrücklich die Wirksamkeit desselben (Übertragung des Eigenthumes des Wechsels) von der gänzlichen, mit allen oberwähnten (§. 115) Erfordernissen versehenen, Ausfüllung des Giro abhängig macht, welche sich nur durch schriftliche Aufzeichnung dieser Erfordernisse denken lässt. Auch ist dieses ganz in der Natur der Sache gegründet; da auch die Rechtsverhältnisse zwischen den Übernehmern und Überträgern des Wechsels (Giranten und Girataren) im Wege des schleunigen Wechselprocesses geltend gemacht werden sollen, wobey zum Beweise der Übertragung ebenfalls ein schnell wirkendes Beweismittel, die schriftliche über den Giro errichtete Urkunde, erforderlich ist.

Das Indossament *per Procura* ist eine bloss Vollmacht zur Erhebung des Wechselbetrages. Vollmachten können aber überhaupt mündlich oder schriftlich ertheilt werden (a) und es ist aus den Wechselgesetzen nirgends zu entnehmen, dass jede Vollmacht zur Einhebung eines Wechsels schriftlich errichtet seyn müsse. Wenn aber eine solche Vollmacht den Namen Indossament verdienen soll;

(a) A. b. G. B., §. 1005.

so muss sie freylich geschrieben seyn, weil dieses Wort eine Aufschreibung auf den Rücken des Wechsels bedeutet. Allein in den rechtlichen Folgen ist es einerley, ob diese Vollmacht wirklich ein Indossament, durch Aufschreibung derselben auf den Rücken des Wechsels, oder eine mündliche sey.

§. 126.

Ob und wie ein Wechsel auch gemeinhin cedirt werden könne.

Dass eine Wechselforderung auch gemeinhin cedirt werden könne, ist wohl keinem vernünftigen Zweifel unterworfen, wenn dieselbe auch wirklich, wegen Mangels der erforderlichen Bedingungen (§§. 118 — 121) nicht eigentlich girirt werden kann; da jeder Inhaber eines Rechtes, welches nicht höchst persönlich ist, befugt ist, dasselbe abzutreten (a); nur wird eine solche Abtretung jener Privilegien nicht theilhaftig seyn, welche das eigentliche Indossament vor der gemeinen Cession voraus hat (4. Hauptst. 4. Absch.).

Aber schwieriger — wenn gleich bisher von allen Schriftstellern als zweifellos bejaht — ist die Frage zu beantworten, ob zu einer gemeinen Cession eines Wechsels eine bloss mündliche Verabredung, oder eine von dem Wechsel verschiedene Urkunde genüge; oder ob auch eine solche auf dem Wechsel selbst und zwar mit allen Erfordernissen (nicht Bedingungen) des eigentlichen Indossamentes ausgefertigt werden müsse.

Dass nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen auch zur gemeinen Cession eines Wechsels eine bloss mündliche Übereinkunft und eben so eine vom Wechsel verschiedene Urkunde hinreiche, lässt sich wohl nicht bezweifeln; da jeder Vertrag in der Re-

(a) §. 1393 d. a. b. G. B.

gel beliebig schriftlich oder mündlich, in dieser oder jener Form abgeschlossen werden kann. Wo daher nicht besondere Gesetze eine solche Überlassung eines Wechsels ausdrücklich oder stillschweigend als ungenügend erklären, muss diese Frage allerdings und ohne Zweifel bejaht werden. Allein, wenn wir eine hieher Beziehung habende Stelle unserer W. O. v. J. 1763 genau erwägen; so wird die Antwort hierauf allerdings sehr zweifelhaft und man dürfte eher geneigt seyn, zu behaupten, dass auch eine gemeine Cession auf dem Wechsel selbst und zwar mit allen Erfordernissen des eigentlichen Indossamentes ausgefertigt seyn müsse, widrigens dadurch keine Eigenthumsübertragung geschieht, als der allgemeinen entgegengesetzten Meinung beyzupflichten. Diese Stelle ist in dem 32. Art. der angef. W. O. enthalten (b). Es wird darin zur Übertragung des Eigenthums des Wechsels die Ausfüllung des Indossamentes mit allen vorgeschriebenen Erfordernissen (§. 115) angeordnet und dann die Sanction beygefügt: dass, „woferne eines von diesen „Requisiten abgienge, der Giro bloss für „eine gemeine Procura geachtet, und der „Wechselbrief, falls der Girant fallirte, „für einen in dessen Massa gehörigen „Effect gehalten werden solle.“ Wie will man nun diese Erfordernisse des Indossamentes, die doch nothwendig auf dem Wechsel befindlich seyn müssen, weil sonst der Begriff eines Indossamentes wegfiel (c), beobachten, wenn gar keine Indossirung, sondern nur eine gemeine Cession, entweder bloss mündlich, oder doch auf einem eigenen Blatte vorhanden ist, folglich, bey dem gänzlichen Mangel irgend eines Indossamentes, die Beobachtung jedes Erfordernisses desselben von selbst unmöglich wird? Und

(b) S. diesen Art. bey §. 113, Anm. a.).

(c) Vergl. v. Zimmerl's Anleitung, §. 72, und Höckner, cap. II., §. 1. (in Beseke thes., P. I., pag. 387).

doch knüpft das Gesetz an die Nichtbeobachtung eines einzigen von den vorgeschriebenen Erfordernissen des Indossamentes die Folge, dass der Wechsel ein Eigenthum des Überträgers bleibe. Es scheint daher, dass, ungeachtet der gemeinen Cession, welche auf einem b e s o n d e r n Blatte oder gar bloss mündlich geschehen ist, der Wechsel ein Eigenthum des Überträgers bleibe und daher diese Separatcession wirkungslos sey. Diese Meinung findet auch ausserdem noch eine Stütze an dem 32. Art. der westgalizischen W. O. (d), welcher ausdrücklich in seinem Schlusssatze erklärt, dass bey dem Mangel der darin zum Giro vorgeschriebenen Erfordernisse, eine gemeine Cession vorhanden sey, welche die Übertragung des Eigenthumes nicht bewirke.

Noch mehr wird diese Meinung durch eine genaue Prüfung der über den Giro in Bianco bestehenden Grundsätze bekräftigt. Bey diesen ist es in Österreich eine ausgemachte Sache, dass er die Eigenthumsübertragung des Wechsels nicht bewirke; sondern bloss für eine gemeine Procura zu achten

(d) Dieser 32. Art. der westgal. W. O. ist besonders im ersten Absatze etwas undeutlich stylisirt, daher erlaube ich mir bey der Anführung desselben einige Commente in Parenthesen beyzufügen. Er lautet auf folgende Art: „Obschon die vielfältig girirten Wechselbriefe in manchen ausländischen Plätzen verbothen, in vielen Orten aber im Gebrauche und ohne Schwächung des Handels nicht wohl zu beschränken oder gar abzuschaffen sind; so sollen dieselben zwar zur Beförderung des Handels und Wandels forthin gestattet, jedoch die Indossirung in *Bianco*, das ist, ohne ausdrückliche Beysetzung des Vor- und Zunahmens“ (versteht sich des Uebernehmers; denn das Wesen des Giro in Bianco besteht ja darin, dass der Name des Uebernehmers ausgelassen wird) „gänzlich verbothen seyn. Es ist aber nicht erforderlich, dass der ganze Inhalt des sogenannten Giro mit eigener Hand geschrieben werde, wenn nur der Vor- und Zunahme“ (des Ueberträgers) „mit eigener Hand gefertigt wird; widrigens würde die Girirung nur für eine gemeine Cession gehalten und der Wechselbrief, im Falle der Girant bankrott würde, unter die übrigen in die Masse gehörigen Sachen gerechnet werden.“

sey, was auch der klaren Bestimmung des 32. Art. der W. O. v. J. 1763 entspricht. Dieser Giro in Bianco wird nun in den meisten Fällen von dem Übergeber dem Übernehmer dann erst ausgestellt, wenn zwischen ihnen bereits das Einverständniss getroffen wurde, dass der Wechsel in das Eigenthum des letztern überlassen und von ihm übernommen werden soll. Hier ist also offenbar schon eine mündliche gemeine Cession zwischen beyden abgeschlossen und doch erklärt das Hofdecret v. 24. Sep. 1787 den Giro in Bianco unbedingt für ungültig und der Wechsel bleibt sonach zu Folge des 32. Art. der angef. W. O. ein Eigenthum des Übergebers. Was für eine Wirkung hat also hier die mündliche, dem Giro in Bianco vorhergegangene gemeine Cession — und ist diese nicht von Rechtswirkung, warum soll es denn die auf einem abgesonderten Blatte ausgefertigte schriftliche gemeine Cession seyn; da die Gesetze zwischen den Rechtswirkungen beyder keinen Unterschied machen? Wenn nun hiernach der Giro in Bianco, wobey doch wenigstens die eigenhändige Unterschrift des Übergebers auf dem Wechsel enthalten ist, keine Eigenthumsübertragung bewirkt, wie ist es dann erklärbar, dass eine, ohne Giro in Bianco geschehene gemeine Cession, wobey sich auf dem Wechsel selbst gar kein Merkmal der Übertragung desselben befindet, eine mehrere Rechtswirkung habe?

Diese Meinung wird ferner durch die Bemerkung unterstützt, dass sonst das Verboth des Giro in Bianco und die gesetzliche Erklärung seiner Wirkungslosigkeit durchaus nicht von der Umschiffung gerettet werden könnte; denn, wer einen solchen Giro in Bianco in den Händen hat, kann sich so leicht im Einverständnisse mit dem Übergeber, wenn auch der Giro wirklich fortan unausgefüllt bleibt, die nachträgliche Erklärung des letztern verschaffen, dass er dem erstern den Wechsel gemeinhin cedirt habe und dadurch das Gesetz eludiren, das den Überge-

ber des Wechsels bey dem Giro in Bianco für den Eigenthümer des Wechsels erklärt (*e*). Was nützte aber ein Gesetz, das gar so leicht umschifft werden könnte? Wir dürfen daher die entgegengesetzte Behauptung schon darum nicht aufstellen, weil dadurch die Umschiffbarkeit der Anordnungen über den Giro in Bianco herbeygeführt würde.

Endlich vereinigt sich mit allen diesen Gründen noch jener, dass es in dem Zwecke des Wechselinstitutes liege, dass jedes Recht, welches auf den Wechsel geltend gemacht werden soll, auch aus demselben selbst ersichtlich seyn müsse, weil nur bey dieser Einfachheit der Wechselmanipulation alle Rechte der Theilnehmer gehörig gesichert seyn können. Alles was ausser dem Wechsel liegt und nicht in der durch die Wechselgesetze bestimmten Form

(*e*) Man könnte vielleicht glauben, diess sey so gefährlich nicht, da bey ausgebrochenem Concurse ohnehin das Geständniss des Cridatars keinen Beweis wirkt und ausser diesem Falle Niemand's Interesse dadurch gefährdet werden und daher Niemanden dadurch Unrecht geschehen könnte, wenn der Uebergeber auf diese Art sich seines Eigenthumes des Wechsels begibt. Ich will aber dagegen einen sehr einfachen Fall aus meiner eigenen Praxis anführen, der hoffentlich zur Genüge vom Gegentheile überzeugen wird. A hatte dem B einen eigenen förmlichen Wechsel ausgestellt. B girirte ihn ordentlich an C. Kurze Zeit darauf bekam A an den C eine viel grössere Gegenforderung, als worauf der Wechsel lautete, die er also gegen die Wechselforderung zu compensiren berechtigt war, wenn C Eigenthümer des Wechsels blieb. Nun girirte C diesen Wechsel in Bianco an D und dieser präsentirte ihn, ohne vorläufige Ausfüllung des Giro, dem A zur Zahlung; A, den Giro in Bianco sogleich bemerkend, rief zwey Zeugen, welche mit ihm sich von dem Vorhandenseyn desselben überzeugten, um darüber gerichtlich Zeugenschaft abgeben zu können und nun verweigerte er die Zahlung aus dem Grunde der Compensation. Hatte in diesem Falle A kein Interesse, dass der Wechsel Eigenthum des C blieb und hätte ihm nun nicht durch eine vorgebliche mündliche (oder auch durch eine vordatirte schriftliche) gemeine Cession Unrecht geschehen können? Allerdings; da er auch dem gemeinen Cessionar D die Einwendung der Compensation, die er an den Zwischeninhaber C hatte, (nach §. 1142 des a. b. G. B.) nicht entgegen setzen gekonnt hätte, wenn eine gültige gemeine Cession vorhanden gewesen wäre.

sich darstellt, bleibt in Beziehung auf denselben den daran Theilnehmenden fremd; wer daher ein Recht auf den Wechsel geltend machen will, muss es in der gesetzlich vorgeschriebenen Form thun können, oder er kann es gar nicht.

Hiernach scheint nach österreichischen Gesetzen gegen die allgemeine bisherige Meinung der Satz behauptet werden zu müssen: man kann zwar einen Wechsel, wenn er auch des eigentlichen Indossamentes, wegen Mangels der hiezu erforderlichen Bedingungen nicht fähig ist, gültig gemeinhin cediren, aber nur durch eine auf dem Wechsel selbst geschriebene, mit allen Erfordernissen des eigentlichen Indossamentes versehene Erklärung.

§. 127.

Fortsetzung.

Dagegen wendet man nun zweyerley ein (*a*): 1.) dass nach dem §. 883. d. a. b. G. B. jeder Vertrag und sonach auch der Cessionsvertrag, schriftlich oder mündlich, in beliebiger Form abgeschlossen werden könne (*b*); es sey daher nicht abzusehen, warum die Cession einer Wechselforderung nach andern Grundsätzen beurtheilt werden sollte; dann 2.) dass in den im vorigen §. (S. 242) angeführten Worten des 32. Art. der W. O. v. J. 1763: „wofern eines von diesen Requisiten abginge.“ u. s. w. keineswegs eine absolute Absprechung des Eigenthumsrechtes des Übernehmers auf den Wech-

(*a*) Ich danke die Bekanntschaft mit diesen Einwürfen mündlichen Mittheilungen dieses meines Satzes an einige meiner Freunde, welche sie mir (besonders den zweyten) scharfsinnig genug entgegengesetzt haben.

(*b*) §. 883 des a. b. G. B.: „Ein Vertrag kann mündlich oder schriftlich; vor Gericht oder ausserhalb desselben; mit oder ohne Zeugen errichtet werden. Diese Verschiedenheit der Form [macht, ausser den im Gesetze bestimmten Fällen, in Ansehung der Verbindlichkeit keinen Unterschied.“

sel, sondern nur die Aufstellung einer gesetzlichen Vermuthung dass der Übergeber Eigenthümer des Wechsels bleibe, enthalten sey, die aber keineswegs den Beweis des Gegentheils, dass man, ungeachtet des ungültigen Giro, dennoch durch eine gemeine Cession wirklich Eigenthümer des Wechsels geworden sey, ausschliesse; der Nachtheil aus der Annahme eines ungültigen Giros, oder der Übernahme des Wechsels ohne allen Giro, wäre daher für den Übernehmer kein anderer, als der, dass er, ungeachtet er im Besitze des Wechsels ist, den Beweis führen müsse, dass derselbe sein Eigenthum, folglich ihm gemeinhin abgetreten worden sey. Dass aber die angeführte Stelle des 32. Art. der W. O. v. J. 1763 wirklich nur eine gesetzliche Vermuthung und nichts weiter enthalte, bewiesen die Worte derselben: „geachtet“ und „gehalten.“

Der erste von diesen Einwürfen ist unbedeutend. Denn er zerfällt von selbst, wenn man den Schlusssatz des 883. §. d. a. b. G. B. mit dem Vordersatze desselben verbindet; da in jenem gesagt wird, dass die Verschiedenheit der Form in der Abschliessung der Verträge, ausser den im Gesetze bestimmten Fällen, in Ansehung der Verbindlichkeit keinen Unterschied mache. Nun aber bestimmt das Gesetz (32. Art. d. W. O.) in dem Falle der Überlassung eines Wechsels eine besondere Form; also macht die Nichtbeobachtung derselben, gerade zu Folge des §. 883 des a. b. G. B., die Überlassung eines Wechsels wirkungslos.

Wichtiger ist dem ersten Anscheine nach der zweyte Einwurf; allein auch dieser ist nicht schwer zu lösen. Zuvörderst ist es an und für sich nicht erwiesen, dass die Verfügung des Schlusssatzes des 32. Art. der W. O. v. J. 1763 nur eine Vermuthung enthalte; da die darin vorkommenden Worte „geachtet“ und „gehalten“ eben so gut, ja noch besser, eine absolute Erklärung der gänzlichen Wirkungslosigkeit der nicht mit allen Erfordernis-

sen des Giro versehenen Überlassung des Wechsels, als die von den Gegnern behauptete Vermuthung bezeichnen können; zumahl da das Erste noch durch die Textirung des 32. Art. der westgalizischen W. O., wo, Statt der in der W. O. v. J. 1763 vorkommenden Stelle: „und der Wechselbrief, falls der „Girant fallirte, für einen in dessen Massa gehörigen Effect gehalten werden soll“, die Worte gebraucht sind: „und soll der Wechselbrief, im Falle „der Girant bankrott würde, unter die übrigen in „die Masse gehörigen Sachen gerechnet werden“ (wo die hier gebrauchten Worte „gerechnet werden“ durchaus auf keine Vermuthung hindeuten) sehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Lassen wir das aber dahin gestellt seyn; so würde doch aus der gegenheiligen Ansicht das Resultat folgen, dass die dem 32. der W. O. beygefügte Sanction (wenn diese bloss in der Aufstellung der Vermuthung, dass der Überlasser Eigenthümer des Wechsels sey, bestünde) ganz wirkungslos, folglich im Grunde gar keine Sanction wäre. Denn, was wirkt überhaupt eine gesetzliche Vermuthung, als, dass sie jenen, für den sie streitet, der Beweiseslast enthebt und jenem, gegen welchen sie steht, dieselbe auflegt (c)? Sonach würde im Grunde genommen der 32. Art. der W. O. seine Anordnung durch nichts Anderes sanctionirt haben, als dadurch: wer sich

(c) §§. 104 und 105 d. a. G. O. Vergl. Prato bevera's Materialien, II. B., S. 54 — 67; v. Gönner's Handbuch des gemeinen Processes (2. Aufl., Erlangen 1804), II. Thl., S. 256 und 280; Weber, über die Verbindlichkeit zur Beweisführung (Halle, 1805), S. 111 und 163; v. Grollmann's Theorie des gerichtlichen Verfahrens in bürgerl. Rechtsstreitigkeiten (3. Aufl., Giessen und Darmstadt 1810), §. 81, a.); Martin's Lehrbuch des gemeinen deutschen bürgerl. Processes (Göttingen, 1819), §§. 123 und 171; v. Tevenar, Theorie der Beweise im Civilprocesse (Magdeburg, 1805, neue von Jury besorgte Aufl.), S. 44; Schneider, vollständige Lehre vom rechtlich. Beweise in bürgerl. Rechtsachen (Giessen und Darmstadt, 1803), §§. 15 — 50; Borst, über die Beweislast im Civilprocesse (Bamberg und Leipzig 1816), §§. 29 — 34.

nicht mit dem gesetzmässigen Giro als Eigenthümer des Wechsels ausweisen kann, muss den Beweis führen, dass ihm der Wechsel gemeinhin cedirt und er dadurch Eigenthümer desselben geworden sey; dieses wäre aber desswegen wirkungslos und unnütz, weil es sich nach gemeinen Rechtsgrundsätzen ohnediess versteht. Denn, obschon der Übernehmer einer Forderung Besitzer der Schuldurkunde ist; so wird er durch diesen Umstand des Besitzes doch keineswegs des Beweises, dass ihm die Forderung wirklich abgetreten worden sey, enthoben; indem man nach der ausdrücklichen Bestimmung des §. 1393 des a. b. G. B. (d), nur bey Schuldscheinen, welche auf den Überbringer lauten, nebst dem Besitze derselben keines andern Beweises der Abtretung bedarf. Da nun jeder Wechsel auf einen bestimmten Nahmen oder dessen Ordre lautet; so verstünde es sich daher ohnediess von selbst, dass jeder, der sich nicht durch einen gehörigen Giro über die Abtretung und sonach das Eigenthum des Wechsels auszuweisen vermöchte, den Beweis der Abtretung auf eine andere Art herstellen müsste und sonach wäre allerdings die Sanction des 32. Art. der W. O., wenn sie nichts enthielte, als bloss die obgedachte Rechtsvermuthung, ganz wirkungslos und also dieser Artikel gar nicht sanctionirt.

§. 128

Girirung der Wechselcopieen.

Von der im §. 126 aufgestellten Regel, dass das Indossament auf dem Wechsel selbst geschrieben seyn

(d) §. 1393 d. allg. b. G. B. „Alle veräusserliche Rechte sind „ein Gegenstand der Abtretung. Rechte, die der Person an- „kleben, folglich mit ihr erlöschen, können nicht abgetreten „werden. Schuldscheine, die auf den Ueberbringer lauten, „werden schon durch die Uebergabe abgetreten, und bedür- „fen nebst dem Besitze keines andern Beweises der Abtretung.“

müsse, macht nach dem allgemein bestehenden Kaufmannsstyle, die Indossirung der Wechselcopieen (§. 58) eine Ausnahme; da man diese zum Giro, in Ermanglung einer Secunda, ebenso wie diese selbst, benützt und den darauf befindlichen Originalgiri die nämliche Kraft, wie jenen auf dem Originalwechsel selbst, zugesteht (*a*), was auch durch eine über den 34. Artikel der W. O. v. 1. October 1763 erflossene gesetzliche Erklärung, welche der indossirten Wechselcopieen ausdrücklich erwähnt, bestätigt wird (*b*).

§. 129.

A l o n g e s.

Manchmahl läuft der Wechsel mittelst des Giro in so viele Hände, dass es nicht mehr möglich

(*a*) v. Zimmerl's Anleitung, §. 57 und Leuchs, S. 157 — 159.

(*b*) Hofdecret der obersten Justizstelle an sämtliche Appellationsgerichte v. 21. October 1793 und Hofdirectorialdecret v. 6. Juny 1794. „Ueber die Beschwerde des Handelsstandes „zu Wien gegen den 34. Art. der Wechselgerichtsordnung, „und den hierüber von dem Appellationsgerichte erstatteten „Bericht haben S. Majestät zu entschliessen befunden.

„Es könne von dem Art. 34 der Wechselgerichtsordnung, „welcher mit ähnlichen Anordnungen vieler anderen Handels- „plätze vollkommen harmonire, und seit 1717, folglich 76 „Jahren seit seiner Bestehung keine widrige Folge dargestellt habe, um so minder abgegangen werden, als die zwey „wichtigsten Beschwerden nur aus dem Missverstände des „Gesetzes entsprungen sind, als ob nämlich einerseits die „gerichtliche Deponirung anbefohlen, und als ob andererseits auch jenem (der von dem Trassanten den ausdrücklichen Befehl, den nicht indossirten Prima-Wechsel bloß zur Acceptation vorzulegen, und den acceptirten bey Verfallszeit unceingehoben bis zu Einlangung der indossirten Copie, oder Secunda erliegen zu lassen erhalten hat,) die Verbindlichkeit zu Erhebung der in diesem Artikel vorgesehenen Zahlungsart, oder sonstigen Levirung des Protes-tes auftrage, da doch von ein so anderen in dem Gesetze „Nichts enthalten ist.“

In von Zimmerl's alphabetischem Handbuche zur Kenntniss der Handels- und Wechselgeschäfte (II. Thl., S. 670) und in dessen vollständiger Sammlung der Wechselgesetze u. s. w. (II. B., 2. Abth., S. 162) ist dieses Hofdecret mit dem Datum v. 21. Oct. 1794 angeführt; das obige Datum habe ich aber aus Kropatschek's Gesetzsammlung entnommen, da dieses Hofdecret in der legalen Justitzgesetzsammlung nicht enthalten ist.

ist, alle Giri auf den Wechsel selbst zu setzen; man bedient sich daher der sogenannten *Alonges*, welche nichts Anderes, als Verlängerungszettel, welche an dem Wechsel selbst (rechts an der Breite desselben) angeheftet werden und welche sonach, als blosse Fortsetzungen des Wechsels einen integrierenden Theil desselben ausmachen. Darauf schreibt man die folgenden Giri, die auf dem Wechsel selbst nicht mehr Platz haben.

Hiebey entsteht die Frage, auf welche Art, diese *Alonges* mit dem Wechsel, zu verbinden seyen, damit dieselben als gültige und beweiswirkende Fortsetzungen des Wechsels betrachtet werden können (a).

Wenn wir die Sache näher erwägen; so werden wir finden, dass der Wechsel und diese zum Behufe mehrerer Giri angehängten Verlängerungszettel desselben nichts Anderes, als zusammen eine und dieselbe aus mehreren Blättern bestehende Urkunde ausmachen und dann dürfte die Entscheidung dieser Frage sehr leicht aus dem §. 115 unserer allg. G. O. v. 1. May 1781 (westg. G. O., §. 184; italien., §. 174) zu entnehmen seyn. Es heisst darin: „wenn eine Urkunde aus mehreren Bogen besteht, sollen alle mit einem Faden oder mit einer Schnur zusammengeheftet, beyde Enden mit hartem Siegelwachse festgemacht und das Petschaft des Ausstellers darauf gedrückt seyn, widrigens verdient der Bogen, welcher hat unterschrieben werden können, keinen Glauben.“ Folglich wird auch dieses Verlängerungsblatt mit dem Wechsel

(a) Einen trefflichen sich hieraufbeziehenden Vorschlag macht *Sieveking* (Materialien, §. 185, Anm.), indem er anrath, dieses Verlängerungsblatt, etwa durch Abschrift des letzten Indossamentes, oder durch Züge, die halb auf dem Wechsel, halb auf dem angeklebten Blatte stehen, oder dadurch, dass eine Zeile des Indossamentes halb auf dem Wechsel, halb auf das Blatt geschrieben werde, zu bezeichnen. Eben so beachtenswerth sind die Vorschläge, welche *Leuchs* (S. 66, Anm.) zur Verhinderung, dass ein falscher Giro auf den Verlängerungszettel geschrieben werde, macht.

durch einen Faden oder eine Schnur zusammengeheftet und dann beyde Ende des Fadens oder der Schnur mit hartem Siegelwachse unter Aufdrückung des Siegels des ersten Giranten, der seinen Giro auf diesen Verlängerungszettel schreibt, festgemacht werden müssen.

B.) Von der Wechselbürgschaft.

§. 130.

Begriff der Wechselbürgschaft.

Die Wechselbürgschaft ist im Wechselgeschäfte derjenige Nebenvertrag, wodurch sich jemand verbindet, den Wechsel zu bezahlen, wenn der Principalschuldner denselben nicht zur gehörigen Zeit einlöst.

§. 131.

Verschiedene Gattungen derselben.

Die Wechselbürgschaft ist zweyfach: die eigentliche, welche insbesondere Aval heisst und die uneigentliche.

Die eigentliche Wechselbürgschaft, das Aval, ist jene Bürgschaft, welche durch die Aufschreibung des Bürgen als solchen auf den Wechsel selbst contrahirt wird. Die uneigentliche Wechselbürgschaft hingegen ist jene, welche entweder bloss mündlich abgeschlossen, oder über welche eine besondere Urkunde errichtet wird (a).

(a) Vergl. Koschak, §. 144; Neupauer, §. 284; Heineccius, cap. III., §§. 26 et 28; v. Weissenek, §. 81. — Scherer (I. Thl., S. 299) dagegen ist der Meinung, dass jede Bürgschaft für einen Wechsel, in der man sich dem Wechselrechte unterwirft, ein Aval zu nennen sey. Da unsere Gesetzgebung von dem Unterschiede zwischen Aval und uneigentlicher Wechselbürgschaft schweigt; so bin ich der allgemeineren Terminologie der früher genannten Schriftsteller gefolgt; zumahl da Scherer selbst mit sich diessfalls nicht einig zu seyn scheint, was klar aus der Vergleichung dessen, was er unter dem Schlagworte „Aval“ (S. 299) und jenes, was er unter dem Schlagworte „Bürge“ und „Bürgschaft“ (S. 370) sagt, erhellt.

§. 132.

Die Wechselbürgschaft ist bey uns kein wechselrechtlicher Contract.

Nach den allgemein über die Wechselbürgschaft bestehenden Grundsätzen ist dieselbe für einen wechselrechtlichen Contract anzusehen; da ihr allgemein die wechselrechtlichen Wirkungen beygelegt werden und zwar dem Avalle in jedem Falle, der uneigentlichen Wechselbürgschaft aber nur dann, wenn sich der Bürge darin ausdrücklich erklärt, nach Wechselrecht haften zu wollen und sich dem Wechselgerichte zu unterwerfen (a). Allein bey uns ist nach einem der neuesten vaterländischen Gesetze (b), die Wechselbürgschaft nicht unter die Wechselcontracte zu rechnen; da dasselbe erklärt, dass sie auf jeden Fall nur nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen sey (c).

§. 133.

Gegenstand der Wechselbürgschaft.

Die Wechselbürgschaft findet nicht nur für den Aussteller, sondern auch für jeden Giranten und den Acceptanten Statt; eben so kann man sich sowohl für förmliche als unförmliche, für fremde und für eigene Wechsel eines Andern ver-

(a) Scherer, I. Thl., S. 299 und 307; Heineccius, l. c. et cap. VI., §. 10; v. Weissenek, §. 81 und 82; v. Bosset, S. 244 — 254; Koschak, §. 144.

(b) Hofdecret v. 21. Sept. 1821, 4. Absatz. „Für förmliche oder „trockene Wechsel von wem immer geleistete Bürgschaften „sind nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen. Die Klage „gegen den Bürgen gehört vor eben das Gericht, bey welchem derselbe wegen einer andern Bürgschaft belangt werden könnte.“

(c) Der Cod. di com. Art. 141 und 142 erkennt sie aber, sie mag eine eigentliche oder uneigentliche seyn, als einen Wechselcontract an; da er ihr wechselrechtliche Wirkungen zugesteht.

bürgen; da man sich überhaupt für jede rechtsbeständige Forderung als Bürge verbinden kann (a).

§. 134.

Form derselben.

Die Form des Avals ist ganz einfach und besteht in der Aufschreibung weniger Worte auf den Wechsel selbst, welche die Verbindlichkeit des Bürgen bezeichnen. Gewöhnlich werden die Worte: „diese Post zahle ich, wenn N. N. man- quirt;“ oder: „für diese Post bürge ich;“ oder: „*pour aval*,“ nebst der Unterschrift des Bürgen hingesetzt; manchmal unterschreibt auch der Bürge bloss den Wechsel und fügt seiner Unterschrift die Eigenschaft als Bürge bey, z. B.: „N. N. als Bürge“ (a).

Für die uneigentliche Wechselbürgschaft ist gar keine besondere Form üblich und es ist gleichgültig, welche sie habe; wenn nur aus derselben ersichtlich ist, dass man für die Wechselforderung bürge. Abgesehen von den österreichischen Gesetzen muss darin auch ausdrücklich die Erklärung enthalten seyn, dass man sich dem Wechselrechte unterwerfe, sonst haftet man daraus nicht nach demselben (b). Allein nach unsern Gesetzen würde diese Erklärung durchaus von keiner Wirkung seyn; da das eben zuvor (§. 132, Anm. b.) angeführte Hofdecret v. 21. Sept. 1821 ohne alle Ausnahme befiehlt, die Wechselbürgschaften nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen.

Wenn man bloss für eine gewisse Person, oder nur einem bestimmten Gläubiger als Bürge haften will; so muss man sowohl bey dem Avale als der uneigentlichen Wechselbürgschaft diese Beschränkung deutlich ausdrücken; sonst würde man natür-

(a) §§. 1350 und 1351 d. b. G. B.

(a) Vergl. Scherer, 1. Thl., S. 300, Koschak, §. 144.

(b) Vergl. oben bey §. 132 die Anm. a.).

lich für alle Wechselverbundenen und allen Wechselgläubigern haften, weil aus der ohne diesen Beysatz ausgesprochenen Bürgschaft nichts Anderes ersichtlich wäre, als dass man für diese Wechselforderung überhaupt, folglich für jeden Schuldner und allen Gläubigern des Wechsels bürge.

C.) Von den gemeinen, bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden, Vollmachten.

§. 135.

Unterschied zwischen dem Indossamente per Procura und den gemeinen Vollmachten.

Ungeachtet das Indossament *per Procura* nichts als eine Vollmacht ist; so unterscheiden sich die gemeinen Vollmachten doch von ihm darin, dass durch dasselbe eine dritte Person, im Nahmen des Eigenthümers der Wechselforderung, diese einzucassiren und zwar dadurch berechtigt wird, dass diese Berechtigung auf dem Rücken des Wechsels geschrieben ist; während hingegen gemeine Vollmachten nicht bloss die Eincassirung des Wechsels, sondern auch die Unternehmung anderer verbindlicher Wechselacte im Nahmen des Mandanten zum Gegenstande haben können und nicht durch Aufschreibung auf den Rücken des Wechsels, sondern entweder mündlich, oder in einer Separaturkunde ertheilt werden.

§. 136.

Gegenstand der gemeinen Vollmachten im Wechselgeschäfte.

Der Gegenstand einer gemeinen Vollmacht im Wechselgeschäfte kann sowohl die Eincassirung der

Wechselforderung, als auch die Disponirung der Gelder des Principals auf Wechsel, die Ausstellung, Girirung, Acceptation und Zahlung von Wechsela im Nahmen des Gewaltgebers seyn; da man in der Regel alle seine Geschäfte durch einen Bevollmächtigten verrichten zu lassen berechtigt ist und in Rücksicht der Wechselgeschäfte diessfalls keine gesetzliche Ausnahme besteht.

§. 137.

Form derselben.

Die Form einer Vollmacht im Wechselgeschäfte ist von jener einer andern Vollmacht nicht verschieden; sie kann daher schriftlich oder mündlich ertheilt werden (a), wenn nur bey der letztern dieselbe demjenigen, mit welchem der Bevollmächtigte diese Geschäfte abschliessen soll, gehörig bekannt gemacht wurde; sonst würde er sich nicht mit ihm ohne Gefahr, von einem Betrüger, der eine mündlich erhaltene Vollmacht lügt, hintergangen zu werden, in das Geschäft einlassen können.

Aber es ist zur Unternehmung dieser Wechselgeschäfte im Nahmen eines Andern (mit Ausnahme der Bezahlung eines vom Mandanten schuldigen Wechselbetrages, welche zur ordentlichen Geschäftsführung gehört und wozu daher eine allgemeine Vollmacht hinlänglich ist) in der Regel eine besondere, auf diese Gattung der Geschäfte lautende Vollmacht nothwendig. Dieses ergibt sich klar aus dem §. 1008 der a. b. G. B., in welchem solche besondere Vollmachten in allen Fällen, in denen im Nahmen eines Andern Sachen veräussert, oder entgeltlich übernommen, Anleihen oder Darleihen geschlossen, oder Geld oder Geldeswerth erhoben werden sollen, gefordert werden. Wer also einen Wechsel eincassiren soll, bedarf einer besondern auf die Erhebung der Gelder des Principals lauten-

(a) §. 1005 d. a. b. G. B.

den Vollmacht; wer Gelder auf Wechsel für einen Andern disponiren soll (sey es durch Einhandlung eines Wechsels vom Aussteller oder einem Giranten, oder durch Acceptation desselben), eine solche, zur entgeldlichen Übernahme von Sachen (die hier der Wechsel und Wechselforderungen sind); wer für einen Dritten Wechsel ausstellen oder giriren soll, eine, zur Veräusserung des Wechsels.

§. 138.

Besondere Vorschriften für die Vollmachten der Kaufleute.

Für die Vollmachten der Kaufleute bestehen einige besondere Vorschriften, welche hier noch mitzunehmen sind.

Bey diesen bedürfen ihre Bedienten, Factoren, Frauen u. s. w., welche für sie gültige Wechselgeschäfte abschliessen sollen, von ihren Principalen einer schriftlichen, bey dem Mercantil- und Wechselgerichte deponirten und protocollirten Vollmacht (*Procura*); widrigens sind diese Geschäfte in Beziehung auf die Principalen ungültig und sie dafür im eigenen Nahmen zu haften verbunden (a). Solche bey dem Mercantil- und Wechselgerichte protocollirte Han-

(a) 28. Art. der W. O. v. 1. October 1763. „Alle Acceptationen „der Wechselbriefe, welche von Frauen, Bedienten, oder „andern, so von den Principalen keine schriftliche bey dem „Wechselgerichte depositirte Vollmacht haben, geschehen, „sollen *respectu* des Principalen unkräftig, und der Principal „zu keiner Bezahlung verbunden seyn, wil aber jemand die „Acceptation von einer Frau, oder einem Diener ohne habender Vollmacht annehmen, so hat derselbe die Zahlung, „dafern der Principal sich darzu nicht verstehen will, von „niemand andern, als von dem Acceptanten zu suchen; Und „da ein Factor für seinen Principalen Gelder disponirte, muss „er den Wechselbrief nicht auf sich, oder Ordre, sondern „auf den Principal selbst, oder dessen Ordre einrichten „lassen; Würde er aber den Brief an sich, oder Ordre stellen lassen, so haftet er hierum als Selbstschuldner, es „wäre dann, der Principal wollte sich zur Schuld freywillig verstehen.“

delsprocuren brauchen keineswegs besonders auf die einzelnen Wechselgeschäfte zu lauten und verbinden daher, wenn sie auch nur generell sind, den Principal, für die von seinem Handelsdiener zu Folge derselben abgeschlossenen Wechselgeschäfte zu haften. Zugleich ist zu bemerken, dass das von einem Handelsmanne jemanden ertheilte ordentlich kundgemachte und bey dem Mercantil- und Wechselgerichte protocollirte Befugniss, die Firma zu führen, eine solche Vollmacht stillschweigend in sich schliesse (b).

(b) 29. Art. derselben. „Nachdem auch vielfmals einer von dem „andern diese, oder jene Sorte Gelds abzuwechseln, oder „auch auf der Eile einige Gelder zu entleihen pflegte, und „es sich vielmal zugetragen hat, dass untreue Bediente Gelegenheit genommen, auf ihrer Principalen Nahmen ohne „derer Vorwissen dergleichen Gelder, oder auch wohl Parthien Vvaaren aufzunehmen, hernach aber mit den Geldern „durchzugehen, oder die Vvaaren listiger VVweise auf die Seite „zu bringen, wodurch sodann die Principalen in grosse Irrung, Streit und Processe mit einander veriallen, als soll „man hinfüro keinem einigen Bedienten, ohne seines Principalen Notiz oder Recognition etwas dergleichen abfolgen „lassen, im widrigen Fall derjenige, auf dessen Nahmen „etwas eingewechselt, au genommen, oder entlehnet worden, „solches gut zu thun, oder zu zahlen keineswegs schuldig „seyn. Daferne aber ein Principal einen seiner Bedienten, „wer er seyn mag, generaliter bestellet hat, und die „Vollmacht, Nahmens seiner in Negotio zu agiren und dessen Firma Glauben zu geben, bey dem VVechselgericht „protocolliret worden ist, solle sodann der Principal für die „unter seinem Nahmen von solchen Bedienten aufgenommene „Gelder oder Vvaaren, obschon keine Specialnotiz „vorhanden wäre, zu stehen, und Satisfaction zu geben schuldig und gehalten seyn.“

Vergl. auch die §§. 1028 und 1202 d. a. b. G. B.

Drittes Hauptstück.

Von den bey dem Wechselgeschäfte vorkommenden Personen.

§. 139.

Begriff der Haupt- und Nebenpersonen des Wechselgeschäftes.

Die Personen, welche bey dem Wechselgeschäfte vorkommen, sind theils Haupt- theils Nebenpersonen; je nachdem sie die Bestimmung haben, die Haupt- oder nur die Nebenverträge des Wechselgeschäftes abzuschliessen (§. 63), oder (die letztern) gar nur ohne eigenes Interesse bey dem Wechselgeschäfte für andere Personen interveniren.

§. 140.

Die Hauptpersonen sind wesentliche und ausserwesentliche.

Die Hauptpersonen sind entweder wesentliche, oder ausserwesentliche; je nachdem ihr Vorhandenseyn zur Vollständigkeit des Hauptgeschäftes unerlässlich ist, oder nicht.

§. 141.

Wesentliche Hauptpersonen.

Die wesentlichen Hauptpersonen lassen sich nicht überhaupt, sondern nur nach der Ver-

schiedenheit, ob die Wechsel eigene, oder fremde sind, bestimmen; da bey den ersten weniger, bey den letzten hingegen mehrere Personen vorkommen.

Bey dem eigenen Wechselgeschäfte sind offenbar nur zwey wesentliche Hauptpersonen vorhanden, nämlich der Aussteller und der Inhaber, oder Empfänger des Wechselbriefes. Denn der Aussteller bleibt alleiniger Schuldner, bis der Wechsel bezahlt wird (a).

Bey den fremden hingegen sind drey Personen unerlässlich, nämlich der Aussteller, der Inhaber und derjenige, auf welchen der Wechsel lautet, d. i., welcher ihn zu bezahlen angewiesen wird (der Trassat) (b).

§. 142.

Meinungen der Schriftsteller über die Zahl der wesentlichen Hauptpersonen des Wechselgeschäftes.

Einige Schriftsteller (a) nehmen auch bey dem fremden Wechselgeschäfte bloss zwey Personen

(a) Art. 3 d. VV. O. v. 1. Oct. 1763 (2. Abs.). „Wer nun einen „eigenen Wechselbrief auf sich selbst ausstellet, der ist, und „bleibt dafür alleiniger Schuldner, bis der Wechsel bezahlt „wird.“

(b) Art. 1. der VV. O. v. 1. Oct. 1763 (2. und 3. Absatz). „Der „Wechsel wird tractiret, und geschlossen durch die Principal- „und Hauptpersonen, es werden aber auch jeweilen einige „Nebenpersonen beygezogen. Die Principalen sind primo der „Creditor, der das Geld auf Wechsel gibt, und hierum den „Wechselbrief bekommt, welcher auch Inhaber, oder Herr „des Wechselbriefes genennet wird. Secundo der Debitor, Trassant, oder Ausgeber des Wechselbriefes, welcher das Geld „auf Wechsel nimmt, und davor den Wechselbrief gibt. Tertio „derjenige, auf den man trassiret, oder den Wechselbrief „zieht, welcher der Bezogene genennet wird, und den Wechselbrief acceptiren, auch in der bestimmten Zeit und Ort „zahlen solle.“

„Ob nun wohl dieser Acceptant gemeiniglich eine dritte „Person, und entweder Procurator, Mandatarius, Sachwalter, „oder Correspondent des Trassanten ist; so kann doch ein „Wechsel von dem Trassanten auf sich selbst gezogen, und „ein eigener Wechselbrief ausgestellt, mithin ein Wechsel „zwischen zweyen Personen, nemlich dem Creditor, und „Debitor geschlossen werden.“

(a) v. Boset, S. 168 und 199 — 201: v. Zimmerl's Beyträge, S. 8; dessen Anleitung, §. 12; Leuchs, §. 19.

als wesentlich an, nämlich, den Aussteller und Inhaber; indem sie behaupten, dass der Beytritt des Dritten, nämlich desjenigen, welcher den Wechsel bezahlen soll, nicht zur Wesenheit des Wechselcontractes, sondern nur zur Erfüllung desselben gehöre, in welcher Beziehung dieser Dritte nur für den Aussteller einstehe und an dessen Stelle trete, folglich nur den ersten Contract auf sich nehme, fortsetze und erfülle.

Diese Behauptung gründet sich auf jene, dass bey dem fremden Wechselgeschäfte nur ein einziger Contract wesentlich sey, welcher bereits (§§. 100—102) begegnet worden ist. Übrigens genügt hier schon die Bemerkung, dass unsere W. O. bey fremden Wechseln ausdrücklich drey Personen als wesentlich zum fremden Wechselgeschäfte annimmt (*b*).

§. 143.

Fortsetzung.

Von andern Schriftstellern (*a*) werden vier wesentliche Personen, nämlich, der Trassant, Trassat (Acceptant), Remittent und Präsentant angenommen.

Die Functionen des Remittenten und Präsentanten können zwar unter zwey Personen getheilt seyn, wenn nämlich der Remittent seinen Wechsel an einen Andern abtritt und sonach dieser (oder noch ein Dritter, wenn der Wechsel weiter abgetreten wurde u. s. w.) denselben präsentirt und sonach als Präsentant erscheint. Allein auf keinen Fall ist diese Trennung wesentlich; da der Remittent den Wechsel behalten und sonach selbst Präsentant seyn kann, wornach also wesentlich nicht

(*b*) S. bey dem vorigen §. in der Anm. *b*). den 1. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763.

(*a*) Vergl. Sonnleithner's Leitfaden, §. 31; dessen Lehrbuch, §. 383; Koschak, S. 94; Knorre, *l. c.*, §. III.; Heineccius, *cap. III.*, §. 21.

mehr, als drey Personen bey dem fremden Wechselgeschäfte einzuschreiten brauchen. Daher scheinen diese Schriftsteller sehr unrecht zu thun, wenn sie vier wesentliche Hauptpersonen annehmen, wodurch sie einerseits geradezu gegen unsere W. O. verstossen, anderseits aber dem Anfänger zur Verwirrung der Begriffe Anlass geben.

§. 144.

Ausserwesentliche Hauptpersonen des Wechselgeschäftes.

Auch der Trassat kann eine von dem Acceptanten verschiedene Person seyn. Dieses ist dann der Fall, wenn der Trassat den auf ihn gezogenen Wechsel zu acceptiren verweigert und ein Anderer aus Gefälligkeit, um den Credit des Ausstellers oder einer bey dem Wechselgeschäfte verbundenen Nebenperson (a) zu schonen, an der Stelle des Trassaten *per onore di lettera* acceptirt und sonach als Honorant eintritt. Aber auch diese Trennung ist nur zufällig, daher man auch den Trassaten und Acceptanten nicht als wesentlich verschiedene Personen und den Honoranten als keine wesentliche Hauptperson darstellen kann. Noch weniger lassen sich die Honoraten (§. 3) als wesentliche Personen ansehen; da diese, im Wechselgeschäfte bereits vorhandene Personen, nämlich die Vormänner des Präsentanten sind, welche nur durch die Honoration einen neuen Namen erhalten. Manchmal finden wir sogar ausser dem eigentlichen Trassaten noch eine andere Art von Trassaten, nämlich den Nothadressaten (§. 56); hier erscheinen also im Grunde zwey Trassaten, wovon der zweyte ebenfalls nicht wesentlich ist.

(a) S. den folgenden §.

§. 145.

Nebenpersonen des Wechselgeschäftes.

Die Nebenpersonen, welche bey dem Wechselgeschäfte vorkommen, sind entweder solche, welche an demselben mit eigenem Interesse Theil nehmen, oder solche, welche bloss zu Gunsten der Wechselinteressenten, ohne eigenes Interesse daran zu haben, dabey interveniren.

Zur ersten Gattung gehören die Giranten oder Indossanten und Giratare oder Indossatare bey dem eigentlichen Indossamente (*a*), dann die Wechselbürgen (*b*); zur zweyten sind die Bevollmächtigten, Factoren, Buchhalter, Domicilaten, Indossatare bey dem Indossamente *per Procura*, Sensale, Mäkler, Unterhändler (*c*), vorzüglich aber die Notare (*d*) zu rechnen.

§. 146.

a.) Nebenpersonen mit eigenem Interesse.

Der Wechselbürge ist jene Person, welche sich verbindlich macht, für die Wechselsumme zu haften, wenn einer der Wechselschuldner seiner Verbindlichkeit, dieselbe zu bezahlen, nicht Genüge leistet (*a*).

(*a*) Art. 1 der W. O. vom 1. October 1763 (5. Absatz). „Die Wechselbriefe werden auch von dem Creditore, oder Inhaber des Briefs in zweyte, dritte und vierte Hand, zuweilen auch weiter verhandelt, welcher Handel ein Giro, Indossament, zu Latein *Cessio* genennet, und wovon hernach ein mehreres gemeldet wird.“

(*b*) Von der Wechselbürgschaft ist nur sehr sparsam in unserer W. O. die Rede; doch zeigt der 7. Art. derselben, dass das Gesetz eine Bürgschaft für Wechsel anerkenne.

(*c*) Art. 1 der W. O. v. 1. Oct. 1763 (4. Absatz). „Die zum Wechsel beygezogene, oder Nebenpersonen sind der Sensal, Mäkler, oder Unterhändler des Wechsels, item der Factor, Buchhalter und dergleichen.“

(*d*) Vergl. den Art. 12 d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

(*a*) Vergl. die §§. 130 — 134.

Girant oder **Indossant** heisst (bey dem eigentlichen Indossamente) diejenige Person, welche ihren Wechsel an eine andere nach Wechselrecht abtritt.

Giratar oder **Indossatar** heisst diejenige Person, welcher der Wechsel von dem Inhaber nach Wechselrecht abgetreten wurde (*b*).

Der erste Giro geht nothwendiger Weise von dem Remittenten aus, weil er der erste Inhaber des Wechsels ist (*c*). In dieser Beziehung erscheint er abermahls als eine doppelte Person, nämlich, in seinem Verhältnisse zum Aussteller, als Remittent und, in seinem Verhältnisse zu seinem Giratar, als Girant. Wenn nun von dem Giratar der Wechsel wieder weiter nach Wechselrecht an einen andern abgetreten wird; so erscheint auch er als zweyfache Person, nämlich, in seinem Verhältnisse zum Remittenten, der in Beziehung auf ihn Girant ist, als Giratar und, in jenem zu seinem Giratar, als Girant. Auf diese Art kann der Wechsel in sehr viele Hände mittelst des Giro kommen, wornach es so viele Giranten und Giratare geben wird, als einzelne Giri vor sich gegangen sind. Wenn nun einer dieser Giratare den Wechsel dem Trassanten zur Acceptation vorlegt (präsentirt); so erscheint er zugleich als Präsentant zur Acceptation und wenn er ihn dann wieder weiter girirt, sogar in einer dritten Eigenschaft, nämlich auch als Girant. Behält dann der letzte Giratar den Wechselbrief für sich, um ihn selbst einzucassiren, wo er ihn dem Acceptanten zur Zahlung präsentirt; so kommt dieser ebenfalls in doppelter Eigenschaft

(*b*) Vergl. den §. 114.

(*c*) Von diesem Satze macht, im Grunde genommen, der Fall keine eigentliche Ausnahme, in welchem der Trassant einen Wechsel auf seine eigene Ordre trassirt und sonach ihn girirt, weil in diesem Falle der Ausgeber des Briefes in zweyfacher Beziehung, nämlich einmahl als Trassant und dann auch als Remittent dieses Wechsels zu betrachten ist.

zu betrachten, nämlich einmahl, in Beziehung auf den letzten Giranten, als Giratar und, in Beziehung auf den Acceptanten, als Präsentant zur Zahlung.

Die Verhältnisse dieser Personen können noch mehr vervielfältiget werden; indem ein Girant, auch der Remittent, ja sogar der Aussteller selbst den Wechsel wieder an sich giriren lassen kann, auf welche Art z. B. der Remittent auch als Giratar, ein anderer Girant, der, bezogen auf seine frühern Vormänner, bereits Giratar ist, nochmahls als Giratar (im Verhältnisse zu einem spätern Wechselinhaber, von dem er den Wechsel wieder an sich brachte) und, wenn er den Wechsel nun wieder weiter gibt, auch nochmahls als Girant u. s. w. erscheint. Zu ähnlichen Vervielfältigungen der Verhältnisse dieser Personen kann der Vortheil des Verkehrs häufige Veranlassungen geben, wovon man sich als einen einzelnen Fall jenen denken mag, wenn z. B. der Remittent den Wechsel von einem spätern Inhaber des Wechsels, der gerade augenblicklich Geld bedarf, ihn, weil er noch nicht fällig ist, um einen viel geringeren Preis, als worauf der darin ausgedrückte Betrag lautet, einhandeln kann.

§. 147.

b.) Nebenpersonen ohne eigenes Interesse.

Sensale, Factoren, Buchhalter, Indossatare *per Procura* und Domicilaten kommen bey dem Wechselgeschäfte, bloss als Mittelspersonen zwischen den verschiedenen Wechselinteressenten zu betrachten; da sie nur im Nahmen derselben zu jenen Acten einschreiten, zu denen sie von ihren Comittenten beauftragt sind.

Wechsel- oder Börsesensale sind jene öffentliche Personen, welche vom Staate dazu authorisirt sind, bey der Verhandlung von den auf fremden Plätzen zahlbaren Wechseln und öffentlichen Creditspapieren als Mittelsmänner zwischen den han-

delnden Partheyen zu interveniren (a). Sie richten sich, in Rücksicht ihrer bey dem Wechselgeschäfte Platz greifenden Intervention, nach den hierüber im Börsepatente v. 1. August 1771 enthaltenen Vorschriften, die am zukömmlichen Orte werden mitgenommen werden.

Rücksichtlich der Factoren, Handelsdiener, Buchhalter, Indossatare *per Procura*, Domicilanten u. s. w. aber ist einstweilen hier nur zu merken, dass sie bloss in Beziehung auf jene von ihnen unternommene Acte als Bevollmächtigte ihrer Principalen (Handelseigenthümer, Indossanten *per Procura* und Domicilanten) angesehen werden können, in so fern sie von denselben eine gehörige Vollmacht erhalten haben (b).

Die wichtigsten von den, ohne eigenes Interesse bey dem Wechselgeschäfte intervenirenden Personen sind die Notare. Sie sind bey uns jene Personen, welche vom Staate dazu authorisirt sind, die Wechselproteste auszufertigen (c).

§. 148.

Wechselfähigkeit der Hauptpersonen des Wechselgeschäftes und der dabey mit eigenem Interesse intervenirenden Nebenpersonen.

Bey den in das Wechselgeschäft eintretenden Hauptpersonen und den dabey mit eigenem

(a) Vergl. Sonnleithner's Lehrbuch, §. 333; dessen Leitfaden, §. 194.

(b) Vergl. die Art. 28 und 29 d. W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 138 Anm. a.) und b.).

(c) Gerichtsordnung v. 1. May 1781, §. 112. „Für öffentliche Urkunden sind zu halten — — — — — d.) die Wechselproteste der gehörig aufgenommenen Notare.“

Hofkanzleydecret v. 26 Juny 1821. „Se. k. k. Majestät haben über die neuerlich vorgekommene Anfrage in Betreff der Befugnisse der gehörig aufgenommenen Notare, auf erstatteten allerunterthänigsten Vortrag, mit allerhöchster Entschliessung vom 7. August 1820 zu erklären geruht, dass das österreichische Notariat (mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches und Dalmatiens, auf welche Provinzen die gegenwärtige allerhöchste Entschliessung sich

Interesse intervenirenden Nebenpersonen ist ihre Wechselfähigkeit erforderlich.

Sie ist der Inbegriff jener Eigenschaften einer Person, welche gesetzlich nothwendig sind, damit sich dieselbe nach Wechselrecht verbinden kann.

Diese Wechselfähigkeit der an dem Wechselgeschäfte mit eigenem Interesse Theil nehmenden Personen ist zwar bey förmlichen und unförmlichen Wechseln verschieden; indess gibt es doch einige Gattungen von Personen, welche von aller Wechselverbindlichkeit ausgeschlossen sind. Wir wollen sonach zuerst hier angeben, welche Personen überhaupt wechselunfähig und dann, welche es bey förmlichen und unförmlichen Wechseln insbesondere sind.

§. 149.

Wechselunfähige Personen überhaupt, welche schon nach gemeinem Rechte unfähig sind, sich zu verbinden.

Zu den überhaupt von aller Wechselverbindlichkeit ausgeschlossenen Personen gehören zuvörderst diejenigen, welche schon nach dem gemeinen Rechte zur Eingehung aller Contracte unfähig sind; nämlich, Wahnsinnige, Rasende, Minderjährige, welche nicht *veniam aetatis* erhalten haben, Blödsinnige, Kinder, Mönche, gerichtlich erklärte Verschwender u. s. w.

§. 150.

Wechselunfähige Personen überhaupt nach den besondern Bestimmungen der Wechselgesetze.

Es gibt aber auch Personen, welche nach dem gemeinen Rechte allerdings die Fähigkeit, verbind-

„nicht bezieht) nach der klaren Bestimmung der Gerichtsordnung auf das einzige Geschäft der Wechselproteste beschränkt sey, und dass es ausser diesen keine als öffentliche Urkunden geltende Notariatsurkunden gebe.“

liche Geschäfte einzugehen haben, welche aber durch die Wechselgesetze zur Eingebung von Wechselverpflichtungen insbesondere unfähig erklärt werden.

Diese Personen sind folgende:

1.) Die physisch Minderjährigen, wenn sie auch die Nachsicht des Alters erhalten haben und sonach für grossjährig erklärt worden sind.

Hievon sind nur jene Minderjährigen ausgenommen, welche mit Bewilligung ihrer Obrigkeit eine eigene öffentliche Handlung treiben, oder in eine Handelsgesellschaft getreten sind (a). Ausserdem ist Niemand vor wirklich vollstrecktem vier und zwanzigsten Jahre zur Schliessung der Wechselcontracte befugt.

2.) Militärpersonen, sie mögen noch in wirklichen Kriegsdiensten stehen, oder bereits im Ruhestande befindlich seyn, also auch die pensionirten Militäristen; indem wider diese Personen überhaupt niemahls die Wechselexecution Platz greifen, noch dieselben der Jurisdiction des Wechselgerichtes unterworfen seyn können. Zu den Militäristen sind aber in dieser Beziehung weder die Beamten des Hofkriegsrathes und des Commissariates noch die

(a) 7. Art. der W. O. v. Oct. 1763. „Nachdem die sowohl gemeine Rechten, als Landesfürstl. Ordnungen und *Statuta* mit sich bringen, dass den Minderjährigen, ohne ihrer Eltern, Vormünder und Curatoren Consens kein Geld bey Verlust desselben gelehnet werden solle; als haben auch jedwedere Obrigkeit, und Instantien dahin zu sehen, dass den Minderjährigen nicht leicht eine Handlung oder Wechsel verstattet werde. Wann aber gleichwohl sich ein minderjähriger Negotiant, welcher das 24. Jahr seines Alters noch nicht erfüllet, seine eigene öffentliche Handlung oder Wechsel mit Consens der Obrigkeit treiben, in eine Societät treten, mittelst Annehmung einer Commission, Anstossung eines Contracts, Ausstell- und Acceptirung eines Wechselbriefs, oder in andere Wege sich zu etwas verbinden, und mithin in der That pro majorenni sich ausgeben würde, so solle er dasselbe zu halten allerdings schuldig und mit der *Restitutione in Integrum* nicht zu hören seyn. Ausser dem ist niemand vor vollstreckten 24. Jahren, im Fall er auch *Veniam Aetatis* erlanget hätte, förmlich, oder unförmliche Wechselbriefe auszustellen befugt.“

Kriegsagenten u. s. w., obschon, ihre Dienstleistung das Militär betrifft, zu rechnen (b).

3.) Das Gesandtschaftspersonale auswärtiger Mächte, da auch dieses nicht vor das Wechselgericht gezogen werden kann (c).

(b) 6. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763. „Jedoch werden hiervon“ (d. i. von der Unterständigkeit unter das Wechselgericht und der Wechselexecution) „ausgeschlossen die Geistlichen, und „Militares, wider welche niemahls eine Wechsel-Execution „statt hat, weilen zu keiner Zeit weder ein Geistlicher, weder „ein Militaris dem Wechselgerichte unterworfen seyn kann. „Es werden aber unter Militarpersonen allhier nur jene ver- „standen, welche in Unsern wirklichen Militar-Diensten ste- „hen; dahero obbemelte Ausnahme weder auf unsern Hof- „Kriegsrath, noch das Commissariat, oder das dahin gehörige „Canzley-Personal und Kriegs-Agenten, am allerwenigsten „aber auf andere Officianten, obschon deren Dienstleistung „das Militare betrifft, sie auch sonst der Militar-Jurisdiction „unterworfen sind, zu ziehen, oder auszudeuten ist.“

Hofdecret v. 9. Oct. 1787. „Eine Wechselexecution könne „wider Militaren überhaupt, und ohne Ausnahme, folglich „auch wider die pensionirten Militaren nicht Statt finden.“

(c) Pat. v. 16. July 1725 (im II. Supl. B. des Codex austriacus). „Von der Römisch-Kaiserlich- auch zu Hispanien, Hungarn „und Böhmen königl. Majestät, Erz-Herzog zu Oesterr. ver- „ordneten n. ö. Wechselgerichtes wegen, allen und jeden „insonderheit aber denen Wechslern, Negotianten und Han- „delsleuten hiemit anzuzeigen. Demnach vermög bekannten „Völkerrechten, die von fremden Kronen, oder denjenigen „Höfen, so das *Jus legationis* haben, anhero kommende *Mi- „nistri publici*, als Bothschafter, Gesandte, Abgesandte, Re- „sidenten und Deputirte, *respectu* ihrer Personen, sich keinem „fremden Gerichtszwange unterwerfen können, die Kaiser- „lich- auch Reichs-Capitulation auch vermag, dass die Kaiserl. „Hrn. Reichshofrätthe und Reichsagenten, in *personalibus* der „Jurisdiction des Kaiserl. Reichshofrathes untergeben sind: „Als haben Ihro kais. Majestät noch unterm 15. May jüngsthin „allergnädigst resolvirt, dass von diesem W. G., denen so- „wohl förmigen, als andern sogenannten trockenen und un- „terworfenen Wechselbriefen, wider obbesagte Partheyen „keine Execution ertheilt werden solle: wann jedoch jemand „mit dergleichen eximirt. oder priv. Personen ein Wechsel- „Negotium anstossen wollte, stehe ihm zwar solches zu thun „bevor, es könnte ihm aber bey verweigerter Zahlung durch „die gerichtl. Compellierungsmittel bey dem W. G. zu dem „Seinigen nicht geholfen, sondern es müsste die Schuldforde- „rung bey des *Debitoris foro ordinario* eingetrieben werden, „welche allerh. kais. Resolut. man durch gegenwärtiges Edict „publiciren und kundmachen wollen, damit sich jedermann „darnach richten und in Wechselsachen die gehörige Absicht „nehmen möge. So geschehen Wien den 16. July, 1725.“

4.) Nach der westgalizischen W. O. v. 10. Oct. 1797 (Art. 6) sind auch die Geistlichen von allen Wechselgeschäften ausgeschlossen.

Nach dem 6. Art. der W. O. v. J. 1763 waren sie es bey uns ebenfalls; allein nach dem Hofdecrete vom 22. Sept. 1789 (*d*) wurden sie gleich allen übrigen Staatsbürgern zur Wechselausstellung fähig und für diesen Fall dem Wechselgerichte unterworfen erklärt.

Diese Befähigung der Geistlichen zu Wechselgeschäften scheint Einigen (*e*) durch ein späteres Gesetz (*f*), welches den Geistlichen verbiethet, ihrem privilegierten Gerichtsstande des Landrechtes zu ent-

(*d*) Hofdecret v. 22. Sept. 1789. „Dass ein Geistlicher von gültiger Ausstellung eines Wechsels nicht auszuschliessen sey, und er sich daher ebenfalls der Gerichtsbarkeit des Wechselgerichtes in seinen ausstellenden Wechselbriefen wirksam unterziehen könne, folglich auch wider ihn die Gerichtsbarkeit des Wechselgerichtes Statt finden müsse.“

Für Westgalizien wirkte natürlicher Weise dieses Hofdecret niemahls, weil die dortige Wechselordnung viel jünger ist.

Der Beysatz dieses Hofdecretes: dass sich die Geistlichen in ihren Wechselbriefen der Gerichtsbarkeit des Wechselgerichtes wirksam unterziehen können, bezog sich damahls auf die von ihnen auszustellenden unförmlichen Wechsel, welche nach dem 53. Art. der W. O. von jedermann ausgestellt werden konnten, der nicht überhaupt von allen Wechselgeschäften ausgeschlossen war, jedoch (ausser, wenn er Kaufmann gewesen ist) nur gegen dem, dass er sich dem W. G. ausdrücklich unterwerf und sich seines ordentlichen Forums begab; während hingegen jeder, der förmliche Wechsel ausstellen darf und sie auch wirklich ausstellt, schon damahls dem W. G. unterstand und auch noch untersteht, ohne dass er sich demselben insbesondere zu unterwerfen braucht (vergl. Art. 6 der W. O. bey §. 151, Anm. e.). Durch die Hofdecrete v. 25. Feb. 1791 und 24. Feb. 1792 wurde aber die Ausstellung unförmlicher Wechsel allen Personen ausser Kaulleuten, Fabrikanten und Professionisten gänzlich untersagt; daher diese Stelle des oben angeführten Hofdecretes nun ihre Wirksamkeit verloren hat.

(*e*) Vergl. v. Boset, S. 285 und 286; Neupauer, §. 46 und v. Zimmerl's Anleitung, §. 37.

(*f*) Hofdecret v. 26. Oct. 1804. „Der unadeliche katholische Clerus in der Bukowina untersteht dem Bukowiner Landrechte, und kann dieser priv. Gerichtsbarkeit auf keinen Fall entsagen.“

sagen und einen andern zu prorogiren, wieder aufgehoben worden zu seyn; da sie durch die Ausstellung eines Wechselbriefes sich (mittelst der gesetzlichen Prorogation) dem Wechselgerichte unterwürfen und daher ihrem privilegierten Gerichtsstande entsagten.

Allein die Unterständigkeit unter das Wechselgericht zu Folge der Eingehung von Wechselgeschäften ist keineswegs eine Prorogation, sondern eine *competentia specialis ex lege*, von welcher der Geistliche eben so wenig als ein Anderer ausgenommen ist und eben desswegen kann man nicht behaupten, dass er, wenn er vor demselben Rede und Antwort geben muss, seiner privilegierten Instanz entsage; weil das Entsagen ein unmittelbar freywilliger Act des Entsagenden ist, daher man dort keine Entsagung zu denken vermag, wo man in einem besondern Falle kein Recht (hier auf den privilegierten Gerichtsstand des Landrechtes) hat, dem man entsagen könnte. Sonach kann das erwähnte Gesetz, welches den Geistlichen das Entsagen ihres privilegierten Gerichtsstandes verbietet, hier gar nicht angewendet werden; weil hier, wo das Gesetz einen andern, als ihren privilegierten Gerichtsstand für sie bestimmt, von keinem Entsagen ihres priv. Forums die Rede seyn kann. Wollte man aber sagen, dass hier wenigstens eine mittelbare Freywilligkeit in der Wahl des Wechselgerichtsstandes durch die der freyen Willkühr heimgestellte Ausstellung eines Wechsels vorhanden sey, woraus sich also die Prorogation mittelbar ergäbe und also doch eine solche vorhanden sey; so wäre jeder Personalgerichtsstand ohne Ausnahme ein prorogirter, weil die Gesetze überall an einen willkührlichen Zustand der Partheyen jenen knüpfen; wornach die ganze Eintheilung der Gerichtsstände in prorogirte von selbst zerfiel. Überhaupt hängt diese Behauptung mit jener, der Anwendbarkeit der Grundsätze der freywilli-

gen Prorogation auf die gesetzliche zusammen, welcher bereits anderswo begegnet wurde (g).

5.) Die *Sensale* sind ebenfalls von allen Wechselgeschäften für ihre eigene Rechnung, sie mögen Wechsel- oder Waarensensale seyn, unter Androhung der Dienstesentsetzung und einer Geldbusse (und zwar die Waarensensale unter einer Geldstrafe von 300 Gulden, die Wechselsensale aber von 1000 Gulden) ausgeschlossen (h).

(g) S. hierüber meine Beyträge zur Lehre von der Prorogation in den Materialien für Gesetzkunde und Rechtspflege, 4. Bd., S. 235 — 279 (Wien, 1820).

Obgleich in Helfert's Versuche einer systematischen Darstellung der Jurisdictionsnorm (Wien, 1819), S. 219 und 220 die Meinung vertheidiget wird, dass die Eingehung von Wechselgeschäften eine gesetzliche Prorogation des Wechselgerichtsstandes in sich schliesse; so stimmt dieser Schriftsteller doch hierin meiner Meinung und zwar aus sehr scharfsinnigen Gründen bey, welche vorzüglich von den Anhängern der Meinung, dass die Grundsätze der freywilligen Prorogation auf die gesetzliche anwendbar seyen, die meine Gründe nicht annehmen, nachgelesen zu werden verdienen.

(h) 47. Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763. „Zu Erhaltung guter Ordnung, und Vermeidung Betrugs, sollen einige Mäcker oder Sensalen von dem gesammten Handelsstand aufgenommen, dem Wechselgericht *ad approbandum* vorgestellt, und wann selbe für tüchtig befunden worden, allda in die Pflicht genommen werden, welche für ihre eigene Rechnung mit keinem Wechselbrief oder Geldverwechslung Handel treiben, noch auch in ein anderes Handlungs-Negotium, es geschehe unter ihren eigenen oder anderen verdeckten Namen sich mischen dürfen, bey Verlust ihres Amtes und zweyhundert Thalern Straf, so oft sie darüber betreten werden; sobald ein geschwornener Mäcker einen Wechsel oder anderes Handlungs-Negotium zwischen zweyen Negotianten, oder anderen Personen geschlossen hat, solle er diesen Wechsel oder sothanes Negotium ordentlich in sein Buch, so mit dem Wechselgerichts-Insigel authentisiret seyn muss, vormerken; wann dieses geschehen, bleibt der Wechsel richtig geschlossen, und seynd die Contrahenten solchen zu prästiren gehalten.“

Börsepat. v. 1. August 1771, §. 22. „Nicht weniger wird gedachten (Wechsel-) Sensalen unter der nähmlichen Strafe“ (unter einer Geldbusse von 1000 fl. und der Dienstesentsetzung) „verbotnen, weder directe noch indirecte irgend eine Handlung mit Wechselbriefen oder öffentlichen Papieren für eigene Rechnung zu treiben.“

§. 26. Nicht weniger ist es ihnen unter der nähmlichen Strafe untersagt, irgend einige Wechselbriefe, oder andere Billets selbst zu indossiren, sondern

Indess scheint ein Sensal, welcher pflichtwidrig ein solches Geschäft unternahm, von der Wechselverbindlichkeit nicht frey zu seyn, sondern desshalb sich nur der ersterwähnten Strafe zu unterwerfen; da einerseits diese von ihm übernommene Wechselverbindlichkeit nirgends annullirt ist, andererseits aber der 6. Art. der W. O. ausdrücklich erklärt, dass alle, welche Wechsel ausstellen, giriren und acceptiren dem Wechselgerichte dadurch unterworfen seyen und weder dieser, noch der 7. Art., worin die Ausnahmen von dieser Regel enthalten sind, noch der 47. Art. und die übrigen diessfälligen Gesetze, welche den Sensalen die Wechselgeschäfte auf eigene Rechnung verbiethen, sie hievon ausnehmen (i).

„sie können bloss, wenn sie darum ersucht werden, die Unterschrift der Trassanten, Acceptanten, Indossanten, oder Aussteller der Briefe, so ferne solche auf der Börse in ihrer Gegenwart verrichtet wird, certificiren.“

Vergl. auch die Instruction für orientalische Waarensensale v. 4. Juny 1770, Nro. 2); Pat. v. 9. März 1771, Nro. 6.) und Instruction für die sämtlichen Waarensensale v. 18. April 1783, Nro. 17.

(i) Die in Neupauer's Wechselrechte (§. 47 und 48) unter den wechselunfähigen Personen angeführten ungarischen und siebenbürgischen Unterthanen scheinen mir nicht dahin zu gehören, da sie in keinem Gesetze für wechselunfähig erklärt sind; nur ist, damit sie aus einem Wechsel hier zu Lande mit der Rechtswirkung belangt werden können, dass die von hierländigen Gerichten diessfalls geschöpften Urtheile auch in Ungarn oder Siebenbürgen exequirt werden, das Vorhandenseyn jener Bedingungen nothwendig, welche der 17. ungarische Diätalartikel v. J. 1792, dann der 37. siebenbürgische, v. J. 1791 und der 2., v. J. 1792 hierwegen vorschreiben. Diese Bedingungen sind für die ungarischen Unterthanen: dass sie in Handelsgeschäften Wechsel ausstellen, oder sich in einem Vertrage den hierländigen Wechselgerichten unmittelbar unterwerfen, oder sich ausdrücklich verbinden, an einem bestimmten Orte in den hiesigen Ländern die Zahlung zu leisten, oder wenn sie mit hierländigen, dem Wechselgerichte unterworfenen, Handelsleuten Gesellschaftsverträge errichten; für die siebenbürgischen Unterthanen sind diese Bedingungen aber: dass sie mit hierländigen Handelsleuten, die dem Wechselgerichte unterstehen, in Handelsverbindungen treten, oder in Handelssachen Wechselbriefe ausstellen. (Vergl. die Hofdecrete v. 2. August 1792, 15. July 1793 und 22. April 1796.)

§. 151.

Fortsetzung.

Mehrere Rechtslehrer rechnen auch die *Frauenspersonen* zu denen, welche, ausser dem Falle, dass sie Handelsfrauen oder Handelsgesellschafterinnen sind, zur Eingehung der Wechselgeschäfte wenigstens so lange unfähig wären, als sie ihrer weiblichen Freyheit aus dem *Scto. Vellej.* nicht belehrt (certiorirt) wurden und hierauf verzichtet haben (a).

Sie berufen sich diessfalls alle auf den 7. Art. der W. O. v. J. 1763 (b), worin die Anordnung ent-

Diese Bedingungen beziehen sich aber keineswegs auf die Fälle, wo hier Landes ein Vermögen eines Ungarn oder Siebenbürgers, oder die Person derselben befindlich ist; in welchen Rücksichten der Ungar oder Siebenbürger eben so gut mit einer Wechselklage belangt und hier Landes mit der Execution belegt werden kann, wie andere Fremde, gegen die man hier zu Lande einen Gerichtsstand (z. B. durch eine Widerklage, wegen ihres hiesigen zeitlichen Aufenthaltes, oder durch ein Verboth u. s. w.) zu begründen vermag; was aus dem Hofdecrete v. 27. Juny 1796 sehr deutlich zu entnehmen ist.

(a) Vergl. Helfert's angef. Werk, S. 221, Nro. 4; Schuster's theoretisch-practischen Commentar über das a. b. G. B. (Prag, 1818), S. 175 — 176 und Koschak, S. 66.

Helfert beschränkt seine Meinung auf den Fall, als das Einschreiten einer Weibsperson eine Intercession für einen Dritten in sich enthält; Schuster und Koschak hingegen dehnen diese Behauptung sogar auf die Ausstellung eines Wechsels von einem Weibe aus.

(b) 7. Art. d. W. O. v. 1. October 1763. „Mit denen Weibspersonen, so Kaufmannschaft oder Wechsel üben, solle es folgendermassen gehalten werden, dass, wenn eine ledige, oder auch verheirathete Weibsperson, so ihre eigene Handlung hat, oder an einer Handlung einen Antheil nimmt, und zwar so viel die Eheweiber anlanget, vor sich ohne ihren Ehemann absonderlich handelt, und in ihren eigenen Nahmen einen Wechselbrief ausgibt, ob es gleich ohne Einwilligung des Ehemanns, und ohne vorhergegangener Erinnerung ihrer weiblichen Freyheit geschehen, dennoch wider sie nach Inhalt dieses Wechselrechts verfahren werden solle. Wie dann eine solche Negotiantin, wenn sie sich in Handelssachen für einen andern verbürget, und als eine Schuldnerin für denselben constituiret, darwider das *Senatus Consultum Vellejanum*, ob sie gleich dessen zuvor nicht erinnert, auch demselben von ihr nicht renunciiret worden,

halten seyn soll, dass die Weibspersonen, welche nicht selbst eine Handlung führen, oder Handelsgesellschafterinnen sind, nur dann sich nach Wechselrecht verbinden könnten, wenn sie der, ihnen aus dem *Scto. Vellej.* zukommenden Rechtswohlthat erinnert wurden und sich derselben begeben haben.

Allein, einmahl ist es gewiss, dass wenigstens bey der Ausstellung und Girirung der Wechsel keine Rede von diesem Senatusconsulte seyn könne, da bey diesen Acten die Frauenspersonen nicht für einen Anderen intercediren, sondern sich bloss für sich selbst verpflichten; dieser Rathschluss aber bloss für den Fall erlassen ist, als dieselben für jemand intercediren, was schon aus den Anfangsworten des 1. Fragmentes des 1. Titels des 16. Buches der Digesten (*ad Senatus consultum Vellejanum*) sehr klar erhellt, wo es ausdrücklich heisst: *Vellejano senatus consulto plenissime comprehensum est, ne pro ullo foeminae intercederent* (c). Hiernach müsste also auf jeden Fall diese Behauptung bloss auf die Acceptation und auf die Wechselbürgschaft beschränkt werden.

Ferner ist es geradezu irrig, dass der angef. 7. Art. d. W. O. zur Gültigkeit irgend eines von Weibspersonen unternommenen Wechselactes die Certioration derselben und Begebung ihrer weiblichen Freyheiten fordere. Denn dieser Artikel sagt nichts mehr und nichts weniger, als, dass Handelsfrauen und Handelsgesellschafterinnen, wenn sie was immer für Wechselgeschäfte treiben, keine Begebung

„nicht vorschützen kann, sondern die Bezahlung vermöge
 „gegebenen Wechselbriefs leisten muss. Im Uebrigen aber hat
 „es wegen der Eheweiber der Handelsleute bey dem sein
 „Verbleiben, was mittelst der Falliten-Ordnung do. 18. Au-
 „gust 1734 resolviret worden ist, dass nämlich dieselbe
 „ihrer privilegirten weiblichen Sprüche sich zu begeben, er-
 „mahnet, und die excessiven Ehe-Pacta moderiret werden
 „sollen.“

In der westgal. W. O. v. 10. Oct. 1797 ist diese Stelle des 7. Art. ganz weggelassen worden.

(c) Vergl. auch Fr. 2., §. 1.; Fr. 4., in proem.; Fr. 5.; Fr. 11. *Dig. h. t.*

ihrer weiblichen Freyheiten bedürfen, um daraus verbunden zu werden; von andern Weibspersonen enthält dieser Artikel aber kein Wort (*d*).

Es könnte also diese Meinung höchstens nur aus einem Schlusse *a contrario* abgeleitet werden. Allein diesem Schlusse steht der ausdrückliche Inhalt des 6. Art. der nämlichen W. O. entgegen (*e*), wo ausdrücklich und ganz allgemein verordnet ist: dass alle diejenigen, welche einen Wechsel ausstellen, giriren, oder acceptiren (*f*) „sie seyen gleich männ- oder weiblichen Geschlechtes, was Condition sie immer seyn mögen, eben so fest

(*d*) Vergl. oben die Anm. b.).

(*e*) Die vorzüglich hieher gehörige Stelle dieses Art. der W. O. v. 1. Oct. 1763 ist der Eingang desselben, welcher auf folgende Art lautet: „Alle diejenigen, so sich unternehmen, einen Wechselbrief auszustellen (zu verstehen von den förmlichen Wechselbriefen, dann wegen der unförmlichen wird hernach Art. 53 ein anderes geordnet) diese Ausgeber der Wechselbriefe seyen gleich männ- oder weiblichen Geschlechtes, hoch oder niederen Standes, oder was Condition, Würde, und von was Bedienung sie immer seyn mögen, sollen eben so fest, als die Handelsleute an diese Wechsel-Ordnung ohne Unterschied und Exception verbunden seyn, also dass in Entstehung richtiger Zahlung nach Strenge des Wechsel-Rechts durch das angestellte Wechsel-Gericht wider einen sowohl, als den andern, ohne allen Respect und Nachsehen verfahren, — — — — werden solle.“

Hiemit verbinde man folgende Stelle des nämlichen Art. „Bey dem Eingange dieses Articuls hat es nicht die Meynung, dass ein jeder, der nicht ein Wechsler, und Handelsmann ist, mit Wechseln einen ordinari Handel, und Wandel, dessen die Kaufleute besonders befugt, und befreyet sind, treiben möge; sondern, dass einem, der kein Kaufmann ist, nicht verboten sey, einen förmlichen Wechselbrief auszustellen, zu giriren und acceptiren; da er aber solches willig thut, derselbe ihm selbst beyzumessen habe, wenn er an die Wechsel-Ordnung gebunden, und von dem Wechsel-Gerichte *in hac causa* geurtheilet, auch die schleunige Execution auf Wechsel-Art gegen ihn verhänget wird.“

(*f*) Dass das Giriren und Acceptiren der Wechsel der Ausstellung gleichgesetzt sey, erhellet aus der, in der eben vorhergehenden Anm. angeführten Stelle des 6. Art., wo ausdrücklich auch des Girirens und Acceptirens gedacht wird. Vergl. auch §. 154.

„als die Handelsleute an diese W. O., ohne Unterschied und Exception“ (also auch ohne Exception aus *Scto. Vellej.*) „gebunden seyn sollen, also, dass in Entstehung richtiger Zahlung nach Strenge des Wechselrechts wider einen so wohl als den andern, ohne allen Respect oder Nachsehen verfahren werden solle.“

Nach diesem Artikel sind also alle Weibspersonen ohne Ausnahme, welcher Condition (also auch wenn sie keine Handelsfrauen sind) sie seyn mögen, der Strenge des Wechselrechtes unterworfen, ohne dass sie nöthig haben, sich ihrer weiblichen Freyheit zu begeben (*g*). Es ist sonach keinem gegründeten Zweifel unterworfen, dass die oben erwähnte Stelle des 7. Art. der W. O. keineswegs für die Handelsfrauen etwas Besonderes festsetzen wollte, sondern nur desswegen diese Strenge des 6. Art. derselben in Rücksicht dieser noch insbesondere aussprach, theils, weil, wie der Schluss der W. O. v. J. 1763 (*h*) sagt, dieses Gesetz auch eine Mercantilordnung ist, folglich zunächst nur Handelsleute im Auge hatte; theils weil sie am meisten von allen Weibspersonen sich mit dem Wechselgeschäfte befassen und daher am öftesten in die Lage kommen könnten, sich mit dem *Scto. Vellej.* gegen ihre Gläubiger zu schützen.

Zudem war es auch hinlänglich, dass der 7. Art. der W. O. die Anordnung, welche die Certioration für überflüssig erklärt, bloss für Handelsfrauen ausdrücklich erliess, um dadurch zugleich als Norm für alle übrigen Weibspersonen zu gelten; da der 6. Art. schon im Voraus erklärt: dass die Nicht-handelsleute eben so wie die Handelsleute an die W. O. gebunden seyn sollen; wornach Alles, was für Handelsfrauen gesagt wird, auch für alle andere Frauenspersonen gelten muss,

(*g*) Diese Bemerkung machte schon *Wegetin.* S. 28, *lit. e.*)

(*h*) Vergl. den Schluss der W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 16, *Anm. e.*)

weil sonst die Nichthandelsleute nicht eben so, wie die Handelsleute, an die W. O. gebunden wären.

Endlich würde als Grundlage der gegentheiligen Meinung nothwendig seyn, dass das römische Recht noch immer, wie vor der Erscheinung des neuen b. G. B. die supplirende Quelle des Wechselrechtes sey, was aber, wie schon in der Einleitung (§. 19) bemerkt wurde, nicht mehr der Fall ist (i).

§. 152.

Wechselfähigkeit zu förmlichen Wechseln.

Die Fähigkeit zu förmlichen Wechseln hat jede Person, welche nicht unter die bisher (§§. 149 und 150) als überhaupt wechselunfähig bezeichneten, gehört; da es keine Gesetze gibt, welche ausserdem noch gewisse Personen in Rücksicht der förmlichen Wechsel insbesondere ausschliessen; im Gegentheile wird durch den Eingang des 6. Art. aller unserer Wechselordnungen der Grundsatz ausdrücklich anerkannt, dass jedermann in der Regel zu förmlichen Wechseln fähig sey (a).

Die Regel zur Bestimmung der Fähigkeit zu Geschäften mit dieser Art von Wechseln lautet sonach: jedermann ist fähig, sich durch förmliche Wechsel wechselrechtlich zu verbinden, welcher nicht schon durch das gemeine Recht von der Eingehung aller Contracte, oder nach den besondern Wechselgesetzen von Wechselgeschäften überhaupt ausgeschlossen ist.

(i) Der *Codice di commercio* gibt bloss die Minderjährigen und Weibspersonen, welche keinen öffentlichen Handel führen, als wechselunfähig an; da derselbe im 113. Art. die von den letztern geschehene Unterschreibungen der Wechsel für einfache Promessen und, im 114., jene der erstern für nichtig erklärt.

(a) S. die hieher gehörige Stelle der W. O. v. 1. Oct. 1763, bey §. 151, Anm. e.).

§. 153.

Fähigkeit zu unförmlichen Wechseln.

Ganz anders lautet die Regel aber in Rücksicht der unförmlichen Wechsel; denn hiezu genügt weder die gemeinrechtliche Fähigkeit zur Eingehung der Contracte, noch jene, von den Wechselgesetzen bestimmte, zu Wechselgeschäften überhaupt; sondern diese Regel muss dahin ausgesprochen werden:

durch unförmliche Wechsel ist nur derjenige sich wechselrechtlich zu verbinden fähig, welchem die Gesetze insbesondere diese Fähigkeit beylegen: alle übrigen Personen sind aber hievon ausgeschlossen (a).

(a) Die Wechselordnung v. 1. Oct. 1763, im 53. Art., war diessfalls minder strenge und erlaubte auch den Nichthandelsleuten, wenn sie nur überhaupt wechselfähig waren, die Ausstellung unförmlicher Wechsel, jedoch band sie die Unterständigkeit derselben unter das Wechselgericht an die Bedingung, dass sie sich in ihren unförmlichen Wechseln, ausdrücklich dem Gerichtsstande desselben unterwarfen und, mit Ausnahme der von den Professionisten und Handwerkern ausgestellten unförmlichen Wechsel, dieselben von ihnen nur gegen bares Geld ausgestellt wurden.

Die hieher gehörigen Stellen dieses Artikels sind folgende. 4. Absatz. „Daher folget, dass, wenn ein anderer, der keine „Kaufmannschaft, oder Wechselbank führet, einen solchen „trockenen Wechselbrief an einen Kaufmann, oder andern „um baar Geld ausgiebt, und die Bezahlung in Termino nicht „beschiehet, ein solcher Schuldner nicht bey dem Wechsel- „gericht, sondern bey seiner Ordinari-Instanz hierum bespro- „chen, und *per ordinarios gradus executionis* zur Zahlung „angehalten werden müsse; es wäre denn Sache, dass selber „sich dem Wechselgericht diessfalls unterworfen, und damit „seiner Ordinari-Instanz begeben hätte, in welchem Falle er „bey dem Wechselgericht *pro illo Casu speciali* Rede und „Antwort zu geben, und ihm ein solches selbst zu zuschrei- „ben hat, dass er sich seines *Fori ordinarii per expresum* „begeben.“

Diese insbesondere zu Geschäften mit unförmlichen Wechsellern befugten Personen sind folgende:

1.) Handelsleute, worunter auch die Juden, welche sich ausweisen können, dass sie eine wirkliche Waarenhandlung führen und als solche förmlich protocollirt sind, gehören;

2.) Fabrikanten;

5. Absatz. „Da er aber einige in Rechten sonst gegründete „Exceptiones gegen den ausgestellten Wechselbrief hätte, so „kann er sich durch Niederlegung der Schuld von der Schärfe „des Wechselgerichts befreien, und hiernächst bey dem „Wechselgericht die etwa habende Exceptionen vorbringen; „beweiset er nun solche, so ist ihm sein Depositum zu re- „stituiren, und der Creditor oder Wechselnehmer *in id „quod aut Partis aut Publici interest*, zu condemniren; be- „weiset er aber solche nicht, so ist er dem Creditori Schaden „und Unkosten zu ersetzen schuldig.“

6. Absatz. „Nachdem aber nicht alle, so keine Kaufleute „oder Wechselrer sind, nicht einmal wegen förmlicher Wech- „selbriefe bey dem Wechsel- und Mercantil-Gericht bespro- „chen werden können, wovon in den vorigen Articulis Er- „wehnung geschehen, so verstehet sich von selbst, dass „selbe sich auch niemals dem Wechsel- und Mercantil-Ge- „richt gültig unterwerfen können, sondern sie müssen allein „bey ihrer Ordinari-Instanz belanget werden.“

7. Absatz. „Es solle auch denen, so sich dem Wechsel- und „Mercantilgerichte unterwerfen können, ein solches nicht „anderst, als gegen baares Geld, keineswegs aber gegen Waa- „ren, oder andere Zuschläge verstattet seyn, also zwar dass „auch eine dem zuwider beschehende Ausstellung mit Unter- „werfung, niemals zu dem Wechselgericht gezogen, sondern „nur als eine andere gemeine Forderung bey des Ausstellers „Ordinari-Instanz solle können eingeklaget werden.“

8. Absatz. „Hievon wollen Wir allein ausgenommen haben, „die Professionisten und Handwerker, als welchen wir in alle „Wege verstatten, dass sie auch um Materialien und Waa- „ren, so sie zu ihrer Fabrikatur gebrauchen, Wechselbriefe „ausstellen, sich dem Wechselgericht unterwerfen, und so- „dann allda belanget werden können.“

3.) Professionisten, in so fern sie entweder einem bürgerlichen Mittel einverleibt, oder zum Betriebe ihres Gewerbes ordentlich berechtigt und als solche von ihrer Obrigkeit durch auszustellende Zeugnisse anerkannt sind (b).

(b) Pat. v. 25. Februar 1791. „Um den schädlichen Folgen
 „vorzubeugen, welche daraus entstehen, dass die Wirkung
 „des Patents v. 29. Jänner 1787 dahin ausgedeutet wird, als
 „ob das Privatrecht zwischen Gläubiger und Schuldner abge-
 „ändert, und der Schuldner, was bey dem Darleihen abge-
 „zogen, zurückgenommen, für den Darleiher oder den ver-
 „stellten Unterhändler bedungen, oder um was der Schuldner
 „sonst bevortheilte worden ist, von der verschriebenen Schuld
 „abzurechnen, nicht befugt wäre, wird hiermit erklärt: dass
 „das erwähnte Patent auf die Rechte und Verbindlichkeiten
 „des Leihvertrages keine weitere Beziehung habe, als die in
 „demselben ausdrücklich bestimmt ist. Daher ist der Schuld-
 „ner, der mehr verschrieben, als empfangen hat, allerdings
 „berechtigt, die Einwendungen, welche ihm von den hierin
 „in voller Kraft verbliebenen Gesetzen eingeräumt sind, an-
 „zubringen, und zu erweisen, so wie ebenfalls der Richter
 „nicht nur gesetzmässig darüber urtheilen, sondern auch, so
 „weit sich Anzeigen einer Bevortheilung darstellen, auf der-
 „selben Bestrafung von Amtswegen einschreiten soll.

„Da zugleich die Erfahrung zeigt, wie sehr insbesondere
 „die Ausstellung sogenannter trockener Wechselbriefe von
 „Personen, die zu dem ordentlichen Handelsstande nicht ge-
 „hören, zu Bemäntlung und Arglist Anlass gibt; der Privat-
 „credit aber, und die zur Handhabung desselben nöthige
 „Rechtspflege wesentlich darauf beruhen, dass immer aufrich-
 „tig gehandelt, und die Verschreibung so abgefasst werde,
 „wie das Geschäft wirklich geschlossen worden ist, so wird
 „verordnet: dass künftig nur den Wechselbriefen, welche
 „von privilegirten Fabrikanten, oder zu einem ordentlichen
 „Gremium gehörigen Kaufleuten unter sich, oder an andere,
 „ausgestellt werden, das in der Wechselordnung einge-
 „räumte Recht zustehen soll. Andere Privatpersonen hingegen
 „sollen sich allein der gemeinen Schuldverschreibung gebrau-
 „chen, in derselben das, was zwischen den Contrahenten be-
 „handelt und bedungen worden ist, vollkommen und redlich
 „ausdrücken, folglich den eigentlichen Schuldner, den wah-

Die beyden letztern Classen von Personen kön-

„ren Darleiher, den echten Betrag des Darleihens, alle auf die
 „Zahlung des Kapitals sowohl, als der Zinsen sich beziehen-
 „den Bedingungen, auch Zeit und Ort, wann und wo das Dar-
 „leihen geschehen ist, ohne alle Bemäntlung oder Verhehlung
 „angeben.“

„Würde dennoch von Jemanden, der vermöge dieses Ge-
 „setzes dazu nicht befugt ist, ein trockener Wechselbrief
 „ausgestellt, so soll solcher, es möge eine wie immer lau-
 „tende Unterwerfung beygerückt seyn, nicht nur das in der
 „erneuerten Wechselordnung vom Jahre 1763 im Absatze 53
 „zugestandene, und hiermit aufgehobene Recht nicht genie-
 „sen, sondern ein solcher Wechsel soll auch für sich keinen
 „Beweis abgeben, und daher jede von dem Beklagten wider
 „die Schuld, auch ohne allen Beweis gemachte Einwendung,
 „wofern der Kläger nicht andere rechtsgültige Gegenbeweise
 „vorbringt, für wahr und geltend angenommen werden.“

Hofdecret v. 24. Februar 1792. „Um den aufrechten
 „Commercialverkehr zwischen den dazu berechtigten Gewerbs-
 „und Handelsleuten, so wie dem dazu gehörigen Privatcredit
 „und der damit verbundenen Wechselexecution keinen Ab-
 „bruch zu thun, wird das Patent vom 25. Februar 1791 da-
 „hin gemässigt: a.) Jene Fabrikanten, Manufacturisten,
 „griechische Handelsleute, Juden, und sämtliche auf die
 „Wienermärkte zum Waareneinkauf kommenden Fieranten,
 „welche zur Betreibung ihres Handels sich der trockenen
 „Wechselbriefe, und der von den Gesetzen darauf ertheilten
 „Begünstigungen bedienen wollen, müssen sich öffentlich be-
 „kannt machen, und darthun, dass sie zu einem ordentlichen
 „Handel berechtigt seyn. b.) Jene Professionisten und Fabri-
 „kanten, welche nicht insbesondere mit einem Privilegium
 „versehen, und einem ordentlichen Gremium nicht einverlei-
 „bet sind, können zur Ausstellung trockener Wechsel nur in
 „so ferne das Befugniss erlangen, als sie entweder einem bür-
 „gerlichen Mittel einverleibet, oder zum Betriebe ihrer Ge-
 „werbe und Manufacturen ordentlich berechtigt, und als
 „solche von ihren Obrigkeiten durch Zeugnisse erkannt, und
 „förmlich protocolliret sind. c.) So viel es die Juden betrifft,
 „so wird den im Lande tolerirten sowohl, als den aus Län-
 „dern kommenden, welche sich ausweisen können, dass sie
 „eine wirkliche Waarenhandlung führen, die Ausstellung

nen jedoch u n f ö r m l i c h e Wechsel nur gegen

„der trockenen Wechsel gegen den gestattet, dass sie, und
 „zwar in den Städten bey der politischen Obrigkeit, und auf
 „dem Lande bey den Kreisämtern, in den ungarischen Län-
 „dern aber bey den Comitaten, als wirkliche Handelsleute
 „förmlich protocolliret, und von denselben mit einem Zeug-
 „niss über ihre wirkliche Handlungsführung versehen worden,
 „pohlnische Juden aber, welche eine ordentliche Waaren-
 „handlung treiben, haben sich bey der Ortsobrigkeit zu mel-
 „den, und gegen Ausweisung, dass sie berechtigte und wirk-
 „liche Handelsleute seyn, als solche sich protocolliren zu
 „lassen. d.) Die ungarischen, siebenbürgischen, banatischen
 „und kroatischen Handelsleute, so wie überhaupt die Ein-
 „wohner der ungarischen Erbländer sind nach der Vweisung
 „vom 6. November 1779 zu behandeln.“

Pat. v. 24. May 1793. „Da die Erfahrung zeigt, wie sehr
 „die Ausstellung sogenannter trockener Wechselbriefe von
 „Personen, die zu dem ordentlichen Handelsstande nicht ge-
 „hören, zu Bemäntlung und Arglist Anlass gibt; der Privat-
 „credit aber, und die zu Handhabung desselben nöthige
 „Rechtspflege wesentlich darauf beruhen, dass immer auf-
 „richtig gehandelt, und jede Schuldverschreibung so abge-
 „fasst werde, wie das Geschäft verabredet, und wirklich ge-
 „schlossen worden ist: so finden wir für nöthig, in Gemäss-
 „heit des für die gesammten übrigen Erbländer, unter dem
 „25. Februar 1791 erlassenen Patents, und des unterm 24
 „Februar 1792 erfolgten Nachtrags, nunmehr auch für un-
 „sere Erbkönigreiche Galizien und Lodomerien hiermit Fol-
 „gendes zu verordnen.“

§. 1.

„Soll künftig nur jenen trockenen Wechselbriefen, das in
 „der Wechselordnung eingeräumte Recht zustehen, welche
 „von solchen galizischen Kaufleuten, Fabrikanten, Manu-
 „facturanten, Professionisten, Kleinhändlern oder Krämern
 „ausgestellt sind, die entweder über ihre Einverleibung in
 „ein ordentliches Gremium, oder über die von dem Kreisamte
 „zum Kleinhandel, oder zur Krämerey erhaltene Befugniss
 „durch einen gedruckten Legitimationsschein sich auszuwei-
 „sen vermögen.“

bares Geld oder um Materialien und

§. 2.

„So sollen auch die von Partheyen aus andern Provinzen
 „ausgestellten trockenen Wechselbriefe nur so weit, als sie
 „zu derselben Ausstellung in jenen Erbländern berechtigt
 „sind, in Galizien ein ähnliches Recht haben.“

§. 3.

„Ausländern hingegen bleibt unbenommen, trockene Wech-
 „selbriefe mit dem in der Wechselordnung eingeräumten
 „Rechte ferner auszustellen.“

§. 4.

„Dagegen sollen sich andere Privatpersonen allein der ge-
 „meinen Schuldverschreibung gebrauchen, in derselben das,
 „was zwischen den Contrahenten behandelt, und bedungen
 „worden ist, vollkommen, und redlich ausdrücken, folglich
 „den eigentlichen Schuldner, den wahren Darleiher, den
 „echten Betrag des Darlehens, alle auf die Zahlung des Ka-
 „pitals sowohl, als der Zinsen sich beziehenden Bedingun-
 „gen, endlich auch Zeit und Ort, wann und wo, das Dar-
 „leihen geschehen ist, ohne alle Bemäntlung, oder Verheh-
 „lung angeben.“

„Würde dennoch von jemanden, der vermöge dieses Ge-
 „setzes dazu nicht befugt ist, ein trockener Wechsel aus-
 „gestellt, so soll solcher, es möge eine wie immer lau-
 „tende Unterwerfung beygerückt seyn, nicht nur das in der
 „Wechselordnung zugestandene, und hiermit aufgehobene
 „Recht nicht geniessen, sondern ein solcher Wechselbrief
 „soll für sich keinen Beweis abgeben, und daher jede von
 „dem Beklagten wider die Schuld auch ohne allen Beweis
 „gemachte Einwendung, wenn der Kläger nicht rechtsgültige
 „Gegenbeweise vorbringt, für wahr und geltend angenom-
 „men werden.“

Hofdecret v. 2. Nov. 1793. „Obwohlen in dem Patente vom
 „24. May l. J. wegen der Ausstellung der trockenen Wech-
 „selbriefe §. 1. festgesetzt worden ist, dass nur diejenigen
 „Kaufleute hiezu berechtigt seyn sollen, die sich mit einer
 „Legitimation eines Handlungsgremiums, oder des Kreisamtes
 „auszuweisen vermögen; so haben Seine Majestät jedoch
 „gnädigst zu entschliessen geruhet, dass es für die lemlberger

Waa ren, die sie zu ihrer Profession und Fabrikatur gebrauchen, keineswegs aber auch gegen eine andere Valuta ausstellen (c).

Alle diese Personen müssen, um von dem Rechte, unförmliche Wechsel auszustellen, Gebrauch machen zu können, förmlich protocollirt seyn; daher sind sie, wenn sie nicht schon nach den bestehenden Handelsgesetzen zur Protocollirung ihrer Firmen ohnediess verpflichtet sind, sobald sie unförmliche Wechsel ausstellen wollen, verbunden, sich protocolliren zu lassen (d).

„jüdischen Kaufleute zureichend sey, wenn sie sich mit einem „Zeugnisse des leemberger Magistrats über ihre wirkliche „Handlungsführung ausweisen können.“

Nach dem *Codice di commercio* können Alle, welche förmliche Wechsel ausstellen dürfen, auch unförmliche (*Biglietti a ordine*) ausstellen, weil der 187. Art. desselben erklärt, dass alle gesetzlichen Verfügungen, welche die ersteren betreffen, auch auf die letzteren anwendbar seyen; indess verordnen doch die Art. 636 und 637, dass Nichthandelsleute, welche solche Wechsel ausser Handelsgeschäften unterzeichnet haben, von dem Handelstribunale fordern können, dass dasselbe sie an das Civiltribunal verweise, nur ist hievon der Fall ausgenommen, wenn solche Wechsel von Handelsleuten mitgefertigt sind, wo die Sachen bey dem Handelstribunale verhandelt werden muss.

(c) S. oben bey der Anm. a.) den 7. und 8. Absatz des 53. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763.

Diese Beschränkung der gedachten zwey Classen von Personen in der Ausstellung unförmlicher Wechsel ist auch der Grund, warum dieselben darin, wie §. 61, Anm. d.) bemerkt wurde, die Valuta specifisch angeben müssen.

(d) Hofdecret v. 29. Sept. 1812. „Die Verpflichtung zur Protocollirung der Firmen und Societäts-Contracte, so wie die „Fonds-Ausweisung ist von dem Befugnisse zur Protocollirung „und Fonds-Ausweisung wesentlich zu unterscheiden.“

„Verpflichtet sind hierzu nur diejenigen Handels- und Gewerbsleute, in Ansehung welcher bestimmte Verordnungen „bestehen, welche die Protocollirung bey ihnen ausdrücklich „vorschreiben, und für welche eine Fonds-Summe nach verschiedenen Classen gesetzlich festgesetzt ist. Bey diesen ist

Wird von Unfähigen ein unförmlicher Wechsel ausgestellt; so ist derselbe ohne Wirkung und beweislos und er bleibt diess selbst dann, wenn er von ihnen auch gemeinschaftlich mit hiezu fähigen Personen ausgestellt worden wäre (e.)

In Beziehung auf die Fähigkeit zu unförmlichen Wechseln ist die Frage entstanden, ob der Kläger die Eigenschaft des Geklagten, vermöge welcher derselbe solche Wechsel auszustellen befugt ist, schon in der Klage sogleich erweisen

„auch die Protocollirung und Fonds-Ausweisung eine Grundbedingung der Ausübung ihres Rechtes.“

„Befugt zur Protocollirung und Fonds-Ausweisung sind aber alle jene Handelsleute, Professionisten und Fabrikanten, welche zwar nicht in die vorige Cathégorie gehören, welchen aber nach dem Hofdecrete vom 24. Februar 1792 auch das Recht zusteht, trockene Wechsel auszustellen.“

„Diesen steht, in so lange sie keine Wechsel ausstellen, frey, ihre Firmen und Societäts-Contracte vormerken zu lassen, oder nicht. Eben so hängt die Ausweisung eines Fonds, welche mit der Protocollirung der Firma in keinem nothwendigen Zusammenhange steht, bloss von ihrer Willkühr ab, und solche kann ihnen auf ihr Ansuchen nicht verweigert werden. Jedoch sind auch diese Handels- und Gewerbsleute zur Protocollirung ihrer Firmen verpflichtet, sobald sie von dem Rechte Wechsel auszustellen, Gebrauch machen; weil es zur Erhaltung des Credits im Allgemeinen wesentlich nöthig ist, dass sich von der Echtheit jeder Firma überzeugt werden könne“

„Endlich muss in allen Fällen ohne Ausnahme, wo eine protocollirte Firma durch den Ausdruck: *et Compagnie*, auf einen Gesellschafter deutet, und wo Wechsel mit diesem Beysatze ausgestellt werden wollen, auch der Gesellschafts-Contract protocollirt werden.“

(e) Hofdecret v. 21. Sept. 1821 (1 Abs.) „Trockene Wechsel sollen gegen diejenigen, denen die Gesetze die Ausstellung derselben verbiethen, auch dann keine Gültigkeit und Beweiskraft haben, wenn sie von dergleichen Personen und von Handels- oder Gewerbsleuten, die sich durch trockene Wechsel zu verbinden fähig sind, gemeinschaftlich ausgestellt worden wären.“

müsse, welche durch das Hofdecret vom 21. October 1793 (f) verneinend entschieden wurde.

§. 154.

Ob die Unfähigkeit zur Ausstellung von Wechseln auch die Unfähigkeit zum Giro und zur Acceptation derselben einschliesse?

Man könnte vielleicht zweifeln, ob denn die bisher (§§. 150 — 153) theils als wechselunfähig überhaupt, theils als unfähig in Rücksicht unförmlicher Wechsel, bezeichneten Personen, welche sonst zur gültigen Abschliessung von Rechtsgeschäften fähig sind, nicht bloss zur Ausstellung der Wechsel, sondern auch zu deren Girirung und Acceptation unfähig seyen (a).

Der Grund dieses Zweifels liegt darin, dass mehrere von den Gesetzen, welche die Wechselfähigkeit und Unfähigkeit bestimmen, nur immer ausdrücklich von derselben zur Ausstellung der Wechsel sprechen.

Der grösste Zweifel war bisher in Rücksicht der Girirung und Acceptation der unförmlichen Wechsel; weil alle frühern von dieser Art von Wechseln handelnden Gesetze bloss die Fähigkeit zur Ausstellung derselben im Auge hatten. Allein dieser Zweifel ist nun bereits durch eine ausdrückliche höchste Erklärung behoben, wodurch festgesetzt wurde, dass die Acceptation unförm-

(f) Hofdecret v. 21. Oct. 1793. „Der Kläger ist in der Klage „die Eigenschaft des Beklagten, ob er vermöge §. 1 des Patentes vom 24. May 1793 trockene Wechselbriefe auszustellen befugt sey, nicht sogleich zu erweisen schuldig.“

(a) Rücksichtlich der Wechselbürgschaft kann diessfalls kein Zweifel entstehen, weil diese auf jeden Fall ein gemeinsames Recht wirkt und bloss nach diesem zu beurtheilen ist; daher sich denn auch jeder für Wechsel verbürgen kann, welcher gemeinrechtlich contractsfähig ist.

licher Wechsel von Personen, welche zu ihrer Ausstellung unfähig sind, ohne rechtliche Wirkung seyn und die Girirung derselben von solchen Personen gegen sie nur die Kraft einer gemeinen Cession haben soll, wenn auch der Wechsel von einem dazu berechtigten Handels- oder Gewerbsmanne ausgestellt wäre (b).

In Rücksicht der Girirung und Acceptation von förmlichen Wechseln kann ohnediess bey Militäristen, Geistlichen (nach der westgal. W. O.) und auswärtigen Gesandtschaften kein gegründeter Zweifel entstehen; da in Rücksicht dieser Personen die Gesetze ganz allgemein sagen, dass gegen sie niemahls eine Wechselexecution eintreten könne und sie zu keiner Zeit dem Wechselgerichte unterworfen seyen (c); folglich dieselben aus keinem von ihnen unternommenen Wechselacte wechselrechtlich verbunden werden können.

(b) Hofdecret v. 21. Sept. 1821.

Zweyter Absatz. „Die Vorschriften des Patenten vom 25. Februar 1791 über die Ausstellung trockener Wechsel gelten auch für die Acceptation derselben. Diese Acceptation ist gegen Personen, welche der Ausstellung trockener Wechsel unfähig sind, ohne rechtliche Wirkung, obgleich der Wechsel von einem Handels- oder Gewerbsmanne, der sich selbst durch jede Art von Wechseln verpflichten kann, ausgestellt wäre. An die Ordre eines Dritten lautende, aber an dem Orte der Ausstellung zahlbare Wechsel, sind auch hierin anderen trockenen Wechseln gleich zu halten.“

Dritter Absatz. „Der Giro eines trockenen Wechsels, hat gegen Personen, die der Ausstellung dieser Wechsel unfähig sind, nur die Kraft einer gemeinen Cession, und begründet gegen sie weder das Wechselrecht, noch die Gerichtsbarkeit des Wechselgerichtes, wenn der Wechsel selbst von einem dazu berechtigten Handels- oder Gewerbsmanne ausgestellt ist.“

(c) S. die hieher gehörige Stelle des 6. Art. d. W. O. v. 1. Oct. 1763 bey §. 150, Anm. b.) und das Pat. v. 16. July 1725 bey der Anm. c.) desselben.

Nur in Rücksicht der physisch Minderjährigen, welche keine Handelsleute sind, aber die Nachsicht des Alters erhalten haben, kann diessfalls ein Zweifel entstehen. Denn von diesen heisst es im 7. Art. der W. O. nur, dass sie weder förmliche noch unförmliche Wechsel auszustellen befugt seyen. Allein auch von diesen muss behauptet werden, dass sie eben so wenig einen Wechsel acceptiren oder giriren, als denselben ausstellen können.

Dafür spricht einmahl die klare Analogie aus dem eben zuvor angeführten Hofdecrete vom 21. September 1821, welches alle jene Personen zur Acceptation und Girirung der unförmlichen Wechsel wechselrechtlich unfähig erklärt, welche es zur Ausstellung derselben sind (*d*).

Wenn wir aber auch von dieser Analogie keinen Gebrauch machen könnten; so würde sich die nämliche Behauptung aus dem §. 8, 1. Tit. der zweyten Abtheilung der W. O. v. J. 1763 („was für Personen

(*d*) Ich verwahre mich hiebey gegen den Vorwurf einer Inconsequenz, den man mir vielleicht daraus machen könnte, dass ich oben (bey §. 79.) gegen eine ausdehnende Auslegung des 36. Art. d. W. O. protestirte, weil es nicht angehe, das Gesetz so auszulegen, dass man dem Gesetzgeber die unlogische Absicht unterlege, in den speciellen Satz eine allgemeine Regel einschliessen zu wollen; hier aber doch die nur speciell über unförmliche Wechsel erlassene Anordnung dieses Hofdecretes auf alle Wechsel ausdehnen wolle. Allein dort handelt es sich um die Interpretation eines im ganzen Umfange einen Rechtszweig vollständig umfassenden Gesetzes, hier aber nur um die Anwendung einer gesetzlichen Erklärung über eine Sr. Majestät zur Entscheidung vorgelegte specielle Anfrage auf einen zweifelhaften ähnlichen Fall, worüber keine Anfrage geschah. Die Anfrage war nämlich nur auf die Fähigkeit zur Acceptation und Girirung unförmlicher Wechsel gerichtet; es konnte sonach auch die Entscheidung darüber nur speciell erfließen.

dem Wechselgericht unterworfen?“) ergeben (e).
Denn schon aus dieser Stelle allein zeigt sich, dass

(e) W. O. v. 1. Oct. 1763, 2. Abth. I. Tit. §. 8. „Es ist schon
„oben Art. 6to der Vvechselordnung geordnet worden, dass
„alle diejenigen, so sich unternehmen, einen förmlichen
„Vvechselbrief auszustellen, wenn sie auch keine Wechsler
„oder Kaufleute sind, an diese Vvechselordnung gebunden;
„Es ist auch im Art. 53tio bereits die Vorsehung beschehen,
„dass die unförmliche Vvechsel, oder sogenannte *cambia*
„*a deposito, seu cambia sicca*, um keine Zerrüttung im Han-
„del und Wandel zu machen, noch dermalen zwischen bee-
„derseits Kaufleuten, jedoch nur *cum privilegio fori cam-*
„*bialis, et paratae executionis* gelten, mithin derjenige, der
„keine Kaufmannschaft oder Wechselbank führet, und den-
„noch einen solchen unförmlichen Vvechselbrief ausgiebt,
„die Bezahlung aber nicht leistet, bey seiner gehörigen In-
„stanz, und nicht bey dem Wechselgericht besprochen, und
„*per ordinarios gradus executionis* zur Zahlung angehalten,
„auch in Cridaehandlungen ein solcher Vvechselbrief nicht
„anders, als eine gemeine Schuldverschreibung angesehen
„und classiret werden solle; als schliesset sich von selbst,
„dass die Vvechsler und Kaufleute wegen deren sowohl förm-
„lich- als unförmlichen Vvechsel diesem Gericht unterworfen,
„hingegen diejenige, so keine Wechsler, und Kaufleute sind,
„und doch einen förmlichen Vvechselbrief ausgeben, oder
„nehmen, acceptiren oder giriren, nur wegen die-
„ses förmlichen Vvechselhandels bey dem Wechselgericht
„stehen, wegen der unförmlichen Vvechsel aber bey ihrer
„gehörigen Instanz Red und Antwort geben müssen; dass
„folgsam die förmliche Vvechsel ohne Unterschied deren
„Personen, die unförmliche Vvechsel hingegen nur zwischen
„beyderseits Kaufleuten zu diesem Vvechselgericht gehören:
„Es wäre dann, dass jemand, der solches zu thun befugt
„ist, wegen empfangenen baaren Geldes einen trockenen
„Vvechselbrief ausstellte, und sich dieser Vvechsel-Instanz
„diessfalls ausdrücklich unterwürfe.“ Vergl. auch die in der
Anm. e.) zu §. 151 angef. zweyte Stelle des 6. Art. d W. O.
v. J. 1763.

das Ausstellen, Giriren und Acceptiren aller Gattungen von Wechseln einander ganz gleich gestellt sey und dass daher derjenige, welcher keinen Wechsel überhaupt, oder nicht diese besondere Gattung derselben ausstellen kann, eben so wenig zur Girirung und Acceptation derselben, wodurch er ebenfalls nach Wechselrecht verbunden werden würde, befugt sey.

Dieses würde sogar dann behauptet werden müssen, wenn diese klare, die Ausstellung den übrigen verbindlichen Wechselacten gleichstellende Gesetzstelle nicht vorhanden wäre. Denn kein Gesetz darf so ausgelegt werden, dass es nach Willkühr der Partheyen umschifft werden könnte. Dieses würde aber der Fall seyn, wenn gewissen Personen nur die Ausstellung, nicht aber auch die Girirung und Acceptation der Wechsel verbothen wäre; indem dann diese nur einen, von einem befugten (angeblichen) Aussteller herrührenden Wechsel zu fingiren und ihn dann zu giriren oder zu acceptiren brauchten, um principal für den Wechsel nach Wechselrecht zu haften; wo sie doch wirklich die Aussteller selbst sind, aber nur als Giranten und Acceptanten erscheinen.

Man könnte freylich sagen, dass dieses eine blosser Scheinhandlung sey; wornach, zu Folge des §. 916 des b. G. B., solche Giri oder Acceptationen nach denjenigen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen kämen, nach denen sie vermöge ihrer wahren Beschaffenheit beurtheilt werden müssen; daher denn doch, in diesem Falle, wo der Giro, oder die Acceptation eigentlich nichts Anderes, als eine verdeckte Ausstellung des Wechsels vom Unbefugten ist, dieser nicht verbindlich würde und daher solche Scheinhandlungen nichts zur Umschiffung des Gesetzes wirken könnten. Aber man vergisst hiebey, dass die Beurtheilung jeder Scheinhandlung von dem Beweise derselben abhängig sey, welcher hier, wo beyde Contrahenten einig sind, die Scheinhandlung

als wahres Wechselgeschäft aufrecht zu erhalten, nicht gedenkbar ist, weil der scheinbar Verbundene, der diesen Beweis (eigentlich Gegenbeweis) herzustellen hätte, aus dem Wechsel verbunden seyn will: ja sogar dann, wenn es ihn in der Folge auch reute, sich durch den Wechselact verbunden zu haben, er sonach die Zahlung verweigerte und hierwegen bey dem Wechselgerichte belangt würde, diese Einrede nicht einmahl anzubringen wagen dürfte, weil sie das Geständniss eines criminellen Betruges, nämlich jenes, durch Verfertigung falscher Privaturkunden (in sofern der Betrag 25 fl. übersteigt, was bey Wechseln fast immer der Fall ist) enthielte (*f*), wodurch er sich einerseits nicht nur die Criminalstrafe (*g*) zuziehen, sondern auch sogar in Beziehung auf die anhängige Rechtsache nichts nützen würde, da ihn auch das Criminalgericht zur Zahlung, als Ersatz, verurtheilen müsste (*h*); er unterlässt also wohl auf jeden Fall, dieser Scheinhandlung zu erwähnen und so ist und bleibt er auch aus derselben verbunden, sobald man behauptet, dass er den Wechsel zwar nicht ausstellen, aber doch gültig giriren oder acceptiren könne, womit schon das Gesetz umschiffet ist.

Hiernach ist es also gewiss: dass derjenige, welcher einen Wechsel nicht ausstellen kann, auch keinen andern, ihn wechselrechtlich verbindenden, Wechselact unternehmen dürfe.

Man würde aber zu weit gehen, wenn man behaupten wollte, dass hierwegen ein Wechselunfähiger sich zu seinen Gunsten keinen Wechsel ausstellen, giriren, oder acceptiren lassen könne; denn dadurch wird nicht er, sondern es wird nur der Aussteller, Acceptant u. s. w. ihm verbunden, wornach also er hiedurch ohnediess nie dem Wech-

(*f*) Vergl. Ges. B. über Verbr. v. 3. Sept. 1803, §. 180, a.).

(*g*) Ebenda, §. 181.

(*h*) Ebenda, §. 426, IV., b.) und §§. 514 — 525.

selgerichte und der Wechselexecution unterworfen wird.

§. 155.

Fähigkeit der ohne eigenes Interesse intervenirenden Personen.

Die persönliche Fähigkeit der ohne eigenes Interesse bey dem Wechselgeschäfte einschreitenden Intervenienten (§§. 145 und 147) ist bald und leicht erörtert.

Die Factoren, Handelsdiener, Indosatäre *per Procura*, Domicilaten u. s. w. sind nichts Anderes als blosse Bevollmächtigte. Wer sonach zur Übernahme einer Vollmacht fähig ist, ist es auch zur Führung der Wechselgeschäfte in eines Andern Nahmen.

Wechselsensale müssen 25 Jahre alt, von erprobter Geschicklichkeit und Redlichkeit seyn. Welcher schon einmahl in Concurs verfallen ist, oder seine Zahlungen gerichtlich oder aussergerichtlich eingestellt hat, oder gegen welchen ein Personalarrest schuldenhalber auch nur rechtskräftig bewilligt wurde, ist zum Amte eines Wechselsensales unfähig. Die Bewerber um eine Wechselsensalenstelle müssen von einer aus zehn Gliedern des Handelsstandes und dem Börsencommissäre zusammengesetzten Commission geprüft und fähig befunden worden seyn (a). Hierauf werden sie über den von dem Mercantil- und Wechselgerichte an das Appellationsgericht und von diesem an die oberste Justitzstelle erstatteten Bericht,

(a) Börsepat. v. 1. August 1771. §. 14. „Aus jeder dieser beyden Communitäten“ (d. i. dem Grosshandlungsgremium und dem bürgerl. Handelsstande) „sollen fünf der erfahrensten Handelsleute erwählet werden, um diejenigen Subjecte zu prüfen, welche sich zu diesem Amte eines künftigen Sensalen anmelden; keiner soll hierzu angenommen werden, welcher nicht nebst zurückgelegtem fünf und zwanzigsten Jahre, und besitzender hinlänglicher Geschicklichkeit, von einer erprobten Redlichkeit befunden worden; da hingegen diejenigen, welche entweder Banquerout gemacht, oder auch nur Moratorien zu begehren bemüssiget gewesen, hiervon für beständig ausgeschlossen seyn sollen.“

von dieser letztern ernannt (b) und sodann ordentlich angestellt und beeidigt (c).

Hofdecret v. 6. März 1812. „Se. k. k. Majestät haben mit-
„telst höchsten Cabinets-Schreiben vom 28. Februar d. J. an-
„zuordnen befunden, dass in Zukunft allen Prüfungen um
„hiesige Börse-Sensalenstellen der Börse-Commissär beyge-
„zogen werde, und dass alle Besetzungs-Vorschläge des
„Wechselgerichts für solche Plätze vorläufig der Börse-Com-
„mission mitgetheilet werden, welche ihre Bemerkungen dem
„Appellationsgerichte zu eröffnen hat, und dass sodann bey
„getheilten Meinungen zwischen ihr und diesem letztern, die
„Schlussfassung des obersten Gerichtshofes eingehohlet werde.“

Hofdecret v. 29. Julius 1821. „Se. Majestät haben über ei-
„nen von der k. k. allgemeinen Hofkammer, im Einverständ-
„nisse mit der k. k. obersten Justitzstelle, der k. k. Hofkom-
„mission in Justitz-Gesetzachen und der k. k. Commerzien-
„hofkommission erstatteten allerunterthänigsten Vortrag, mit
„der allerhöchsten Entschliessung vom 12. März d. J. den
„14. §. des Börsepatentes v. 1. August 1771 dahin näher zu
„bestimmen geruht, dass derjenige, welcher schon einmahl
„in Concurs verfallen ist, oder seine Zahlungen gerichtlich
„oder aussergerichtlich eingestellt hat, oder gegen welchen
„ein Personalarrest schuldenhalber, auch nur rechtskräftig be-
„willigt worden ist, zu einer Wechsel-Sensalenstelle in Zu-
„kunft nicht gewählt werden könne.“

(b) Vergl. bey der vorhergehenden Anm. das Hofdecret v. 6. März 1812.

Hofdecret v. 23. April 1813. „Se. k. k. Majestät haben
„den am 28. Februar 1812 vorgeschriebenen Gang der Ver-
„handlung über die Besetzung einer Börse-Sensalstelle, in
„so weit die Börsehofcommission hierauf Einfluss zu nehmen
„hat, dahin abzuändern befunden, dass die hierüber von
„dem Mercantil- und Wechselgerichte zu erstattende Vor-
„schläge unmittelbar dem Appellationsgerichte übergeben,
„von diesem der Börse-Hofcommission mitgetheilt, und von
„letzterer mit ihrem Gutachten der obersten Justitzstelle zu-
„gestellt werden sollen.“

Da durch die höchste Entschliessung vom 28. May 1816
die Börse-Hofcommission aufgelöst wurde; so
kömmt es ohnehin jetzt von der Mittheilung der Besetzungs-
vorschläge an dieselbe ab.

(c) S. §. 15 des Börsepatentes.

Die Notare müssen insbesondere über ihre gründlichen Kenntnisse in Mercantil- und Wechselgegenständen eine strenge Prüfung bestehen; hierauf wurden sie ehemahls von der Landesstelle angestellt (*d*); gegenwärtig liegt aber die Ernennung neuer Notare der obersten Justitzstelle, nach Vernehmung der competenten Appellations- und Mercantil- und Wechselgerichte ob (*e*).

Ueber die ganze Materie von Sensalen findet man eine vollkommen befriedigende Zusammenstellung der hierüber bestehenden Gesetze in J. L. E. Grafen von Barth-Barthenheim's allgemeiner österreichischen Gewerbs- und Handelsgesetzkunde; I. Th., II. B., S. 306 — 350 (Wien, 1819).

(*d*) Hofdecret v. 10. December 1787. „Das Appellationsgericht hat in die Aufnahme der Notarien keinen Einfluss zu nehmen, ausser wenn die Landesstelle einen oder andern Mitwerber zur Prüfung dahin weisen sollte.“

Hofdecret v. 3. Januar 1788. „Die Creirung der öffentlichen Notarien ist den Länderstellen überlassen, diese sollen von selbst einen eigenen Eid abnehmen, über deren Creirung ein besonderes Protocoll führen, in selbst das von jedem gewählte Notariatszeichen und Insiegel, den Tag des abgelegten Eides, und des ihm nach der vorgeschriebenen Form ertheilten Diploms verlässlich vormerken, und die Bestätigung des abgelegten Eides von demselben eigenhändig mit Beysetzung seines Namens eintragen lassen.“

(*e*) Hofdecret v. 26. Junius 1821. „Endlich haben Se. Majestät für die Zukunft die Ernennung neuer Notare von den politischen an die Justitzstellen zu übertragen und allerhöchst zu befehlen befunden, dass neue Notare nur von der obersten Justitzstelle, nach Vernehmung der Appellations- und der Mercantil- und Wechselgerichte, die es betrifft, ernannt werden sollen.“

Wagner, Vincenz August

Kritisches Handbuch des in den oesterreichisch-deutschen Staaten geltenden
Wechselrechtes

Bd.: 1

Wien 1841

Merc. 260 e-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10291904-0